

Silke Schumacher-Lange

**Denkmalpflege und Repräsentationskultur in der DDR.
Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden 1945 –
1989.**

Dissertation zur Vorlage im Fachbereich II (Kulturwissenschaften
und Ästhetische Kommunikation) der Universität Hildesheim

Für Johannes und Jule

Silke Schumacher-Lange

Denkmalpflege und Repräsentationskultur in der DDR.

Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden 1945 – 1989.

Dissertation zur Vorlage im Fachbereich II (Kulturwissenschaften
und Ästhetische Kommunikation) der Universität Hildesheim

Gliederung

Einleitung: Zielsetzung und Fragestellungen	5
Quellenlage und methodische Grundlagen/ Danke	7
Teil 1: Denkmalpflege in der DDR	11
Teil 2: Repräsentative Denkmalpflege in der DDR am Beispiel der Straße Unter den Linden	64
Abschließende Betrachtung	264
Teil 1: Denkmalpflege in der DDR	11
1. Das Traditionsverständnis in der materialistischen Geschichtsauffassung	12
2. Sozialistische Erbaneignung in der DDR	15
2.1. Sozialistischer Realismus	24
3. Denkmalpflege in der DDR	33
4. Zusammenfassung	62
Teil 2: Repräsentative Denkmalpflege in der DDR am Beispiel der Straße Unter den Linden	64
1. Zur Geschichte der Straße Unter den Linden	65
2. Krieg und Zerstörung in Berlin	75
3. Die Straße Unter den Linden in den Wiederaufbauplänen Berlins 1945-1949	83
4. Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden	97
4.1. Die ersten Nachkriegsjahre 1945 –1949	97
4.1.1. Exkurs: Städtebau in der Sowjetunion am Beispiel der Rekonstruktion Moskaus	119
4.2. Die neue Funktion der Linden: Aufmarschstraße zum politischen Zentrum	131
4.3. Im Kampf um eine neue deutsche Architektur	166
4.4. Der Wettbewerb nach dem V. Parteitag	208
4.5. Das politische Zentrum umringt von preußischer Geschichte	245

Abschließende Betrachtung	264
1. Aspekte der Denkmalpflege als Bestandteil einer Repräsentationskultur in der DDR	264
1.1. Der Wiederaufbau im Kontext sozialistischer Erbaneignung	264
1.2. Die Straße unter den Linden als Teil einer städtebaulichen Gesamtplanung	268
1.3. Die Auswirkungen gesellschaftspolitischer Prozesse auf den Wiederaufbau	269
Abkürzungsverzeichnis	271
Abbildungsnachweis	273
Quellen- und Literaturverzeichnis	274

Einleitung: Zielsetzung und Fragestellung

Die Straße Unter den Linden gehört zu den bedeutendsten Prachtstraßen Europas. Im 2. Weltkrieg wurde sie fast völlig zerstört. Durch die Aufteilung Berlins in vier Sektoren fiel die Straße Unter den Linden unter den Kontrollbereich der Sowjetunion. Nach Gründung der DDR stand die Regierung unter Walther Ulbricht vor der Aufgabe den Wiederaufbau der Linden in ein städtebauliches Konzept zu integrieren. Die DDR lehnte sich in baupolitischen Fragen stark an die städtebaulichen Veränderungen in der Sowjetunion an, die durch die Etablierung des Sozialistischen Realismus auch im Umgang mit dem kulturellen Erbe neue Wege gegangen war. Durch die zunehmende Ideologisierung aller gesellschaftlichen Bereiche kam auch der Erberezeption eine neue Bedeutung zu. Gerade die Straße Unter den Linden, die als ehemalige Prachtstraße Wohnsitz der Hohenzollern war und später als Kulisse für die nationalsozialistischen Machtdemonstrationen diente, sorgte für politische Auseinandersetzungen, die über die Grenze der DDR hinausgingen. Alleine die exponierte Lage der Straße Unter den Linden an der unmittelbaren Demarkationslinie zur Bundesrepublik, die durch den Mauerbau 1962 zu einer unüberwindlichen Grenze wurde, steigerte die Brisanz der Unternehmungen an dieser Straße. Die Linden wurden das „Schaufenster des Ostens“. Alle Regungen in dieser Straße wurden auf nationalem und internationalem Parkett wahrgenommen. Die Linden wurden zum politischen Aktionsfeld und unterlagen den wandelnden ideologischen Konzepten. Sie schlugen sich besonders im Verhältnis zum kulturellen Erbe nieder.

Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden war nicht repräsentativ für die Denkmalpflege in der DDR. Dennoch lässt sich an ihr der Zwiespalt verdeutlichen unter dem die Denkmalpflege zwischen einerseits dem staatlichen Repräsentationsbedürfnis und andererseits den wechselnden ideologischen Rahmenbedingungen lag. Dieses Spannungsfeld soll Gegenstand in der vorliegenden Arbeit sein.

Monika Gibas verwendet den Begriff *Repräsentationskultur* im Falle der DDR als politische Symbolkultur.¹

Sie bedient sich einer Symbolik oder Zeichenhaftigkeit, die einen hohen Wiedererkennungswert besitzt.

¹ M. Gibas: „Hammer und Zirkel im Ährenkranz“, in: Deutschlandarchiv 4/ 1999, S. 552-563

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit Denkmalpflege als einer Form der Repräsentationskultur. Womit repräsentiert sich der Staat im Falle der Denkmalpflege? Die Antwort liegt in der Auswahl dessen, was zum Denkmal deklariert wird und im gegenwärtigen Nutzungskonzept.² Für die Erhebung in den Denkmalstatus muss ein Bauwerk festgelegte wissenschaftliche, künstlerische oder geschichtliche Kriterien erfüllen. Langenbacher/ Rytlewski/ Weyergraf bezeichnen Denkmale als Dokumente einer besonderen Bewusstseinslage, denen im Wandel der politischen Verhältnisse unterschiedliche Bedeutungen zukommen.³ Das Denkmal beinhaltet, unabhängig von den Bestimmungskriterien, ein politisches Moment, das sich über die Anerkennung eines historischen Wertes ergibt. Michael Siegel schreibt in einer Untersuchung zur Denkmalpflege als öffentliche Aufgabe: „Über die Auswahl der Denkmäler wird eine politisch angestrebte Wirklichkeit (Ideologie) herausgestellt, die in der Vergangenheit bereits anerkannt gewesen ist oder gewesen zu sein vorgibt und als Integrationsfaktor wirken soll.“⁴

Der Staat bedient sich im Umgang mit Kulturdenkmalen eines Wertes aus der Vergangenheit, der die Legitimität der eigenen Herrschaft unterstützt. Das gilt für alle Regierungsformen und bezieht sich nicht nur auf den Schutz von Kulturgut, sondern auch auf deren Zerstörung.

Der erste Teil dieser Arbeit untersucht die politischen und ideologischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich die Denkmalpflege in der DDR bewegte. Dazu gehört eine Betrachtung der administrativen Strukturen und Entscheidungswege.

Das Kapitel beginnt mit einer Analyse des Traditions- und Erbeverständnisses in der DDR. Die Beziehung zum kulturellen Erbe lässt sich nicht auf eine Formel reduzieren, sondern zeigt deutlich Schwankungen zwischen in dem Beobachtungszeitraum zwischen 1945 und 1989. Dabei ist es notwendig die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu berücksichtigen, denen die Erberezeption unterlag. Dazu gehören Ereignisse im innerdeutschen Verhältnis, internationale Krisen, der politische Einfluss der Sowjetunion, Führungswechsel in der SED, nationale Probleme, wie eine mangelnde Identifizierung der Bürger mit der DDR und Versorgungsengpässe.

² z. B. im Falle von historischen Kirchengebäuden, deren eigentlicher Nutzen früher in einem anderen Zusammenhang stand.

³ Langenbacher/ Rytlewski/ Weyergraf, a.a.O., S. 133

⁴ M. Siegel: Denkmalpflege als öffentliche Aufgabe. Göttingen 1983, S. 113

Der Hauptteil der Arbeit beschäftigt sich mit der Geschichte, der Zerstörung und vor allen Dingen mit dem Wiederaufbau der Straße Unter den Linden. Dabei wird auch der Frage nachgegangen welche ersten städtebaulichen Konzepte nach dem Krieg konkurrierten. Eine Analyse der ersten Nachkriegsjahre in Bezug auf die Erberezeption unter den Linden zeigt die Politisierung dieser Diskussion. Im Folgenden werden in chronologischer Abfolge die Aufbauprojekte Unter den Linden im Kontext der gesellschaftspolitischen Ereignisse untersucht.

Das Untersuchungsobjekt umfasst die Straße Unter den Linden mit den anliegenden Plätzen Pariser Platz, Opernplatz (Bebel-Platz), Lustgarten und Schlossplatz (Marx-Engels-Platz).⁵ Der Umfang ergibt sich aus einer Planungseinheit, die die Regierung der DDR im Zuge der städtebaulichen Konzeption in den fünfziger Jahren festlegte. Ausdrücklich werden hier gesellschaftspolitische Prozesse innerhalb des deutsch-deutschen Verhältnisses berücksichtigt, wenn sich Auswirkungen auf den Wiederaufbau niederschlugen.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Fall der Mauer 1989, um eine breite Facette der gesellschaftlichen und politischen Wandlungen und deren Auswirkungen auf den Ausbau der Linden zu erfassen.

Ein Exkurs zum städtebaulichen Konzept in der UdSSR unter Stalin zeigt den baupolitischen Einfluss auf die DDR. Hierbei ist besonders der Aspekt des Sozialistischen Realismus von Bedeutung.

Quellenlage und methodische Grundlagen

Zur Straße Unter den Linden sind sowohl zu Zeiten der DDR als auch nach 1989, besonders im Zuge der 350-Jahrfeier der Straße, Monographien, Artikel und Bildbände erschienen. Im Folgenden sollen nur die für diese Arbeit relevanten Quellen genannt werden. Im Wesentlichen befassen sich die Monographien mit der Geschichte der Straße Unter den Linden, wobei der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg darin eingebettet ist. Einen ersten zusammenfassenden Überblick gab Waltraud Volk 1972.⁶ Durch die Menge an Bildmaterial und den übersichtlichen Grafiken kann von einer illustrierten Baugeschichte gesprochen werden, bei der die

⁵ In Klammern sind die Namen angegeben, die im Zuge der Umbenennung von Straßennamen und Plätzen von der Regierung der DDR vorgenommen wurde.

⁶ W. Volk: Berlin. Historische Straßen und Plätze heute. Berlin 1972

Autorin auf die Berücksichtigung der politischen Prozesse verzichtet. Unter dem Aspekt der städtebaulichen Denkmalpflege widmet sich Jörg Haspel der Straße Unter den Linden, ohne eine detaillierte Quellenanalyse vorzunehmen.⁷ Ebenso Helmut Engel, der unter dem Aspekt der *Via Triumphalis* auf den städtebaulichen und den gesellschaftspolitischen Hintergrund in Berlin eingeht.⁸ Dazu gibt es eine Vielzahl von Untersuchungen zu einzelnen Wiederaufbauprojekten Unter den Linden. Dabei bieten gerade die in der DDR publizierten Arbeiten wertvolle Hilfeleistungen bei der Frage nach Zuständigkeiten und Abläufen, wie z. B. W. Otto (1977), F. Seiler (1962). Zur städtebaulichen Entwicklung in Berlin sind in den letzten fünfzehn Jahre einige Grundlagenwerke und Beiträge erschienen, die den Wiederaufbau Berlins (C. Hein 1990/ S. Hain 1992/ B. Flierl 1998/ J.F. Geist u. K. Küvers 1998), die Gestaltung des zentralen Platzes (B. Flierl 1996/ Th. Beutelschmidt u. J. Müller-Novak 2001) thematisieren. Als die umfassendste Forschungsarbeit muss die zweibändige Ausgabe von W. Durth/ J. Düwel/ N. Gutschow, *Aufbau* und *Ostkreuz* genannt werden, die ausführlich einen Überblick über Personen, Pläne der städtebaulichen Prozesse in der DDR gibt. Die einzige Arbeit, die explizit den Wiederaufbau der Straße Unter den Linden bearbeitet hat, ist die bisher unveröffentlichte Diplomarbeit von Ursula Müller: *Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden in der Zeit von 1945-1949*. Die Arbeit basiert auf einer Quellenanalyse und wurde der Freien Universität Berlin 1994 vorgelegt.

Folgende Methoden wurden in der vorliegenden Untersuchung angewandt:

- 1) Qualitative Dokumentenanalyse ausgewählter Bestände, Zeitungsartikel und Primärliteratur
- 2) Interviews mit Zeitzeugen

Im Sinne einer Mittel-Zweck-Analyse werden die politischen Durchsetzungsmittel und Strategien sowie institutionelle Mechanismen und Regelungen der verschiedenen politischen Ebenen in der DDR beleuchtet. Im Vordergrund steht immer die Frage nach der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Ziele aber auch die Effizienz und Ineffizienz der Mittel. Mögliche Nebenfolgen, die sich aus dem politischem Handeln ergeben, werden benannt, aber in der Regel nicht weiter verfolgt. Begriffe, die in

⁷ J. Haspel: Städtebaulicher Denkmalschutz in Berlin. Bonn 1996

⁸ H. Engel/ W. Ribbe: *Via triumphalis*. Berlin 1997

dieser Untersuchung von Bedeutung sind, werden aus ihrer Entstehung und Entwicklung heraus. Dazu gehören z.B. der *Sozialistische Realismus* und die *marxistisch-leninistische Erbetheorie*.

Zur Erhebung von Daten wurde eine qualitative Analyse von Originaldokumenten in verschiedenen Archiven vorgenommen. Die Quantität der Quellenlage zu den einzelnen Wiederaufbauprojekten ist ungleich erschlossen, sodass die Forschungsarbeit an den einzelnen Objekten sehr unterschiedlich intensiv ausfällt. Der größte Informationsanteil ergab sich aus den Beständen der *Stiftung- Partei und Massenorganisationen der DDR* sowie den Beständen der DDR im *Bundesarchiv*. Zur besseren Übersicht dient das Übersichtsschema auf der folgenden Seite.

Da die Straße Unter den Linden zu den Prestigeobjekten der DDR gehörte, finden sich wesentliche Anhaltspunkte in den Arbeits- und Reinschriftprotokollen des Politbüros sowie den Unterlagen der Abteilung Kultur des ZKs, des Ministeriums für Kultur und Bauwesen.

Die Protokolle der Magistratssitzungen (*Landesarchiv*) geben einen guten Einblick in die Arbeitsweise dieses Gremiums in der ersten Nachkriegszeit. Sie werden durch Hans Scharouns Nachlass ergänzt, der sich in der *Stiftung Archiv der Akademie der Künste* befindet. Materialien zu einzelnen Bauwerken Unter den Linden befinden sich in folgenden Archiven: *Archiv der Humboldtuniversität* (Humboldtuniversität), *Diözesanarchiv des Bischöflichen Ordinariats* (Hedwigskathedrale), *Evangelisches Zentralarchiv Berlin* (Berliner Dom). Beide Kirchenarchive verfügen über ein umfangreiches Quellenmaterial zu den Gebäuden. Die Bestände des MfAA gehören zum *Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes* und sind für die Dauer von dreißig Jahren gesperrt, sodass eine Einsicht nicht möglich ist.

Für diese Arbeit wäre eine Recherche in den Beständen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) unter zwei Aspekten hilfreich gewesen.

1. Valuta-Leistungen beim Aufbau des Berliner Domes
2. Rückgabe der Schinkelfiguren auf der Schlossbrücke (Marx-Engels-Brücke)

Das für diese Arbeit unverzichtbare Bildmaterial wurde aus dem *Bundesarchiv*, dem *Landesarchiv*, der *Berliner Galerie*, der *Stiftung Archiv der Akademie der Künste* und dem *Diözesanarchiv* recherchiert.

Danke

Es ist mir ein großes Anliegen, mich bei allen zu bedanken, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Besonders möchte ich meinen Kindern Johannes und Jule für ihre Ausdauer und Unterstützung danken.

Herr Prof. Dr. Wolfgang-Uwe Friedrich hat mich zu dieser Arbeit ermutigt und mich fachspezifisch beraten. Ich bin ihm zu Dank verpflichtet. Durch ein Stipendium der Universität Hildesheim konnte ich nach meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin die Weiterarbeit an der Dissertation finanzieren.

Hilfreiche Informationen, die mir Aufschluss „zwischen den Zeilen“ gaben, bekam ich von Prof. Dr. Ludwig Deiters, Dr. Peter Goralczyk, Dr. Dorothea Tscheschner und Dr. Bruno Flierl. Alle Gesprächspartner waren sehr an der Erforschung dieses Themas interessiert.

Nicht zu vergessen sind die zahlreichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der oben genannten Archive, die mir mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben. Vielen Dank.

Daneben hat eine Reihe von Personen mein Vorhaben in Form eines Quartiers, Kinderhüten, Korrekturlesen, anregenden Gesprächen, Gebeten und Ermutigungen unterstützt. Danke an Oliver Kummer, Julia Müller-Novak, Charlotte Pollex, Almuth Krisko, Jürgen Salzmänn, Sandra Schneider, Gabi und Heinrich Lange, meiner Mutter Margret Lange, Antchen Visser, der Kreuzgemeinde Bremen, Martin Thamm, Hermann Book, Katharina Bergmann, Ingrid Scheibe-Gerken und Carolin Keller. Mein besonderer Dank gilt Corinna Ueck, ohne die die letzten Meter nicht so schnell geglückt wären.

Zum Abschluss möchte ich dem Ärzteteam, dem Pflegepersonal und Freunden des Gemeinschaftskrankenhauses Herdecke Dank sagen, dass sie neben all dem, was sie für Jule getan haben, auch noch mir die Möglichkeit gegeben haben, mich selbst und was mir wichtig ist, nicht zu vergessen.

Denkmalpflege in der DDR

Teil 1

1. Das Traditionsverständnis in der materialistischen Geschichtsauffassung

Die materialistische Geschichtsauffassung steht nach Karl Marx und Friedrich Engels im Gegensatz zur bürgerlichen Geschichtsschreibung. Der Funktion von Tradierung kommt eine wesentliche Rolle zu. Im Manifest der Kommunistischen Partei hielten beide Philosophen fest: „In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht also die Vergangenheit über die Gegenwart, in der kommunistischen die Gegenwart über die Vergangenheit.“⁹ Marx und Engels erkannten darin ein Phänomen, das die Stabilisierung der Klassengesellschaft unterstützt, da die Tradierung von Geschichte nicht nur Einfluss auf die herrschende Klasse, sondern auf die gesamte Gesellschaft hat. Marx und Engels sprachen von der „Tradition, die wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden“ lastet.¹⁰ Selbst in der Phase der revolutionären Diktatur des Proletariats, der Übergangsphase vom Kapitalismus zur Kommunismus, ist die Gesellschaft von den Traditionen geprägt. Marx schrieb 1891: „Womit wir es zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie kommt.“¹¹ Daraus ergibt sich ein weiterer Aspekt der bürgerlichen Erbaneignung, nämlich die Inanspruchnahme der Kultur durch eine herrschende Klasse. Der herrschende Antagonismus spaltet die Gesellschaft nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch auf kulturellem Gebiet in eine Klasse mit und eine Klasse ohne Kultur, die dem Einfluss des Bürgertums unterliegt. Clara Zetkin sprach von der „Kulturarmut“, die das „Geschick der Ausgebeuteten und Beherrschten“ sei.¹² Nach Schlenker kritisierten Marx und Engels aber nicht die Tradition an sich, sondern lediglich den „verfilzten Charakter der Tradition“.¹³ Wie nutzt die sozialistische Gesellschaft die Erbaneignung, um sich von dem „Alp“ der Geschichte und den „Muttermalen der alten Gesellschaft“ zu befreien?

⁹ K. Marx/ F. Engels (a): Manifest der Kommunistischen Partei 1948, in: Werke, B. IV. Berlin 1977, S. 476

¹⁰ K. Marx (a): Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon, in : Werke, B. VIII. Berlin 1972, S.115

¹¹ K. Marx (b): Kritik am Gothaer Programm, in: Werke XIX. Berlin 1969, S. 20

¹² C. Zetkin: Kunst und Proletariat, in: H. Koch (Hrsg.): Kunst und Proletariat. Berlin 1979, S. 186

¹³ Schlenker, a.a.O., S. 19

Hans Kaufmann stellte 1973 der „Totenbeschwörung“ die „lebendige Erbaneignung“ gegenüber und setzte damit einen unüberbrückbaren Gegensatz von bürgerlicher und sozialistischer Tradierung.¹⁴ Nicht ein auf Machterhalt beruhender Historismus, sondern eine am revolutionären Prozess orientierende Selektion von Geschichte prägt das wahrhaftige Erbeverständnis. Die Definition von Tradition ergibt sich aus einer analytischen Betrachtung der Geschichte, die auf der Basis des wissenschaftlichen Materialismus die fortschreitende Geschichte in seiner „objektiven Gesetzmäßigkeit“ durchschaubar machen.¹⁵ Traditionen orientieren sich nicht mehr am Persönlichkeitsbild eines bürgerlichen Individualismus, sondern an der sozialistischen Wirklichkeit, die geprägt ist von einem kollektiven Bewusstsein. Wirklichkeit oder Wahrhaftigkeit meint: an der Zukunft orientiert. Das Verhältnis zur Vergangenheit ist durch die Ziele der Zukunft bestimmt.

Den Beginn dieses Prozesses sah Engels mit Aufkommen der Industriellen Revolution gegeben. Jetzt war die Möglichkeit gekommen, „jedem einzelnen hinreichend Muße zu lassen, damit dasjenige, das aus der geschichtlich überkommenen Bildung -Wissenschaft, Kunst, Umgangsformen usw.– wirklich wert ist, erhalten zu werden, nicht nur erhalten, sondern aus einem Monopol der herrschenden Klasse in ein Gemeingut der ganzen Gesellschaft verwandelt und weiter fortgebildet werde.“¹⁶ Diese Veränderung im Bewusstsein der gesamten Gesellschaft ermöglicht es, die Traditionen einer kritischen Reflexion zu unterziehen und sie in der revolutionären Umwälzungsphase von den „Muttermalen der Gesellschaft“ zu befreien.

Um von der konservativen zur revolutionären Erbaneignung zu gelangen, muss eine Veränderung der Besitzverhältnisse am kulturellen Erbe geschaffen werden. Der neue Adressat für das kulturelle Erbe ist das Proletariat. Mit dem Bruch der bürgerlichen Traditionen erfolgt eine veränderte selektive Erbaneignung, die das Proletariat in einen kulturreichen Status erhebt.

¹⁴ H. Kaufmann: Zehn Anmerkungen über das Erben und die Kunst des Erbens, in: Weimarer Beiträge, B. 10/ 1973

¹⁵ Vgl. D. Schiller: Unser Traditionsverständnis und das klassische Erbe, in: Weimarer Beiträge, Heft 6/ 1973, S.153

¹⁶ F. Engels: Zur Wohnungsfrage, in: Werke, B. 18, S. 221

Wilfried Lipp weist darauf hin, „dass Werterkenntnis auf der anderen Seite auch immer Wertabsage bedeutet.“¹⁷ Im Falle der marxistischen Erbaneignung würde das bedeuten, dass die tradierten bürgerlichen Werte eine Wertminderung und die neue revolutionäre Erbaneignung eine Aufwertung erfährt. In Fortführung der materialistischen Geschichtsauffassung beschäftigte sich Clara Zetkin mit der Frage, welches Erbe sich eine Klasse aneignen sollte, die bisher bei der Gestaltung von Kultur ausgeschlossen wurde. Zetkin plädierte für einen Rückgriff auf die klassische Kunst des Bürgertums. „Friedrich Engels hat das stolze Wort gesprochen, dass die deutsche Arbeiterklasse die Erbin der klassischen Philosophie ist. Sie wird in dem aufgezeigten Sinne auch die Erbin der klassischen Kunst ihres Landes sein.“¹⁸ Diese Überschneidungen im Kulturgut verdeutlicht, dass es auch in der revolutionären Umwälzungsphase eine Schnittmenge zwischen konservativer und revolutionärer Erbaneignung geben kann. Dieses Phänomen lenkt die Aufmerksamkeit auf die Frage, wie das kulturelle Erbe rezipiert wird. Mit dem Wechsel der kulturellen Besitzverhältnisse tritt das Proletariat das rechtmäßige Erbe der Kultur an. Während der Phase der Diktatur des Proletariats liegt die Aufgabe für die Arbeiterklasse darin, die Verfälschung des kulturellen Erbes zu säubern. Ferdinand Lassalle sprach von einer Verwirkung des Erbes durch die Bourgeoisie. Die sozialistische Erbaneignung deckt den wahren oder wirklichen Gehalt des Erbes auf.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass auf der Basis der materialistischen Geschichtsauffassung ein Unterschied zwischen bürgerlicher und kommunistischer Erbaneignung besteht. Die bürgerlichen Traditionen tragen zum Machterhalt der Bourgeoisie bei, indem sie sich auf Vergangenes konzentrieren. In der Zeit der revolutionären Umwälzungen kommt es zu einem Bruch mit den alten konservativen Traditionen. Die Aufgabe des Proletariats, das sich von einer kulturarmen zu einer kultureichen Klasse verwandelt, ist, sich von der Last (Alp) der Geschichte zu befreien und sich, mit Blick auf das Fernziel des Kommunismus, eine eigene Form der Tradierung anzueignen. Da die bürgerliche Erbaneignung ein verfälschtes Bild von Kultur und Geschichte mit sich gebracht hat, ist das Proletariat der legitime Rezipient von Geschichte.

¹⁷ Wi. Lipp: Was ist kulturelle bedeutsam? Überlegungen aus der Sicht der Denkmalpflege, in: Wo. Lipp (Hrsg.): Kulturpolitik (= Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 11). Berlin 1989, S. 195; Lipp bezieht sich hier auf das Problem des „öffentlichen Interesses“ in der Denkmalpflege.

¹⁸ Zetkin, a.a.O., S. 195

2. Sozialistische Erbaneignung in der DDR

Obwohl der Marxismus/ Leninismus die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zur Staatsideologie erhobene Lehre war, wich die Umsetzung in die Praxis von der Theorie ab. Bereits die Kommunisten, die während der Hitler-Diktatur im Exil lebten, sahen in ihren Nachkriegsplanungen für Deutschland etwas anderes vor, als die von Marx und Engels propagierte revolutionäre Umwälzungsphase. Sowohl auf der Brüsseler Konferenz 1935 als auch der Berner Konferenz 1939 richtete die Kommunistische Partei Deutschland (KPD) ihr Augenmerk darauf, die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren. Dabei wurde ein Schulterschluss mit den fortschrittlichen bürgerlichen Kräften nicht ausgeschlossen, sondern im Kampf gegen den Faschismus als notwendig angesehen. Das zeigen auch die Bemühungen des „Nationalkomitees für ein befreites Deutschland“, das im sowjetischen Exil eine breite Schicht von Antifaschisten, ohne Rücksicht auf deren sozialer und politischer Zugehörigkeit, versuchte zu vereinen.

Die Berner Resolution forderte nicht die Diktatur des Proletariats, sondern eine „neue demokratische Republik“ als Fortsetzung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie vor der Hitler-Diktatur. Im Gegensatz zur Weimarer Republik sollte die neue Republik „den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen.“¹⁹ Schlenker weist darauf hin, dass damit die „entscheidende Feststellung der marxistischen Staatstheorie“ unterschlagen wurde, „dass die den Staat charakterisierende Absonderung von der Gesellschaft ihn als Unterdrückungsinstrument der Klassenherrschaft einer Minderheit verwendbar“ machte.²⁰

Diese „Revision der marxistischen Theorie“ bestimmte auch die Nachkriegspolitik der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) in der Sowjetischen Besatzungszone

¹⁹ Resolution der Berner Konferenz. Der Weg zum Sturz Hitlers und der Kampf um die neue, demokratische Republik, zitiert in: Schlenker, a.a.O., S. 24

²⁰ Ebd., S. 25

(SBZ).²¹ Unter der Führung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) versuchte die KPD den Verwaltungsapparat zu nutzen, um verlässliche Parteikader an entscheidenden Punkten zu etablieren. Weder die KPD noch die sowjetischen Besatzer thematisierten zu diesem Zeitpunkt eine politische Umwälzung auf der Basis einer marxistisch-leninistischen Theorie. Im Gegensatz zu den anderen an die Sowjetunion angegliederten osteuropäischen Staaten wurde in der SBZ nicht der Marxismus-Leninismus, sondern der Antifaschismus zur Staatsdoktrin erhoben. Diese Phase wurde von den DDR-Historikern als „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ bezeichnet. Sie diene dazu, den Faschismus nicht nur als Staatsform, sondern auch aus dem Bewusstsein der Bevölkerung zu tilgen. Dazu nutzte die KPD/ SED die Erbaneignung der deutschen Klassik und des Humanismus. Eine Bewusstseinsveränderung im marxistischen Sinne fand jedoch nicht statt. Es gab zwar einen Bruch mit den faschistischen Traditionen, aber das bürgerliche Erbe der Klassik wurde ohne eine dialektische Reflexion übernommen. Die KPD/ SED sah sich als Bewahrer dieses Kulturgutes an. Sie trat nicht das Erbe der kommunistischen III. Internationale an, sondern sah sich als weiterführendes Glied der bürgerlich-liberalen Revolution von 1848. Erst nach der antifaschistischen Übergangsphase sollte eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft stattfinden. Aber auch nach der Umstrukturierung der SED und ihrem Bekenntnis zum sozialistischen Lager 1948 blieb auf kulturpolitischer Ebene die deutsche Klassik und der Antifaschismus der zentrale Leitfaden.

Die Erbaneignung der deutschen Klassik und die Hervorhebung humanistischer Werte erfüllte gerade in der ersten Nachkriegsphase ein weitgefächertes Funktionsspektrum:

Antifaschistische Umerziehung

Die faschistische Ideologie wurde als „Irrlehre“ angesehen, die „wie eine Seuche das deutsche Volk befallen“ hatte.²² Mit dem Rückgriff auf die fortschrittlichen bürgerlichen Ideale sollte das Volk von dieser „Krankheit“ befreit werden. Dabei spielte die Literatur, aber vor allen Dingen das Theater eine große Rolle. In den ersten vier Nachkriegsjahren führten acht Großstadttheater in 446 Vorstellungen

²¹ Vgl. ebd., S. 60

²² O. Grotewohl: Deutsche Kulturpolitik. Dresden 1952, S. 1

Lessings „Nathan der Weise“ auf. In der Schule wurden bevorzugt Goethe und Schiller in die Lehrpläne eingefügt.

Die humanistischen Traditionen standen im Gegensatz zu Militarismus und Faschismus. In allen kulturellen Sparten wurden diese Werte gegeneinander gehalten. Erst zu Beginn der 50er Jahre, im Zuge der Popularisierung des Marxismus-Leninismus, erfolgte eine „kritische Reflexion der Klassik“.

Gewinnung der bürgerlichen Intelligenz für die eigenen politischen Ziele

Am 4. Juli wurde im Haus des Berliner Rundfunks der *Kulturbund zur Erneuerung des demokratischen Deutschlands* gegründet. Auf der Basis der Volksfrontideologie der dreißiger Jahre, die ganz im Sinne der SMAD und der KPD lag, versuchte der Kulturbund mit seinem überparteilichen Konzept Antifaschisten aus allen Bevölkerungsschichten zu versammeln. In den Leitsätzen des Kulturbundes hieß es 1945:

„1. Vernichtung der Naziideologie auf allen Lebens- und Wissensgebieten.

[...]

3. Bildung einer nationalen Einheitsfront der deutschen Geistesarbeiter.

[...]

4. Zusammenarbeit mit allen demokratisch eingestellten weltanschaulichen, religiösen und kirchlichen Bewegungen und Gruppen.“²³

Diese breitgefächerte Zielgruppe wollte der Kulturbund mit Hilfe der „Wiederentdeckung und Förderung der freiheitlichen humanistischen, wahrhaft nationalen Traditionen“ des deutschen Volkes ansprechen. Dass diese Offenheit gegenüber der bürgerlichen Intelligenz Teil einer parteipolitischen Strategie der KPD war und zum Plan der SMAD gehörte, bestätigen Berichte von Kulturfunktionären und –schaffenden aus dieser antifaschistisch-demokratischen Übergangsphase. In einer 1977 in der DDR erschienenen Retrospektive über den Kulturbund in der SBZ berichtete der ehemalige Bundessekretär des Kulturbundes Karl-Heinz Schulmeister: „Die ideologische Plattform des Kulturbundes war mit der marxistischen Kulturpolitik der KPD und später der SED identisch, mehr noch: Die Leitsätze des Kulturbundes

²³ M. Jäger: Kultur und Politik in der DDR. Köln 1995, S. 12

waren – entsprechend den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und der konkreten Lage in Deutschland angewandte Prinzipien der marxistischen Kulturpolitik für den antifaschistisch-demokratischen Aufbau.“²⁴ Mit dieser Kulturpolitik sollte die „Voreingenommenheit der Intelligenz gegen-über dem Marxismus“ ausgeräumt werden: „In den ersten Jahren nach der Befreiung fehlten aber noch die Voraussetzungen dafür, den Marxismus zur führenden Ideologie zu entwickeln; hierzu war ein längerer Prozess erforderlich.“²⁵

Bis zum II. Bundeskongress, der vom 23. bis 27. November 1949 in Berlin tagte, hielt der Kulturbund an den Leitsätzen fest. Danach stand nicht mehr der antifaschistische Kampf im Vordergrund, sondern das klare Bekenntnis zur Sowjetunion.

Insgesamt wurde im sowjetischen Sektor viel unternommen, um das kulturelle Bedürfnis der bürgerlichen Intelligenz zu stillen. Die Theater- und Kulturbetriebe erhielten umgehend ihre Spiel- und Öffnungslizenzen. Der kulturelle Tenor orientierte sich nicht an populären Themen und Ausdrucksformen, sondern spiegelte einen aufgeklärten humanistischen Charakter wider.

Identitätsstiftendes Moment in Hinblick auf eine deutsche Nation

Nach der Währungsreform in den Westzonen 1946 zeichnete sich die Spaltung Deutschlands in zwei politisch konvergierende Staaten immer deutlicher ab. Bereits auf dem Vereinigungsparteitag der KPD und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) hob die neugegründete SED in ihren Grundsätzen den nationalen Aspekt hervor: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in *ihrem* Lande für die wahren, nationalen Interessen *ihrer* Volkes.“²⁶ Dazu gehörte auch die drohende Spaltung Deutschlands, die zu einem der wichtigsten Beweggründe wurde, „der die Aneignung des kulturellen Erbes in der Gegenwart mit bedingte und wesentlich formte.“²⁷ Mit der Teilung Deutschlands durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1949 nahm in der Politik der SED die nationale

²⁴ K.-H. Schulmeister: Auf dem Weg zu einer neuen Kultur. Der Kulturbund in den Jahren 1945-1949. Berlin 1977, S. 190; Vgl. Jäger, a.a.O., S. 13

²⁵ Ebd., S. 193

²⁶ Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Arbeitspartei Deutschlands, in: G. Benser/ G. Müller (Red.) (a): Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. I, Berlin 1981, S.10

²⁷ Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Die SED und das kulturelle Erbe. Berlin 1986, S. 65

Frage und das Thema Wiedervereinigung einen immer größeren Raum ein. Der Kampf um ein einheitliches Deutschland stand in enger Verbindung mit der Erneuerung einer deutschen Kultur, die sich der Tradierung klassischer Werte bediente.

Bollwerk gegen den westlichen, imperialistischen Einfluss

Kein anderer Aspekt nahm bei der Tradierung des historischen Erbes eine so große Bedeutung ein, wie der Kampf gegen den westlichen, imperialistischen Einfluss. Der Schutz klassizistischen Erbes sollte dem Einfluss „der zersetzenden amerikanischen Kulturbarbarei“, entgegenwirken.²⁸ Die humanistischen Werte, die sich in der sozialistischen Gesellschaftsordnung widerspiegeln, wurden der „Verfälschung“ und der „Zerstörung“ der deutschen Kultur durch den amerikanischen Einfluss entgegengesetzt. Daraus leitete die SED den Anspruch ab, die DDR sei der rechtmäßige Verwalter dieses Erbes.

Nach dem III. Parteitag 1950 nahm die Ideologisierung der kulturellen Bereiche zu. Ausgelöst durch einen Beschluss des Zentralkomitees (ZK) der SED, der den Titel „Kampf gegen den Formalismus in der Kunst“²⁹ trug, breitete sich in den einzelnen Sparten eine Diskussion um eine „wahrhaftige“ Kultur in Deutschland aus. Auf der Basis einer sozialistischen Kulturdoktrin beurteilte man die Kultur der USA und Westdeutschlands, das von den gesellschaftlichen Vorgaben Amerikas überrollt würde, als traditionslos und damit als inhaltslos. „Das wichtigste Merkmal des Formalismus besteht darin, unter dem Vorwand, etwas „vollkommen Neues“ zu entwickeln, den völligen Bruch mit dem klassischen Kulturerbe zu vollziehen. Das führt zur Entwurzelung der nationalen Kultur, zur Zerstörung des Nationalbewusstseins, fördert den Kosmopolitismus und bedeutet damit eine Unterstützung der Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus.“³⁰

Das ZK bemängelte in seinem Beschluss das „Zurückbleiben“ der DDR-Kultur gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Dafür wären „die Herrschaft des Formalismus in der Kunst“ und „die Unklarheiten über den Weg und

²⁸ G. Benser/ G. Müller (Red.) (b): Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. II, Berlin 1986, S. 435

²⁹ *Neues Deutschland* vom 18. April 1951

³⁰ Referat von Hans Lauter auf der fünften Tagung des ZK der SED: Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur für eine fortschrittliche deutsche Kunst, in: *Neues Deutschland* vom 23. März 1951

die Methoden des Kunstschaffens in der DDR“ verantwortlich.³¹ Als Lösung wurde das Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin, des fortschrittlichen deutschen Erbes und die Integration der ausgewählten Elemente in die neue Kultur gefordert. Der Begriff des fortschrittlichen Erbes zeigte, dass in der Rezeption eine Selektierung vorgenommen wurde, die sich an den Vorgaben des *Sozialistischen Realismus*, der sich nach sowjetischen Vorbild nach der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 durchsetzte. Ein Exkurs zum Thema *Sozialistischer Realismus* soll im folgenden Kapitel erläutert werden.

Bestimmte in den ersten Nachkriegsjahren die Ausrottung des Militarismus und Faschismus die Erbediskussion, so versuchte man jetzt eine stärkere Verknüpfung von Erbe und Sozialismus zu formieren. Die politische Inanspruchnahme des kulturellen Erbes erfolgte zunächst aufgrund der Annahme, dass mit Hilfe der Klassik das deutsche Volk von der faschistischen Ideologie befreit werden könne. Nach 1952 sprach man der Erberezeption einen erzieherischen Faktor bei der Formung eines sozialistischen Menschenbildes zu. Damit knüpfte die DDR an die marxistisch-leninistische Erbtradition an. Entscheidend war jetzt, wer über die Erbaneignung und deren Inhalt bestimmte, da mit dem Bruch der alten Herrschaftsverhältnisse auch ein Bruch mit dem Monopol über die Tradition von Werten mit sich ging. In der DDR wurde mit der gesellschaftlichen Umstrukturierung eines sozialistischen Staates auch ein logistisches System geschaffen, das es der Partei als Entscheidungsinstanz ermöglichte, eine von oben aufgetragene Erberezeption zu vollziehen. Die Partei entschied über Werterhalt und Wertabsage und bestimmte über den Wandel des Erbebegriffs, der sich laut marxistischer Theorie an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte. Gingen die maßgeblichen Entscheidungen zunächst vom Politbüro aus, so wurden diese im Laufe der Jahre verschiedenen Leitinstanzen, wie dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, überlassen,³² das dem Politbüro rechenschaftspflichtig war. In der Akademie wurde die Erbpflege im Arbeitsgebiet marxistisch-leninistische Kultur- und Kunstwissenschaft sowie dem Bereich Geschichte behandelt. Die zentralen Forschungspläne der Akademie wurden auf den Parteitagen oder vom Politbüro beschlossen. Neben diesem Zentralinstitut fand die Erforschung und Diskussion des

³¹ Ebd.

³² Das Institut wurde 1951 gegründet und 1976 in Akademie für Gesellschaftswissenschaften umbenannt.

kulturellen Erbes natürlich im universitären Bereich und den ZK-Abteilungen sowie in zentral gesteuerten Tageszeitungen und Fachzeitschriften statt.

Die Heranbildung der sozialistischen Persönlichkeit war ein kollektiver Prozess und unterschied sich vom bürgerlichen Individualismus, aufgrund der Veränderungen am Unterbau, d.h. in der sozialistischen Produktion und der sozialistischen Lebensweise. Als Teil eines gesellschaftlichen Prozesses hat die Tradition Einfluss auf die Bewusstseinslage des Menschen. Alles, was mit Kultur im weitesten Sinne zu tun hat, kann einem bewusstseinsverändernden Prozess dienen, der wiederum Einfluss auf ökonomischen Verhältnisse in einer Gesellschaft hat.

Als Mittel der Bewusstseinsveränderung, aber auch aus den neuen kulturellen Bedürfnissen heraus, entstand das sozialistische Traditionsbewusstsein. Dieter Schiller schrieb in den Weimarer Beiträgen dazu: „Unser sozialistisches Traditionsverständnis sucht die wirkliche geschichtliche Beziehung des Erbes der Vergangenheit zur Gegenwart sichtbar zu machen.“³³ Somit versuchte man in der DDR einerseits das klassische Erbe weiter zu pflegen, andererseits gewannen die Geschichte der Arbeiterbewegung sowie die Rezeption der Werke von Marx, Engels und Lenin sowie bis zur Entstalinisierung die Werke Stalins zunehmend an Bedeutung. Die Erbaneignung der Klassik blieb auf politischer und ideologischer Ebene ein vorrangiges Thema, das die volle Unterstützung der Partei genoss. Dabei blieb es nicht nur bei der Rezeption, sondern fügte sich als ästhetisches Element in den *Sozialistischen Realismus* ein.

Der nationale Tenor, der sich seit den fünfziger Jahren in der Erberezeption hervorhob, unterstützte das Bild von der DDR als der rechtmäßigen Vertreterin des deutschen Erbes. Auf der Basis von Alexander Abusch verbreiteten Misere-Theorie gelangte die DDR-Geschichtswissenschaft zu der These, die deutsche Geschichte habe zwei unterschiedliche Wege gebahnt, wovon der eine gesetzmäßig zur Etablierung der DDR geführt habe. In seinem 1946 erschienenem Buch „Der Irrweg einer Nation“ legte Abusch die deutsche Geschichte als einen durchgehenden „Irrweg“ von der Reformation bis zum Faschismus dar, der sich wie gesetzmäßig wie ein roter Faden durch die Jahrhunderte zog. Für das Scheitern der Revolutionen von 1848 und 1918 zog Abusch das deutsche Bürgertum zur Verantwortung, das „aus Furcht vor der Arbeiterbewegung“ nicht in der Lage gewesen sei, die demokratischen

³³ Schiller, a.a.O., S.153

Revolutionen zu Ende zu führen. Zugleich sah Abusch die deutsche Geschichte von zwei Linien geprägt:

„Durch ein halbes Jahrtausend [...] ziehen sich zwei Tendenzen durch Deutschlands Geschichte: das Bemühen reaktionärer Gewalthaber um die Behauptung ihrer Macht - und das Ringen fortschrittlicher Volksklassen um eine freie deutsche Nation.“³⁴

1951 griff das ZK der SED Abuschs Theorie wieder auf und forderte die Überwindung der deutschen Misere:

„Man kann aus der Geschichte des eigenen Volkes keine Kraft, keinen Mut und keine Zuversicht schöpfen, wenn man in ihr einzig und allein nur den ‚Irrweg einer Nation‘ sieht oder ein unzeitgemäßes allgemein fatalistisches Lamento über ‚die deutsche Misere‘ anstimmt.“³⁵

In der deutschen Geschichte sollten von nun an die leuchtenden Beispiele und fortschrittlichen Elemente zur Bildung einer deutschen Nation hervorgehoben werden. Anhand einer marxistisch-leninistischen Darstellung der deutschen Geschichte wurde die 2-Linien-Theorie von Abusch in den sechziger Jahren erweitert. Ableitend von der These, die DDR sei auf der Basis des Potsdamer Abkommens der einzig rechtmäßige deutsche Staat, gelangte man zu der Behauptung, allein die DDR sei legitimiert das deutsche Erbe anzutreten. In dem Polarisierungsmodell der SED befand sich die DDR in einem ständigen Kampf gegen den westlichen Kosmopolitismus. Mit der Gründung der *Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten* (SKK) 1951 wurde eine Institution geschaffen, die für die Entwicklung und Kontrolle einer fortschrittlichen Kultur zuständig war. Auf der Berufungsveranstaltung der Kommission am 31. August 1951 sagte Otto Grotewohl: „Um eine solche [...] realistische Kunst zu entwickeln, ist es notwendig, an das klassische Erbe und der humanistischen Tradition gespeiste realistische Kunst auf das engste mit dem werktätigen Volk zu verbinden. Während wir uns bemühen, die Entwicklung von Kunst und Literatur zu fördern, verbreitet sich in Westdeutschland Kosmopolitismus, Kitsch und Gangsterliteratur. Da eine solche Unkultur das

³⁴ A. Abusch (a): Der Irrweg einer Nation. Berlin 1946, S. 254

³⁵ zitiert in: F. Kopp: Die Wendung zur „nationalen Geschichtsschreibung“ in der Sowjetzone. München 1955, S. 27

deutsche Nationalbewusstsein vergiftet und die Kultur des deutschen Volkes zerstört, ist es klar, dass die Verordnung von vornherein den Weg des konsequenten Kampfes gegen alle solche Maßnahmen gehen muss.“³⁶ Die Selektierung der fortschrittlichen Elemente zeigte sich auf verschiedenen Gebieten: Stilelemente der Klassik wurden im *Sozialistischen Realismus* aufgenommen und schlugen sich in der Kunst oder Architektur nieder; die Geschichte Preußens wurde gefiltert und die Protagonisten der preußischen Reformen Scharnhorst, Yorck, etc. wurden in die Traditionslinie der DDR eingereiht; in der Denkmalpflege wurden die Bauten des Klassizismus vornehmlich restauriert und teilweise von barocken und der Rokokoepoche zugehörigen Elementen „gesäubert“. Die Erberezeption diente zukünftig dazu die Legitimation der neuen Geschichtsinterpretation zu stützen und den daraus resultierenden Herrschaftsanspruch der SED zu legitimieren. Noch im Jahre 1985 lautete die Definition von Erbe und Tradition: „Unter Erbe wird von den Historikern der DDR die in sich widersprüchliche Gesamtheit des Geschichtlichen als Voraussetzung für Aufbau und Gestaltung des Sozialismus sowie als Substanz geschichtlichen Denkens und Bewusstseins verstanden. Als Tradition wird dagegen das bewusst zu pflegende, nach klassenmäßigen und ideologischen Gesichtspunkten ausgewählte historische Erbgut begriffen: die Progressiven demokratischen und humanistischen sowie die revolutionären Traditionen, insbesondere der Arbeiterbewegung.“³⁷

³⁶ Grotewohl, a.a.O., S. 145

³⁷ SAPMO, DY 30/ vorl. SED/ 42216, Stand, Probleme und Aufgaben der Geschichtsforschung bei der historischen Erberschließung und Traditionspflege

2.1. Sozialistischer Realismus

Der *Sozialistischer Realismus* wurde 1932 als maßgebende Doktrin in der Bildenden Kunst, Literatur und Musik von der KPdSU in der Sowjetunion eingeführt.

Zu Beginn der zwanziger Jahre gab es in Russland vor allem zwei Strömungen, die in der Architektur führend waren: der Rationalismus und der Konstruktivismus. Die Anhänger des Rationalismus vereinigten sich zunächst in kleinen Werkgruppen und später zu der *Assoziation neuer Architekten (ASNOWA)* in Moskau. Zu den Künstlern gehörten u.a. Nikolai Ladowski, Wladimir Krinski und Wiktor Balichin. Der Konstruktivismus zählte zur politisch linken Kunst in Russland. 1925 schlossen sich die Architekten dieser Bewegung zur *Gesellschaft moderner Architekten (OSA)* zusammen. Beide Strömungen legten ihre Visionen und Ziele in Manifesten fest und versuchten über eigene Publikationen ihren Einfluss zu vergrößern. Trotz der unterschiedlichen ästhetischen Ausrichtung gab es für beide großen Architekturrichtungen und anderen Avantgardekünstlern ein gemeinsames Ziel: die Umgestaltung der Welt, des Lebens, mit Hilfe künstlerischer Möglichkeiten. Kunst war nicht mehr eine Form des ästhetischen Ausdrucks, sondern Kunst war das Leben selbst.³⁸ Mit diesem Credo versuchten die russischen und ausländischen Architekten die politischen Veränderungen in der Sowjetunion mitzugestalten. Dabei ging es nicht um die Teilhabe an der Macht, sondern um die Teilnahme am revolutionären Prozess. Der Staat erhielt seine Legitimation aus den politischen Erneuerungen, die sich nicht zuletzt in den Werken der Architekten der OSA widerspiegelten.³⁹

Die Synthese von politischer und kultureller Utopie blieb bis Anfang der dreißiger Jahre in der Sowjetunion bestehen. In der Periode des ersten Fünfjahresplanes zwischen 1928 und 1933 fand eine Art gegenseitiger Befruchtung zwischen kommunistischer Politik und avantgardistischer Kultur statt. Die Kunst mischte sich in das Leben ein: man versuchte, mittels einer Umsetzung der politischen Ziele die

³⁸ Vgl. J. Ortega Y Gasset, zitiert bei W. Polewoi: Realien, Utopien und Chimären in der Kunst des 20. Jahrhunderts, in: I. Antanowa, / J. Merkert (Hrsg.): Berlin – Moskau. 1900 – 1950. München/ New York 1995, S. 15; In ähnlicher Weise drückt sich auch Mendelsohn aus: „Kunst lebt nur von der Wirklichkeit, Kunst ist höchster Lebensausdruck, ist Leben selbst.“, Mendelsohn, a.a.O., S. 217

³⁹ Vgl. B. Taut in einem Artikel in der *Bauwelt*, Heft 4/ 1931, S. 97: „Wenn die UdSSR ihre monumentalen Bauwerke in Übereinstimmung mit dem Geist der Epoche im neuen Stil errichten wird, dann gibt sie dadurch der ganzen Welt in überwältigender und unerwarteter Form einen Beweis für ihren Machtanspruch.“

Entwicklung der Industrialisierung, aber auch der künstlerischen Möglichkeiten, zu forcieren.

Die *Stalinistische Architektur* fiel in eine Zeit, in der sich die Baukunst der *Moderne* in Amerika, Europa und auch Russland etabliert hatte. Das Jahr 1934 leitete das Ende der Avantgarde in der Sowjetunion ein. In diesem Jahr wurden auf dem ersten *Allunionskongress der Schriftsteller* die Weichen für die Zentralisierung in der Kultur und die Übernahme der OSA als maßgebliche Doktrin gestellt. Von der Literatur ausgehend, wurde dieses Prinzip auf die anderen Kultursparten, wie die Architektur übertragen. Da die einzelnen Architektengruppen für die Partei schwer erreichbar waren, traten an deren Stelle gleichgeschaltete Standesverbände, wie z. B. der *Verband Sowjetischer Architekten (SSA)*.

Hinter der Indienstnahme der Architekten durch die Politik steckte der Glaube von der absoluten Plan- und Lenkbarkeit gesellschaftlicher Prozesse im Sinne der marxistisch - leninistischen Ideologie. Die Vorstellung, eine politische Idee in Form einer Stadt erlebbar und sichtbar zu machen, ging von der Vision eines verbesserten Zusammenlebens in einer sozialistischen Gesellschaft aus. Das Ideal einer Stadt sollte zum Vorboden der Erfüllung von politischen und sozialen Utopien werden.

Helen Rosenau definiert den Begriff der Idealstadt in Bezug auf die gesellschaftspolitische Intention: „[...] an ideal city represents a religious vision, or a secular view, in which social consciousness of the needs of the population is allied with a harmonious conception of artistic unity ... the most striking deature the ideal images have in common: they are based on a believe in betterment, either on this earth or in the hereafter“.⁴⁰ Rosenau geht in ihrem Ansatz nicht von einer rein materiellen Analyse aus, sondern benennt die Verbindung von gesellschaftlicher Vision und künstlerischem Ausdruck als Definition der Idealstadt. Hanno-Wolfgang Kruft beruft sich auf Rosenau und fasst die Prämissen zusammen: „Utopie, ästhetische Reflexion und urbanistische Umsetzung müssen zusammentreten, wenn man von einer ‘Idealstadt’ sprechen soll.“⁴¹

Das Motiv der idealen Stadt in der Ära Stalins drängte die über ein Jahrzehnt wirkenden avantgardistischen Strömungen beiseite. Der Beschluss des

⁴⁰ H. Rosenau zitiert in: H.-W. Kruft: Städte in Utopia. Die Idealstadt vom 15. bis 18. Jahrhundert zwischen Staatsutopie und Wirklichkeit. München 1989, S. 10

⁴¹ Kruft, ebd., S. 11

Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) über die Umgestaltung der literarisch - künstlerischen Organisationen vom 23. April 1932 leitete die Zentralisierung und damit eine größere Einflussnahme auf alle kulturellen Sparten ein. Mit der „Entfremdung von den politischen Aufgaben der Gegenwart“⁴² wurde auch die mangelnde Politisierung der Kunstschaaffenden kritisiert. Die KPdSU beschloss eine Selektion unter den Künstlern in der Sowjetunion, die am Beispiel der Schriftsteller und analog auch in den anderen Kunstgattungen, durchzuführen war. Das setzte die Liquidierung der vorherigen Organisationen voraus und führte zur Unterstützung der Künstler, die am sozialistischen Aufbau mitwirkten.

Die sozialistische Ideologie war die Basis für das künftige kulturelle Leben.⁴³ Der Sozialismus war die Voraussetzung für das Fernziel des Kommunismus. Der Traum von der absoluten Gerechtigkeit und der Gleichheit der Menschen bildete den Parameter, der unter Stalin und seinen Nachfolgern die Architektur legitimieren würde. Die Absolutheit des Zieles war dort erkennbar, wo mit Vehemenz in bestehende Strukturen eingegriffen wurde und mit deutlicher Radikalität Richtlinien in Hinblick auf das zu erreichende Ziel durchgesetzt wurden. Die Polarisierung zwischen dem wahrhaftigen und falschen Weg spiegelte sich in dem kompromisslosen Verständnis von Kultur wider.

Der rigide Eingriff in die Architekturdebatte fand nicht zufällig mit Beginn des zweiten Fünfjahresplanes statt. Die quantitativen Zielsetzungen des ersten Fünfjahresplanes hatten zwar die Industrialisierung und Kollektivierung des Landes in Gang gebracht, dennoch war die Versorgung der Menschen in weiten Teilen des Landes nicht gewährleistet. Der KPdSU mangelte es an sichtbaren qualitativen Erfolgen. Der technische Fortschritt schien nicht allein geeignet, um die märchenhafte Vision des Kommunismus zu repräsentieren. Die Umsetzung der neuen Kulturdoktrin in Struktur und Aussage war Bestandteil der allgemeinen Kaderverwaltung und Folge einer „antiverbalen“⁴⁴ Kultur der Avantgarde, die durch ihre reduzierte Form zwar die künstlerische Identifikation mit den sozialistischen Ideen trug, aber diese nicht auf die kollektive Masse zu übertragen vermochte. Das sozialistische Engagement der

⁴² Beschluss der KPdSU vom 23. April 1923, in: H.-J. Lieber/ K.-H. Ruffmann (Hrsg.): Der Sowjetkommunismus. Dokumente, Band 2: Die Ideologie in Aktion. Köln/ Berlin 1964, S. 368

⁴³ Das war natürlich kein Phänomen, das erst seit 1932 in der UdSSR propagiert wurde. Mit Lenins Aufsatz über „*Das Prinzip der Parteiliteratur*“ von 1905 begann die öffentliche Einflussnahme auf die Kunst, die aber erst nach dem Ende des 1. Fünfjahresplanes unter Stalin konsequent durchgeführt wurde.

⁴⁴ A. Ikonnikov (a): Architektur und Utopie, in: P. Noever (Hrsg.): Tyrannie des Schönen. Architektur in der Stalinzeit. München/ New York 1994, S. 29

Avantgardisten war nicht mehr ausreichend. Der *Sozialistische Realismus* wurde in allen kulturellen Sparten verpflichtend und zog einen Schlussstrich unter die rationalistischen und konstruktivistischen Tendenzen der zwanziger Jahre.

Welche Bedeutung hatte der *Sozialistische Realismus* in der Architektur der Stalin-Ära? Zunächst einmal beinhaltete er eine direkte Form von Zensur, die unter Berücksichtigung der Ideologie des Marxismus-Leninismus eine ästhetische Auseinandersetzung vermied. Das eindeutige politische Ziel erforderte eine ebenso eindeutige Widerspiegelung des Weges.⁴⁵ „Die Kunst des sozialistischen Realismus soll das Leben in seiner revolutionären Entwicklung zeigen und national in der Form und sozialistisch im Inhalt sein.“⁴⁶ Dieser stalinschen Definition unterlag auch die neue Architektur. Gesucht wurde eine Architektur, die in der Lage war, sich den Eigenarten der gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen.

Hans-Jürgen Drengenberg beschreibt die Normen des *Sozialistischen Realismus*, die in keiner greifbaren Form in der Bildenden Kunst der Stalinzeit festgelegt wurden.⁴⁷ Nach Drengenberg kristallisieren sich jedoch die drei Hauptforderungen *Parteilichkeit*, *Volkstümlichkeit* und *Typik* heraus, die im Folgenden beschrieben werden sollen.

Parteilichkeit

Laut Kommunistischem Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels war die Unabhängigkeit der Kunst erst in der klassenlosen Gesellschaft möglich. Unter Wladimir I. Lenin wurde die *Parteilichkeit* in der Literatur und nachfolgend in allen anderen Kultursparten als unerlässliches Kampfmittel und als eine der Hauptaufgabe in der ideologischen Arbeit der Partei angesehen.⁴⁸ In seinem Aufsatz *Parteiorganisation und Parteiliteratur* ging Lenin 1905 auf das Thema *Freiheit in Presse und Literatur* ein. Er kam zu dem Schluss, dass die Literatur „Parteiliteratur“ werden müsse. „Im Gegensatz zu den bürgerlichen Sitten, im Gegensatz zur

⁴⁵ Mit dem Begriff 'eindeutige Widerspiegelung' war nicht ausgeschlossen, dass auch Widersprüchlichkeiten in der Architektur möglich waren. Auf dieses Thema geht Boris Groys in einem Aufsatz von 1994 ein und soll an späterer Stelle diskutiert werden.

⁴⁶ *Architektura SSSR*, Nr. 4/ Moskau 1936;
Stalin hat die Formulierung „National in der Form, sozialistisch im Inhalt“ von Lenin übernommen.

⁴⁷ H.-J. Drengenberg: Die Politik gegenüber den bildenden Künsten, in: O. Anweiler/ K.-H. Ruffmann (Hrsg.): *Kulturpolitik in der Sowjetunion*, Stuttgart 1973

⁴⁸ Vgl., W. Gorbunow: *Lenin und die sozialistische Kultur*. Berlin 1974, S. 75

bürgerlichen Unternehmer- und Krämerpresse, im Gegensatz zum bürgerlichen Karrierismus und Individualismus in der Literatur, zum 'Edelanarchismus' und zur Jagd nach Gewinn, muss das sozialistische Proletariat das Prinzip der Parteiliteratur aufstellen, dieses Prinzip entwickeln und es möglichst vollständig und einheitlich verwirklichen.⁴⁹ Mit einer Analogie, in der Lenin die literarische Tätigkeit im Land mit „Rädchen und Schrauben“ verglich, machte er deutlich, dass die Literatur Teil der ‚proletarischen Sache‘ sei und deren Funktion „vom organisierten sozialistischen Proletariat verfolgt und kontrolliert werden“ müsse.⁵⁰

Parteilichkeit wurde nicht als Einschränkung der Kultur, sondern als Bedingung für die „wahre Freiheit des künstlerischen und wissenschaftlichen Schaffens“⁵¹ angesehen. Die Kunstschaffenden erhielten den Auftrag, aktiv an den gesellschaftlichen Veränderungen mitzuwirken.⁵² Der Kulturfunktionär Alexei A. Shdanow benutzte auf dem ersten Schriftstellerkongress 1934 in Bezug auf die Literatur den Begriff „tendenziös“.⁵³ In seinen Ausführungen erteilte er der unpolitischen Kunst eine Absage und forderte für die Epoche des Klassenkampfes eine politische Literatur, die eine klare Aussage zur Arbeiterklasse mache.

Volkstümlichkeit

Drengenberg ordnet der *Volkstümlichkeit* die Begriffe *Volksverständlichkeit* und *Volksverbundenheit* zu. Die *Volksverständlichkeit* diene dazu, eine Anpassung des künstlerischen Niveaus an eine allgemeinverständliche Basis bzw. eine Anhebung des Kunstverständnisses in der Bevölkerung zu erreichen. Diese Angleichung brachte eine Einschränkung und Niveaureduzierung der künstlerischen Möglichkeiten mit sich.⁵⁴

Das Prinzip der *Volkstümlichkeit* sollte die Solidarität mit der Bevölkerung erwirken (*Volksverbundenheit*). Die Formel „National in der Form, sozialistisch im Inhalt“ stand retardierend im Verhältnis zur Marxschen Überzeugung, „gleiche sozialökonomische

⁴⁹ V. I. Lenin: Werke, Bd. 10, S. 30

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Gorbunow, a.a.O., S. 76

⁵² Stalin ging in seinen Äußerungen zur Funktion der Kultur noch weiter. Er bezeichnete die Schriftsteller als „Ingenieure der menschlichen Seele“.

⁵³ A. A. Shdanow zitiert nach Lieber/ Ruffmann, a.a.O., S. 373

⁵⁴ Vgl. Drengenberg, a.a.O., S. 286

Bedingungen müssen entsprechende künstlerische Entwicklungen zeitigen“.⁵⁵ Im Vielvölkerstaat Sowjetunion ermöglichte der *Sozialistische Realismus* unter Berufung auf die Folklore vielen Künstlern Mittel anzuwenden, die ansonsten unter das Edikt des *Formalismus* gefallen wären.

Typik

Die Forderung nach der *Typik* stand nach Drengenberg in Verbindung mit einer Definition von Wirklichkeit im dialektischen Sinne. Wirklichkeit im *Sozialistischen Realismus* meinte nicht die objektive Abbildung des tatsächlichen Geschehens, sondern die Etablierung der Gegenwart in einen revolutionären Prozess, der sich an den Zielen in der Zukunft orientiert. Drengenberg spricht von einer Wirklichkeitstreue im Sinne der Leninistischen Parteidoktrin.⁵⁶ Shdanow formulierte die Aufgaben der Literatur auf dem ersten Schriftstellerkongress in der UdSSR 1934: Schriftsteller sein „heißt erstens das Leben zu kennen, um es in den künstlerischen Werken wahrheitsgetreu darzustellen, [...] nicht einfach als ‘objektive Wahrheit’, sondern als die Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung“⁵⁷. Die Definition des *Sozialistischen Realismus* war nach Shdanow in der erzieherischen Funktion begründet. Die werktätigen Menschen sollten „im Geiste des Sozialismus ideologisch“⁵⁸ umgeformt werden.

Das Merkmal der *Typik* kann nicht nur in Bezug auf eine Zukunftsvision, sondern auch für Elemente aus der Vergangenheit angewendet werden. Drengenberg spricht von einer „Geschichtsklitterung“⁵⁹ in der Kunst. Geschichtsklitterung wurde unmittelbar mit den Zielen des Sozialismus verbunden und auf dessen Grundlage interpretiert. Ein Beispiel dafür ist die Darstellung Stalins als engsten Vertrauten Lenins während der revolutionären Ereignisse 1917.

Thomas Christ kommt zu ähnlichen Erkenntnissen wie Drengenberg. Für ihn ist der *Sozialistische Realismus* durch folgende Merkmale gekennzeichnet: *Volksverständlichkeit* („anordnest“), Erkennbarkeit der ethnischen Vielfalt der UdSSR im Klassenbewusstsein („klassenlos“), *Parteilichkeit* („partiinnost“) und des Typischen

⁵⁵ Ebd., S. 287

⁵⁶ Vgl. Drengenberg, a.a.O., S. 287

⁵⁷ Shdanow zitiert nach Lieber/ Ruffmann, a.a.O., S. 372

⁵⁸ Ebd., S. 372

⁵⁹ Drengenberg, a.a.O., S. 288, Vgl.: T. Christ: : Der Sozialistische Realismus. Betrachtungen zum Sozialistischen Realismus in der Sowjetzeit. Basel 1999

(„tipitschnost“). Sie entsprechen im Wesentlichen den Einteilungen Drengenbergs, wobei dieser „naradnost“ und „klassonost“ in dem Begriff *Volkstümlichkeit* vereint. Dazu nennt Christ noch den Aspekt der narrativen Ideenhaftigkeit („ideinost“), die für den *Sozialistischen Realismus* in der Architektur von Bedeutung war, weil sie als verbales Merkmal in Wandgemälden und Skulpturen umgesetzt wurde.

Lassen sich die Merkmale des *Sozialistischen Realismus* in der Kunst auf die Architektur übertragen?

Sicherlich war die Parteitreu als Merkmal des *Sozialistischen Realismus* in der Architektur nicht so unmittelbar ablesbar wie in der Bildenden Kunst und Literatur. Beide Kunstformen haben eine direktere Aussagekraft. Das Kennzeichen Parteitreu zeigte sich in der Anerkennung der ästhetischen Richtlinien der Partei als unumstrittene Größe. In der Architektur implizierte das die direkte Verherrlichung des Sozialismus am Beispiel einzelner Bauten. Dabei kam den Gedenkbauten oder monumentalen Statuen (*Palast der Sowjets*, Statue auf dem Platz vor dem Haupteingang der Allunions-Landwirtschaftsausstellung etc.) eine besondere Bedeutung zu. In der Synthese mit anderen Kunstsparten wie der Bildhauerei oder Malerei erlangte die Architektur eine Art der Verbalität, durch die eindeutige Aussagen getroffen werden konnten, die sich dem Niveau einer breiten Masse anpassten. Die nationale Form und der sozialistische Inhalt wurden durch die Verbalität in der Architektur ergänzt. Die Ziele des Sozialismus konnten, ähnlich wie in der Literatur und der Kunst, direkt vermittelt werden. Boris Groys schreibt, dass die Idee des *Sozialistischen Realismus* zunächst „eine auf der ästhetischen Ebene pluralistische Haltung“ und demzufolge eine „Liberalisierung der künstlerischen Zensur“⁶⁰ erwarten ließ. Dennoch kommt Groys zu dem Schluss, dass die Realität das Gegenteil bewiesen hat. Durch die vielfältige Auslegbarkeit ermöglichte der *Sozialistische Realismus* der KPdSU ein geeignetes Lenkungsinstrument, das unter Berufung auf eine maßgebliche Doktrin in viele Richtungen agieren konnte.

Die verbale Architektur des *Sozialistischen Realismus*, die mit einer Begrenzung der Stilmittel den Sieg des Kommunismus bereits in der Gegenwart verkünden sollte, ersetzte die Architektur der Moderne mit ihren pluralistischen Ausdrucksformen. Diese Niveaureduzierung stand im Gegensatz zu den Aussagen und Vorgaben der KPdSU, die eine „hochqualitative Projektierung, [...] hochqualitative Auswahl und

⁶⁰ B. Groys: Die gebaute Ideologie, in: Noever: a.a.O., S. 16; Drengenberg weist auf die Möglichkeit der Folklore als nationales Mittel hin; vgl. Drengenberg, a.a.O., S. 287

Vergabe der Projekte“ sowie „das genauso hochqualitative Bauen“. vorsahen.⁶¹ Die Anforderungen waren so hoch, dass sie von den Architekten nicht erfüllt werden konnten. Aber gerade der absolute Einsatz für den Aufbau des Sozialismus war ein Merkmal der Parteitreu. Die Kritik orientierte sich bei ihren Beurteilungen an der subjektiven Einstellung der Baukünstler gegenüber den sozialistischen Zielen. Damit war eine Unterscheidung von parteitreuen und klassenfeindlichen Architekten auszumachen.

Neben dieser direkten Form der Parteitreu waren die Architekten dafür verantwortlich, die Wahrhaftigkeit des politischen Zieles in einer „wahrhaftigen Architektur“⁶² zu reflektieren. Dieser Begriff, der von Karo Alabjan 1936 in der Zeitschrift *Arhitektura SSSR* (Architektur der UdSSR) verwendet wurde, deckt sich mit der Definition von Wirklichkeit bei Drengenberg. Anhand der Ausführungen Alabjans wird deutlich, wie eine Art Verschmelzung von Vergangenheit und Zukunftsvision stattfand. Am Beispiel der Architektur Pompejis beschrieb Alabjan, welche Bedeutung die Parole von der Wahrhaftigkeit in der Architektur hat: beim Betreten eines normalen Wohnhauses dieser Zeit erfuhr man, dass „alles vom Leben bedingt, alles im engen Zusammenhang mit der Weltanschauung des damaligen Menschen und für den Menschen gemacht“⁶³ worden war. Alabjan transportierte ein selektives Element aus der Geschichte und verband es mit den Zielen der sozialistischen Gesellschaft. Wahrhaftigkeit bedeutete sowohl die direkte Koppelung von Architektur und Leben, als auch das augenscheinliche Eindringen einer superlativen Ideologie in alle Lebensbereiche.

Der Rückgriff auf eine alte Kulturepoche war mehr als nur die Wiederbelebung eines ästhetischen Fragmentes. Hier verband sich deutlich, was Kruft in seiner Formel zur Idealstadt formuliert: die Utopie des Kommunismus, die ästhetische Reflexion in Form des *Sozialistischen Realismus* mündeten in der urbanistischen Umsetzung des Historismus in seiner hauptsächlich neoklassizistischen Version.

Der *Sozialistische Realismus* in der *Stalinistischen Architektur* brachte, ebenso wie in der Literatur und der Kunst, überprüfbare Normen hervor, die Drengenberg mit den Begriffen *Parteilichkeit*, *Volkstümlichkeit* und *Typik* bezeichnet. Dennoch traten in der *Stalinistischen Architektur* Widersprüche auf, die Groys in seiner Analyse beschreibt.

⁶¹ Nikolai Bulganin, zitiert nach Groys a.a.O., S. 20

⁶² Vgl. K. Alabjan: Gegen Formalismus, Schematismus und Eklektizismus, in: *Arhitektura SSSR*, Nr.4, 1936

⁶³ Ebd., S. 24

Er betont, dass die Strategien der Stalin-Zeit -und dazu rechnet er auch die Architektur- dem Diktat des dialektischen und historischen Materialismus unterlagen.⁶⁴ Was in der gegenwärtigen Analyse der *Stalinistischen Architektur* als gezielte Widersprüchlichkeit erscheint und den Eindruck erweckt, die Ansprüche an die Architekten wären „zu paradox“ gewesen, „um überhaupt erfüllt werden zu können“⁶⁵, stimmte mit den Grundpositionen der marxistischen Philosophie überein. Denn die Gesetzmäßigkeit der Einheit und des Kampfes der Gegensätze spiegelte sich in dem Fazit des „logischen Widerspruches“.⁶⁶ Sie war Abbild des sozialistischen Lebens und somit wahrhaftig: „Wenn im ‚bürgerlichen‘ Denken der innere Widerspruch in einer Beweisführung als Zeichen des Mangels dieser Beweisführung verstanden wird, wird im ‚sozialistischen‘, stalinistischen Denken umgekehrt das Fehlen des inneren Widerspruchs als fehlende Lebendigkeit, Wahrhaftigkeit und Kraft des Diskurses gewertet.“⁶⁷

Die Ablehnung der bürgerlichen Kultur, die in der stalinistischen Kulturkritik eng mit den Ausprägungen des Formalismus, Schematismus und Eklektizismus in Verbindung gebracht wurde, war keine Kritik an der ästhetischen Form, sondern eine Kritik an der Eindeutigkeit.

Tatsächlich waren die Aufgaben, die an die Architekten gestellt wurden, kaum zu erfüllen. Karo Alabjan konnte in seinem 1936 erschienenem Artikel „Gegen Formalismus, Schematismus und Eklektizismus“ kein Beispiel vorweisen, das die Hauptmerkmale der sowjetischen Architektur implizierte. Das einzige Bauwerk, das er als „gute Arbeit“⁶⁸ bezeichnete, war die Moskauer Metro. Als Charakteristikum, das die Architektur von anderen Bauwerken unterschied, nannte er „die ideelle Zielbewusstheit und Ausrichtung“⁶⁹ der Konstruktion. Mit anderen Worten: eine Annäherung an die totalitären Vorgaben, die nur durch den Sozialismus in seiner Gesamtheit erreicht werden konnte.

⁶⁴ Groys geht in seinen Ausführungen von der Definition des dialektischen und historischen Materialismus in seiner leninistisch-stalinistischen Deutung aus. Die größte Bedeutung misst er dem Gesetz der Einheit und des Kampfes der Gegensätze bei.

⁶⁵ Groys, a.a.O., S.17

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd., S. 18

⁶⁸ Alabjan, a.a.O., S. 24

⁶⁹ Ebd.

3. Denkmalpflege in der DDR

Die Denkmalpflege in Deutschland stand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor massiven Problemen, die sich aus der verheerenden Zerstörung der Städte, den strukturellen Veränderungen auf politischer und rechtlicher Ebene und aus den mangelnden personellen Kapazitäten ergab. Nach der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 in sechs Teile gegliedert, den Ostgebieten unter sowjetischer und polnischer Verwaltung, dem Saarland als französisches Zoll- und Wirtschaftsgebiet und den vier Besatzungszonen, deren Länderverwaltungen mit Deutschen besetzt wurden. Eine Sonderregelung sah die Aufteilung Berlins in vier Sektoren unter Aufsicht der Besatzungsmächte vor. Diese strukturellen Veränderungen sorgten dafür, dass die ehemaligen Zuständigkeitsbereiche der Denkmalpflege zerstückelt wurden. In der SBZ richtete die SMAD mit Hilfe des Befehls Nr. 5 vom 9. Juli 1945 fünf Länder- bzw. Provinzverwaltungen ein. In Potsdam (Brandenburg), Dresden (Sachsen) und Halle (Sachsen-Anhalt) konnten die bestehenden Denkmalämter übernommen werden. Mecklenburg, das bis 1945 die Denkmalpflege über nebenberufliche Kräfte organisiert hatte, integrierte 1946 ein Landesamt für Denkmalpflege. Dort wurde auch 1947 ein Denkmalschutzgesetz erlassen. In Thüringen gründete man 1947 das Amt für Denkmalpflege und Naturschutz, nachdem es zuvor als Unterabteilung dem Thüringischen Ministerium für Volksbildung unterstellt worden war. Die Außenstelle Nord, die aus dem ehemaligen Amt des brandenburgischen Provinzialkonservators übernommen worden war, musste sein Tätigkeitsgebiet zunächst auf das Gebiet Mecklenburg und Vorpommern erweitern. Nach 1952 kam es durch die Umstrukturierung des Gebietes der DDR in Bezirke zu einer erneuten Aufteilung der Verwaltungsbereiche. Für das ehemalige Land Brandenburg bedeutete das einen Verlust an denkmalreichen Regionen in den peripheren Bereichen.⁷⁰ Mit dieser Verschiebung der Verwaltungsstrukturen wurde die Realisierung traditioneller Interessen der Ländereinheiten begrenzt.

In der SBZ wurde die Denkmalpflege auf verschiedenen Ebenen des Verwaltungsapparates, aber auch in parteipolitischen Gremien der KPD/ SED

⁷⁰ Vgl.: Berichte der ehemaligen Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege der DDR / Berlin, in: Deutsche Kunst- und Denkmalpflege, Heft 1/1991, S. 16

integriert. Der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung verlief nicht in strukturierten Bahnen, sondern orientierte sich eher an aktuellen Notwendigkeiten. Berlin nahm dabei als ehemalige Reichshauptstadt und als Standort der Alliiertenkommandantur eine gesonderte Rolle ein. Am 2. Mai 1945 übernahm eine Gruppe von Exil-KPDlern unter der Leitung von Walter Ulbricht in Zusammenarbeit mit der SMAD den Aufbau des Verwaltungsapparates.⁷¹ Dabei bemühten sich die „SU-Kader“ und deren zugeordneten sowjetischen Offiziere, „die Illusion einer demokratischen Verfahrensweise zu vermitteln“.⁷² Im neu gegründeten Berliner Magistrat traten Mitglieder der Gruppe Ulbricht und andere Emigranten aus der Sowjetunion richtungsweisende Posten an. Ulbricht hatte eine eigene Strategie für die Besetzung wichtiger Schaltstellen entwickelt: „Kommunisten als Bürgermeister können wir nicht gebrauchen, höchstens im Wedding und in Friedrichshain. Die Bürgermeister sollen in den Arbeiterbezirken in der Regel Sozialdemokraten sein. In den bürgerlichen Vierteln [...] müssen wir an die Spitze einen bürgerlichen Mann stellen, einen der früher dem Zentrum, der Demokratischen oder Deutschen Volkspartei angehört hat. [...] Der erste Stellvertretende Bürgermeister, der Dezernent für Personalfragen und der Dezernent für Volksbildung – das müssen unsere Leute sein.“⁷³ Somit wurde die Leitung des Amtes für Volksbildung mit Otto Winzer (KPD) besetzt, in dessen Ressort auch die Denkmalpflege fiel. Gleichzeitig hatte Hans Scharoun, der Dezernent für Bau- und Wohnungswesen, in seinem Ressort ein Amt für Denkmalpflege eingerichtet, das sich aber, wie die Praxis zeigen sollte, den Anweisungen des Amtes für Volksbildung beugen musste.⁷⁴ 1951 wurde das Amt für Denkmalpflege ganz der Abteilung Volksbildung angegliedert. Lediglich die städtebauliche und bauliche Betreuung verblieb beim Hauptamt Stadtplanung, die Durchführung der Arbeiten beim Hauptamt für Bauwesen.

Nach dem SMAD-Befehl Nr. 5 folgte bald die Order für die Einrichtung von zunächst elf Zentralverwaltungen (Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945), die in Anlehnung an die SMAD-Organen operierten. Sie umfassten das Verkehrswesen, das Nachrichtenwesen, die Brennstoffindustrie, den Handel und die Versorgung, die

⁷¹ Vgl. Teil 2/ 4.1.

⁷² P. Erler/ H. Laude/M. Wilke: „Nach Hitler kommen wir“ Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994, S. 124

⁷³ Ulbricht zitiert in Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln 2001, S. 339-340

⁷⁴ Vgl. Teil 2/ 4.1.

Industrie, die Landwirtschaft, die Finanzen, die Arbeit und Sozialfürsorge, das Gesundheitswesen, die Volksbildung und die Justiz. An der Spitze der Verwaltungen standen Präsidenten, die von der SMAD eingesetzt wurden. Die KPD stellte die meisten Präsidenten. Die Leitung der Zentralverwaltung für Volksbildung übernahm Paul Wandel (KPD), der nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion, zunächst als Chefredakteur der Deutschen Volkszeitung gearbeitet hatte. Der promovierte Kunsthistoriker Gerhard Strauß stand der Abteilung Kunst und Literatur, Referat Bildende Kunst vor, das auch die Denkmalpflege beinhaltete.

Eine länderübergreifende, einheitliche Gesetzgebung gab es in Deutschland nicht. Die Länder Mecklenburg, Brandenburg, Thüringen und Sachsen besaßen vor 1945 eigene Landesverordnungen, die aber veraltet waren und erheblich voneinander abwichen. Der Versuch, eine verbindliche Struktur unter den einzelnen Denkmalämtern zu erreichen, um fachliche, rechtliche und theoretische Grundlagen zu schaffen, scheiterte 1946 beim ersten Treffen der Denkmalpfleger, das unter der Aufsicht der sowjetischen Administration stand.

1948 kam es zum ersten und vorläufig letzten gesamtdeutschen Denkmalpflegetreffen in München. Deutliche Zeichen eines auseinanderfallenden Staates veranlassten die Teilnehmer über diese Situation nachzudenken. Georg Lill appellierte: „[...] wir müssen alles versuchen, das, was scheinbar trennend zwischen uns steht, zu überbrücken, indem wir in ständiger Fühlung bleiben; so wird die Gefahr des Auseinanderreißen vermieden werden.“⁷⁵ Diese Hoffnung Lills sollte angesichts der Gründung zweier deutscher Staaten Illusion bleiben. Die Teilung der Denkmalpflege blieb bis 1989 Realität.

Die grundsätzliche Aufgabe der Nachkriegsdenkmalpflege bestand in der Auflistung des beschädigten und total zerstörten Kulturgutes oder in der Inventarisierung der bedeutendsten Denkmäler.⁷⁶ Hans Berger beschreibt als Zeitzeuge, dass durch diese Tätigkeiten die Kontakte der Konservatoren untereinander enger wurden und es nach ihrer ersten gemeinsamen Arbeitsberatung 1950 auf dem Quedlingburger

⁷⁵ G. Lill, zitiert in: H. Berger (a): Tendenzen der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1/1991, S.2

⁷⁶ Einen Einblick unter welchen Bedingungen die Arbeit der Mitarbeiter der Denkmalämter geleistet werden musste, gibt ein Bericht von Hans Nadler über eine Dienstreise im November 1947. Dieses Dokument ist in Heft 1/1991 der Deutschen Kunst und Denkmalpflege veröffentlicht worden. Nadler beschreibt, welchen Schwierigkeiten die Denkmalpflege unterlag, bedingt durch die schlechte Ausstattung, den Personalmangel im Vergleich zur anstehenden Arbeit, durch Probleme im Umgang mit der SMAD und der allgemein schlechten Versorgung. Nach Aussage Nadlers war die beschriebene Dienstreise kein Einzelfall. Der Bericht Nadlers soll in dieser Arbeit unberücksichtigt bleiben, da er sich nicht auf die Denkmalpflege in Berlin bezieht.

Stiftsberg zu regelmäßigen Abstimmungen in Verwaltungsangelegenheiten kam. Theoretische Grundlagen oder methodische Fragen wurden weniger behandelt.⁷⁷ Das mag zum einen an der Zweitrangigkeit dieser Aspekte, aber auch auf das zurückhaltende Handeln der Konservatoren zurückzuführen sein. Das Verhältnis zur eigenen deutschen Geschichte war nach der Zeit des Nationalsozialismus schwierig geworden. Die Bewahrung von Traditionen und kulturellem Erbgut war negativ besetzt, sodass sich die Konservatoren sich mit ihren Meinungsäußerungen zurückhielten. Eine Ausnahme war Gerhard Strauß, der einen eindeutigen politischen Standpunkt auf den Tagungen vertrat, der jedoch nicht repräsentativ für die Ansichten der damals tätigen Denkmalpfleger schien. Peter Goralczyk schreibt: „Sie widerspiegeln aber schon die Spannungen, unter denen Denkmalpflege in den Ländern der SBZ betrieben wurde, und sie zeigen den in der Zentralverwaltung schon stark vorhandenen Anpassungsdruck an parteipolitische Auffassungen der KPD/SED.“⁷⁸ Diese Spannungen ergaben sich aus dem Auseinanderklaffen der ideologischen Vorgaben und der praktischen Arbeit der Denkmalpflege. Während die Mitarbeiter in den Ämtern für Denkmalpflege die Flut an Arbeit nicht bewältigen konnten, wurde seit 1951 in den höheren politischen Ebenen zunehmend der gesellschaftspolitische Nutzen der Denkmalpflege debattiert. Das zeigte sich deutlich in der Auseinandersetzung über eine neue Gesetzgebung zum Schutz der Denkmäler. Gerhard Strauß und der Ministerialrat Wolf Schubert wurden im Juni auf der Konferenz der Abteilungsleiter für Kunst und Literatur in den Volksbildungsministerien der SBZ mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein *Gesetz zum Schutz der Denkmale der Kultur und Natur* beauftragt, das für alle Länder gelten sollte. Schuberts Entwurf, der im September vorlag, wurde von Strauß noch einmal überarbeitet. Strauß bemängelte die fehlende „geistige Zielsetzung“. Schubert sähe die Kulturpflege „als reine Fachaufgabe“ an. Auch in späteren Ausführungen betonte Strauß mehrmals, dass eine rein „technische“ Behandlung der Denkmäler „ohne die unerlässlich notwendige Berücksichtigung ideologischer Gesichtspunkte“ verheerende Folge habe.“⁷⁹ „Ebenso fehlte die Verpflichtung zur

⁷⁷ Berger, a.a.O., S.3

⁷⁸ P. Goralczyk (a): Städtebaulicher Denkmalschutz in den 40 Jahren der Existenz der DDR, in: Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau/ Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): *Alte Städte – Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz*. Bonn 1996, S. 301

⁷⁹ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), DY 30 IV 2/ 906/ 180 Betreff: Gesetz zum Schutz der Denkmale der Kultur und Natur, 2. Entwurf vom 30. November 1947

erzieherischen Auswertung der durch die Kulturpflege bekannt werdenden historischen Tatbestände.“⁸⁰

Oberste Instanz der Denkmalpflege sollte laut Strauß der Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft sein, der auf dem Verordnungswege notwendige Veranlassungen treffen konnte und in Zweifelsfällen die entscheidende Instanz war. Ihm sollte ein Landespfleger unterstellt werden. „Die Einrichtung dieser Instanz erscheint notwendig, da nur durch sie eine volle ideologische und erzieherische Auswertung des Kultur- und Naturschutzes gewährleistet ist.“⁸¹ Eine ministerielle Gewalt konnte den Interessen des Denkmalschutzes das notwendige Schwergewicht verleihen.⁸²

Ohne eine klare Aussicht, in welche Richtung die Deutschlandpolitik der Alliierten weitergehen sollte und welche städtebaulichen Konzeptionen den zerstörten Orten zugrunde liegen würde, war es nicht möglich, eine einheitliche gesetzliche Grundlage für die deutschen Länder zu verabschieden. Bisher hatte sich die Arbeit der Denkmalpfleger aus finanziellen Gründen auf die Ausführung kleinerer Instandsetzungsarbeiten und dringend notwendiger Sicherungsmaßnahmen beschränkt. Es fehlten klare Richtlinien und eine koordinierte Zusammenarbeit der am Denkmalschutz beteiligten Ressorts.

Nach der Gründung der DDR ergab sich eine neue rechtliche Grundlage für die Denkmalpflege. In Artikel 34 der Verfassung der DDR von 1949 wurde verankert, dass der Staat an der Pflege von Kunst, Wissenschaft und Lehre teilnimmt und dessen Schutz gewährleistet. Artikel 37 wies auf die Bedeutung des kulturellen Erbes für die humanistische Erziehung der Jugendlichen hin.

An der Umsetzung dieser Gesetze waren in Hinblick auf die Denkmalpflege unterschiedliche Organisationen beteiligt. Die 1951 gegründete Bauakademie⁸³ übernahm mit dem Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst die gutachterlichen, wissenschaftlichen und beratenden Aufgaben. Für die administrative Denkmalpflege war die SKK zuständig, die von der Regierung am 12. Juli 1951 eingesetzt wurde, um die „Entwicklung einer fortschrittlichen deutschen

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Ebd.

⁸² Vgl. ebd.

⁸³ Vgl. Teil 2/ 4.1.

Kultur entschieden weiterzuführen, das kulturelle Schaffen zur reichen Entfaltung zu bringen und die Qualität der künstlerischen Leistungen ständig zu erhöhen.“⁸⁴ Für die Koordinierung der denkmalpflegerischen Maßnahmen wurde in der SKK eine Kommission eingerichtet.

Durch die *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus*, die die Regierung der DDR am 27. Juli 1950 beschloss und das Aufbaugesetz vom 6. September 1950, fiel die Denkmalpflege auch in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Aufbau.⁸⁵ Auf der Basis dieser Gesetze erließ das Ministerium für Aufbau in Zusammenarbeit mit der SKK am 15. Juli 1953 „Richtlinien für die Beurteilung und städtebauliche Einordnung von Bau-, Kultur- und Naturdenkmalen in das Stadt- und Dorfbild“. Sie bildete die Grundlage für eine Denkmalkartei.

Mit der Integrierung der Denkmalpflege in die Hauptabteilung Kunst der SKK begann analog zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus, der auf dem II. Parteitag der SED 1947 beschlossen worden war, die planmäßige Pflege und Erhaltung des deutschen Kulturgutes in der DDR. Im Zuge der Einführung einer sozialistischen Kulturdoktrin versuchte die SED die Denkmalpflege als Teil eines sozialistischen Umerziehungsprozesses zu etablieren. Im „Kampf gegen den Formalismus“, der auf dem III. Parteitag 1950 beschlossen wurde, fand eine Selektierung der wesentlichen Aufgaben in der Denkmalpflege statt. Unter dem Stichwort „Denkmalpflege und Herausarbeitung der fortschrittlichen Traditionen der deutschen Kunst“ sah der Arbeitsplan der SKK für das Jahr 1952 die Aufstellung eines Verzeichnisses der nationalen Kulturstätten, hervorragenden Kulturdenkmäler, VVN-Gedenkstätten, Denkmale für die Gefallenen der Sowjetarmee“ vor.⁸⁶ Besonders hervorgehoben wurden die Gedenkstätten der Arbeiterbewegung. Durch eine Popularisierung der Kulturdenkmäler sollte der Wandel vom Denkmal einer bisher privilegierten Nutzerschicht hin zum Denkmal als Volkseigentum vollzogen werden. Dennoch wurde in der „Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale“, die am 26. Juli 1952 in der Wartburg beschlossen wurde, einen umfassenderen Denkmalbegriff vor. In der Präambel hieß es:

⁸⁴ Bundesarchiv (BArch), DR 1/ 5801 Arbeitsplan der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten für das Jahr 1952

⁸⁵ Ein Abdruck der 16. Grundsätze findet sich in auf den Seiten 131 – 134

⁸⁶ BArch, DR 1/ 5801, Arbeitsplan der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten für das Jahr 1952

„Das kulturelle Erbe des Deutschen Volkes umfasst kostbare Werke der Kunst, die durch ihre Schönheit und Wahrhaftigkeit Zeugnis für die schöpferische Kraft der Volksmassen ablegen. Dieses Erbe zu erhalten, zu pflegen und den breiten Massen unseres Volkes zugänglich zu machen, gehört zu den wichtigen kulturellen Aufgaben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Aneignung des kulturellen Erbes ist Sache des ganzen Volkes, das sich gegen alle Versuche böswilliger oder fahrlässiger Zerstörung von Kulturdenkmälern mit der Strenge des Gesetzes wendet.“

Die Verordnung lehnte sich an das „Sächsisches Heimatschutzgesetz“ vom 22. Januar 1934 an. Die „geistige Zielsetzung“, die Strauß 1947 für die Denkmalschutzverordnung gefordert hatte, war noch nicht zu erkennen. Auch Paragraph 1, der den Denkmalbegriff definierte, ging nicht auf ideologische Gesichtspunkte ein, sondern nannte ein allgemeines öffentliches Interesse als Bedingung für eine Unterschutzstellung:

„Denkmale im Sinne dieser Verordnung sind alle charakteristischen Zeugnisse der kulturellen Entwicklung unseres Volkes, deren Erhaltung wegen ihrer künstlerischen, wissenschaftlichen oder geschichtlichen Bedeutung im öffentlichen Interesse liegt.“

Die Denkmalschutzverordnung war noch auf die Länderstruktur der SBZ ausgerichtet. Oberste aufsichtsführende Dienststelle bildete die SKK, die von einer zentralen Fachkommission beraten wurde. Die praktische Arbeit übernahmen die Landesdenkmalämter:

„§ 5

Die Landesämter für Denkmalpflege haben

- a) über die Denkmale im Lande zu wachen, durch Beratungen und Anordnungen dafür zu sorgen, dass sie sachgemäß gepflegt, -soweit nötig- instand gesetzt oder vor Beschädigung geschützt werden.

- b) Für die Feststellung und Sicherung der Denkmale im Lande zu sorgen, die Denkmallisten zu führen und die Denkmale der Erziehung und Bildung des Volkes dienstbar zu machen.
- c) Die Landesämter für Denkmalpflege werden vom Landeskonservator geleitet.“

Berlin bildete unter allen Bezirken eine Ausnahme. Die Stadt unterlag weder den gesetzlichen Bestimmungen noch unterstand die Berliner Denkmalpflege der SKK. Aufgrund des besonderen Rechtsstatus galt in Groß-Berlin die rechtliche Bauordnung vom 9. November 1929, eine spezielle Satzung zum Schutze der Straße Unter den Linden vom November 1949 sowie eine Satzung über die Gestaltung der Dorfauen vom 18. September 1933. Seit August 1952 fanden Verhandlungen über die gesetzliche Regelung für Groß-Berlin statt. Dabei wurde eine Denkmalkommission gebildet, die sich aus Vertretern des Magistrats, der SKK, des Museums für Deutsche Geschichte, des Amtes für Kirchenfragen, der vier Akademien, des Kulturbundes und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) zusammensetzte. Nach wie vor waren die Entscheidungen der SKK vorbehalten.

Am 31. Dezember 1952 löste die SKK die fünf Landesdenkmalämter auf. An ihre Stellen rückte das Institut für Denkmalpflege (IfD) mit Sitz in Berlin und drei Außenstellen. Die Außenstelle Nord war ebenfalls in Berlin untergebracht und umfasste die Bezirke Schwerin, Rostock, Neubrandenburg, Potsdam und Frankfurt. Zu der Außenstelle Südwest mit Sitz in Halle gehörten die Bezirke Halle, Magdeburg, Erfurt, Suhl und Gera. Das Gebiet Südost wurde von der Außenstelle in Dresden betreut. Dazu zählten die Bezirke Dresden, Leipzig, Cottbus und Chemnitz. Hans Berger beurteilt die Arbeit unter der neuen Denkmalschutzverordnung rückblickend, das heißt, auch im Vergleich zu den nachfolgenden Gesetzesgrundlagen: „Wir haben gut mit ihr [*Denkmalschutzverordnung, d.V.*] leben können, da sie uns auch nach Aufhebung der Länder und Einführung der Bezirke (1954) als einzelnen Instituten für jeweils mehrere Bezirke noch genügend Freiraum beließ, unsere Tätigkeit in der seit 1945 geübten Weise fortzusetzen, Freiraum z.B. bei der Auswahl der zu bearbeitenden Denkmale, bei der Vergabe der Beihilfemittel [...].“⁸⁷ Diese Sichtweise der damals tätigen Konservatoren mag zutreffen. Es kann aber nicht übersehen

⁸⁷ Berger (a), a.a.O., S. 3

werden, dass der Entscheidungsfreiraum, den dieses Gesetz zuließ, über die ministerielle Ebene genutzt wurde, um Denkmäler zu beseitigen, die nicht in das geltende sozialistische städtebauliche Konzept passten. In Dresden wurde 1956 die Rampische Gasse gesprengt, um Raum für eine zentrale Aufmarschstraße für den Altmarkt zu schaffen. Ähnliches zeigte sich beim Umbau der Langen Straße in Rostock. Beispiele dafür finden sich in vielen Städten der DDR. Daneben stehen die Sprengungen vieler Gutshäuser und Schlösser, die auch nach der Zeit der rigorosen Sprengungen durch die SMAD vernichtet wurden, da sie nicht auf die Listen der zu erhaltenden Denkmäler gesetzt wurden.

Im Gegensatz zur Denkmalschutzverordnung von 1952 hatte die Formulierung der Aufgaben des Institutes eine ideologische Ausrichtung und bereitete die theoretische Grundlage für eine selektive Denkmalpflege:

„Die Aufgaben des Institutes bestehen in:

1. Durch Forschung und Publikation an der kritischen Aneignung und Erschließung des nationalen Kulturerbes mitzuwirken.
2. Die Grundlagen zu schaffen, dass die Denkmale für die patriotische Erziehung des deutschen Volkes erschlossen und ihm in Wort und Schrift zugänglich gemacht werden.
3. Mitzuwirken an der Errichtung von neuen Denkmalen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes. [...]“⁸⁸

Die Beschlussvorlage für die Einrichtung des Zentralinstitutes wurde mehrfach überarbeitet, bis es 1955 zur Errichtung des Institutes kam. Elisabeth Hütter und Heinrich Magirus sehen in der Schwierigkeit der Stellenbesetzung den Grund für die langjährige Verzögerung: „Keinen der ‚progressiv-bürgerlichen‘ Konservatoren reizte es, die Position eines ‚Generalkonservators‘ in Berlin, unstrittig auch damals schon eine Parteifunktion, zu übernehmen.“⁸⁹ Gerade dieser Posten schien aus parteipolitischer Sicht von großer Bedeutung. Das verdeutlicht ein Briefwechsel zwischen Prof. Dr. Dähn und Alexander Abusch.: „Die gefährliche Situation der

⁸⁸ SAPMO, DY 30/ IV/ 2/ 906/16 Sekretariatsvorlage, Betr.: Zentralinstitut für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, 11. Dezember 1952

⁸⁹ E. Hütter/ H. Magirus: Zum Verständnis der Denkmalpflege in der DDR, in: Zeitschrift für Kunstgeschichte 55/ 1990, S. 401

Denkmalpflege macht es notwendig, sofort mit dem ZK darüber zu verhandeln, wer in Zukunft, und zwar ab sofort, als starker Genosse in Frage kommt, die Direktion des Institutes für Denkmalpflege zu übernehmen.“⁹⁰

Die Parteileitung erhoffte sich von dem obersten Konservator einwandfreies politisches Handeln, das sich auch in einer agitatorischen Arbeit in Westdeutschland nutzen ließ. Unter dem Vorwand eines wissenschaftlichen Austausches sollte das Institut politische Überzeugungsarbeit in sogenannten Patenhäusern in ganz Berlin leisten. Da 1955 die Zahl der Genossen unter den Institutsmitarbeitern noch immer sehr gering war, wurde das Institut auf Druck der Parteileitung gedrängt, politische Arbeit zu übernehmen. So verpflichtete sich die Belegschaft des Institutes für Denkmalpflege nach einer Parteisitzung der SED, die am 23. November 1955 in den Räumen des Institutes stattfand, diese Aufgabe anzunehmen. In der Entschließung heißt es:

„Die Mitarbeiter des Institutes für Denkmalpflege verpflichten sich deshalb:

- 1.) Eine planmäßige und systematische Agitation in den Patenhäusern im demokratischen Sektor von Groß-Berlin und in Westberlin durchzuführen.
- 2.) Bei allen Dienstreisen durch ein vorbildliches Staatsbewusstsein zur Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik beizutragen.
- 3.) Unter Berücksichtigung, dass gerade die Denkmalpflege im Rahmen der gesamtdeutschen Arbeit eine besondere Bedeutung hat, ihre Arbeit zu verbessern, insbesondere durch eine planmäßige Publikation, um dadurch beizutragen, das nationale Bewusstsein breiter Schichten der Bevölkerung zu stärken.
- 4.) Den nationalen Gedenkstätten der deutschen Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandskampfes unter der Hitlerdiktatur, ihrer großen politischen Bedeutung entsprechend, besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
- 5.) Durch eine bessere Arbeitsdisziplin und Arbeitsintensität den Staatsapparat zu festigen.“⁹¹

⁹⁰ BArch, DR1/ 7907, Brief von Dähn an Abusch vom 8. September 1954

Als Staatskonservator und damit Leiter des Institutes wurde zunächst Heinz Mansfield aus Schwerin von der SKK vorgeschlagen.

Für die regionalen Denkmalämter brachte der Aufbau des Zentralinstitutes zunächst kaum Veränderungen mit sich, da es in der Hauptsache die Denkmäler von nationaler Bedeutung betreute. Die Umstrukturierung der Regionalämter zu fachwissenschaftlichen Einrichtungen des Zentralinstitutes erfolgte erst 1961, parallel zur Einführung der neuen „Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale“.

Berlin nahm in Bezug auf die Zuständigkeitsbereiche der Denkmalpflege wieder eine gesonderte Rolle ein. Mit der Denkmalpflege in Berlin beschäftigten sich seit der Gründung des Institutes drei Stellen:

- a) das Institut für Denkmalpflege beim Ministerium für Kultur (Außenstelle Berlin)
- b) die Abteilung Denkmalpflege beim Chefarchitekten
- c) das Referat Denkmalpflege in der Abteilung Kultur des Magistrates

Aufgrund eines Entschlusses des 25. Plenums des ZKs der SED im Oktober 1955, der eine Umstrukturierung und Komprimierung der Arbeit des Staatsapparates vorsah, beauftragte die Abteilung Kultur den Leiter der Denkmalpflege Bodo Küttler mit der Entwicklung und dem Aufbau einer „der Stadt Berlin entsprechenden Denkmal-pflege“.⁹² Die daraufhin erarbeitete Konzeption „Aufgaben und Wirkungsbereiche der Denkmalpflege in Groß-Berlin“ sah die Einrichtung eines Amtes für Denkmalpflege beim Magistrat vor. Die stellvertretende Bürgermeisterin Johanna Blecha äußerte Bedenken gegen diese Veränderung, da dadurch eine notwendige Verbindung zwischen dem Bauwesen und der Denkmalpflege fehlte: „Ich bin der Meinung, dass die Mitwirkung des Chefarchitekten bei der Denkmalpflege, vor allen Dingen beim Aufbau, gesichert sein muss [...]“.⁹³

⁹¹ BArch, DR 1/ 8028, Protokoll über die am 23. November 1955 durchgeführte öffentliche Parteiversammlung im Institut für Denkmalpflege

⁹² Landesarchiv Berlin (LAB), C-Rep 121/ 190, Brief von Krause an Blecha, 20. Februar 1956

⁹³ LAB, C-Rep 120/ 2300, Brief von Blecha an Henselmann, 27. Juni 1956

Der Spagat zwischen ideologischer Doktrin und der Denkmalpflegepraxis blieb auch der SKK und dem Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst nicht verborgen. 1953 ordnete das Institut unter der Leitung von Dr. Hans Muther eine Untersuchung zur Verbesserung der Denkmalpflege an. Ziel war die Verbesserung der ideologischen, materiellen und administrativen Denkmalpraxis. Die allgemeine Kritik, die nach dem Erlass der Denkmalschutzverordnung aufkam, richtete sich gegen den Begriff des „öffentlichen Interesses“, da es zu unklar definiert und nicht durch das Interesse der Partei, das die Interessen des Volkes vertrat, legitimiert sei.⁹⁴ Auch in Muthers Untersuchungsergebnissen spiegelte sich dieser Punkt wider. Muther forderte die Überwindung der klassenbedingten Denkmalpflege, die sich auf den Erhalt von „Objekten der herrschenden Klasse“ konzentrierte.⁹⁵ Die Denkmalpflege sollte aus ihrem engen Wirkungskreis befreit werden: „Die bisherige Denkmalpflege krankte oft daran, dass man die Werke der Baukunst museal erhalten wollte, dass man höchstens ihre nähere Umgebung mit unter Denkmalschutz stellte.“⁹⁶ Muther sah eine Erweiterung der Aufgabenstellung in der Zusammenarbeit der Denkmalpflege mit dem Bauwesen: „[...] wir können auch die Denkmalpflege in allen diesen Fällen nicht getrennt von den übergeordneten Fragen der Gesamtplanung des Wiederaufbaues und der Neuentwicklung des charakteristischen Heimatbildes verwirklichen. [...] Anders ausgedrückt wird die neue architektonische und städtebauliche Gestaltung gleichzeitig zu einer denkmalpflegerischen Aufgabe.“⁹⁷ Mit diesem Votum zeigte sich bereits in welche Richtung die Denkmalpflege gehen sollte. Nach dem III. Parteitag der SED am 24. Juli 1950 war der Städtebau zu einer der dringendsten Staatsziele erklärt worden. Die Denkmalpflege musste sich diesem Edikt im zunehmenden Maße beugen. In seiner Untersuchung formulierte Muther die Funktion der Denkmalpflege für den sozialistischen Städtebau: „Eine neue deutsche Architektur und Stadtbaukunst entstehen nicht losgelöst von dem großen nationalen Kulturerbe, sondern durch dessen Aufnahme und kritische Verarbeitung, nicht aber durch eklektische direkte Übernahme alter Bauformen.“⁹⁸ Die Denkmalpflege hatte

⁹⁴ Vgl. S. Asche: Bemerkungen zur Denkmalschutzgesetzgebung, in: Mitteldeutsche Vorträge 1972/ 1, S. 107 ff

⁹⁵ BArch, DH 2 I/ 8, „Denkmalschutz in der DDR und Verbesserung der Pflege von Baudenkmalen“ Untersuchung von Dr. Hans Muther

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Ebd.

für den Schulterschluss zwischen neuer sozialistischer Bauweise und der Erhaltung der dazu notwendigen Vorbilder zu sorgen. In dieser Konsequenz konnte die theoretische Vorgabe nicht umgesetzt werden. Das Auseinanderklaffen des ideologischen Überbaus und der praktischen Arbeit der Denkmalpflege wurde immer deutlicher.

Nach der theoretischen Analyse von Muther folgte 1955 eine Überprüfung der Zusammenarbeit der Räte in den Kreisen und der Denkmalpflege durch das Hauptamt Bildende Kunst in der SKK: „In den Kreisen, wo denkmalpflegerische Objekte vorhanden sind, arbeiten mit großem Interesse die ehrenamtlichen Vertrauensleute für Denkmalpflege, finden aber nicht die Anleitung von Seiten der Räte der Kreise, die kulturpolitisch im Interesse der Denkmalpflege in der DDR notwendig ist.“⁹⁹ Die Kritik richtete sich gegen die Außenstellen des Institutes, die lediglich eine fachliche und keine ideologische Unterstützung anboten. Ein Großteil der Denkmalpfleger war noch nicht der Partei beigetreten und wurde als „bürgerlich“ eingeschätzt. Das Hauptamt für Bildende Kunst sah hier den Kernpunkt des Problems.

Die Dokumente aus dem Ministerium für Kultur aus den Jahren 1955 bis 1961, zu denen schriftliche Vorschläge, Planungsentwürfe, Anweisungen und nicht zuletzt das Denkmalschutzgesetz von 1961 zählen, belegen einen Bedeutungswandel der Denkmalpflege in der DDR. Hans Berger formuliert diese Veränderung so: „Vom bisher vorherrschenden Verständnis des Denkmals als Kunstwerk rückte man etwas ab und betonte fortan mehr den gesellschaftlichen Wert, den Bedeutungsgehalt und damit den patriotisch-erzieherischen Faktor [...]“¹⁰⁰ Um Einfluss auf die erzieherische Funktion der Denkmalpflege nehmen zu können, wurden wiederholt strukturelle und programmatische Veränderungen vorgenommen. Es wurden Konzeptionen entworfen, die die Stärkung des zentralen Institutes für Denkmalpflege zum Ziel hatten. Das Institut sollte eine fachwissenschaftliche Einrichtung sein, die von „einem Staatskonservator, einer Persönlichkeit mit großem politischen Ansehen geleitet“ wird.¹⁰¹

⁹⁹ BArch, DR 1/ Analyse über die Arbeit der Räte der Kreise vom 12. September 1955

¹⁰⁰ Berger (a), a.a.O., S. 4

¹⁰¹ BArch, DR 1/ 7875, Entwurf für die Neuordnung der Denkmalpflege, vom 24. Oktober 1958

Oberste Denkmalschutzbehörde war nach der Auflösung der SKK 1954 das Ministerium für Kultur. In einer Sitzung der Abteilung Denkmalpflege im Ministerium für Kultur am 8. Juli 1958 wurde die Zielsetzung der Denkmalpflege formuliert: „Da die Denkmalpflege ein wichtiger Bestandteil der Kulturpolitik ist, muss die Planung und Verantwortung für die Aufgabenstellung und Kaderbesetzung der wissenschaftlichen Institute und deren Kontrolle beim Ministerium bleiben [...]. Es ist notwendig sich eine klare Konzeption über die Bedeutung und Aufgabenstellung der Denkmalpflege zu erarbeiten, die ausgehen muss von der marx.– leninist. Analyse der historischen Vergangenheit und mit der Anerkennung der Werte, die die werktätigen Menschen vergangener Generationen geschaffen haben und die von ihren künstlerischen und technischen Fähigkeiten ein hervorragendes Bild ablegen.“¹⁰² Zur Durchsetzung dieser Vorhaben strebte das Ministerium für Kultur eine Vereinheitlichung der Richtlinien aller Bezirke an. Versuchten die Denkmalpfleger eigene Wege zu gehen, konnte das zu Repressalien in Form von öffentlicher Kritik oder Sanktionierungen, Überprüfungen etc. führen. Das Institut in Halle war wegen seines Leiters Wolf Schubert bereits 1958 in die Kritik geraten. Schubert zählte zu den „bürgerlichen Konservatoren“, die regelmäßige Kontakte zum Westen unterhielten. Aus einem Schriftwechsel zwischen dem Sektorenleiter Heese und dem Ministerium für Kultur geht hervor, dass Schubert ins Visier der Staatssicherheit geriet. In einem Brief vom 19. August 1958 von Heese an das Ministerium für Kultur heißt es: „Da erwartet werden darf, dass Schubert eines Tages die Deutsche Demokratische Republik verlässt, halten wir es für angezeigt, wenn die Stellen unserer Partei in Halle und auch die Dienststellen unserer Sicherheitsorgane auf Schubert aufmerksam gemacht werden. Schubert verwaltete als Direktor des Instituts bedeutendes wissenschaftliches Quellenmaterial [...], so dass aus diesem Grunde gewisse Sicherungsmaßnahmen notwendig werden.“¹⁰³ Nach Auffassung des Ministeriums für Kultur führte Schuberts konzentrierte Arbeit im Bereich kirchlicher Bauwerke zu einer „Vernachlässigung technischer Denkmale und sozialistischen Denkmalpflege“¹⁰⁴ Schuberts Ansicht nur die Arbeit am kunstgeschichtlichen Monument als Denkmalpflege zu definieren, stieß auf

¹⁰² BArch, DR 1/ 7907, Vorschläge zur Neuordnung der Denkmalpflege in der DDR

¹⁰³ BArch, DR 1/ 8023 Aktennotiz zur Aussprache zwischen dem Leiter des IfD Halle, Dr. Schubert, Herr Prof. Laux und Herrn Heese, 23. August 1958

¹⁰⁴ BArch, DR 1/ 8023, Grundsätzliche Abschlussbemerkungen zu den bisher gefertigten Berichten über die Tätigkeit des IfD, 15. August 1958

erheblichen Widerstand im Ministerium. Um die Arbeit des Institutes von staatlicher Seite wirksamer kontrollieren zu können, sollten die Beihilfemittel, die bisher direkt an das Institut ausgezahlt wurden, zukünftig an den zuständigen Bezirk abgegeben werden, „damit die örtlichen Organe die Akzente der Denkmalpflege setzen und damit den Gesamtcharakter der Denkmalpflege in ihrem Bezirk bestimmen können.“¹⁰⁵ Als Reaktion auf die Untersuchungsergebnisse kündigte Schubert seine Stellung als Konservator beim IfD. In einer Aussprache im Ministerium für Kultur teilte er mit, dass er sich beengt und politisch bedrängt fühle.“¹⁰⁶ Nach seiner Entlassung wurde Schubert mit Sonderaufgaben betraut, wie z.B. der konservatorischen Leitung beim Wiederaufbau des Domes zu Naumburg und zu Magdeburg.

Nicht nur das Hallenser Institut war in die Kritik geraten: „Nachdem Halle einige Jahre zuvor wegen zu einseitiger Einstellung zum Denkmalbestand – nur bedeutende, meist mittelalterliche Denkmale und da fast nur Kirchen – in Verruf gekommen war (den Antrag, das Bauhaus in Dessau wenigstens auf die Kreisliste zu setzen, hatte man uns gleichzeitig abgelehnt), erschien 1966 ein Artikel in den *Sächsische Neueste Nachrichten*, der den Dresdener Kollegen ‚nur – fachlichen Standpunkt...aus noch bürgerlicher Sicht...‘ und Mangel an politisch ideologischer Einstellung vorwarf. Im gleichen Jahr verlangte einer der prominentesten Architekten die Überprüfung des ‚kostspieligen‘ Sanierungsprogramms“ für die unter Denkmalschutz stehenden Bauten, unter Hinweis darauf, dass z.B. für vier restaurierte Wohnungen in einem Fachwerkhaus mit mittelmäßigem Wohnkomfort mindestens sieben neue Wohneinheiten mit allen technischen Feinessen einschließlich Zentralheizung und Müllschlucker gebaut werden könnten.“¹⁰⁷ Das Institut in Dresden hatte über Jahre versucht, Wiederaufbauprojekte auch gegen den Widerstand der Politik durchzusetzen. Das bedeutendste Beispiel dafür war der Zwinger, der bis 1964 ein ideologisch höchst gefährdeter Bau war.¹⁰⁸ Der Rat des Bezirkes Dresden hatte versucht, das Institut für Denkmalpflege der Bezirksverwaltung zu unterstellen, was ihm aber nicht gelang.¹⁰⁹ 1967 erfolgte auf

¹⁰⁵ BArch, DR 1/ 8023, Bericht über den Brigadeeinsatz vom 18.- 23. Juni 1958 beim IfD Halle

¹⁰⁶ BArch, DR 1/ 8023, Aktennotiz zur Aussprache zwischen dem Leiter des IfD Halle, Dr. Schubert, Herr Prof. Laux und Herrn Heese, 23. August 1958

¹⁰⁷ Berger (a), a.a.O., S. 4

¹⁰⁸ Vgl.: G. Glaser: Das Dresdner Schloss, in: Deutsche Kunst- und Denkmalpflege, Heft 1/ 1991, S. 91

¹⁰⁹ Vgl. Goralczyk (a), a.a.O., S. 30

Veranlassung des Politbüros der SED eine Überprüfung des Institutes, wonach es angehalten wurde, „durch Bildung einer Vertikalstruktur – zentrale Fachabteilungen – zu einer Verbesserung der Leitungstätigkeit im Sinne der politisch – ideologischen und der staatlichen Aufgabenstellung zu kommen.“¹¹⁰ Nach Berger konnte trotz solcher Maßnahmen eine totale Gleichschaltung der Denkmalpflege aber nicht erreicht werden.

Die Kompetenzeinschränkung der Institute und die Einführung von klassifizierten Denkmallisten bildeten den Grundstock für eine selektive Denkmalpflege, die vornehmlich die Denkmale berücksichtigte, die dem repräsentativen Bedürfnis der DDR nahe kamen. Dennoch wurde in Anbetracht des schweren Standes der Denkmalpflege, die Klassifizierung der Denkmäler von den Konservatoren begrüßt. Dazu Berger: „An allen ‚Objekten‘ der Liste der ‚Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert‘ konnten trotz der geschilderten Umstände Forschungs- und Restaurierungsarbeiten durchgeführt werden.“¹¹¹ Die zentrale Liste, die der Zustimmung des Ministeriums für Kultur unterlag, beinhaltete zunächst weniger als 40 Objekte, das waren 10% des Anteils, der 1975 nach erneuter Gesetzesnovellierung, den Gesamtbestand der Aufstellung umfasste. Die Anzahl von ca. 400 Objekten blieb bis 1989 konstant.

Die größten Schwierigkeiten für die Denkmalpflege ergaben sich aus der gesellschaftlichen Aufwertung der Städteplanung. Die *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus*, die die Umgestaltung der Stadtmitten zu sozialistischen Zentren vorsahen, hatten, wie das Beispiel des Berliner Schlosses zeigt, den Einfluss der Denkmalpflege bereits geschmälert. Die Industrialisierung im Bauwesen ab Mitte der fünfziger Jahre und die noch nicht bewältigte Wohnungsnot in der DDR brachten das Bemühen um das kulturelle Erbe noch weiter ins Abseits. Die Verknüpfung von Denkmalpflege und sozialistischem Städtebau wurde bereits 1958 im Zuge der Neuordnung der Denkmalpflege im Ministerium für Kultur diskutiert. In einem Entwurf hieß es: „Für die Zukunft ist daher vor allem unter Berücksichtigung der Einbeziehung der Fragen der Denkmalpflege in der sozialistischen Städteplanung eine enge Zusammenarbeit und gemeinsame ständige Aussprache zwischen den Mitarbeitern des Ministeriums für Kultur und den Mitarbeitern des Ministeriums für

¹¹⁰ Berger (a), a.a.O., S. 5

¹¹¹ Ebd.

Bauwesen zu gewährleisten.“¹¹² Auf der Kulturkonferenz 1960 wurde in den Beschlüssen gefordert, die Denkmalpflege in die „sozialistische Umgestaltung der Städte“ sinnvoll einzubeziehen. „Die hierzu erforderliche Zusammenarbeit zwischen der Denkmalpflege und der Stadt- und Dorfplanung fehlte in der Vergangenheit vielfach. Das äußerte sich darin, dass Architekten die Möglichkeiten, die künstlerische Wirkung von Baudenkmalern in ihre neue städtebauliche Gestaltung einzubeziehen nicht ausschöpften und sich aus formalen Gründen oder in der Absicht, nur ihre neuen Schöpfungen wirken zu lassen über die Existenz der Denkmale hinwegsetzten.“¹¹³ Der Konflikt zwischen Denkmalpflege und Städtebau zeigte sich bereits in der Entwicklungsphase des neuen Denkmalschutzgesetzes. Das Ministerium für Aufbau versuchte starken Einfluss auf die Novellierung des Gesetzes zu nehmen. Eine rechtliche Fixierung eines Mitspracherechtes konnte nicht durchgesetzt werden. Der Versuch, neben der Erhaltung und Pflege von Denkmalen „die Frage der Beseitigung geschützter Anlagen, die bei schlechter baulicher Substanz und weniger hohem baukünstlerischem Wert Wiederaufbau, Um- und Ausbau nicht rechtfertigen, dem Aufgabengebiet des Ministeriums für Aufbau“¹¹⁴ zuzuordnen, scheiterte am Veto des Ministeriums für Kultur, das die Denkmalpflege in ihrem Ressort behalten wollte. Dafür sorgte das Ministerium für Aufbau, dass mit der neuen Gesetzesgrundlage keinerlei Einschränkungen für den Städtebau eingeführt wurden. In einem Entwurf für das neue Denkmalschutzgesetz aus dem Jahr 1956 hieß es in Paragraph 1, Absatz 3:

„Stadtanlagen, Orts-, Straßen- und Platzbilder sowie Stadtsilhouetten von besonderer geschichtlicher Bedeutung, künstlerischer Gestaltung und Eigenart, ferner stadtentwicklungsgeschichtliche Zeugnisse sind entsprechend der Bekanntmachung vom 19. September 1950 der Grundsätze des Städtebaus [...] unter Wahrung ihrer Eigenart und Bedeutung zu erhalten und in die Neuplanung einzuordnen. Solche Planungen sind bereits im Vorprojekt mit dem zuständigen Institut für Denkmalpflege zu beraten.“¹¹⁵

¹¹² BArch, DR 1/ 7875, Entwurf zur Neuregelung der Denkmalpflege vom 24. Oktober 1958

¹¹³ SAPMO, DY 30/ IV 2/ 906/ 98, Kurze Information zur Situation der Denkmalpflege in der DDR, Februar 1961

¹¹⁴ BArch, DR 1/ 7895, Brief von Kosel an Abusch vom 8. Juli 1957

¹¹⁵ BArch, DR 1/ 7895

Auf Veranlassung des Ministeriums für Aufbau wurde dieser Passus gestrichen. Damit basierte zukünftig die Rechtsgrundlage für die Denkmalpflege auf einer nicht schriftlich fixierten Verhandlungsebene zwischen den Ministerien und der Denkmalpflege. Das belegt auch ein Schreiben von Minister Alexander Abusch an den Aufbau-Minister Heinz Winkler: „Für die Gesetzgebung der Denkmalpflege entsteht jedoch dadurch [*Streichung von § 1/ Absatz 3; d.V.*] bei besonders künstlerisch und historisch wertvollen Bauten eine empfindliche Lücke, die in Zukunft nur durch eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und der Denkmalpflege geschlossen werden kann.“¹¹⁶ In der Praxis konnte das bedeuten, dass gegen den Widerstand der Denkmalpflege, z.B. durch Untermauerung von Fachgutachten, Denkmale abgerissen wurden. Ein Beispiel dafür ist der Abbruch der Schinkelakademie am Werderschen Markt. Das Gebäude, das zunächst der Deutschen Bauakademie zur Verfügung gestellt werden sollte, wurde 1962 im Zuge der Zentrumsplanungen abgerissen. Eine Stellungnahme des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst hatte vorab die Notwendigkeit der Beseitigung bestätigt. Proteste von Architekten, Denkmalpflegern und Kunsthistorikern konnten dem nicht standhalten.¹¹⁷

An grundlegenden Veränderungen brachte die „Verordnung über die Pflege und den Schutz der nationalen Denkmale“, die der Ministerrat am 28. September 1961 beschloss, die rechtliche Grundlage für die Entmachtung des Institutes für Denkmalpflege zugunsten des Ministeriums für Kultur. Auf der Bezirks- und Kreisebene verschoben sich die politischen Verantwortlichkeiten auf die jeweiligen Räte. Die grundsätzliche Aufgabenstellung lehnte sich an die bisherigen Anforderungen an. Nach Aussagen von Hütter/ Magirus und Berger konnte die beabsichtigte totale Vereinheitlichung der Denkmalpflege trotz der zentralen Steuerung nicht durchgesetzt werden. „Die befürchtete Gleichschaltung der nunmehrigen ‚Arbeitsstellen‘ des *einen* Instituts für Denkmalpflege in der DDR und seine endgültige Zentralisierung traten nicht ein. [...] Auch in den folgenden Jahrzehnten behielten die einzelnen ‚Ämter‘ zumindest in der fachlichen Arbeit ihren

¹¹⁶ BArch, DR 1/ 7895, Brief von Abusch an Winkler vom 8. Juli 1957

¹¹⁷ Zum Abriss der Bauakademie vgl. Teil 2/ 4.4.

eigenen Charakter, relativ lose zusammengehalten durch die ‚Chefkonservatorensitzungen‘ in Berlin [...].“¹¹⁸

In der Präambel der Verordnung von 1961 wurde von der Denkmalpflege ein klares Bekenntnis zum Sozialismus gefordert. Ihre Arbeit wurde als ein Beitrag zur Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft gefordert:

„Bei der Entwicklung der sozialistischen deutschen Nationalkultur hat die Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes der Nation eine große Bedeutung. Die Denkmale sind ein wesentlicher Bestandteil unseres nationalen Kulturerbes. Ihre Erhaltung, Pflege, ordnungsgemäße Verwaltung, zweckdienliche Verwendung und Erschließung für die ganze Bevölkerung ist von großer Wichtigkeit für die Kulturarbeit und das Leben in der sozialistischen Gesellschaft.“¹¹⁹

Jetzt wurde der Denkmalsbegriff auf die Interessen einer sozialistischen Gesellschaft fokussiert. In Paragraph 2 der neuen Denkmalschutzverordnung hieß es:

„(1) Denkmale sind Werke der Baukunst und des Städtebaus, der bildenden Kunst und des Kunsthandwerks, der Gartenkunst und der Technik, deren Erhaltung wegen ihrer künstlerischen, geschichtlichen oder wissenschaftlichen Bedeutung im Interesse von Staat und Gesellschaft liegt.

(2) Denkmale können insbesondere sein:

a) Objekte, die zu bedeutenden Ereignissen oder Persönlichkeiten der deutschen Geschichte, insbesondere der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Beziehung stehen. [...]“

Der Begriff des „öffentlichen Interesses“ wandelte sich in „das Interesse von Staat und Gesellschaft“. Damit zeigte sich, dass ein pluralistisches Interesse und damit ein vielfältiger identitätsstiftender Faktor in der Denkmalpflege negiert wurde und stattdessen ein vom Staat, vertreten durch die SED, regulierter Denkmalsbegriff trat.

¹¹⁸ Hütter/ Magirus, a.a.O., S. 402

¹¹⁹ Verordnung des Ministerrates über die Pflege und den Schutz der Denkmale vom 28. September 1961

Deutlich wurde der Bedeutungswandel des kulturellen Erbes, das sich im Wesentlichen der Geschichte der Arbeiterbewegung zuwenden sollte.

Im Gegensatz zu der alten Verordnung umfasste der Denkmalschutz nicht nur einzelne Objekte, sondern „Stadtanlagen, Orts-, Straßen- und Platzbilder, desgleichen stadtgeschichtlich bedeutende Anlagen wie Stadtumwehungen, Burganlagen, charakteristische alte Dorf- und Gehöftanlagen und Verkehrswege.“¹²⁰

Damit konnten die Altstadtbereiche von Quedlinburg, Stralsund und Görlitz auf die zentrale Liste der „Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert“ gesetzt werden, die am 2. Januar 1962 veröffentlicht wurde.¹²¹ Trotz dieser wichtigen Veränderung bedeuteten die sechziger Jahre für die Denkmalpflege einen enormen Rückschritt. Mit dem Vormarsch des industriellen Bauens erlebte sie einen Bedeutungsverlust, der eine auf breiter Basis angelegte Denkmalpflege verhinderte. Dabei ließen die Denkmalpfleger keine Chance ungenutzt, Vorhaben durchzusetzen. Besondere Möglichkeiten ergaben sich z. B. aus der sogenannten „Jubiläumsdenkmalpflege“. Große Ereignisse, Feste und Jubiläen, die dem repräsentativen Interesse der SED dienlich waren, schlugen sich in einer Aufwertung der Umgebung nieder, in denen die Festivitäten stattfanden. So wurden 1967 zum 450 Jahr der Reformation historische Bauten, die im Umfeld der Wirkungsgeschichte Martin Luthers standen, restauriert. Auch Publikationen aus dem Bereich der Denkmalpflege wurden besonders zu Staatsjubiläen gefördert.

Wenn auch die Gleichschaltung der Denkmalpflege auf breiter Ebene nach 1965 nicht möglich war, so wurde der politische Druck auf die Ämter stärker. Besonders das Dresdener Amt geriet wegen seiner Bemühung historische Befunde bei den Restaurierungen zu erforschen in die Kritik.¹²² Auch die Personalpolitik wurde nun stärker von der SED berücksichtigt: „In leitende Positionen rückten nun fast nur noch Genossen ein. Fähige junge Leute, die sich ‚gesellschaftlich nicht organisiert hatten‘, erhielten in mehreren Fällen keine Anstellung mehr.“¹²³ Nach 1962 brach auch der offizielle Kontakt zu westdeutschen Denkmalpflegern ab.

Die große Bedeutung, die die Denkmalpflege in der Bevölkerung der DDR hatte, lässt sich aus Leserbriefen in den Zeitungen und dem Bürgerengagement schließen,

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Vgl. Goralczyk (a), a.a.O., S. 307

¹²² Vgl. Hütter/ Magirus, a.a.O., S. 403

¹²³ Ebd.

das über den Kulturbund in Form einer ehrenamtlichen Mitarbeit in der Denkmalpflege möglich war. Auch bei der Inventarisierung der Denkmale wirkten freiwillige Helfer mit. Zwischen dem IfD und dem Zentralen Fachausschuss Bau- und Denkmalpflege (ZFA) im Kulturbund gab es Vereinbarungen hinsichtlich der Zusammenarbeit. Der ZFA unterstützte das Institut bei der Erfassung der Denkmale der Kreisliste, der Kennzeichnung und der Zustandskontrolle der Objekte, sowie der gesellschaftlichen Erschließung von Denkmalen. Der Kulturbund und das IfD führten gemeinsame Tagungen und Schulungen durch. Einer der wichtigsten Aufgaben war die Unterstützung bei der Vorbereitung wichtiger kultureller Veranstaltungen und Jubiläen, bei denen vor allen Dingen Denkmale des antifaschistischen Widerstandes, der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, des Wiederaufbaus und des sozialistischen Aufbaus in der Bevölkerung publik gemacht werden sollten.¹²⁴

Die Organisation der ehrenamtlichen Denkmalpfleger übernahm ab 1975 die neu gegründete Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund. Ihr Präsident, Prof. Dr. Werner Hardtke, betonte die Funktion der Gesellschaft als Bindeglied zwischen der institutionalisierten Denkmalpflege und der Bevölkerung: „Die Gesellschaft für Denkmalpflege wird mit Hilfe der Inter-essengemeinschaften schöpferische Aktivitäten im geistigen und kulturellen Leben der Territorien auslösen und besonders für eine qualifizierte Propaganda Sorge tragen.“¹²⁵ Die Aufgabenbereiche der Gesellschaft reichten in der Organisation von Veranstaltungen und Publikation zu historischen Themen, Kontakten ins sozialistische Ausland, der Unterstützung von Forschungsarbeiten und der Inventarisierung von Denkmalen. In den 350 Interessensgemeinschaften der Gesellschaft für Denkmalpflege hatten sich bis Mitte der achtziger Jahre mehr als 5.000 Mitglieder organisiert.¹²⁶

Anfang der siebziger Jahre erfolgte ein Wandel im Umgang mit den tradierten Werten. Die Denkmalpflege an einzelnen großen kostenaufwendigen Objekten hatte dazu geführt, dass in den sechziger Jahren der Altbaubestand verfallen war oder einer eintönigen Bebauung weichen musste. Das führte zu Verlusten der städteigenen Charaktere. Zeitgleich bemängelte die SED die fehlende Identität der

¹²⁴ Vgl. BArch, DR 1/ 6293, Vereinbarung zwischen dem IfD und dem ZFA, 1. Juni 1972

¹²⁵ W. Hartke: Zur Gründung der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR, in: Denkmalpflege in der DDR 7/1975, S. 18

¹²⁶ Stand April 1984, vgl. BArch, DC 20 I/ 3/ 2023, Beschluss zur Information über Ergebnisse, Probleme und Aufgaben der Denkmalpflege in der DDR, 10. April 1984

Bürger mit dem Staat DDR. Bis zum Ende der DDR veranlasste das Ministerium für Kultur immer wieder die Erbaneignung als festen Bestandteil von kulturellen Massenbewegungen zu verankern, um somit das Geschichts- und Staatsbewusstsein der Bürger zu fördern.¹²⁷ Auch der Kulturbund verstärkte die Öffentlichkeitsarbeit in der Denkmalpflege. Von ihm ging auch die Initiative aus, anstelle der bisherigen Verordnung ein Denkmalschutzgesetz zu formulieren, das den neuen Problemen und Anforderungen in der Denkmalpflege gerecht werden sollte.¹²⁸ „Das ‚Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik‘ vom 19. Juni 1975 [...] war in den siebziger Jahren zustande gekommen, als die Geschichtlichkeit der Kulturlandschaften im Osten Deutschlands eine Bedeutung für die Herausbildung eines Heimatgefühls der DDR-Bürger, für eine engere Bindung der hier lebenden Menschen an ihre unmittelbare Lebensumwelt, erlangen sollte.“¹²⁹ Mit einem neuen Gesetz versuchte die Regierung der DDR dem Schutz von Kulturgut mehr Raum zu geben, aber sie auch gleichzeitig in die politischen Ziele des Staates einzubinden.

In Paragraph 1 Absatz 1 wurde der erzieherische Charakter der Denkmalpflege formuliert

„Ziel der Denkmalpflege ist es, die Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik zu erhalten und so zu erschließen, dass sie der Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins, der ästhetischen und technischen Bildung sowie der ethischen Erziehung dienen.“

Absatz 2 erläuterte, welche Denkmalkategorien besonders für die Herausbildung eines sozialistischen Bewusstseins geeignet sind. Dazu gehören Denkmale

- der revolutionären Traditionen
- der Arbeiterbewegung
- des antifaschistischen Widerstandskampfes

¹²⁷ Dazu gehörten Aktionen wie „unser Dorf soll schöner werden“ oder „Gepflegte Denkmäler und ihre Umgebung“. Vgl. BArch, DR 1/ 7497, Bericht an den Minister für Kultur über die Entwicklung der Denkmalpflege in der DDR seit der Verabschiedung des Denkmalpflegegesetzes 1975, 6. Dezember 1982

¹²⁸ Vgl. BArch, DR 27/1/ Diskussionsbeitrag für den VIII. Bundeskongress des Kulturbundes der DDR, 26. – 28. Oktober 1972

¹²⁹ P. Goralczyk (b): Rückblick auf Organisation und Recht der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Heft 1/ 1991, S. 11

- des sozialistischen Aufbaus.

Dieser Absatz legte die Aufgabe fest, die Denkmale in das Gefüge des sozialistischen Lebens einzubinden. Diese ideologische Zielsetzung spielte nach Aussage von Peter Goralczyk keine Rolle für die praktische Denkmalpflege, „in der es vor allem um die Erhaltung von Kirchen, Bürgerhäusern, Schlössern, Burgen, technischen Denkmalen usw. ging“.¹³⁰ Nur bei Denkmälen, die zu hohe Instandsetzungskosten aufwiesen, konnte eine mangelnde erzieherische Funktion zu einem Ablehnungsbescheid führen. „Andererseits wären ohne dieses Zugeständnis an die in der Parteiideologie so beliebige Funktion Denkmalschutz und Denkmalpflege als staatliche Aufgaben nicht anerkannt worden.“¹³¹

Der Denkmalsbegriff, wie er in Paragraph 3 Absatz 1 definiert wurde, konzentrierte sich auf die Interessen der sozialistischen Gesellschaft:

„Denkmale im Sinne dieses Gesetzes sind gegenständliche Zeugnisse der politischen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung, die wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Bedeutung im Interesse der sozialistischen Gesellschaft durch die Staatsorgane gemäß § 9 zum Denkmal erklärt worden sind.“

Erstmals wurde in diesem Paragraphen die gesetzliche Grundlage für die Verantwortung der Staatsorgane festgeschrieben, die nach Artikel 1 der Verfassung der DDR von 1974 unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei standen. Das Gesetz, als ein Mittel zur Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, lag in der Hand der SED. Zu den ausführenden Staatsorganen in der Denkmalpflege gehörte der Ministerrat, der als gesetzgebendes Gremium die kulturpolitischen und ökonomischen Beschlüsse in der Denkmalpflege fasste und sicherte, dass die denkmalpflegerischen Aufgaben in die Volkswirtschaftsplanung einbezogen wurden. Das Ministerium für Kultur war weiterhin die Oberste Instanz in der Denkmalpflege. Diese Funktion war in § 2, Absatz 2 festgelegt:

¹³⁰ Ebd., S. 12

¹³¹ Ebd.

„Der Minister trifft die zur staatlichen Leitung und Planung auf den Gebieten des geistigen kulturellen Lebens [...] notwendigen Entscheidungen im Rahmen der ihm übertragenden Rechte und Pflichten entsprechend den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen und sichert ihre Koordinierung mit den anderen zentralen und örtlichen Organen.“

Nach Gerhard Voß war die Novellierung eine Reaktion auf das europäische Denkmalschutzjahr, an dem 1975 alle westeuropäischen ICOMOS-Staaten teilnahmen.¹³² Die DDR beteiligte sich nicht daran, „da ‚die Pflege der guten Traditionen des deutschen Volkes‘ ohnehin von ihr in Anspruch genommen wurden.“¹³³

Das Denkmalschutzgesetz von 1975 war unter den Denkmalpflegern sehr umstritten, besonders wegen der Klassifizierung des historischen Kulturgutes. Das größte Manko blieb die Abhängigkeit von den politischen Instanzen, die auch für die Verteilung der finanziellen Ressourcen zuständig waren. Dennoch beschreibt Goralczyk das Gesetz „auf der Höhe der Erkenntnisse der Zeit“, aber einschränkend fügt er hinzu: „Es hätte noch bessere Dienste leisten können, wenn es respektiert und eingehalten worden und nicht durch neue Prioritäten und Zielsetzungen vor allem in der Baupolitik in wesentlichen Teilen de facto außer Kraft gesetzt worden wäre.“¹³⁴

Der Aufgabenbereich des IFD wurde in dem Gesetz nicht bestimmt, sondern in einem Statut des IfD, das das Ministerium für Kultur am 17. September 1976 veröffentlichte. Die mangelnde gesetzliche Grundlage sorgte dafür, „dass weiterhin der Willkür der örtlichen Räte Tür und Tor geöffnet blieben.“¹³⁵ Das Statut des IFD regelte die fachwissenschaftlichen Tätigkeiten des Instituts, die auf der Basis von Arbeitsplänen konzipiert wurden sowie die betriebsinterne Strukturierung, ausgehend von der Leitungsfunktion des Generalkonservators bis zu den territorialen Zuständigkeiten der Außenstellen.

¹³² Vgl. G. Voß (a): Berichte aus der ehemaligen Arbeitsstelle des IfD in Halle, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Heft 1/ 1991, S. 42

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Goralczyk (b), a.a.O., S. 15

¹³⁵ Hütter/ Magirus, a.a.O., S. 404

Nach Gerhard Voß, dem ehemaligen Leiter der Arbeitsstelle in Halle, waren die Kriterien für Aufnahme oder Ablehnung in die Republik-, Bezirks- oder Kreisdenkmallisten politisch motiviert oder ergaben sich aus dem Erhaltungszustand der Objekte. Die 150 bis 200 ausgewählten Objekte pro Kreis waren nicht das Resultat einer fachlich kompetenten Auswahl, sondern durch wirtschaftliche Aspekte bestimmt.¹³⁶ Dennoch erfolgte durch die Kategorisierung eine Vergrößerung des kategorisierten Denkmalbestandes, sodass das IfD der Arbeit nicht nachkommen konnte. Hans Berger schrieb bereits 1976 in der Zeitschrift Architektur in der DDR: „[...] die inhaltlich-qualitative Ausweitung des Denkmalbegriffs [...] hat auch in unserem Land die Anzahl der Denkmalkandidaten so vergrößert, dass die wissenschaftliche Durchdringung des neuen Bestandes zur Zeit kaum Schritt halten kann mit der Entwicklung. Auch die Kenntnis des Materials und die bisher angewandten Auswahlkriterien reichen zur Bewältigung der Aufgabe nicht mehr aus.“¹³⁷

Denkmallisten nach Abschluss nach Klassifizierung¹³⁸

Zentrale Denkmalliste	399
Positionen	
Bezirkslisten*	2 850
Positionen	
Kreislisten **	1 095
Positionen	

* in der Mehrzahl Einzelobjekte, aber auch historische Stadtkerne

** davon 700 wertvolle Stadtkerne

¹³⁶ Vgl. G. Voß (b): Erfahrungen eines Denkmalpflegers in Sachsen Anhalt, in: Ändern gegen Bewahren. Köln 1992, S. 62; nach 1989 vergrößerte sich der Denkmalbestand auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in den neuen Ländern durchschnittlich um das siebenfache

¹³⁷ H. Berger (b) in: Architektur in der DDR, H. 12/ 1976, S. 723

¹³⁸ Vgl. BArch DR 1/ 7497: Bericht an den Minister für Kultur über die Entwicklung der Denkmalpflege in der DDR seit der Verabschiedung des Denkmalpflegegesetzes 1975, 6. Dezember 1982

Erstmals berücksichtigte die „Durchführungsbestimmung zum Schutz von Denkmalen mit Gebietscharakter und Einbeziehung der Umgebung in den Schutz der Denkmale“ vom 14. Juli 1978 den Schutz der Denkmale bei städtebaulichen Konzeptionen. Dafür wurde im IfD eine Abteilung „Städtebauliche Denkmalpflege“ gebildet. 1983 erließen die Ministerien für Kultur und Bauwesen eine „Verfügung über die städtebauliche Einordnung von Baumaßnahmen, die den Bestand und die Wirkung von Denkmalen beeinflussen“. Damit war auf rechtlicher Ebene die Denkmalpflege im Städtebau gestärkt worden, die Realität aber sah anders aus: „Ein Bestandteil der Generalbebauungsplanung und der Bebauungskonzeptionen wurden die zumeist von Mitarbeitern des Instituts erarbeiteten Karten und Analysen zum Denkmalwert „ohne dass der darin formulierte Anspruch auf Erhaltung allerdings durchgesetzt werden konnte.“¹³⁹ Dennoch war das Institut bemüht, auf diesem Wege Einfluss zu nehmen. Am 29. Mai 1982 erließ der Ministerrat einen Beschluss zur „sozialistischen Entwicklung von Städtebau und Architektur“, wobei „für die Denkmalwerte hoffnungsvolle Zielsetzungen formuliert und auch Wege dorthin skizziert“ wurden.¹⁴⁰ Peter Goralczyk resümiert über diese Entwicklung: „Ernst genommen wurden sie jedoch nicht.“¹⁴¹

„Die Entwicklung der Denkmalpflege seit der Mitte der siebziger Jahre in der DDR kann nur als zwiespältig, ja schizophren, bezeichnet werden.“¹⁴² Während auf rechtlicher Ebene in der Denkmalpflege Fortschritte verzeichnet werden konnten, die Bedeutung von historischer Bausubstanz aufgrund der Monotonie in den Städten wuchs, hemmte die Realität eines ehrgeizigen Wohnbauprogramms die Umsetzung der Vorhaben.¹⁴³ Außerdem konnte das IfD der zunehmenden Arbeit nicht standhalten. „Die Entwicklung des Instituts für Denkmalpflege und die technische Ausstattung hat mit diesen wachsenden Anforderungen nicht Schritt gehalten.“¹⁴⁴

¹³⁹ P. Goralczyk (a), a.a.O., S. 312

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Hütter/ Magirus, a.a.O., S. 404

¹⁴³ SAPMO, DY 30/ vorl. SED 42218/ 1 Büro Hager: Studie: Tendenzen und Perspektiven kultureller Entwicklung in der DDR im Übergang von 80er zu den 90er Jahren, ausgearbeitet von Helmut Hanke, Lothar Bisky, Winfried Schubert und Christa Ziermann

¹⁴⁴ BArch, DR 1/ 7497, Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Leitung, Planung und Durchführung der Denkmalpflege, 2. Januar 1979

Der Freiraum der Denkmalpfleger hatte sich auf rechtlichem, aber auch auf ideologischem Gebiet seit Mitte der siebziger Jahre erweitert. „Um diese Zeit fielen endlich die Jahrzehnte lange oktroyierten ideologischen Hemmschwellen gegenüber den Denkmälern weg.“¹⁴⁵ Das Parteiprogramm der SED von 1976 formulierte den bis dahin engen Erbebegriff großzügiger: „Die sozialistische Kultur der Deutschen Demokratischen Republik ist dem reichen Erbe verpflichtet, das in der gesamten Geschichte des deutschen Volkes geschaffen wurde.“

Der katastrophalen finanziellen Situation des Denkmalschutzes versuchte die SED mit Hilfe der Gründung des VEB Denkmalschutzes entgegenzuwirken. Auf der 6. Tagung des ZKs der SED am 6./ 7. Juli 1972 hatte Kurt Hager gefordert: „Das Ministerium für Kultur sollte der Einrichtung von Spezialkapazitäten für die Pflege und Erhaltung kulturhistorisch bedeutender Bauten besondere Aufmerksamkeit widmen.“¹⁴⁶ Vorgesehen war ein zentral geleiteter Betrieb mit Zweigstellen in allen Bezirken in der Größenordnung von 1.500 Beschäftigten. Die dezentralen Restaurierungswerkstätten sollten dem zentralen Betrieb angegliedert werden. Die Räte der Bezirke stimmten zwar für die Einführung einer Spezialkapazität, aber lehnten eine Zentralisierung mit der Begründung ab, „dass dadurch die ohnehin begrenzten Möglichkeiten zur Denkmalpflege in den Bezirken noch weiter eingeschränkt würden.“¹⁴⁷ Stattdessen sollten bezirksgebundene Spezialbetriebe aufgebaut werden.

1977 wurde die „Produktionsleitung Denkmalpflege“ gegründet. Unter Einbeziehung der ehemaligen Mitarbeiter der Restaurierungswerkstätten des IfD wurden „VEB Denkmalpflege“ in Berlin, Dresden, Quedlinburg, Erfurt und Schwerin gegründet. Die erhoffte wirtschaftliche Verbesserung der Denkmalpflege blieb aber aus. 1979 resümierte Generalkonservator Deiters: „Die Ausrüstungen liegen unter der Norm vergleichbarer Baubetriebe und sind noch weit vom spezifischen Ausrüstungsbedarf entfernt. Dementsprechend ist die Effektivität noch zu gering, was zu hohen Preisen führen oder durch Anlaufstützungen ausgeglichen werden muss.“¹⁴⁸ Für das Institut war die fehlende Rentabilität des „VEB Denkmalpflege“ nahezu ein Glücksfall, da mit

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ BArch, DR 1/ 6293, Hausmitteilung: Betr.: Aufbau denkmalpflegerischer Spezialkapazitäten, 27. Februar 1973

¹⁴⁷ Ebd.

¹⁴⁸ BArch, DR 1/ 7497, Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Leitung, Planung und Durchführung der Denkmalpflege, 2. Januar 1979

seiner Gründung erwogen worden war, „die gesamte Beratungstätigkeit wirtschaftlich abrechenbar zu gestalten, [...] das Institut mehr oder weniger aufzulösen und den Betrieb zu integrieren.“¹⁴⁹ Dementsprechend hieß es in der Aufgabenstellung des VEB Denkmalpflege: „Das Kombinat für Denkmalpflege ist die Wissenschafts- und Wirtschaftsorganisation der in sich vereinigten denkmalpflegerischen Spezialkapazitäten im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Kultur.“¹⁵⁰ „Damit wäre die Denkmalpflege zu einem schwerfälligen sozialistischen Dienstleistungsbetrieb verkommen.“¹⁵¹

Um das Institut in seiner Funktion zu stärken, schlug Deiters dem Ministerium für Kultur Strukturveränderungen in der Denkmalpflege vor. Deiters konzipierte zwei Varianten. Der erste Vorschlag sah vor eine „starke Abteilung für Denkmalpflege“ im Ministerium für Kultur aufzubauen. Der Generalkonservator sowie dessen Stellvertreter sollten in die staatliche Leitungstätigkeit einbezogen werden. Die Produktionsleitung und der VEB Denkmalpflege unterstand der Abteilung Denkmalpflege. Variante zwei berücksichtigte die bisherige Abteilung Museen und Denkmalpflege als Mittlerorgan zwischen dem Ministerium und IfD. Die staatliche Leitungsfunktion sollte dem Generalkonservator übertragen werden, sodass die Produktionsleitung dem IfD unterstanden hätte.¹⁵² Zwar wurden diese Vorschläge im Ministerium für Kultur diskutiert und eine Gesetzesvorlage vorbereitet, die Umstrukturierungsmaßnahmen blieben aber unrealisiert. Der Generalkonservator wurde nicht in die staatliche Leitungsebene integriert. In den Jahresberichten des IfD wurde die fehlende Qualitätssicherung aufgrund der mangelnden Qualifizierung der Funktionäre in den Ministerien und den Räten der Kreise und Bezirke immer wieder thematisiert.

Mitte der achtziger Jahre formulierte das Institut für marxistisch-leninistische Kultur- und Kunstwissenschaft in einem parteiinternen Material die Bedeutung der nationalen Traditionen für die sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse: „Soziale Geborgenheit und patriotische Empfindungen werden gefördert durch die Erhaltung und Wahrung der Besonderheiten von Landschaften und Siedlungen, die Nutzung und Weiterentwicklung der historisch gewachsenen Gestaltung und Struktur

¹⁴⁹ Hütter/ Magirus, a.a.O., S. 404

¹⁵⁰ BArch, DR 1/ 7497, Ziel- und Aufgabenstellung zur Bildung eines Kombirates VEB Denkmalpflege

¹⁵¹ Hütter/ Magirus, a.a.O., S. 404

¹⁵² Vgl. BArch, DR 1/ 7497: Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Leitung, Planung und Durchführung der Denkmalpflege, 2. Januar 1979

und durch solch elementare Fragen wie des Zustandes der Straßen und Häuser, der Grünanlagen und Parke [...] das öffentliche Bild und die visuelle Präsentation der Städte für ihre Bewohner und Besucher.“ Diese Erkenntnis kam zu spät. Als sich die Denkmalpflege von ihren ideologischen Barrieren befreit und auf rechtlicher Ebene die Wege für eine Integration in den Städtebau erreicht waren, konnten die Ziele aufgrund einer maroden DDR-Volkswirtschaft nicht mehr umgesetzt werden. 1984 unterzeichnete der Ministerrat einen Beschluss, der nur das bestätigte, was sowieso schon in Praxis der Denkmalpflege gang und gebe war. Dort hieß es: „Die finanziellen und materiellen Fonds der Denkmalpflege sind mit hoher Effektivität vorrangig auf die Durchführung von kulturpolitisch bedeutenden Restaurierungsmaßnahmen an Denkmälern der Zentralen Denkmalliste zu konzentrieren, vor allem auf die zentralen Denkmalkomplexe in Berlin, der Hauptstadt der DDR.“¹⁵³ Der Altbaubestand und das historische Kulturgut der unteren Denkmallisten waren dem Verfall ausgesetzt. Man kann von einem zweifelhaften Glück sprechen, dass selbst für Abrissvorhaben die materiellen Voraussetzungen fehlten, sodass nach 1989 ein Großteil von Bauten rekonstruiert oder restauriert werden konnte.

¹⁵³ Ebd.

4. Zusammenfassung

Nach Marx und Engels ist das Kennzeichen kommunistischer Erbaneignung die Orientierung der Vergangenheit an der sozialistischen Wirklichkeit, die durch das Fernziel des Kommunismus geprägt ist. Daraus resultiert die Aufhebung von Klassengegensätzen in der Kultur (besitzende/ besitzlose Klasse). Zukünftiger Rezipient des kulturellen Erbes ist das Proletariat. Eine revolutionäre Umwälzungsphase soll einen Bruch mit den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen herbeiführen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb dieser Bruch in der SBZ aus. Anstelle der revolutionären stand die antifaschistisch-demokratische Umwälzung. Der von Marx und Engels geforderte Bruch mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen blieb aus. Das postulierte Ziel in der SBZ war die Gründung einer demokratischen Republik. Staatsdoktrin wurde zunächst nicht der Marxismus-Leninismus, sondern der Antifaschismus. In der Erbaneignung konzentrierte man sich auf die Beseitigung des Faschismus und Militarismus und wandte sich der Aneignung der deutschen Klassik und des Humanismus zu. Dem durch die Nazizeit negativ geprägten Begriff der Tradition wurde die positive Erbaneignung des Klassizismus entgegengesetzt. Auch nach der Gründung der DDR und dem Bekenntnis der SED zum Sozialismus blieb der Bruch mit dem bürgerlichen Erbe aus. Vielmehr wurde versucht, eine Verbindung zwischen Sozialismus und klassischem Erbe herzustellen, die ihren Ausdruck z.B. im *Sozialistischen Realismus* fand. Zukünftig favorisierte die SED die Rezeption und die Verwendung klassizistischer Elemente in der Kultur als Bollwerk gegen Formalismus, Kosmopolitismus und dem amerikanischen Imperialismus. Unter dem Begriff der „fortschrittlichen Elemente“ wurden die Objekte selektiert, die für die Repräsentation des Staates DDR von Nutzen waren. Auch wenn die SED in den sechziger Jahren versuchte die Herausbildung einer sozialistischen Persönlichkeit durch die Rezeption der Arbeitergeschichte zu unterstützen, blieb der zentrale Kern der Erbaneignung die Deutsche Klassik. Die inhaltlichen Schwankungen ergaben sich aus den Auslegungen des Begriffes der „Fortschritt“. Auch in der Denkmalpflege konnte ein Bruch mit der bürgerlichen Kultur nicht festgemacht werden. In der Gesetzgebung verlagerte sich der Denkmalbegriff von einem allgemein formulierten Denkmalbegriff hin zu einem ideologisch geprägten. In der praktischen Ausführung der Denkmalpflege hatte das aber keine Auswirkungen.

Vielmehr kann auch hier von einem Auseinanderklaffen zwischen der Theorie und der Praxis gesprochen werden. Die „sozialistische Denkmalpflege“ zeigte sich vor allen Dingen in der Politisierung der Denkmalpflegestrukturen. Das Ministerium für Denkmalpflege versuchte durch eine Besetzungspolitik bürgerliche Kräfte innerhalb des IfD durch „fortschrittliche Kräfte“ zu ersetzen. Das mangelnde politische Engagement des IfD führte zu einer Verlagerung der Zuständigkeiten auf politischer Ebene. Das IfD unterlag einer zunehmenden Entmachtung, was dazu führte, dass die Verfügung über die Erhaltung eines Denkmals zu einer politischen Entscheidung wurde. Das IfD trat nur noch in beratender Funktion auf. Eigeninitiativen begegnete das Ministerium für Kultur häufig durch verstärkte Kontrollen oder auch Repressalien. Der Zentralisierung der Denkmalpflege folgte in den siebziger Jahren die Einteilung der Denkmäler in eine zentrale Liste und den Bezirks- und Kreislisten. Obwohl Denkmäler auf den unteren Listen in der Regel dem Verfall ausgesetzt waren, sahen die Denkmalpfleger im Rahmen dieser Strukturierung bessere Möglichkeiten für ihre Tätigkeit.

Enorme Einbußen erlebte die Denkmalpflege durch die Baupolitik in der DDR. Die verstärkte Ideologisierung des sozialistischen Städtebaus bedeutete eine Unterordnung unter vorrangige Bauvorhaben. In zunehmendem Maße verdrängte die Plattenbauweise die historische Bausubstanz aus den Innenstädten. Die Rückbesinnung auf eine Ensembledenkmalpflege oder auch Denkmalpflege mit Gebietscharakter ließ auf eine rechtliche Erweiterung der Denkmalpflege hoffen, hinterließ in der Praxis aber keine wirklichen Spuren. Der Denkmalpflege fehlte es an Einfluss und vor allen Dingen an finanziellen Kapazitäten. Die Lockerung der ideologischen Fesseln seit den siebziger Jahren und die rechtlichen Freiräume konnten dem Verfall der historischen Bausubstanz nicht mehr entgegenwirken.

**Repräsentative Denkmalpflege in der DDR am Beispiel der Straße Unter den
Linden**
Teil 2

1. Zur Geschichte der Straße Unter den Linden¹⁵⁴

Die Doppelstadt Berlin/ Cölln wurde in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts gegründet. Im 15. Jahrhundert übernahmen die Hohenzollern die Staatsgewalt. Kaiser Sigismund setzte Friedrich VI. als Stadthalter ein. Als sichtbares Zeichen seiner Vormachtstellung gegenüber den Patriziern begann der zum Kurfürsten avancierte Friedrich mit dem Bau eines burgartigen Residenzschlosses. Unter Joachim II. wurde das Schloss vergrößert und prachtvoll umgestaltet.

Die Geburtsstunde der Linden geht bis ins 16. Jahrhundert zurück. 1573 ließ Kurfürst Johann Georg die „Neue Brücke“ über die Spree bauen und einen Weg durch das morastige Gelände zum Tiergarten aufschütten.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg boten Schloss, Brücke, Reitpfad und der Tiergarten ein Bild der Verwahrlosung. 1645 ließ der Kurfürst Friedrich Wilhelm das Schloss wiederherstellen und den Lustgarten erweitern. Nach holländischem Vorbild sollte als Verbindung zwischen Lust- und Tiergarten eine Allee errichtet werden, die durch eine sechsreihige „Galerie“ mit 1000 Nuss- und Lindenbäumen geprägt war.

Mit dem Repräsentationsbedürfnis des Kurfürsten und der Wandlung Berlins zu einer Garnisonsstadt, veränderte sich das äußere Erscheinungsbild Berlins. 1658 wurde die mittelalterliche Stadtmauer abgerissen und der holländische Baumeister J.G. Memhardt erhielt den Auftrag, die Doppelstadt Berlin/ Cölln zu einer Festungsstadt auszubauen.

Eine Erzählung berichtet, dass die zweite Frau des großen Kurfürsten, Dorothea von Holstein Glücksburg 1673 mit eigenen Händen eine Linde in den sandigen Boden pflanzte. Diese Schilderung untermauert die Legende, die Linden seien erst im Jahre 1673 begründet worden. Nachgewiesen ist, dass die geschäftstüchtige Dorothea das Gebiet außerhalb des Festungsgürtels in Form einzelner Parzellen verkaufte und somit den Weg für die Besiedlung der Linden ebnete.

1674 erhielt dieser Bereich, der den Namen „Neustadt“ trug, neben Berlin, Cölln und Friedrichswerder das Stadtrecht. Der angelegte Lindenweg bekam seinen ersten Namen: „Neustädtische Allee“.

Mit der Vergrößerung Berlins durch den Zusammenschluss von Berlin, Cölln, Friedrichswerder und der beiden zusammenhängenden Stadteile Dorotheen- und

¹⁵⁴ Als Grundlage für dieses Kapitel wurde folgende Lektüre verwendet: W. Löschburg: Die Straße Unter den Linden. Berlin 1991

Friedrichsstadt im Jahr 1709, kam dem Schloss eine neue Bedeutung zu. Der König vertraute Andreas Schlüter die Planung und Leitung des Umbaus an. Besondere Bedeutung kam der neuartigen Fassadengliederung zu, die Schlüter aus dem Stil des italienischen Hochbarock entwickelt. Zu den besonderen architektonischen Leistungen Schlüters gehörte das Lustgartenportal.

Schlüter fiel in Ungnade, als der Turm des Schlosses vor seiner Fertigstellung dem sumpfigen Baugrund nicht standhalten konnte und abgetragen werden musste. Nach diesem Unglück erlangte Eosander von Göthe als Hofarchitekt großes Ansehen. Er führte den Schlossbau bis zum Tod Friedrich I. weiter, indem er die Flügel um den westlichen Schlosshof fertigstellte (Eosanderhof).

Es wurden noch Pläne für einen weiteren Bau am Lustgarten gemacht. 1712 erhielt Jean de Bodt den Auftrag anstelle des alten Domes einen Neubau für eine Grablege und Predigtkirche entwerfen. Die Umsetzung der Pläne scheiterte. 1747 wurde die alte Domkirche an der Brüderstraße wegen Baufälligkeit abgetragen. Den Auftrag für den Neubau an der östlichen Seite des Lustgartens erhielt Johann Boumann. Nach Vorbild der holländischen protestantischen Kirchen entstand ein rechteckiger Bau mit einem Mittelrisalit, der durch eine Tambourkuppel gekrönt war.

Das erste monumentale Gebäude in der Lindenallee, das Zeughaus, sollte die Stärke und Macht Friedrich I. und seines Staates demonstrieren. Nach Entwürfen des Direktors der Pariser Académie d'Architecture, Nicolas Francois Blondel, wurde die Arbeit unter der Leitung des holländischen Architekten Johann Arnold Nering begonnen. Er starb jedoch kurz nach der Grundsteinlegung. Ihm folgte im Amt Martin Grünberg, der den Bau bis zur Attika führte (1698). Andreas Schlüter arbeitet zunächst nur als Bildhauer am Zeughaus und übernahm 1698/99 die Gesamtleitung. Nach ihm folgte Jean de Bodt im Amt. Er war ein Schüler Blondels und gab dem Bauwerk seine ausdrucksstarke Gestalt. Die meisten Figuren und Reliefs stammen aus der Hand von Guillaume Hulot und Andreas Schlüter. Wegen dessen Bautätigkeit und seiner künstlerischen Ausgestaltung wurde der Bau zu den Schlüterbauten gezählt.

Um seinem Land neuen kulturellen Glanz zu verleihen, ließ Friedrich I. 1696 eine Akademie der Künste und 1700 eine Akademie der Wissenschaften gründen, die im Marstall untergebracht wurden. Beide Akademien zogen bedeutende

Wissenschaftler aus dem In- und Ausland nach Berlin und erlangten im 18. Jahrhundert ein ebenbürtiges Ansehen wie die Akademien in London und Paris.

Unter dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. veränderte sich das gesellschaftliche Leben. Das Militär war fortan tonangebend. Mit diesem Wandel veränderte sich der Ausdruck der Lindenallee. Der Lustgarten wurde in einen Exerzier- und Paradeplatz umgestaltet. Neben dem Zeughaus wurden einige Militärbauten errichtet. In der Lindenallee wohnten viele Angehörige des Militärs.

Zwei Gebäude wurden für die Nachkommen Friedrich Wilhelms I. konzipiert. Die ehemalige Unterkunft des Kammerdieners Johann Martiz wurde 1732 von Gerlach zum Wohnsitz des Kronprinzenpaares umgebaut.

Parallel zum Kronprinzenpalais entstand das Prinzessinnenpalais. Der Baumeister Friedrich Wilhelm Diedrichs verband zwei Gebäude miteinander durch einen reich gegliederten Mittelbau.

Die Linden wurden zu eng für die rege Bautätigkeit des Monarchen.¹⁵⁵ Eine Erweiterung der Stadtgrenze war notwendig. Ein Teil des Tiergartens wurde 1734 abgeholzt. Dort entstand ein viereckiger Platz der zunächst als Quarreé bezeichnet wurde. An den neuen Baustellen verlief die Errichtung der Häuser im Sinne Friedrich Wilhelms I. Die vorgegebene einheitliche äußere Form der Häuser entsprach dem militärisch geprägten gesellschaftlichen Leben. Den Abschluss des Quarreés bildete das „Thiergarten Thor“, das schon damals das prächtigste unter den Berliner Stadttoren war.

Kurz nachdem der junge Preußenkönig Friedrich I. 1740 den Thron bestiegen hatte, gab er den Befehl zur Verwirklichung seiner städtebaulichen Pläne, die er zusammen mit dem Architekten Knobelsdorf in Rheinsberg entworfen hatte.

1740 entwarf Knobelsdorf den Plan für ein neues Residenzschloss. Der monumentale Bau sollte an der Kreuzung Lindenallee/ Markgrafenstraße liegen.

Die „Rheinsberger Pläne“, die in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts erstmals veröffentlicht wurden, kamen nur in geringem Maße zur Durchführung. Der Bau der neuen Residenz des Preußenkönigs scheiterte an den Unsummen, die die ständigen Eroberungskriege forderten. Er zog sich nach Potsdam zurück und nahm von den neuen Schlossplänen Abschied.

¹⁵⁵ In der Zeit von 1721 bis 1737 wurden in der Friedrichstadt alleine 975 neue Häuser gebaut., vgl. Löschburg, a.a.O., S. 45

Dennoch wurde an dem „Foro di Federigo“ (Friedrichforum) gearbeitet. Unter den Linden entstand ein Haus für die italienische Oper, das erste Theatergebäude in Deutschland, das aus dem Schloss gelöst war.

1743 brachte ein anderes Ereignis den Weiterbau des Lindenforums voran. Ein Feuer in der Akademie zerstörte einen Teil des Vorderbaus völlig.

Der Baumeister Boumann der Ältere erhielt den Auftrag für den Wiederaufbau der Akademie. In den Jahren 1747 bis 1749 entstand ein schlichter Bau, der sich an den Marstall von Nering anlehnte.

Die Errichtung des dritten Gebäudes am Friedrichforum war durch eine politische Absicht Friedrich II. motiviert. Die Genehmigung für den Bau der ersten katholischen Kirche in Berlin im Jahr 1746 beruhte nach Angaben von Löschburg weniger auf religiösen Motiven als auf „nüchternen politischen Überlegungen.“¹⁵⁶: „der König habe dadurch desto ehender von denen katholischen Reichsmitständen die Garantie von Schlesien zu erhalten gehofft.“¹⁵⁷ Die Kirche erhielt den Namen der Heiligen Hedwig, einer schlesischen Herzogin aus dem 13. Jahrhundert. Die Architekten, Johann Gottfried Büring und Jean Laurent Legeay, erhielten den Auftrag, die Kirche nach Vorbild des römischen Phanteons in Form eines Kuppelbaus zu errichten.

Das Friedrichforum fand seine Fortsetzung durch den Bau des Palais für Prinz Heinrich, dem Bruder Friedrichs. Als Bauplatz war der Ort für das beabsichtigte Residenzschloss vorgesehen. Baumeister für das neue Stadtpalais war ebenfalls J. Boumann d. Ä.

1748 bis 1756 entstand an Stelle der alten Wagenhäuser der Artillerie die prachtvolle Außenarchitektur eines klassizistischen Baus. 1810 wurde das Prinz-Heinrich-Palais der neu gegründeten Universität zur Verfügung gestellt.

Das letzte Bauwerk am Lindenforum entwarf ebenfalls von Knobelsdorf. Der Bauherr erlebte die Fertigstellung der königlichen Bibliothek nicht mehr, er starb 1753. Mit der Bibliothek sollte nach Friedrichs Vorstellungen ein Gebäude entstehen, das an Ansehen und Schönheit alle anderen Berliner Bauten übertraf. Wegen der äußeren Form, einer geschwungenen Barockfassade und den vorstehenden Säulenbauten an den Ecken, wurde das Gebäude im Berliner Volksmund „Kommode“ genannt.

Den Abschluss des höfischen repräsentativen Bauens Unter den Linden bildete das Brandenburger Tor. Bereits 1776 schlug der Berliner Ratsmann Millenet vor, dem

¹⁵⁶ Ebd., S. 57

¹⁵⁷ zitiert in ebd., S. 57

Brandenburger Tor mehr Ansehen zu verleihen. Den Auftrag dazu erhielt Carl Gotthard Langhans. Als Vorbild diente ihm der Propyläen auf der Akropolis in Athen. 1788 wurde das alte Tor mitsamt den Wachhäusern abgerissen. In zweijähriger Bauzeit entstand eine fünfundsechzig Meter breite und elf Meter tiefe Toranlage. Langhans bezog in seinem „Pro Memoria“ deutlich Stellung für eine friedliche Botschaft seines Bauwerkes: „Die auf der Attique stehende Quadriga stellt den Triumph des Friedens vor, [...]“¹⁵⁸ Für die Quadriga wurde der bekannte Bildhauer Gottfried Schadow beauftragt.

Die Besetzung Napoleons am 27. Oktober 1806 veränderte das öffentliche Leben Unter den Linden. Die größte Demütigung für die Berliner bedeutete die Entfernung der Quadriga durch einen Befehl des französischen Kaisers. Er wollte die Friedensgöttin nach Paris bringen und sie auf den Triumphbogen stellen, durch den die „Grande Armee“ beim Siegeseinzug schreiten sollte.

Im Zusammenhang mit den Reformen und dem nationalen Aufbruch dieser Zeit entstand die Berliner Universität. Von hier aus ging der Antrieb zur Verbreitung eines nationalen Befreiungsaktes. Nach Zerschlagung der französischen Armee in Russland und der Trennung des preußischen Hilfskorps von der „Grande Armee“ im Dezember 1812 folgte das Signal zur Volkserhebung. Am 4. März verließen die Franzosen Berlin, als die russische Befreiungsarmee von Norden her in der Stadt eintraf.

Im August 1813 rückte die „Grande Armee“ erneut mit 120.000 Franzosen an, um Berlin zu erobern. Zwei Monate später fiel die Entscheidung dieses Herbstfeldzuges in der Völkerschlacht bei Leipzig zugunsten des preußischen Heeres. Der eigentliche Siegeszug erfolgte mit der Rückkehr der Quadriga aus Paris. Mit der erneuten Aufstellung ging auch eine Umdeutung des Denkmals einher. Gegen den Willen Schadows wurde anstelle des antiken Lorbeerkranzes mit dem römischen Adler ein eisernes Kreuz, umgeben von einem Eichenlaubkranz und einem darüber schwingenden Adler, eingesetzt. Das „Tor des Friedens“, wie es bisher genannt wurde, wurde zum „Denkmal des Befreiungskrieges“. Eirene, die Göttin des Friedens, verwandelte sich in die Siegesgöttin Victoria. Enthüllt wurde die Quadriga aber erst beim Einzug des preußischen Heeres am 7. August 1814. Die Straße Unter

¹⁵⁸ hier in: W. Arenhövel, / R. Bothe, (Hrsg.): Das Brandenburger Tor 1791-1991. Berlin 1991, S. 319

den Linden wurde zur „Via Triumphalis“ gekürt. Das Brandenburger Tor diente als Triumphbogen.

1797 erließ der frisch gekrönte König Friedrich Wilhelm II. Pläne für die Umgestaltung des Platzes um die Wache herum sowie den Brücken an den Linden und den noch vorhandenen Festungsgräben. Ende 1815 wurde Schinkel mit der Umgestaltung des Platzes und der Brücken beauftragt. Schinkel, der zum Geheimen Oberbaurat aufgestiegen war, ließ zunächst die Opernbrücke abreißen. Der Festungsgraben wurde eingeebnet und überdeckt. Die Planungen sahen vor, dass anstelle der Hundebrücke eine repräsentative Schlossbrücke mit acht Kriegersfiguren die Linden mit dem Schloss verband. Insgesamt waren dreizehn Denkmale für eine sogenannte Denkmälerstraße, die die Helden der Befreiungskriege in Form von Statuen würdigen sollte, vorgesehen.

Schinkel lehnte sich in seinen Entwürfen an ein römisches Castrum an. Den exorbitanten Ausdruck erhielt das Wachgebäude durch den Portikus mit seinen sechs dorischen Säulen und seinem Fries.

Die Denkmälerstraße zur Erinnerung an die Befreiungskriege wurde nur in Ansätzen fertiggestellt. Dem Denkmal Friedrich des Großen kam besondere Bedeutung zu. Christian Daniel Rauch, der den Auftrag erhielt, musste noch Änderungsvorschläge des Königs in Hinblick auf die ikonographischen Arbeiten hinnehmen, er konnte jedoch seine Idee, der Darstellung des reitenden Monarchen, ausführen.

1822 folgte die Errichtung der Standbilder von Scharnhorst und Bülow vor der Neuen Wache. Helmut Engel bemerkt, dass die Denkmäler keine Darstellungen des militärischen Triumphes waren. Schadow war eher in „sinnender Pose“ dargestellt. Auch bei Bülow fehlte der „kommandierende Gestus“.¹⁵⁹

1822 wurde anstelle der alten Hundebrücke als Verbindung der Linden zum Schloss eine dreiunddreißig Meter breite Brücke gebaut. Die gusseisernen Felder an den Brüstungen wurden nach Entwürfen Schinkels angefertigt. In einer Skizze von 1819 waren die wesentlichen Brückenelemente, die später auch zur Ausführung kamen, schon gestaltet. Die acht überlebensgroßen Figurengruppen aus Marmor sollten den Weg eines Kriegers im Kampf bis zum Tod symbolisieren.

¹⁵⁹ H. Engel: „Durch die ist die Gestalt der Dinge verändert und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft begründet“ - oder: Der Beginn der „Via triumphales“ in: Engel/ Ribbe, a.a.O., S.36

Die Brückenstandbilder wurden erst unter dem neuen Monarchen Friedrich Wilhelm IV. angefertigt. Schüler der Rauchscheule wurden damit beauftragt. 1847 wurde die letzte Figurengruppe aufgestellt.

Abschließend errichtete man 1851 die Statuen von Gneisenau, York und Wartenberg. Somit reichte die Denkmälerstraße vom Wachgebäude und dem Reiterstandbild Friedrich II. über die Schlossbrücke bis hin zum Denkmal des Alten Dessau zu Beginn des Lustgartens am Schloss der Hohenzollern.

Der Lustgarten erhielt ein neues Bild durch den Bau des Museums am nördlichen Rand des Platzes. Schinkel versuchte das Gebäude in Beziehung zum Lustgarten, Schloss und dem Dom zu setzen.¹⁶⁰ Der Raum zwischen dem Schloss und dem Museum sollte deshalb neu gestaltet werden. Das Terrain wurde rechtwinklig aufgeteilt und an der West- und Ostseite mit Ahornreihen eingefasst. In der Mitte der Wegkreuzung befand sich ein großes Rondell mit runden Becken und einem Springbrunnen. Vor der Freitreppe des Museums wurde 1831 eine große Granitschale aufgestellt, die auf vier, ebenfalls aus Granit gearbeiteten Füßen, stand. Bereits im Alter von neunzehn Jahren hatte sich Karl Friedrich Schinkel mit dem Entwurf eines Museums beschäftigt. Am 24. April 1823 gab Friedrich Wilhelm III. seine Einwilligung zum Bau nach Schinkelschen Plänen. Erst gegen Ende der Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. wurde das Museum fertiggestellt. Den Abschluss bildeten die Bildergruppen auf der Ost- und Westseite des Treppenaufganges. 1842 wurde die Amazonengruppe (Westseite) von August Kiß aufgestellt, 1861 beendete die Löwenkämpfergruppe von Albert Wolff auf der Ostseite den Museumsbau.

Mit der Reichseinigung und der Kaiserproklamation 1871 erhielt die Stadt Berlin die Funktion der Hauptstadt des neuen Deutschen Kaiserreiches. Mit dem siegreich beendeten Krieg gegen Napoleon zogen die preußischen Truppen 1871 durch das Brandenburger Tor und die Lindenallee. Eine neue Ära der Straße begann. Sie wurde endgültig zur kaiserlichen "Via Triumphalis".

Nach dem Sieg von 1871 wurde das Land von einer Welle des Nationalismus durchströmt. Standbilder und andere Arten von Plastiken dienten der Huldigung

¹⁶⁰ Vgl. R. Petras: Das Schloss in Berlin. Berlin/ München 1992

politischer, militärischer und kultureller Leistungen. 1871 wurde das Denkmal für Friedrich Wilhelm III. im Lustgarten enthüllt.

Um der Glorifizierung von Helden und ihren Taten noch mehr Ausdruck zu verleihen wurde in den Jahren 1877 bis 1880 in einem neu gestalteten Obergeschoss des Zeughauses ein Waffen- und Trophäenmuseum eingerichtet. Dazu gehörte auch die sogenannte Herrscherhalle mit ihren beiden Feldherrenhallen. Das Zeughaus wurde zur Ruhmeshalle umgewandelt. Der mit einem Glasdach überdeckte Innenhof barg eine Freitreppe, die zu den Herrscher- und Feldherrenhallen ins Obergeschoss führte.

Für die Aufstellung anderer Denkmäler bedurfte es häufig einer jahrelangen Auseinandersetzung mit den königlichen Behörden. Häufig spielten politische Bekenntnisse, ideologische Selektierung und finanzielle Aspekte bei der Entscheidung, ob und auch wo ein Denkmal aufgestellt werden sollte, eine Rolle. Das Ringen um die Platzierung der Humboldt-Denkmäler vor der Universität Unter den Linden war ein Beispiel für dafür.

Seit dem Aufkommen der Dombauidee durch Friedrich Wilhelm IV. 1823 tauchte der Gedanke an einen Kirchenneubau immer wieder auf. August Stüler, Leo von Klenze und auch Martin Gropius u.a. entwarfen Pläne, von denen einige ihre Vorbilder in Italien, aber auch in anderen europäischen Ländern suchten.

Unter Kaiser Wilhelm II. kam es zur Ausführung der Planung durch den Kölner Stadtbaumeister Julius Raschdorff, der 1878 an die Berliner Akademie der Künste berufen wurde. Nach der Sprengung des alten Doms erfolgte am 17.6.1894 die Grundsteinlegung für den Neubau.

Der Krieg veränderte die Linden gänzlich. Der politische Zusammenbruch ging mit den schweren Niederlagen an der Westfront im Spätsommer 1918 einher. Ende Oktober verließ Wilhelm II. über die Linden Berlin. In der Nacht kapitulierte das Militär. Die Straße Unter den Linden war in den Händen der Arbeiter und Soldaten. Unter dem Druck der Masse wurde in Berlin vom Reichskanzler Max von Baden die Abdankung des Kaisers erklärt. Die Regierungsgeschäfte wurden an Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der SPD übertragen. Vor der Neuen Wache lösten bewaffnete Arbeiter die Wachsoldaten des Kaisers ab. Die Soldaten nutzen die Wache weiterhin als Unterkunft. Ihre eigentliche Aufgabe hatte die Neue Wache jedoch verloren. In

den kommenden Jahren stand sie leer. Dem Wert als architektonisch-historisches Denkmal verdankte sie, dass sie vor einem Abriss verschont blieb.¹⁶¹ 1924 tauchte der Vorschlag auf, die Neue Wache zum „Reichsehrenmal“ für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges zu machen. Doch es dauerte noch einige Jahre, bis dieser Vorschlag umgesetzt wurde. 1930 kam es zur Ausschreibung eines Wettbewerbes. Die ersten drei Plätze gingen an die Architekten Hans Poelzig, Ludwig Mies van der Rohe und Heinrich Tessenow. Dieser bekam den Auftrag zur Umgestaltung der Wache zum „Reichsehrenmal“, das am 2. Juni 1931 eingeweiht wurde. In der Mitte des Gedenkraumes befand sich ein Monolith aus schwarzem Granit. Der Stein befand sich unterhalb eines runden Oberlichtes. Ein vom Bildhauer Ludwig Gies entworfener Eisenkranz lag auf dem Monolithen. Ein eisernes Kreuz betonte die Mittelachse.

Mit der Novemberrevolution wurde ein neues Kapitel in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen. Eine bürgerlich-parlamentarische Republik ersetzte das monarchistische System der Preußen. Während in den Arbeitervierteln der Stadt die Verluste der Revolution und die Folgen der Inflation und Verarmung zu spüren waren, blühte Unter den Linden ein ganz neues Leben auf. Deutsche Unternehmen versuchten mit Hilfe von Auslandskrediten sich von ihren Schuldenbergen zu befreien und ihre Betriebe zu sanieren. Anstelle der alten Baudenkmäler wurden große Geschäftshäuser errichtet, die sich nicht mehr an das Lindenstatut halten mussten. Aber auch politisch kam der Straße Unter den Linden eine neue Bedeutung zu. Neben der Neuen Wache erfuhren auch andere Bauten eine neue Nutzung. Das Schloss und die anderen Wohnhäuser der Hohenzollern wurden zu Museen oder Teilen der Universität umgestaltet. Die Straße, die Jahrhunderte lang Zentrum der exekutiven Gewalt war, verlagerte ihr politisches Zentrum vor das Brandenburger Tor. Die politische statische Repräsentation der Republik geschah nicht mehr über die Prachtbauten der kaiserlichen Linden, sondern über den Reichstag und den in der Wilhelmstraße angesiedelten Reichsministerien.

Das Ende der Straße Unter den Linden als Triumph- und Prachtstraße leitete die Machtergreifung Hitlers ein. Die Allee diente auch für die Nazis als Kulisse für Paraden, Festzüge, Ehrenparaden und Triumphzüge. Hitlers Geburtstag wurde ab 1936 mit einer großen Militärparade von Heer, Marine und Luftwaffe gefeiert. Die

¹⁶¹J. Schmäddecke: Geschichtsmeile im Umbruch der politischen Systeme, in: Engel/ Ribbe, a.a.O., S. 61

Schinkelsche Wache wurde seit 1933 wieder zum Ort zeremonieller Selbstdarstellung. Militärische Ehrenwachen und Wachablösungen gehörten mit zum alltäglichen Bild. Besondere Bedeutung bekam das „Reichsehrenmal“ durch den aufwendig begangenen „Heldengedenktag“. Seit 1935 wurde dieser Tag ebenfalls mit großer Parade gefeiert, die sich bis in den Lustgarten erstreckte.

1937 wurden Pläne zur Neugestaltung der Linden veröffentlicht. Dabei sollten die Linden in eine Gesamtplanung zur Umgestaltung Berlins zur „wahren Hauptstadt des Deutschen Reiches Germania“ einbezogen werden. Ein großes Achsenkreuz, an deren Schnittpunkt die „Große Halle des deutschen Volkes“ errichtet werden sollte, schloss sich an den geplanten Autobahnring an, der die neue Stadtgrenze bildete. Der Beginn des Krieges verhinderte, dass diese Planungen umgesetzt wurden.

2. Krieg und Zerstörung in Berlin

Die Luftangriffe der Alliierten im 2. Weltkrieg setzten die bedeutendste Zäsur in der städtebaulichen Geschichte Berlins und vieler anderer deutscher Städte. Die sich ins Totale steigende Kriegsführung Deutschlands einerseits und die als Antwort auf den deutschen Terror immer effizientere und weiterentwickelte Bombardierung der Alliierten hatten verheerende Konsequenzen. Eine Erfassung der gesamten Zerstörung war nach Kriegsende kaum möglich, da die Präsentation von Opferzahlen und Schreckensstatistiken dem Ringen der Städte um Materialzuschläge und Finanzausschüttungen unterlag. Friedrich Kästner wies in seiner Statistik über Kriegsschäden im Statistischen Jahrbuch der Gemeinden 1949 hin: „Nach den furchtbaren Zerstörungen im letzten Weltkrieg ist schon seit vielen Jahren die Errechnung von Beschädigungsziffern der deutschen Gemeinden ein aktuelles Problem; denn solche Beschädigungsziffern sind für den Finanzausgleich der Länder und Gemeinden, für Baustoffzuteilungen und Flüchtlingszuweisungen von größter Bedeutung.“¹⁶²

Schadenserfassungen der ersten Nachkriegsjahre wie sie von Kästner oder von Gassdorf und Langhans-Ratzeburg in der Kriegsfolgenkarte von 1939 - 1950¹⁶³ erfasst sind, beruhen nach Uta Hohn auf eben diesen ungenauen, teilweise auch überhöhten Schadensangaben.¹⁶⁴ Uta Hohn verweist in ihrer Studie „Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg“ noch auf weitere Schadensbilanzen (z.B. Czesany 1986; von Beyme 1987), die ihrer Auffassung nach unter anderem dem Fehler unterliegen, kritiklos die statistischen Angaben der Städte übernommen zu haben ohne die Schadensklassenbreiten berücksichtigt zu haben. Die Autorin räumt selber ein, dass eine absolute Exaktheit in Bezug auf eine quantitative Darstellung der Zerstörung deutscher Städte nicht erreicht werden kann.

Die erste umfassende in der DDR erschienene Untersuchung der Luftangriffe auf Berlin wurde von Laurenz Demps in drei Teilen von 1978 bis 1983 im Jahrbuch des Märkischen Museums veröffentlicht. Demps hat 1978 als erster den Versuch einer

¹⁶² F. Kästner: Kriegsschäden, in: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden. Schwäb. Gmünd 1949, S. 361

¹⁶³ K.-O. Gassdorf/ M. Langhans-Ratzeburg: Kriegsfolgen-Karte Westdeutschland. Frankfurt 1950

¹⁶⁴ Vgl. U. Hohn: Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg. Dortmund 1991

Gesamtübersicht aller Luftalarme in Berlin vorgenommen.¹⁶⁵ Im zweiten Teil des Berichtes dokumentiert der Autor die entstandene Schadenslage und Menschenopfer, die der Luftkrieg forderte.¹⁶⁶ Im letzten Teil erstellt Demps eine Übersicht über a) die Auswirkungen der Luftangriffe auf die materielle Substanz Berlins und b) die von der Stadt vorgenommenen Schutzmaßnahmen.¹⁶⁷ Das im Folgenden dargestellte Zerstörungsausmaß Berlins bezieht sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse von Uta Hohn, Laurenz Demps, den statistischen Angaben aus dem Berliner Jahrbuch und Augenzeugenberichten. Dabei konzentriert sich das Augenmerk auf die Zerstörung der Berliner Innenstadt.

Die Zerstörung der Stadtzentren gehörte neben der Bombardierung industrieller Standorte in Deutschland zu einer Kriegsstrategie, mit der die Demoralisierung der deutschen Bevölkerung erreicht werden sollte. Der Leiter der Royal Air Force, Marshall Sir Arthur Harris, resümierte über die Angriffsstrategie: „Es muss mit Nachdruck gesagt werden, dass, von Essen abgesehen, wir niemals ein besonderes Industriewerk als Ziel gewählt haben. Die Zerstörung von Industrieanlagen erschien uns stets als eine Art Sonderprämie. Unser eigentliches Ziel war immer die Innenstadt.“¹⁶⁸

Der erste Luftangriff auf Berlin durch die Royal Air Force erfolgte am 25. August 1940. Im Februar 1942 hatte der Air Marshall Sir Arthur Harris Vorbereitungen für die sogenannte „area bombing“ deutscher Städte vorgenommen. Bei dieser Art der Flächenbombardierung wurde eine maximale Zahl an Brandbomben in einer minimalen Zeitspanne über dem Angriffsziel konzentriert. Berlin wurde Ende August und im September 1943 getroffen. Seit der Konferenz auf Casablanca war auch die US Air Force in den Luftkrieg über dem Deutschen Reich eingetreten. Die „Casablanca Direktive“ sah eine Art Arbeitsteilung zwischen den britischen und amerikanischen Lufteinheiten vor. Danach flog die Royal Air Force weiterhin Nachtangriffe und die US Air Force Tageseinsätze mit dem Ziel, folgende Gebiete zu vernichten:

¹⁶⁵ Demps weist darauf hin, dass die Überlieferung des Archivmaterials nur bruchstückhaft ist; vgl.: L. Demps (b): Die Luftangriff auf Berlin. Ein dokumentarischer Bericht, in: Jahrbuch des Märkischen Museums IV/ 1978, S. 27 – 68

¹⁶⁶ Demps (c) in: Jahrbuch des Märkischen Museums, VIII/ 1982, S. 7 – 44

¹⁶⁷ Demps (d) in: Jahrbuch des Märkischen Museums, IX/ 1983, S. 19 – 48

¹⁶⁸ A. Harris: Bomber Offensive, zitiert in U. Hohn, a.a.O., S. 23

1. die Stdtekonzentration als Waffenschmiede des Deutschen Reiches
2. die Großstädte im Innern des Reiches
3. die Reichshauptstadt Berlin als politischen Mittelpunkt.¹⁶⁹

Demps weist darauf hin, dass Berlin nur unzureichend gegen die Luftangriffe geschtzt war: „Da man in der faschistischen Führung davon ausging, die Möglichkeiten der Gegner stets zu unterschätzen, hatte man die Luftverteidigung Berlins als Objektverteidigung aufgebaut. Es waren 160 schwere und 200 leichte Flakgeschtze um Berlin konzentriert. Dies wurde für ausreichend gehalten, denn die geographische Lage Berlins schien allein ausreichenden Schutz zu bieten. Die britischen Bomber hatten ja auf ihrem Weg nach Berlin eine große Anflugroute zu bewältigen, auf der sie mehrfach von den Kräften der faschistischen Luftwaffe angegriffen und bekämpft werden konnten. Dies erwies sich als ein großer Trugschluss.“¹⁷⁰

Die schweren Angriffe auf Berlin erfolgten in der Zeit zwischen dem 18. November 1943 und dem 24. März 1944. Harris hatte mit diesem „Battle of Berlin“, bei dem 16 Luftangriffe auf die Hauptstadt geflogen wurden, den Sieg über Deutschland vorausgesagt: „We can wreck Berlin from end to end if the USAAF will come on it. It will cost us between 400-500 aircraft. It will cost Germany the war.“¹⁷¹

Sogenannte „Bombenteppiche“ flogen die Royal Air Force und die US Air Force seit dem 22./ 23. November 1943, bei denen ca. 200 Hektar verwüstet wurden. „Mindestens 3000 Wohnhäuser und 23 Fabriken wurden total zerstört, Tausende anderer Gebäude wurden beschädigt.

Bis zum Beginn der großen Luftangriffe durch die Amerikaner und die Engländer hatten die Bauten Unter den Linden, mit Ausnahme der Lindenoper, kaum Schaden genommen. Die Staatsoper war das erste Mal 1941 ausgebrannt, aber bereits 1942 wiederhergestellt worden.“ Bei einem Angriff am 2. März 1943 brannte die St. Hedwigs-Kathedrale am Opernplatz bis auf ihre Umfassungsmauern aus. Die

¹⁶⁹ Vgl. U. Hohn, a.a.O., S. 16

¹⁷⁰ Demps, a.a.O. (a), S. 38

¹⁷¹ A. Harris in einem Gespräch mit W. Churchill am 3. November 1943, zitiert in: Hohn, S. 18

Schäden reichten bis in die Krypta. Die Außenmauern wurden 1945 durch Beschuss ruiniert. Die gravierendsten Schäden im zentralen Bereich erfolgte in der Nacht vom 22./ 23. November 1943.

Auch das Kronprinzenpalais brannte bis auf seine Umfassungsmauern aus. Das Schloss und die Schlossbrücke wurden schwer getroffen und die russische Botschaft total zerstört.

Die erste schwere Angriffsperiode, die bis zum Juni 1944 andauerte, verursachte gravierende Schäden im Stadtgebiet Berlins. Am 28. Mai schlugen Bomben im Dom am Lustgarten ein. Infolge der Brandschäden stürzte die Laterne mit einer solchen Wucht auf den Boden, dass dieser zerbrach. Bei dem Durchbruch in den Keller wurde ein Teil der Särge in der Hohenzollerngruft vernichtet. In der Folgezeit mussten Schäden am Innenraum und Außenbau hingenommen werden. Dazu gehörten der Altar, die Apostelwand und der Kandelaber.

Im letzten Kriegsjahr flogen die Briten und Amerikaner ihre Angriffe bevorzugt gegen solche Städte, „die in Hinblick auf die eingeleiteten Evakuierungsmaßnahmen oder als Durchgangsstationen für den deutschen Nachschub an die Ostfront von Bedeutung waren.“¹⁷² Dazu gehörten ausschließlich Städte aus dem Gebiet der späteren DDR. Der schwerste Tagesangriff erfolgte durch die Amerikaner am 3. Februar. An diesem Tag wurde der überwiegende Teil der Innenräume des Stadtschlusses vernichtet. Ab dem 18. Februar 1945 wurde Berlin fast täglich bombardiert. Am 20./ 21. April folgten die letzten Luftangriffe der Alliierten, da nun die Rote Armee ihre Bodenoffensive mit Artilleriefeuer und Häuserkämpfen begann.¹⁷³

Insgesamt belief sich die Zahl der beschädigten Gebäude in Gesamtberlin auf 242.619, wobei 171.965 zu den leichtbeschädigten, 22.848 zu den wieder herstellbaren, 20.127 zu den schwerbeschädigten und 27.679 zu den total zerstörten Häusern zugeordnet wurden. Davon wurden im sowjetischen Sektor 11,0 % (10.513 Gebäude) als total zerstört, 5,3 % (5066) als schwer beschädigt, 7,2 % (6842) als

¹⁷² Hohn, a.a.O., S. 21

¹⁷³ Vgl. H. Beseler/ N. Gutschow: Kriegsschicksale Deutscher Architektur. Verluste – Schäden – Wiederaufbau, (= Band I/ Nord), Neumünster: 1988

wieder herstellbar und 74,3 % (70856) als leicht und unbeschädigte Gebäude ermittelt.¹⁷⁴

Der Bezirk Mitte zählte zu den am schwersten zerstörten Gebieten, da sich hier das Führerhauptquartier und andere wichtige administrative Zentralen befanden. 51,6 % der bebauten Fläche wurden in diesem Stadtteil zerstört.¹⁷⁵

Die großen Verluste im Bereich der Straße Unter den Linden und der anliegenden Plätze entstanden während des großen Tagesangriffs am 3. Februar 1945. Besonders die Gebäude der Museumsinsel und das Schloss wurden stark beschädigt, sodass wertvolle Ausgestaltungen der Innenräume und Kulturgut verbrannten. Ein tragischer Vorfall ereignete sich kurz vor Kriegsende am Alten Museum, das bis dahin relativ geringen Schaden genommen hatte. Die 1941 und 1943 erfolgten Sprengbombentreffer hatten den Nordtrakt getroffen. Die zweite Detonation brachte Teile des Grundgewölbes zum Einsturz. Danach diente das Museum der bombengeschädigten Bevölkerung als Möbelspeicher.¹⁷⁶

In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai explodierte ein unmittelbar vor dem Schinkelbau stehender Tankwagen, sodass „die mit Akten und Möbeln ausgebombter Familien angefüllten Räume im Untergeschoss Feuer fingen, das dann auf das ganze Gebäude übergriff.“¹⁷⁷ Es brannte trotz angestrebter Löscheversuche völlig aus.

Neben den Zerstörungen durch die Luftangriffe wurden einige Baudenkmäler demontiert, da sie zum kriegstauglichen Material gehörten. Von Studnitz schrieb am 12. Februar 1943: „Vom Brandenburger Tor reißt man die Kupferdächer herunter. Die Kirchen haben schon im Laufe des vergangenen Jahres die Mehrzahl ihrer Glocken hergeben müssen.“¹⁷⁸

Bis zum Einmarsch der russischen Truppen flogen die Royal Air Force und die US Air Force insgesamt 363 Luftangriffe auf die Reichshauptstadt. Im Gegensatz zu anderen Großstädten wie Hamburg, Bremen oder Magdeburg kam es in Berlin nicht

¹⁷⁴ Alle Angaben aus: Hauptamt für Statistik (Hrsg.): Berlin in Zahlen 1946–47, Berlin 1949

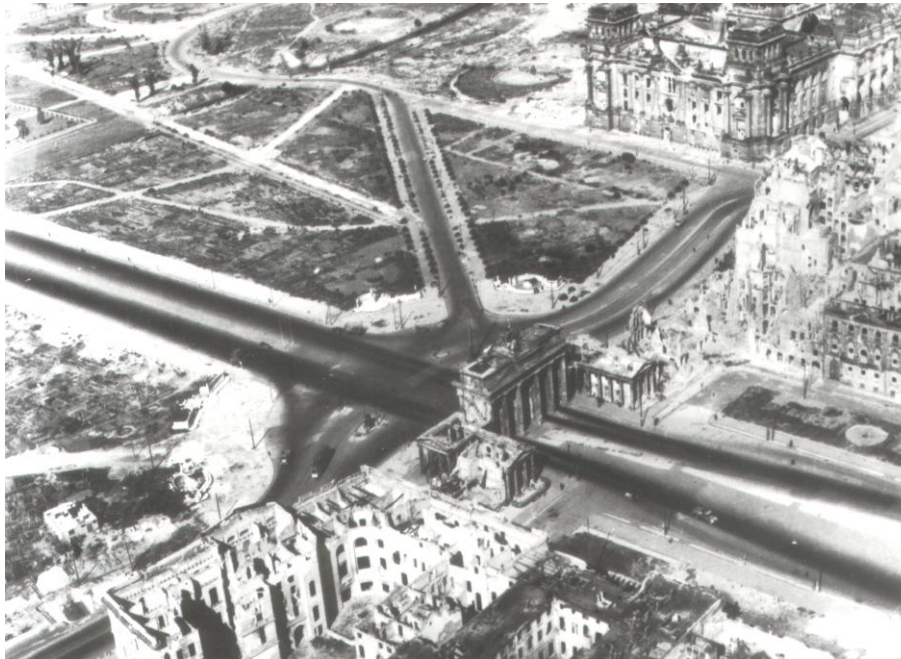
¹⁷⁵ Vgl. Tabelle S. 124

¹⁷⁶ Vgl.: F. Seiler (a): Zerstörung und Wiederaufbau des Alten Museums, in: Das Alte Museum 1823 – 1966, Weimar 1966, S. 33 – 42

¹⁷⁷ G. Schade: Die Berliner Museumsinsel, Berlin: Henschelverlag 1986, S. 127

¹⁷⁸ H.-G. von Studnitz: Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943 – 1945. Stuttgart 1963, S. 21

zu zusammenhängenden Flächenbränden. Der amerikanische Brandschutz-Ingenieur J.K. Elroy erklärte dieses Phänomen: „Der Hauptgrund ist m. E. die Erscheinung, dass die Stadt wie eine Honigwabe gebaut ist mit recht soliden Brandabschnitten zwischen den Zellen.“¹⁷⁹



Luftaufnahme von Berlin/
Brandenburger Tor

1946

Dennoch war das Ausmaß der materiellen Zerstörung der Stadt, abgesehen von den Opfern, das gravierendste Resultat der Luftangriffe durch die alliierten Streitkräfte. Angesichts einer Zerstörung von 3627 ha bebauten Fläche in Berlin wirkt der von Hans-Georg von Studnitz 1943 gewonnene Eindruck fast prophetisch: „Wenn man durch die zerstörten Straßen Berlins geht, macht man sich unwillkürlich Gedanken über die Möglichkeit des Wiederaufbaus. Wird ein schöneres Berlin entstehen, und wann wird es dazu kommen? Wenn der Krieg beendet ist, dürfte das Bedürfnis, schnell Räumlichkeiten für Wohn- und Bürozwicke zu schaffen, alle anderen Erwägungen überschatten. So werden schlechte Bauten wie Pilze aus der Erde schießen.“¹⁸⁰

¹⁷⁹ J. K. Elroy zitiert in: H. Rumpf: Warum brannte Berlin nicht?, in: Brandschutz, H.6/ 1947, S.119 f.

¹⁸⁰ v. Studnitz, a.a.O., S. 150

	Bezirk	Gesamtfläche Ha	Bebaute Fläche vor der Zerstörung ha	Bebaute Fläche 1946 Ha	Zerstörung 1946 ha	% der beb. Fläche 1946 von der Gesamtfläche	% der beb. Fläche 1946 von der beb. Fläche vor der Zerstörung	% der Zerstörung 1946 von der beb. Fläche vor der Zerstörung
1	Mitte	1070,5	681	330	351	30,8	48,4	51,6
2	Tiergarten	1315,3	569	259	310	19,6	45,5	54,6
3	Wedding	1559,7	675	487	188	318	72,2	27,8
4	Prenzlauer Berg	1097,1	481	397	84	36,0	82,6	17,4
5	Friedrichshain	971,0	452	246	206	25,0	54,5	45,5
6	Kreuzberg	1039,2	590	355	235	34,1	60,1	39,9
7	Charlottenburg	2928,0	1009	660	349	22,5	65,4	34,6
8	Spandau	8860,4	1651	1494	157	16,8	90,5	9,5
9	Wilmerdorf	3447,4	888	614	274	18,0	69,1	30,9
10	Zehlendorf	7060,1	592	522	70	7,4	88,2	11,8
11	Schöneberg	1227,8	596	412	184	42,4	69,2	30,8
12	Steglitz	3197,0	921	657	264	20,5	71,4	28,6
13	Tempelhof	4065,4	1201	981	220	24,0	81,7	18,5

14	Neukölln	4494,0	1050	926	124	20,6	88,2	11,8
15	Treptow	4062,1	1072	986	86	24,2	92,0	8,0
16	Köpenick	12726,0	1339	1248	91	9,8	93,2	6,8
17	Lichtenberg	7880,4	2160	1953	207	24, 8	90,4	9,6
18	Weißensee	4655,3	633	583	80	12,5	92,2	7,8
19	Pankow	7818,9	1139	1082	57	13,9	95,0	5,0
20	Reinickendorf	9538,3	1038	948	90	9,9	91,3	8,7

Bebauung und Zerstörung nach 1945 von Groß-Berlin nach Verwaltungsbezirken

Vermerk: Die bebauten und zerstörten Flächen nach 1945 wurden unter Zugrundelegung der Flächen in ha aus dem statistischen Jahrbuch 1946/ 47 Seite 34 und den Unterlagen des Amtes für Vermessung (aufgestellt von der Oberfinanzdirektion, 2 Lichtpausen) über Gebäudeschäden in % ermittelt. Es ist zu beachten, dass aus der Gegenüberstellung Flächen in ha - Gebäudeschäden in % die ermittelten Flächenangaben gegenüber der Wirklichkeit mehr oder weniger differieren werden. (Quelle: LAB, C-Rep 110-01/ 14)

3. Die Straße Unter den Linden in den Wiederaufbauplänen Berlins 1945-1949

Am 2. Mai 1945 trafen die ersten Kommunisten der legendären *Gruppe Ulbricht* aus dem sowjetischen Exil in Berlin ein.¹⁸¹ Darunter befanden sich neben Walter Ulbricht die Mitglieder des ersten Berliner Magistrats Karl Maron (stellvertretender Oberbürgermeister), Otto Winzer (Leiter der Abteilung für Volksbildung) und Arthur Pieck (Abteilung für Personalfragen und Verwaltung). Die Gruppe begann umgehend mit dem Aufbau eines arbeitsfähigen Verwaltungsapparates. Bereits am 6. Mai 1945 wurde dem Stadtkommandanten Generaloberst Nikolai Bersarin der neue Magistrat vorgestellt. Die Leitung des Amtes für Bau- und Wohnungswesen übernahm Hans Scharoun. Bei der personellen Besetzung des Bauamtes konnte Scharoun auf die Mitglieder einer antifaschistischen Gruppe zurückgreifen, die während des Krieges in Deutschland städtebauliche Konzepte für den Wiederaufbau Berlins diskutiert hatte. Diese sogenannte *Freitagsgruppe* bildete unter der Leitung von Wils Ebert nach Kriegsende das *Planungskollektiv*¹⁸² im Hauptamt für Planung II. Die Wiederaufbauplanungen des Kollektivs gingen von der Idee der *funktionellen Stadt* aus.¹⁸³

Bis zur politischen Teilung Deutschlands bezogen sich alle zentralen Berliner Wiederaufbaupläne auf das gesamte Stadtgebiet.¹⁸⁴ Sie wurden in Form von Berichten der Öffentlichkeit vorgestellt. Am 22. August 1946 präsentierte das *Planungskollektiv* in der Ausstellung *Berlin plant* im Weißen Saal des Berliner Schlosses den *Kollektivplan*, der auf der Vorstellung einer Bandstadt basierte.¹⁸⁵

¹⁸¹ Die *Gruppe Ulbricht* war aus dem *Nationalkomitee Freies Deutschland* im sowjetischen Exil entstanden. Dieses Komitee bildete einen Zusammenschluss antifaschistischer Kräfte in der Sowjetunion. Dabei reichte das Spektrum der Mitglieder von kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren der Wehrmacht bis zu Exilkommunisten aus Deutschland. Inoffiziell wurde das *Nationalkomitee Freies Deutschland* als "Kern einer künftigen Regierung in Deutschland" bezeichnet. Vgl. W. Durth/ J. Düwel/ N. Gutschow (b): *Architektur und Städtebau in der DDR*. Ostkreuz. Frankfurt/ New York 1998, S. 69

¹⁸² Dem *Planungskollektiv* gehörten Wils Ebert (Leiter des Hauptamtes für Planung II), Peter Friedrich (Dezernent für Verkehrsplanung), Ludmilla Herzenstein (Dezernentin für Statistik), Reinhold Lingner (Leiter des Hauptamtes für Grünplanung), Hans Scharoun (Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen), Luise Seitz (Dezernentin für Wohnungsplanung), Selman Selmanagic (Dezernent für Erholung) und Herbert Weinberger (Dezernent für Versorgung) an.

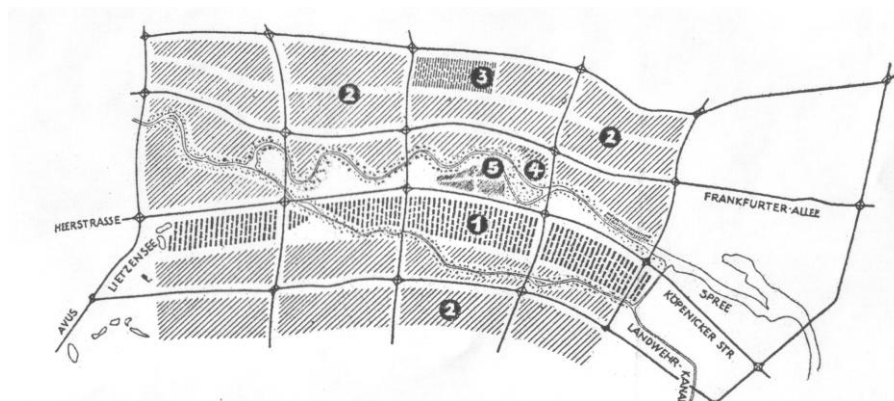
¹⁸³ Die *funktionelle Stadt* basierte auf einer Ordnungsstruktur, die einzelne Aufgabenbereiche (Wohnorte, Arbeitsgebiete etc.) voneinander trennt. Die Vertreter dieser städtebaulichen Richtung kamen auf mehreren *CIAM-Kongressen* (Congrès International d'Architecture Moderne) zusammen, unter anderem im Juli 1933 in Athen. 1945 entwickelte Le Corbusier die *Charta von Athen*.

¹⁸⁴ Zwar ging man in den ersten Jahren nach der Gründung der BRD und DDR in der Hoffnung auf ein vereintes Deutschland auch weiterhin von einer Gesamtplanung aus, diese Pläne mussten aber Utopie bleiben.

¹⁸⁵ Das Konzept hatte Peter Friedrich entworfen; 1946 hatte es weitere Bauausstellungen gegeben. Die aber in ihrer Bedeutung nicht an die Ausstellung im Weißen Saal heranreichten. Am 23. Januar 1946 eröffnete der

Ausgehend von der Idee, die Stadt funktionell zu gliedern, wurden einzelne Siedlungsbereiche in „Bändern“ entlang dem Urstromtal der Spree angeordnet. Ein in Raster unterteiltes Verkehrsnetz verband die einzelnen Bereiche. Die Wohngebiete befanden sich nördlich der Spree und südlich des Landwehrkanals. Dazwischen lag das Arbeitsband mit einem zentralen Verkehrsstrang.

Neben dem groß angelegten Entwurf wurden einzelne Objekte näher beschrieben, die einer außerplanmäßigen Lösung vorbehalten waren. Scharoun erwähnte in seinem Tätigkeitsbericht von 1945 "das Bauobjekt Unter den Linden, die nicht mehr Durchgangsstraße sein dürfen, gewissermaßen Rennbahn, sondern durch Herausnahme des Verkehrs befriedet und zu einer stillen Schaustraße zurückgeführt werden sollen."¹⁸⁶ Die Straße Unter den Linden mit der anliegenden Museumsinsel bildete nördlich des Arbeitsbandes das kulturelle Zentrum. Die Führung der Ost-West-Straßen wurde durch den Spreeverlauf festgelegt. Die zentrale Achse bildete die zum Fluss parallel verlaufende Verbindung von Bismarckstraße, der Charlottenburger Chaussee und durch die von Süden kommende Köpenicker Straße.



Schema des Berliner Innenstadtbereiches nach einem Entwurf des Planungskollektivs 1946

Legende: 1, Arbeitsgebiete, 2. Wohngebiete, 3. Altes Industriegebiet, 4. Stadtverwaltung, 5. Museumsstadt mit der Feststraße „Unter den Linden“, 1946

Magistrat die Ausstellung *Berlin baut auf*, in der die Aufbauarbeiten in den acht Bezirken des sowjetischen Sektors dokumentiert waren. Seit dem 16. Juni 1946 wurden in Zehlendorf im Haus am Waldsee Vorschläge für die Neuordnung des Verkehrs beim Wiederaufbau Berlins von den Mitarbeitern der Planungsabteilung I präsentiert.

¹⁸⁶ LAB, C-Rep 228/ Tätigkeitsbericht Hans Scharoun 1945; daneben sollten die Leipziger Straße als ruhige Kaufstraße und der Gendarmenmarkt, der Leipziger Platz, der Belle-Alliance-Platz, sowie die Nikolai- und die Marienkirche eine Art Ruhe- und Erfrischungsstätten in den Stadtteilen bilden.

Die direkte Linie zur Frankfurter Allee über die *Straße Unter den Linden* wurde somit umgangen. Für diese Linienführung sprachen nach Peter Friedrich "außer der natürlichen Oberflächengestaltung des Berliner Raumes, wodurch allein nur ein organisch entwickeltes Verkehrsnetz ermöglicht wird, noch folgende Überlegungen:

- a) Die "Linden" und die Museumsinsel sind im neuen Berlin als Kulturzentrum vorgesehen. Es liegen hier also nur Museen, Bibliotheken, Theater, die "Linden" als ruhige Promenade und Geschäftsstraße mit Kunst- und Antiquitäten-Handlungen, Reisebüros, Hotels usw. Durch dieses Gebiet eine Hauptverkehrsstraße zu führen, wäre widersinnig.
- b) Das Brandenburger Tor mit seinen schmalen Durchlässen macht einen schnellen und sicheren Autodurchfahrtsverkehr unmöglich. Vom Ersten Weltkriege bis heute sind daher verschiedene Vorschläge, wie z.B. die Entfernung oder die Umgehung des Brandenburger Tores, gemacht worden. Es ist sogar erwogen worden, das ganze Tor, so wie es ist, hochzuheben, damit sich der Verkehr darunter ungehindert entwickeln kann. Dadurch aber würde der Charakter des Pariser Platzes zerstört werden. Nach der uns vorgesehenen Linienführung sollen deshalb sowohl die "Linden" als auch der Pariser Platz mit geringem Autoverkehr, vor allem dem Fußgängerverkehr vorbehalten bleiben."¹⁸⁷

Da Friedrich vom "Charakter des Pariser Platzes" sprach, der durch seine repräsentativen Bauten geprägt war, ist davon auszugehen, dass er einen Wiederaufbau des kulturellen Zentrums auf der Basis der bestehenden Struktur vorsah. In seiner Eröffnungsansprache zur Ausstellung *Berlin plant* maß Scharoun dem Wiederaufbau der City insgesamt eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Sie sollte als Mittelpunkt Berlins "den zentralen Gedanken einer Einheit Deutschlands widerspiegeln"¹⁸⁸

¹⁸⁷ P. Friedrich: Das neue Berlin und sein Verkehr, in: Demokratischer Aufbau. Berlin 5/ 1946, S. 137

¹⁸⁸ H. Scharoun: Zur Ausstellung "Berlin plant". Eröffnungsansprache in: Neue Bauwelt 10/ 1946, S.6, ebenso in: Protokoll der 9. Sitzung des Bauwirtschaftsausschusses am 4. April 1946, LAB, C-Rep 110/ 98/ 1

In der Ausstellung *Berlin plant* wurde auch der *Zehlendorfer Plan* gezeigt, den die Planungsabteilung aus dem gleichnamigen Bezirk entworfen hatte. Dort war, ohne Scharouns Wissen, ein Bauamt vom dortigen Bürgermeister eingerichtet worden, das sich ebenfalls mit der Anfertigung von Plänen für den Neuaufbau Berlins beschäftigte. Scharoun erfuhr erst Ende Mai 1945 von diesen Vorgängen. Fortan existierten zwei Planungsämter, die sich in teilweise konkurrierender Haltung mit dem Wiederaufbau der Stadt Berlin befassten. Beide Planungsabteilungen unterstanden dem Hauptamt für Planung und wurden in die Abteilung I (Zehlendorfer Büro unter der Leitung von Fritz Unglaube) und die Abteilung II (*Planungskollektiv* unter der Leitung von Wils Ebert) gegliedert.

Der *Zehlendorfer Plan* unterschied sich vom *Kollektivplan* dadurch, dass er im Wesentlichen ein Verkehrsplan war. Die Planung ging von den vorhandenen Strukturen aus, unter Beachtung der Möglichkeiten, die sich aus der Zerstörung Berlins ergaben. Das System der Verkehrsstraßen wurde aus Radial- und Ringstraßen gebildet. Obwohl der Entwurf der Abteilung I die Verkehrsstruktur in den Vordergrund stellte, ergaben sich daraus auch Folgen für die funktionelle Gestaltung der Stadt. Am Beispiel der Straße Unter den Linden wird das deutlich: "Betrachtet man weiter den Plan des Stadtkernes, so erweist es sich als besonderer Vorteil, dass in das Kreuz der historischen Straßen ‚Unter den Linden‘ und ‚Friedrichstraße‘, die ‚graue Straße‘, der Verkehr nicht mehr hineingezwängt wird. Diese Straßen können sich nun zu verhältnismäßig ruhigen Repräsentations- und Feierstraßen entwickeln. [...] So dient unsere Planung, die grundsätzlich nur vom Verkehr ausging, auch der klaren funktionellen und baulichen Gestaltung des Stadtkernes."¹⁸⁹

Die besondere Situation der Zoneneinteilung ließ keine sofortige Umsetzung der Planungen zu. Die gezeigten Entwürfe waren für die Zeit nach einer Stabilisierung der politischen Verhältnisse und nach einer Aufhebung der Sektorenteilung vorgesehen.

Beide Pläne der Ausstellung im Berliner Schloss, besonders aber der *Kollektivplan*, waren der öffentlichen Kritik ausgesetzt, zumal der Wiederaufbau der ehemaligen Hauptstadt von politischer Bedeutung war. Im Dezember 1946 standen die ersten Berliner Magistratswahlen bevor. Der Wiederaufbau eignete sich als Wahlkampfthema. Am *Kollektivplan* äußerte vornehmlich die

¹⁸⁹ H. Scheidling in: Geist/ Küvers, a.a.O., S.238; Heinz Scheidling war Oberbaurat des Bezirksamtes in Zehlendorf.

neue SPD¹⁹⁰ Kritik. In dem Sprachrohr der neuen SPD *Telegraf* wurde die Gruppe um Scharoun als "Auserwählte der SED" bezeichnet, die „unbelehrbar nur politische Positionssicherungen im

Auge gehabt" hätten.¹⁹¹ In einer Stellungnahme der SPD zur Bauausstellung in der Zeitung *Der Sozialdemokrat* kritisierte die Partei den *Kollektivplan* als einen utopischen Plan, der sich nicht an die bestehenden Strukturen hält und keine Rücksicht nimmt auf die "politische und wirtschaftspolitische Enge, in der Deutschland auf vorläufig noch unabsehbare Zeit leben" müsse.¹⁹²

Durch die massive Kritik am *Kollektivplan* konnte sich Hans Scharoun in seinem Amt nicht halten. Nach den Magistratswahlen am 5. Dezember 1946 übernahm Karl Bonatz (SPD) die Abteilung Bau- und Wohnungswesen. Er plädierte für eine Synthese der beiden vorhandenen Pläne.

Anfang 1947 wurden neue Richtlinien zur Neuplanung Berlins ausgearbeitet. Auf dieser Grundlage arbeitete Walter Moest, der auch am *Zehlendorfer Plan* mitgewirkt hatte, einen Entwurf aus, der als der *Neue Plan von Berlin* in der *Arbeitsschau* im Bärensaal des Alten Stadthauses am 1. Dezember 1947 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Der Plan war in zwei Varianten unterteilt, die beide von einer Strukturierung der Verkehrswege ausgingen. Bezüglich des Zentrums ergaben sich in den Planvarianten nur geringe Unterschiede: "Beim Plan A ist der innerste Ring am Halleschen Tor etwas weiter südlich durchgeführt als beim Plan B. Der Plan A spaltet ferner die West-Ost-Achse an der Charlottenburger Brücke und führt die alte Richtung nur noch als D-Straße durch den Tiergarten, während sie im Plan B als H-Straße bis zum Brandenburger Tor belassen ist."¹⁹³ Bereits vor seinem Amtsantritt hatte Bonatz zur Entlastung der Linden vorgeschlagen, mit Hilfe eines Durchbruchs nach Osten hinter dem Schloss auf Parallelstraßen abzuleiten. Die Straße Unter den Linden gehörte in dem *Neuen Plan für Berlin* neben der Leipziger Straße und Friedrichstraße zu den drei Magistralen der Innenstadt, die zukünftig für den

¹⁹⁰ Am 7. April 1946 konstituierte sich der Teil der SPD, der gegen die Vereinigung der SPD und KPD stimmte, unter dem Namen Sozialdemokratische Partei Berlins (SPD).

¹⁹¹ *Telegraf* vom 30. September 1946

¹⁹² *Der Sozialdemokrat* vom 26. September 1946, S.3

¹⁹³ K. Bonatz (a): Der neue Plan von Berlin, in: *Neue Bauwelt* 48/47, S. 756; Der Neue Plan von Berlin sah eine Einteilung der Straßen in anbaufreie Schnellstraßen (S-Straßen), Hauptdurchgangsstraßen (H-Straßen) und Durchgangsstraßen (D-Straßen) vor.

Durchgangsverkehr gesperrt werden sollten. Unter Heraushebung dieser Straßengruppe erhielt der Stadtkern repräsentativen Charakter. Bonatz schlug für die Leipziger Straße und die Friedrichstraße eine "architektonische und räumliche Erweiterung und Verschönerung" vor, "während man allerdings bei der Straße Unter den Linden nur trachten müsste, sich dem ehemaligen Charakter wieder möglichst zu nähern, durch Ausmerzung aller Verschandelungen, und hier keinerlei "Paukenschläge" anbringen dürfte."¹⁹⁴

¹⁹⁴ Vgl. Bonatz (a), a.a.O., S. 757

Der neue Plan von Berlin/ Plan A

K. Bonatz/ W. Moest

1947





Der neue Plan von
Berlin / Plan B

K. Bonatz/ W. Moest

1947

Neben diesem großen Strukturplan wurden in der Arbeitsschau zwei Entwürfe von Richard Ermisch und Walter Moest gezeigt, die konkret auf die Gestaltung der Innenstadt eingingen. Für Moest lag die Hauptaufgabe darin, die einzelnen Schwerpunkte auf der Grundlage ihrer gewachsenen Orte neu zu formen und baulich zu verbinden. Die historischen Orte wurden mit dem modernen Städtebau bewusst konfrontiert, ohne direkte Eingriffe in die bauliche Substanz vorzunehmen. Damit die Straße Unter den Linden nicht als „Museumsstück“ wirkte, waren in ihrer unmittelbaren Umgebung Hochhausbauten vorgesehen, „am Vorplatz des Bahnhofs Friedrichstraße und am neugestalteten Hausvogteiplatz östlich des Gendarmenmarktes. Diese Hochhäuser ragen hinter den Bauten der Linden hervor und lassen auch in der historischen Straße die moderne Weltstadt ahnen.“¹⁹⁵

Stadtbaudirektor Richard Ermisch ging in seinen Entwürfen nicht direkt auf die Linden ein. Er umriss die Gebiete zwischen Bahnhof Friedrichstraße und Anhalterbahnhof als historische Kernzellen, die nach "dem Wiederaufbau, nach Auflockerung und Entkernung der Baublöcke, nach Wiederherstellung und Neueinfügung von Kulturbauten und Baudenkmälern ihre Anziehungskraft behalten" sollten. "Eine Verlagerung, der manchmal das Wort geredet wird, kann deshalb nicht in Frage kommen. Hier, wo es einmal lebte, hier soll es wieder entstehen, unser altes, neues Berlin."¹⁹⁶

Für Ermisch war der Neubau einer lebendigen Innenstadt von zentraler Bedeutung. Den Kernpunkt sollte das Achsenkreuz Friedrichstraße - Leipziger Straße bilden, für das eine Überdachung aus Glas vorgesehen war.

Diese ersten konkreten Planungen der Stadt sahen einen weitestgehend historischen Wiederaufbau der Straße Unter den Linden vor, wobei eine Umgestaltung des "auf Verkehr und Parade zugeschnittenen Straßenprofiles"¹⁹⁷ beabsichtigt war. Der *Neue Plan für Berlin* ließ nicht nur eine strukturelle Erneuerung der Stadt erkennen, die auf einer rein städtebaulichen Theorie beruhte, er brachte auch die Notwendigkeit zum Ausdruck, der historischen Gestaltung der Innenstadt Bedeutung zuzumessen: "[...] die Berechnung kann die künstlerische Konzeption nicht ersetzen, die Ausdrucksmittel der Zivilisation nicht diejenigen der Kultur. Erst diese

¹⁹⁵ W. Moest: Zum Gestaltbild der Berliner City, in: Neue Bauwelt 50/ 1947, S.788

¹⁹⁶ R. Ermisch: Die Gestaltung der Innenstadt, in: Neue Bauwelt 50/ 1947, S.788

¹⁹⁷ Bonatz (a), a.a.O. S.757

Faktoren alle zusammen werden der neuen Stadt die richtige Gestalt geben."¹⁹⁸

Der Optimismus über den Wiederaufbau eines "Neuen Berlins" wurde durch die politischen Ereignisse im Sommer 1948 gebremst. Die vom 18. bis 20. Juni 1948 eingeführte Währungsreform in den Westzonen setzte eine Zäsur für die politische Teilung Deutschlands. Die für eine Gesamtplanung fehlende Baugesetzgebung und die unklare Perspektive Berlins wirkten sich auf die Weiterarbeit an den Planungen aus. Unter Karl Bonatz wurde weiter an der Synthese der *Pläne A* und *B* gearbeitet.

Das *Planungskollektiv* hatte auch nach dem Ausscheiden Scharouns aus dem Magistrat die Idee des *Kollektivplans* verfolgt. Die Konkurrenz beider Wege, die 1946 schon ihren Anfang genommen hatte, verschärfte sich unter dem Zerfall des Verwaltungsapparates, der sich nach der Teilung des Magistrats endgültig vollzog. In den einzelnen Baufachzeitschriften fochten beide Planungsbüros die unterschiedlichen Positionen der Strukturgliederung für Berlin aus.

Inmitten dieser politischen Ereignisse wurde die korrigierte Fassung der *Pläne A* und *B* innerhalb der *Bau-Leistungsschau* vom 24. September 1948 bis zum 10. Oktober 1948 in den Messehallen am Funkturm gezeigt. Dieser *Plan Berlin 1948*, der auch verkürzt *Plan 48* oder *Bonatz-Plan* genannt wurde, berücksichtigte nicht nur die beiden Vorlagen, sondern ging auch verstärkt auf die Forderung des *Kollektivplans* nach einer Differenzierung von Funktionsbereichen ein. Daneben war eine Auflockerung der Wohndichte vorgesehen. Wohnflächen gliederten sich in Wohnzellen in der Größe von etwa 5000 Einwohnern auf. Die einzelnen Wohnzellen wurden mit den anderen Funktionsbereichen durch ein Netz von Hauptverkehrsstraßen verbunden. Die alte City war als Hauptstandort für die wichtigsten Anlagen der Verwaltung, des Geschäftslebens und der Kultur vorgesehen. Sie sollte von vier Verkehrstangenten umgeben werden, um den Hauptverkehrsstrom der Nord-Süd- und der Ost-West-Verbindung zu leiten. Eine Verlagerung der Stadtmitte nach Westen kam für Bonatz wegen der kulturhistorischen Substanz des alten Zentrums nicht in Frage. Ebenso wie beim *Neuen Plan von Berlin* bestand Bonatz auf Beachtung der historischen Wurzeln Berlins, die sich den rein theoretischen Planungen entzog: "Ich möchte dabei nochmals hervorheben, dass besonders der Stadtkern durch die Herstellung unserer historischen Denkmale, sowie durch die architektonische Herausarbeitung der

¹⁹⁸ Ebd.

Straßengruppe *Unter den Linden*, der *Leipziger-* und *Friedrichstraße*, zusammen mit dem innersten Ring repräsentativen Charakter erhalten soll."¹⁹⁹ Im Gegensatz zur Leipziger- und Friedrichstraße, für die der Stadtbaurat im *Plan 48* eine räumliche und architektonische Erweiterung beabsichtigte, war für die Straße Unter den Linden vorgesehen, sich dem ursprünglichen Charakter wieder zu nähern. "Die Umgestaltung des z.Z. zu sehr auf Verkehr und Parade zugeschnittenen Profiles dieser Straße soll in Zukunft hierzu ebenfalls beitragen."²⁰⁰

Der *Plan 48* war der letzte Entwurf, der unter einem gemeinsamen Magistrat veröffentlicht wurde. Nach 1949 teilte sich der Verwaltungsapparat endgültig in zwei Magistrate von Groß-Berlin, an deren Spitze im Westen Ernst Reuter und im Osten Friedrich Ebert als Oberbürgermeister standen. Analog dazu wurden auch zwei Ämter für Bau- und Wohnungswesen eingerichtet, die unterschiedliche Richtungen in der Wiederaufbauplanung verfolgten. Der *Plan 48* blieb Basis für die Neuplanung in Westberlin. Im Ostteil der Stadt wurde der *Kollektivplan* Grundlage für die weiteren Wiederaufbaukonzeptionen.

Nach der Teilung des Magistrates wurde im Osten das Amt für Bau- und Wohnungswesen aufgeteilt. Heinrich Starck, der bisher als Architekt im Bezirk Friedrichshain gearbeitet hatte, wurde zum Magistratsbaudirektor ernannt. Die Funktion des Stadtrats für Bau- und Wohnungswesen übernahm Arnold Munter. Unter der Leitung von Wils Ebert arbeitete das Planungsbüro II, im Gegensatz zu dem Pendant im Westen, weiter.

Im April 1949 kündigte Friedrich Ebert in einer öffentlichen Magistratssitzung die Erstellung eines *Generalplanes* an, der auf 10 Jahre berechnet werden sollte. Für dieses Vorhaben war vom Magistrat eine 100-Millionen-DM-Anleihe für den Wiederaufbau der Hauptstadt Deutschlands vorgesehen. Bereits einen Monat später stellte das *Planungskollektiv*²⁰¹ einen Entwurf zur Neuplanung der Stadt Berlins vor, der nach seiner Veröffentlichung *Aufbauplan 1949* oder auch *Generalaufbauplan*

¹⁹⁹ K. Bonatz (c): Der Plan Berlin 1948, in: Die neue Stadt, 3/ 1949, S.105

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Im Mai 1949 gehörten folgende Mitarbeiter dem Planungskollektiv an: Heinrich Starck (Magistratsbaudirektor), Wils Ebert (Leiter der Planungskollektivs), Peter Friedrich (Verkehr), Selman Selmanagic (Bauten für Kultur, Bildung u. Sport), Herbert Weinberger (Krankenhäuser und Sozialbauten), Kurt Hirche (Wohnungsbau), Reinhold Lingner (Grünplanung), Ludmilla Herzenstein (Bevölkerungsstatistik).

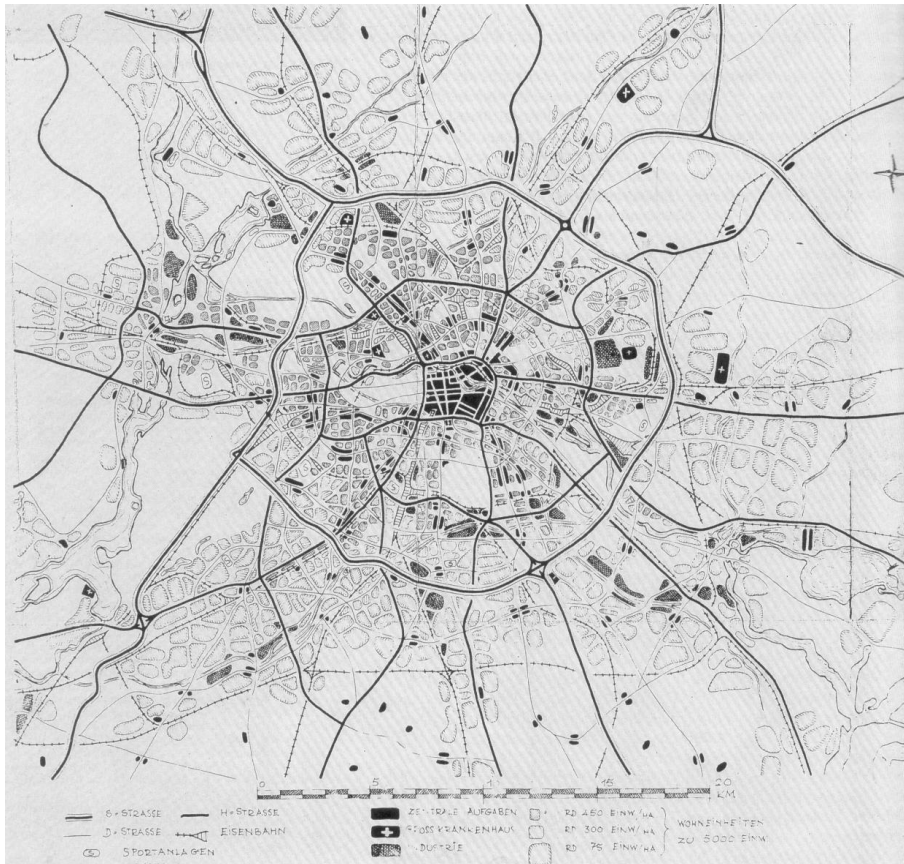
genannt wurde. Somit standen mit dem *Plan 48*²⁰² im Westen und dem *Generalaufbauplan* im Osten wieder zwei konkurrierende Vorhaben zur Verfügung, die beide als Grundlage für den Wiederaufbau Berlins legitimiert waren. Hans Scharoun, der zwar nicht mehr dem *Planungskollektiv* angehörte, aber durch seine Tätigkeit als Direktor des neu gegründeten Instituts für Bauwesen (IfB) mit den Planungen vertraut war, interpretierte in einem Vortrag die Idee des *Generalaufbauplans*. Dabei maß er der Stadtplanung eine große Bedeutung hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu. Die Paradeplätze und -achsen im Dritten Reich hätten zum Marschieren, anstatt zur geistigen Bewegung geführt. "In diesem Sinne bedürfen wir der Achsen nicht mehr, wir müssen sie vielmehr mit Stumpf und Stil auch aus unserer Vorstellung ausrotten. Sie dürfen nie wieder Aufforderung zu einer festgelegten Handlung sein."²⁰³ Mit dem *Generalaufbauplan* stand der starren Ordnung des Faschismus eine organische Verkehrsplanung und Dezentralisierung entgegen. Im Stadtkern sollten "City-Band" und "geistiges Band" zusammentreffen und "gewissermaßen die Legislative und die Exekutive im Gestaltungsprozess der Weltstadt Berlin dokumentieren."²⁰⁴ Dem geistigen Band, das wie im *Kollektivplan* entlang der Spree gelegen war, ordnete der *Generalaufbauplan* die Forschungs- und kulturellen Institute an. Seit 1945 hatte man Unter den Linden bereits mit den Instandsetzungsarbeiten an einzelnen Gebäuden begonnen. Scharoun schrieb der Straße weiterhin repräsentativen Charakter zu, dem er aber eine andere politische Note gab: Das neu entstehende Kulturgebäude der UdSSR zählte für ihn zu den "wichtigen repräsentativen Gebäude von großem Umfang und gewichtiger Bedeutung"²⁰⁵ Die Linden blieben als zentrale Achse vom Durchgangsverkehr verschont und gestalteten sich zu einer eigenen Einheit, dessen Abschluss das Stadtschloss bildete.

²⁰² Da die Wiederaufbauplanung im Westen keine weiteren direkten Auswirkungen für den Wiederaufbau Berlins (Ost) hatte, soll sie im Folgenden unberücksichtigt bleiben.

²⁰³ H. Scharoun zitiert in: Geist/ Küvers, a.a.O., S. 266

²⁰⁴ Ebd.

²⁰⁵ Ebd., S. 268



Plan 48

K. Bonatz

1948

In der Berliner Presse aller Sektoren wurde besonders der *Generalaufbauplan* diskutiert. Oberbürgermeister Ebert rief dazu auf, die Öffentlichkeit an den Wiederaufbaudiskussionen zu beteiligen. Dieses Vorhaben entsprach dem durchaus demokratischen Gedanken des *Aufbauplans*, kleine Wohnzellen mit einer eigenen funktionsfähigen Infrastruktur zu bauen.

Der *Generalaufbauplan* war der letzte städteplanerische Entwurf, der vor der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 veröffentlicht wurde. In der Hoffnung auf eine Vereinigung Deutschlands wurde Berlin zur Hauptstadt der DDR erklärt. Die weiteren Planungen für den Wiederaufbau der Stadt bezogen sich immer noch auf Gesamtberlin, aber konkrete Maßnahmen hätten eine Koordinierung mit den Westberliner Behörden verlangt.

Trotz der Unterschiedlichkeit der Wiederaufbau- und Verkehrsplanungen der ersten Nachkriegsjahre in Berlin ist die Ähnlichkeit der Konzepte bezüglich des

Wiederaufbaus der Straße Unter den Linden erstaunlich. Ausnahmslos gingen alle Pläne davon aus, das Zentrum im Osten der Stadt zu belassen. Zwar sollte die City strukturellen und architektonischen Veränderungen unterzogen werden, die Linden sollten aber weitestgehend davon verschont bleiben. Alle Pläne setzten sich für eine Verkehrsberuhigung der ehemaligen Prachtstraße ein. Die Straße Unter den Linden sollte weiterhin Anziehungspunkt bleiben und ihren repräsentativen Ausdruck behalten, der sich vor allen Dingen aus dem „ehemaligen Charakter“ (Bonatz) erschloss. Sicherlich ließen die ersten Pläne nicht erkennen, wie detailliert ein Wiederaufbau der Straße unter den Linden vorgesehen war, aber aus den Aussagen ihrer Urheber kann man die Befürwortung für den Erhalt der alten kulturhistorischen Substanz ablesen.

Bonatz und Scharoun sprachen sich zwar beide für den Wiederaufbau aus, aber sie setzten sich auch beide für eine Umdeutung der Straße ein. Die Linden sollten nicht mehr Paradestraße sein, sondern in Anlehnung an die ehemalige Struktur einen offeneren Geist haben. Besonders Scharoun machte das in seinem Vortrag über den Generalaufbauplan deutlich, indem er zum einen das Verschwinden der Paradeorte verlangte und zum anderen eine Korrespondenz zwischen dem neugebauten Kulturgebäude der UdSSR und dem Berliner Schloss innerhalb dieser geschichtsträchtigen Straße zuließ.

4. Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden

Die ersten Entwürfe beider Berliner Planungsbüros bestätigten die Straße Unter den Linden als Wiederaufbauprojekt. In den Nachkriegsjahren konnte diese Idee angesichts der vorherrschenden Not in der Bevölkerung nur ein theoretischer Entwurf bleiben. Die konkreten Diskussionen über den Erhalt von Kulturgut begrenzten sich auf die Sicherung von Ruinen oder der Unterbringung einzelner Kunstobjekte. Selbst diese Aufgabe war mit Schwierigkeiten verbunden, da neben der finanziellen Belastung Zuständigkeiten ungeklärt waren. Bis zur Gründung der DDR gab es keine staatliche Institution, die für die Verwaltung des ehemals Preußischen Eigentums im sowjetischen Sektor verantwortlich war. Maßnahmen, die das historische Kulturgut betrafen, wurden direkt auf Befehl der SMAD angeordnet oder mussten über den Weg des neu eingesetzten Magistrates, der unter der Kontrolle der Alliierten stand, genehmigt werden.

4.1. Die ersten Nachkriegsjahre 1945 - 1949

Die Alliierten verfolgten gemeinsam die Entnazifizierung Deutschlands. In der Art, wie die Besatzungsmächte dabei in den eigenen Zonen vorgehen, gab es große Unterschiede, die sich aus den weltanschaulichen Entwürfen und den Vorstellungen über die weitere Gestaltung Deutschlands ergaben. Innerhalb der SMAD gab es zwei Abteilungen, die für die Umerziehung der deutschen Bevölkerung zuständig waren: die Abteilung für Volksbildung unter der Leitung von Pjotr W. Solotuchin und die Abteilung für Information, die der Kulturoffizier Sergei Tulpanow übernahm. Die deutschen Verwaltungsorgane, wie z.B. der Berliner Magistrat, führten bis zum Juli 1945 die Anweisungen der SMAD aus, die nach der Bildung des Alliierten Kontrollrates befehlshabendes Organ war.

Die Kulturpolitik der SMAD war darauf ausgerichtet die verschütteten, positiven Werte des deutschen Erbes hervorzuholen. Dieser Vorsatz spiegelte sich im Umgang mit dem kulturhistorischen Erbe wieder. In den ersten Nachkriegsjahren wurden die Denkmale und Kulturbauten einer Überprüfung ausgesetzt, inwieweit sie der neuen Kulturoffensive der Sowjets standhalten konnten. Das kulturelle Bauerbe war eingebettet in die kulturpolitischen Pole der „Vernichtung“ und „Hervorhebung“ kultureller Werte und Identitäten, mit denen die SMAD die Umerziehung der

deutschen Bevölkerung erreichen wollte. Dabei hatte die SMAD starke Verbündete in der KPD, die als längerer Arm der Besatzungsmacht fungierte. Bereits im sowjetischen Exil hatten führende KPD-Politiker die Richtlinien für die Gestaltung des kulturellen Lebens und die Umerziehung der Bevölkerung festgelegt.

Die Straße Unter den Linden war im besonderen Maße in die Diskussion um die Erhaltung oder den Abriss historischer Bausubstanz gekommen, da sie Bauten und Denkmäler der Hohenzollern, aber auch die historischen Komplexe für Kultur und Wissenschaften beheimatete. Zu den Bauten, die sich für die kultur- und bildungspolitischen Ziele der SMAD eigneten, gehörten die Universität, die Staatsbibliothek, in der auch Räumlichkeiten der Akademie der Wissenschaften untergebracht waren, die Oper, die bis zu ihrem Wiederaufbau in den Admiralspalast verlegt wurde sowie die Museen. An der zerstörten Friedrich-Wilhelm-Universität und der Staatsbibliothek wurden sehr schnell Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. Der Präsident der Akademie der Wissenschaften Prof. Dr. Johannes Stroux²⁰⁶ vermerkte im November 1945: „Auf mündliche Anordnung des sowjetrussischen Stadtkommandanten Berlin-Mitte vom 9. Mai 1945 ist damals sofort mit den Instandsetzungsarbeiten am Gebäude der Akademie der Wissenschaften begonnen worden.“²⁰⁷ Bereits im folgenden Januar sollten wissenschaftliche Werke der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in den Räumen der Akademie der Wissenschaften unter den Linden gezeigt werden.

Über den Status der Berliner Universität herrschte im Sommer 1945 im Alliierten Kontrollrat noch Uneinigkeit. Das *Allied Kommandatura Education Committee* (AKEC) beschäftigte sich seit August 1945 mit dieser Frage. Die westlichen Alliierten forderten eine Unterstellung der Universität unter die Oberaufsicht der Alliierten Kommandantur mit der Begründung, dass sich die Hauptstelle zwar Unter den Linden befinde, aber die Nebenstellen in ganz Berlin verstreut seien. Außerdem maßten die westlichen Besatzungsmächte der Berliner Universität eine gesamtdeutsche Bedeutung zu. Dagegen deklarierten die Sowjets die Berliner Universität zu einer „preußischen Universität“, die ihren Einflussbereich

²⁰⁶ Stroux wurde am 1. Juli 1946 im Zuge der Wiedereröffnung der ehemaligen Preußischen Akademie der Wissenschaften im Amt des Präsidenten bestätigt. Am 12. Oktober 1945 wurde er für den von der Deutschen Zentralverwaltung entlassenen Prof. Dr. Eduard Spranger als Universitätsrektor eingesetzt.

²⁰⁷ LAB, C-Rep 110/ 121. Es ist davon auszugehen, dass Stroux das Gebäude Unter den Linden 8 meint, da die Eröffnungsausstellung, die Stroux in dieser Notiz erwähnt, in den Räumen Unter den Linden 8 stattfinden sollte.

hauptsächlich in der Mark Brandenburg gehabt habe.²⁰⁸ Ein Gutachten des Hauptamtes für Hochbau im August 1945, das dem Bauwerk Unter den Linden die Möglichkeit eines nutzungsfähigen Zustandes bestätigte, begünstigte den Standpunkt der Sowjets, die Universität im Einflussbereich der SMAD wieder zu errichten.

Während das AKEC am 3. September in Abwesenheit des sowjetischen Vertreters beschloss, die Berliner Universität mit allen Abteilungen unter Viermächte-Kontrolle zu stellen und das Amt für Volksbildung zu vorbereitenden Maßnahmen ermächtigte, wurden am selben Tag mit Erlaubnis der SMAD an der Berliner Universität „Vorkurse für Studienanfänger“ eröffnet.

Das Ringen um die Universität schlug sich auch in den Sitzungen des Magistrats nieder. Am 1. Oktober 1945 genehmigte der Magistrat aufgrund des Interesses der Besatzungsbehörden die Übersiedlung der Berliner Universität in das Schloss von Köpenick und die ehemalige Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershorst.²⁰⁹ Parallel dazu wurde an der Instandsetzung des Gebäudes Unter den Linden weitergearbeitet. Der Magistrat bewilligte Anfang Dezember einen Kredit über 55000 RM für die weiteren Wiederherstellungsarbeiten.²¹⁰

Mit der Ernennung von Stroux zum neuen Rektor der Universität durch die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ hatte die SMAD einen Befürworter des alten Standortes gefunden, der bemüht war, alle Fakultäten im Umkreis des alten Universitätsgebäudes unterzubringen.

Im AKEC konnte man sich weiterhin nicht über den Status der Universität einigen. Die Angelegenheit wurde auf der Ebene der Alliierten Kommandantur weiter verhandelt. Auch hier wurden keine nennenswerten Ergebnisse erzielt. Der Vertreter der sowjetischen Militäradministration Wassili D. Sokolowski beharrte auf dem Hauptstandort Unter den Linden unter Führung der SMAD, die amerikanischen und britischen Vertreter Lucius D. Clay und Sir Brian H. Robertson verteidigten den Anspruch der Alliierten auf den Hochschulbereich. Sie konnten sich nicht durchsetzen. Mit dem nächsten Schritt der Sowjets verloren die West-Alliierten ihren Anspruch auf den ehemaligen Hochschulbereich: der Befehl Nr.4 vom 8. Januar

²⁰⁸ Vgl. Freie Universität Berlin: Kaiserwerther Straße 16 – 18. Zum Einzug der Freien Universität in die frühere Alliierte Kommandantur (= Dokumentationsreihe der Freien Universität Berlin, Heft 22). Berlin: 1994, S. 29

²⁰⁹ LAB, C-Rep. 100/ 762, Protokoll der Magistratssitzung vom 1. Dezember 1945

²¹⁰ Ebd.

1946 des Oberbefehlshaber der SMAD genehmigte die „Wiederaufnahme des Unterrichtsbetriebes an der Universität Berlin“. Die Universität wurde der Viermächte-Kontrolle entzogen und der SMAD unterstellt. Dabei lehnte die SMAD jegliche Kostenübernahme mit dem Hinweis ab, dass alle Baukosten für ehemalige Staatsgebäude vom Magistrat übernommen werden. So hatten die sowjetischen Besatzer zwar die alleinige Aufsicht über die Universität, die Finanzierung wurde jedoch vom Magistrat, der unter Kontrolle der Alliierten stand, geleistet.

Bereits acht Monate nach Beendigung der Kampfhandlungen, am 26. Januar 1946, konnte der Universitätsbetrieb wieder aufgenommen werden. Am 2. März folgte der Generalbefehl Nr. 66 vom 2. März 1946, der den Wiederaufbau von vierzehn Gebäuden der Universität bewilligte. Der Beauftragte für den Wiederaufbau der Kulturbauten des Planungskollektivs, Selman Selmanagic übernahm die Leitung. Die Staatsbibliothek, deren vorläufige Instandsetzung parallel zu den Maßnahmen an der Universität verlief, öffnete am 6. Februar ihren ersten Lesesaal, ein weiterer konnte ab dem 1. Juli von den Mit-gliedern der Universität genutzt werden. Die offizielle Wiedereröffnung der Staatsbibliothek erfolgte am 1. Oktober 1946.

Die Universität blieb das einzige Objekt, um dessen Einflussmöglichkeit auf der Ebene der Besatzungsmächte gerungen wurde und das direkte Unterstützung von den Sowjets erfuhr. Die Instandsetzung anderer Baudenkmale, wie der Museen, erforderte die Eigeninitiative und das Engagement von einzelnen Personen oder Gruppen, die sich für die Bauten verantwortlich zeigten. Nach dem Zusammenbruch der Preußischen Verwaltung übernahm die Abteilung für Volksbildung im Berliner Magistrat die Aufsicht über das Alte Museum, das Zeughaus und das Schlossmuseum. Der Magistrat schien sich dieser neuen Aufgabe bewusst. Die direkte Betreuung der Museen und Sammlungen unterlag einer eigenen Abteilung in der Magistratsverwaltung Volksbildung. Unter der Leitung von Dr. Hermann Settegast²¹¹ fanden seit Mitte 1945 Konferenzen der Direktoren der *Ehemals staatlichen Museen* statt, in denen das Ziel einer Wiedereröffnung der Berliner Häuser klar definiert wurde.²¹² Der kommissarische Generaldirektor der *Ehemals*

²¹¹ Settegast wurde am 11. Juni 1945 vom Magistrat als Leiter der Abteilung Museen und Sammlungen eingesetzt.

²¹² Siehe: I. Kühnel-Kunze: *Bergung – Evakuierung – Rückführung. Die Berliner Museen in den Jahren 1939-1959.* Berlin 1984, S. 80

staatlichen Museen Berlins Carl Weickert²¹³ stellte am 8. August 1945 einen Magistratsantrag für die dringendsten Instandsetzungsarbeiten. Dem Antrag war ein Kostenüberschlag des Hauptamtes für Hochbau angehängt, der für die notwendigen Arbeiten eine Summe von 670 000 RM vorsah. Dabei waren für das Zeughaus eine Summe von 53 000 RM und für das Schlossmuseum 9100 RM festgesetzt. Das Alte Museum sowie das Prinzessinnenpalais, das zuletzt als Volkskundemuseum gedient hatte, wurden in der Magistratsvorlage nicht beschrieben. Die Schäden an diesen Gebäuden waren so groß, dass eine baldige Nutzung nicht in Aussicht stand. Friedrich Winkler, der im Mai 1946 seine Kriegschronik der Berliner Museen abgeschlossen hatte, schrieb zum Zustand der Gebäude: „*Total vernichtet* sind Schloss Monbijou, das Kronprinzen-Palais und das Prinzessinnen-Palais. *Gänzlich ausgebrannt* sind das Schloss mit den Inneneinrichtungen von Schlüter, Eosander von Göthe, Erdmannsdorff, das Alte Museum mit Schinkels Ausstattung [...]“.²¹⁴ Dagegen war das Zeughaus in der Kategorie der Gebäude eingeordnet, die von „*Bombenschäden und Atellerietreffern*“ gezeichnet waren. Friedemann Seiler schreibt zum Wiederaufbau des Alten Museums, dass die Absicht bestand, diesen Museumsbau von Schinkel als Museum für moderne Kunst einzurichten.²¹⁵ Dieses Vorhaben war über einen längeren Zeitraum geplant.

Die Triebfeder für die Instandsetzungen der Museen war die Bergung der Kunstschatze aus den Kellerräumen und Auslagerungsorten. Trotz des Einsatzes vieler engagierter Museumsmitarbeiter konnten die Gebäude im ersten Nachkriegswinter nur geringfügig vor Witterungseinflüssen geschützt werden. Da das Zeughaus eine relativ gut erhaltene Bausubstanz besaß, genehmigte der Magistrat am 24. September 1945 auf Antrag von Hans Scharoun 223 000 RM für Ausbesserungsarbeiten am Pergamon-Museum und am Zeughaus. Erst 1947 wurde eine langfristige Konzeption für die Museumsbauten bis zum Jahr 1957 erstellt. Auf einer Beratung der Museumsdirektoren am 10. Oktober 1947 wurde unter Anleitung von Prof. Andrae Dringlichkeitsstufen erstellt, die die wichtigsten Sicherungsmaßnahmen an den Gebäuden vorsahen. Danach sollte bis 1948 das

²¹³Im Zuge der Entnazifizierungsmaßnahmen wurden 62 Museumsmitarbeiter entlassen. Darunter war auch der Generaldirektor der Staatlichen Museen Otto Kummel. Seine Nachfolge trat im August 1945 der Direktor der Antikenabteilung Carl Weickert an. Er führte sein Amt kommissarisch bis August 1946 aus und wurde dann von Ludwig Justi abgelöst.

²¹⁴ F. Winkler: Kriegschronik der Berliner Museen, in : Kühnel-Kunze, a.a.O., S. 341

²¹⁵ F. Seiler (b): Zum Aufbau des Alten Museums (= Forschungen und Berichte Band 5). Berlin 1962; S. 85

Dach des Zeughauses wiederhergestellt sein und bis 1950 das Schlossmuseum und 1951 das Alte Museum soweit instandgesetzt sein, dass ein weiterer Verfall verhindert werden könnte.²¹⁶ Bis 1950 verfügten alle Museumsbauten auf der Insel provisorische Dächer, sodass grobe Witterungseinflüsse abgehalten werden konnten.

Die Alliierten Kommandantur sah in dem Zeughaus ein Symbol des preußischen Militarismus und wollte es für den Fall sprengen, wenn es nicht „seines früheren Charakters völlig entkleidet und dem friedlichen Aufbau Berlins dienstbar gemacht werde“.²¹⁷ Auf ihrer 15. Sitzung am 18. Oktober 1945 beschloss die Alliierten Kommandantur das Zeughaus Unter den Linden als „ein Symbol des deutschen Militarismus und eine Sammlung von Kriegstrophäen, die durch Raub und Plünderung erworben wurden“²¹⁸, als Kriegsmuseum aufzulösen und es für allgemeine Ausstellungen zur Verfügung zu stellen.

Dem Beschluss der Alliierten Kommandantur folgend, forderte Josef Orlopp (SPD) in der Magistratssitzung am 30. Oktober 1945 aus „allen öffentlichen Gebäuden [...] Porträts und Embleme, die an die Hohenzollern und alle anderen früher regierenden Häuser, die Militärkaste oder den Nationalsozialismus erinnern, sofort zu beseitigen“.²¹⁹ Orlopp ergänzte weiter: „Darunter fallen auch solche Porträts und Embleme, denen künstlerischer Charakter zuzusprechen ist.“²²⁰ Auf einer Liste waren die Denkmäler, Embleme und Symbole zu deklarieren, die zu entfernen waren.²²¹ Scharoun sollte die Liste der Abteilung für Volksbildung, dem Alliierten Kontrollrat und dem Magistrat vorlegen. Scharoun strebte eine deutlich liberalere Vorgehensweise als die Stadtverordnetenversammlung von Berlin an.

Am 16. Februar 1946 ging der Magistrat laut Beschluss nicht mehr von einer Entfernung der Embleme aus, sondern forderte „eine Liste der für eine Verschrottung in Frage kommenden Denkmäler“.²²² Scharoun verhielt sich mit der Vorlage der Liste, die der Abteilung für Volksbildung und dem Alliierten Kontrollrat bereits zur

²¹⁶ Vgl. Schade, a.a.O., S. 90

²¹⁷ Zitiert nach R. Müller: Das Berliner Zeughaus. Die Baugeschichte. Berlin 1994, S. 249

²¹⁸ Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung, hrsg. i. A. d. Senats von Berlin. Berlin 1961, S.229

²¹⁹ LAB, C-Rep. 100/ 762, Protokoll der Magistratssitzung vom 30. Oktober 1945

²²⁰ Ebd.

²²¹ Ebd.

²²² LAB, C-Rep. 100/ 768, Protokoll der Magistratssitzung vom 16. Februar 1946

Verfügung stand, im Magistrat abwartend. In der folgenden Sitzung am 23. Februar teilte er der Versammlung mit, die Denkmäler in 3 Kategorien eingeteilt zu haben:

- „1. Denkmäler aus der Zeit des Nationalsozialismus, die sämtlich zu entfernen sind;
2. Denkmäler aus der wilhelminischen und vorwilhelminischen Zeit, die auch zum größten Teil zu entfernen sind;
3. Denkmäler, die künstlerisch eine bestimmte Zeitepoche widerspiegeln und deswegen zu erhalten oder museal aufzubewahren wären.“²²³

Die Gründe für die notwendige Vernichtung, Beseitigung oder aber Erhaltung von Denkmälern wurde an den einzelnen Objekten dargestellt. Abgesehen von den primären Symbolen und Hoheitszeichen sollten die Bildwerke des Nationalsozialismus ohne Berücksichtigung des Inhalts vernichtet werden, da auch „in der künstlerischen Form sich die nazistische Gesinnung“ ausprägt.²²⁴

Denkmale der wilhelminischen und vorwilhelminischen Zeit, die als Vorreiterin des Nationalsozialismus galten, wurden als tendenziös, nationalistisch und als Ausdruck eines „überheblichen dynastischen Selbstbewusstseins“²²⁵ angesehen. Darunter fielen auch das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms I. an der Schlossfreiheit, das Reiterstandbild Friedrich Wilhelms III. im Lustgarten und die Standbilder der Oranier²²⁶ auf der Schlosstreppe am Lustgarten. Auch die Siegestsäule am Großen Stern²²⁷ war als etwas „Überhebliches und Geistig-Reaktionäres“²²⁸ anzusehen.

²²³ LAB, C-Rep. 100/ 768; Protokoll der Magistratssitzung vom 23. Februar 1946; inwieweit der „Vorschlag zur Entfernung von Denkmälern in Berlin“, der als endgültige Vorlage dem Magistrat Anfang März vorgelegt wurde, mit der Liste, die der Abteilung für Volksbildung überreicht wurde, übereinstimmt, konnte nicht recherchiert werden. Es ist aber davon auszugehen, dass die Magistratsvorlage noch Nachträge enthielt. Ein Vermerk auf einem Vorblatt der Magistratsvorlage, der wahrscheinlich von der Mitarbeiterin im Amt für Denkmalpflege Dr. Margarete Kühn verfasst wurde, weist darauf hin.

²²⁴ LAB, C Rep. 100/ 769, Protokoll der Magistratssitzung vom 9. März 1946

²²⁵ Ebd.

²²⁶ Kühn (vgl. ebd.) notierte in einem Vermerk, dass das Standbild des Admirals von Cologny nicht zu den Oranieren zu rechnen ist und sich vom künstlerischen Wert auch von den Oranier-Stauen unterscheidet. Nach ihrer Ansicht sollte es an seinem Platz belassen oder an anderer Stelle wieder aufgestellt werden.

²²⁷ Denkmal für die Siege von 1864, 1866 und 1870/ 71 nach einem Entwurf von Strack angefertigt

²²⁸ LAB, C-Rep. 100/ 769, a.a.O.

Ausnahmen bildeten z.B. das Reiterstandbild König Friedrich Wilhelms IV. auf der Freitreppe der Nationalgalerie und andere Standbilder aus der Hohenzollernlinie.

Den Denkmälern des Barock und Klassizismus maß man einen objektiven künstlerischen Wert bei und zählte sie zum ideellen Gut des deutschen Volkes. Die Standbilder der Feldherren der Freiheitskriege von Ch. D. Rauch²²⁹, die neben und gegenüber der Neuen Wachen standen, gehörten ebenso dazu, wie auch das Denkmal des Großen Kurfürsten von Andreas Schlüter²³⁰. Ihnen wurde ein Ausdruck von Antimilitarismus zugesprochen, der eine kunsthistorische Beurteilung zuließ. Eine Ausnahme bildete das Denkmal Friedrich des Großen. Innerhalb des Magistrats gab es Stimmen, die eine Beseitigung des Denkmals begrüßten.²³¹ Scharoun hielt das Denkmal nicht nur für erhaltenswert, sondern betonte auch die Bedeutung seines Standortes innerhalb einer städtebaulichen Konzeption Unter den Linden. Aufgrund des verhältnismäßig großen Sockels und kleinen Standbildes habe es „eine architektonische Wirkung.“²³² Mit dieser Erklärung entkräftete man die Bedeutung der Figur, die in Berlin eine große Popularität genossen hatte. Am Reiterstandbild Friedrich des Großen wird das Taktieren in der Argumentation für den Erhalt eines Objektes deutlich. Hinsichtlich der Beseitigung von Denkmalen aus dem Nationalsozialismus herrschte Einigkeit im Magistrat. Aber beim Reiterstandbild, das zwar nicht als militaristisch zu bezeichnen war, aber einen Vertreter des preußischen Königshauses an einem zentralen Ort ehrte, mussten die Befürworter andere Kriterien zur Beurteilung des Denkmals heranziehen, die das Schema des Antimilitarismus und Nationalismus verließen.

Das Friedrich-Denkmal blieb im Berliner Magistrat umstritten. Die Beschlussvorlage Nr. 223, die aus dem *Vorschlag zur Beseitigung von Denkmälern in Berlin* hervorgegangen war,²³³ sah eine Überführung des Denkmals in das schon bestehende Rauch-Museum vor. Hans Scharoun konnte durchsetzen, dass der

²²⁹ Dazu zählten die Standbilder der Generäle Graf von Bülow, von Scharnhorst, die beide neben der Wache postiert waren und die Standbilder des Generalfeldmarschalls Fürst Blücher und der Feldmarschälle Graf Yorck und Graf von Gneisenau.

²³⁰ Das Denkmal befand sich an der Südseite des Schlosses auf der Langen Brücke.

²³¹ In dem Magistratsprotokoll vom 16. Februar 1946 heißt es: „Jendretzky bringt bei der Gelegenheit die Frage der Beseitigung des Denkmals Friedrichs des Großen und anderer Denkmale zur Sprache.“, siehe LAB, C-Rep 100/ 768

²³² LAB, C-Rep. 100/ 769, a.a.O.

²³³ Der *Vorschlag zur Beseitigung von Denkmälern in Berlin* war von einer gemeinsamen Kommission der Abteilungen für Volksbildung und Bau- und Wohnungswesen erarbeitet worden.

Sockel des Reiterstandbildes mit den unteren Pferdegruppen an seinem Standort erhalten blieb.

Auf den ersten Blick vertraten in diesem Punkt die Mehrheit des Magistrates und vor allen Dingen die SED-Mitglieder, die das Friedrich-Denkmal ablehnten, einen anderen Standpunkt als die Sowjetische Besatzungsmacht.²³⁴ Das ist ungewöhnlich angesichts der Tatsache, dass die KPD/SED unter dem direkten Einfluss der SMAD stand.

Nach einigen Änderungen wurde die Magistratevorlage 223 am 18. Mai 1946 verabschiedet. Otto Winzer trug die neu erarbeiteten Vorschläge vor. Dabei hatte man eine Konkretisierung in der Kategorisierung vorgenommen. Auf der Liste I waren alle Denkmäler aufgeführt, die abgetragen und vernichtet werden sollten. Die Liste II war für die Denkmäler vorgesehen, die ebenfalls abzutragen, aber in Magazinen und Museen unterzubringen waren. Die Liste III beinhaltete Objekte, die an ihren Standorten verbleiben konnten. Als Begründung für die bevorstehenden Maßnahmen hieß es in der Vorlage: „Mit Energie alles Militärische auszumerzen, ohne jedoch in den Fehler der Bilderstürmerei zu verfallen. Aus diesem Grunde ist es besonders wichtig, künstlerisch wertvolle Denkmäler, die entfernt werden müssen, museal zu magazinieren und nicht zu vernichten. Aus erzieherischen und demokratischen Gründen ist eine Entfernung der militärischen Denkmäler als unbedingte Pflicht anzusehen.“²³⁵ Von der Kategorisierung der Denkmäler waren die Straße Unter den Linden und die anliegenden Plätze betroffen. Zur Liste I gehörte das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms I. auf der Schlossfreiheit, mit Ausnahme der Steingruppe Bayern auf der Attika und der zwei Bronzelöwen. Diese Werke des Bildhauers August Gaul wurden in die II. Kategorie übernommen. Zu den Denkmälern, die abzutragen und den Berliner Museen zur Magazinierung zu überweisen waren, gehörten weiterhin das Reiterstandbild Friedrich des Großen, dessen Sockel an seinem Standort verbleiben sollte, die Reste der Quadriga auf dem Brandenburger Tor und das Reiterstandbild Friedrich Wilhelm III., das sich vormals im Lustgarten befunden hatte und bereits abgebaut war. Da die alte Schadowsche Quadriga erheblichen Schaden erlitten hatte, kam man zu der Überlegung, sie durch

²³⁴ Jürgen Wetzel weist auf das Protokoll der 9. Vorstandssitzung des Landesverbandes der CDU am 23. Mai 1946 hin. In der Aussage des CDU-Politikers Karl Brammer hieß es: „Übrigens seien die Russen unserer Meinung, was die Bilderstürmerei betreffe (Friedrich der Große, Siegessäule etc.).“; vgl. J. Wetzel: Die Sitzungsprotokolle des Magistrates der Stadt Berlin 1945/46 (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Band 2). Berlin 1999

²³⁵ LAB, C-Rep. 100/ 228/ Magistratevorlage 233

eine Kopie zu ersetzen oder „eine neue Figur oder Gruppe als Symbol des Wiederaufbaues auf das Brandenburger Tor als Bekrönung zu setzen“²³⁶ Die fünf Standbilder der Feldherren aus den Befreiungskriegen neben und gegenüber der Schinkelschen Wache wurden als Meisterwerke von Rauch und bedeutende Beispiele Berliner Bildhauerkunst in die Liste III aufgenommen.

Scharoun konnte mit dem Beschluss des Magistrates nicht zufrieden sein, zumal ein weiteres bedeutendes Kunstwerk, das Denkmal Friedrich Wilhelm IV., vor der Treppe der Nationalgalerie, nachträglich in die Liste I gesetzt wurde. Der Baurat versuchte noch einmal mit dem Argument des enormen Kostenaufwandes von ca. 2,3 Millionen RM und einer Beschäftigungsrate von 300 Arbeitskräften gegen die gesamte Denkmalsentfernung zu streiten. Der Abgeordnete Ottomar Geschke (KPD) setzte dagegen, man könne „einen Aufruf an die Berliner Arbeiter und Gewerkschaften [...] erlassen, in freiwilligen Arbeitsstunden an der Beseitigung dieser Denkmäler mitzuhelfen. Der Redner ist überzeugt, dass die Arbeiter sich gern freiwillig daran beteiligen würden.“²³⁷ Trotz der Einwände Scharouns wurde am 18. Mai 1946 die Magistratsvorlage bezüglich der Behandlung der Denkmäler in Berlin verabschiedet. Die Maßnahmen sollten bis zum 15. August 1946 durch die Abteilung Bau- und Wohnungswesen erfolgen.

In der darauffolgenden Sitzung überraschte Otto Winzer den Magistrat mit der Bitte den gefassten Beschluss zunächst nicht an die Alliierte Kommandantur weiterzuleiten, da diese ein paar Tage zuvor die Direktive 30 mit ähnlichem Inhalt erlassen habe. Bis zum 1. Januar 1947 seien alle Objekte zu beseitigen, die darauf abzielten „die deutsche militärische Tradition zu bewahren und lebendig zu erhalten, den Militarismus wachzurufen oder die Erinnerung an die nationalsozialistische Partei aufrechtzuerhalten, oder ihrem Wesen nach in der Verherrlichung von kriegerischen Ereignissen bestehen.“²³⁸ Museen und Ausstellungen mit militärischem Charakter waren zu schließen, bzw. die Wiedereröffnung untersagt. Werke, die von großem Nutzen für die Allgemeinheit oder von großem architektonischem Wert waren, sollten erhalten bleiben. Interessanterweise legte der Alliierten Kontrollrat unter § 5 eine genaue Definition der Begriffe „militärisch“ und „Militarismus“ fest: „Die Ausdrücke „militärisch“ und „Militarismus“ sowie der Ausdruck „kriegerische

²³⁶ Ebd.

²³⁷ LAB, C-Rep 100/ 773, Protokoll der Magistratssitzung vom 18. Mai 1946

²³⁸ Direktive 30 vom 13. Mai 1946, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Berlin 1946, S. 154 f.

Ereignisse“ im Sinn dieser Direktive beziehen sich auf Kriegshandlungen nach dem 1. August 1914 zu Lande, zu Wasser oder in der Luft und auf Personen, Organisationen und Einrichtungen, die mit diesen Handlungen in unmittelbarem Zusammenhang stehen.²³⁹ Damit fielen unter die Anweisung des Alliierten Kontrollrats lediglich die Denkmäler, die nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges errichtet worden waren. Der Magistrat hatte die Überprüfung der Denkmäler auch auf die vorwilhelminische Zeit ausgedehnt. Die zeitliche Begrenzung der Begriffe durch den Alliierten Kontrollrat stand einer eher ideologischen Definition des Magistrates gegenüber. Stadtrat Winzer wurde beauftragt, die vom Magistrat aufgeführte Liste noch einmal zu überprüfen. Die Direktive 30 hatte zur Folge, dass die Diskussion um die Denkmalzerstörung innerhalb des ersten Magistrates ein Ende fand. Der erste frei gewählte Magistrat von Berlin ließ einen behutsameren, sachlicheren Umgang in der Denkmalfrage erkennen.²⁴⁰ Erst nach der Teilung der Verwaltungen widmete man sich im Osten erneut der ideologischen Überprüfung der Denkmale und Bauwerke.

In derselben Magistratssitzung, in der der *Vorschlag zur Beseitigung von Denkmälern* genehmigt wurde, hatte man Hans Scharoun aufgefordert, Rechenschaft über die Aufwendungen am Weißen Saal, für dessen Instandsetzung der Baurat sich eingesetzt hatte, abzugeben.²⁴¹ Dem Kostenaufwand für die Beseitigung der Denkmäler in einer geschätzten Höhe von 2,3 Millionen RM stand der dagegen banal erscheinende Betrag von 55 000 RM für die Wiederherstellung des Weißen Saales gegenüber. Hans Scharoun hatte sich schon früh für die Sicherung der Schlossruine eingesetzt. Um den drohenden weiteren Verfall der Berliner Schlösser zu verhindern, hatte er in der Magistratssitzung am 23. Juli 1945 den Stadträten einen Antrag vorgelegt, der eine Sicherstellung kulturhistorischer unersetzlicher Objekte an und in den Berliner Schlössern vorsah. Mit diesem Vorhaben stieß er auf Widerstand bei den Mitgliedern der KPD, die in dieser Sitzung

²³⁹ Ebd., S. 155

²⁴⁰ Im Zuge der Umgestaltung der Tiergartens wurden auf Beschluss Nr. 288 des Magistrates vom 7. Juli 1947 die Standbilder der ehemaligen Siegesallee entfernt. Die Statuen von „Markgraf Albrecht dem Bären“ und „König Friedrich Wilhelm IV“, sowie die Büsten von „Propst Simeon von Berlin“, Schultheiß Marsilius von Berlin“, „Ratsmann Conrad Berlitz“, „Kanzler Distelmeyer“ und „Graf von Lynar“ wurden zur musealen Aufbewahrung dem Märkischen Museum übergeben. Vgl.: Magistratsbeschluss Nr. 288, in : Berlin. Quellen und Dokumente 1945 – 1951, S.487f.

²⁴¹ s.o.

ausschließlich ideologische Gründe gegen Scharouns Vorlage vorbrachten. Arthur Pieck (KPD) konstatierte: „Die Schlösser enthalten keineswegs nur Gegenstände von Wert, sondern auch viel Kunstkitsch. Niemand hat heute ein Interesse an Machtwerken, die nur Ausdruck des Hohenzollernschen Imperialismus sind.“²⁴² Der Stadtrat für Bauwesen war gezwungen die Vorlage zurückzuziehen, behielt sich aber vor, Anträge zu einzelnen Kunstobjekten mit konkreten Unterlagen zu stellen.

Scharoun war lediglich an einer Wiederherstellung der äußeren Architektur interessiert. Er würdigte das Schloss als den „hervorragendsten Bau des norddeutschen Barock und einzig erhaltenen Werk Schlüters.“²⁴³ Scharoun hielt eine Rekonstruktion des Schlossinneren für unmöglich und plädierte für eine moderne Ausgestaltung.

Um einer weiteren ideologischen Auseinandersetzung im Magistrat aus dem Wege zu gehen, versuchte Scharoun einzelne kunsthistorisch wertvolle Teile am Berliner Schloss und anderen Bauten zu retten. Auch diese Vorschläge fanden im Magistrat kein Gehör. Am 1. Oktober unternahm Scharoun erneut mit Hilfe des Oberbürgermeisters Arthur Werner (SPD) einen Vorstoß im Magistrat. Der neue Antrag der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen wurde von Werner, der die Schlossruine zuvor besichtigt hatte, selbst vorgetragen. Der Antrag sah eine Instandsetzung des Weißen Saals im Berliner Schloss in Höhe von 45 000 RM zur Unterbringung geborgener Kunstgegenstände vor, außerdem sollte der Saal für Versammlungszwecke genutzt werden. Mit seinem Eindruck, „als ob man einen Antrag, den der Magistrat seiner Zeit abgelehnt habe, mit neuer Begründung zur Genehmigung bringen wollte“²⁴⁴, lag der Abgeordnete Friedrich Lange vermutlich nicht falsch. Dennoch konnte die Raumfrage in Hinblick auf die bevorstehende Bergung von Kunstschatzen in Millionenhöhe aus dem ehemaligen Landsitz Görings in Carinhall den Magistrat dazu bewegen, der Vorlage zuzustimmen.

Hans Scharoun stand auch nach dem Magistratsbeschluss vom Oktober 1945 unter Kritik. Die ersten Nachkriegsjahre erforderten einen erheblichen Sparzwang. Ausgaben, die nicht eine unmittelbare Notlage erkennen ließen, unterstanden einer besonderen Begutachtung des Magistrates. Scharoun wurde mehrfach aufgefordert eine genaue Kostenanalyse der Aufwendungen für die Arbeiten am Weißen Saal

²⁴² LAB, C-Rep. 100/ 759, Protokoll der Magistratssitzung vom 23. Juli 1945

²⁴³ R. Petras: Das Schloss in Berlin. Berlin/ München 1992, S. 89

²⁴⁴ LAB, C-Rep. 100/ 762, Protokoll der Magistratssitzung vom 1. Oktober 1945

vorzulegen. In der Sitzung vom 29. Mai 1946 gab Scharoun bekannt, dass zu den bereits aufgewendeten 35.000 RM noch weitere 20 000 RM für den Ausbau des Weißen Saales benötigt würden. Stadtrat Paul Schwenk (KPD) warf ihm vor, die zugesagten Mittel zweckentfremdet verwandt zu haben. „Damals handelte es sich [...] nur darum, künstlerisch wertvolle Dinge gegen Witterungseinflüsse zu schützen, während die jetzigen Arbeiten darauf hinausliefen, einen Raum für Ausstellungszwecke herzu-richten.“²⁴⁵ Tatsächlich beabsichtigte Scharoun die Arbeiten seines Planungskollektivs im Weißen Saal der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Ausstellung war am 25. April von der Alliierten Kommandantur genehmigt worden. Scharoun hatte eigentlich die ehemalige Reichskanzlei als Ausstellungsraum vorgesehen, „um mit der ersten, richtungsgebenden Ausstellung für den Neuaufbau dort zu beginnen, wo die Zerstörung Berlins symbolhaft ihren Abschluss fand.“²⁴⁶ Die Alliierten Kommandantur untersagte die Nutzung der ehemaligen Reichskanzlei und erteilte dem Magistrat die Befugnis die Wiederaufbauplanungen im Schloss zu zeigen.

Der Magistrat sah in den erneuten Forderungen Scharouns und den Arbeiten an der Schlossruine eine Verschwendung von Geldern und Baumaterialien, die anderenorts besser hätten eingesetzt werden können. Aufgrund des Einwandes des stellvertretenden Bürgermeisters Karl Maron, „dass der Magistrat zum Teil selbst die Schuld an dieser Sachlage trage, da er seinerzeit den Beschluss gefasst habe, bei den Wiederherstellungsarbeiten im Schloss auch den Weißen Saal wiederherzurichten, um einen Raum für repräsentative Veranstaltungen zu haben“, wurde der Kostenaufwand für den weiteren Ausbau, mit der Auflage, „so wenig Material, wie möglich zu verwenden“, genehmigt.²⁴⁷

Der Weiße Saal etablierte sich als Ausstellungsraum. Der Exposition *Berlin plant/ 1. Bericht*, die mehrfach verschoben werden musste²⁴⁸, folgte im Oktober 1946 die Ausstellung *Moderne Französische Malerei* und im Dezember die „Erste Schau seit 1940 aus den Berliner Kunstmuseen“, die den Namen *Wiedersehen mit Museumsgut*

²⁴⁵ LAB, C-Rep. 100/ 773, a.a.O.

²⁴⁶ AdK, Berlin, NL Scharoun, Mag 2/3

²⁴⁷ LAB, C-Rep. 100/ 773, a.a.O.

²⁴⁸ Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers schließen aus den drei vorhandenen Plakatfassungen, dass der Eröffnungstermin vom 15. Juli auf den 15. August und schließlich auf den 22. August verschoben wurde; Vgl.: Geist/ Kürvers, a.a.O., S.181

trug. Mit seiner Überzeugung, man lebe nicht nur von materiellen Dingen²⁴⁹, schien Scharoun nicht Unrecht zu haben. Die drei Ausstellungen waren trotz widriger Umstände²⁵⁰ ein Erfolg und zogen viele Besucher an.

Wenn auch das ablehnende Verhalten der Magistratsmitglieder aus notwendigen Sparzwängen resultierte, kann nicht übersehen werden, dass sich in der ersten Sitzung, in der Scharoun auf den zunehmenden Verfall der Berliner Schlösser hinwies, eine ideologische Diskussion entfachte. Der Versuch Scharouns auf sachlicher Ebene, die kunsthistorische Bedeutung einzelner Elemente hervorzuheben, unterlag einem Raster, das den Kunstwert der Objekte zunächst an ihrem weltanschaulichen Hintergrund maß. Die Mitglieder der KPD knüpften mit ihren ideologisch untermauerten Argumenten an den Gründungsauf²⁵¹ vom 11. Juni 1945 an, in dem das Zentralkomitee der Partei verkündet hatte: „[...] auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muss gründlich hinweg geräumt werden.“²⁵² Für diese Aufgabe hatte die KPD vorsorglich das Amt für Volksbildung aus ihren eigenen Reihen mit Otto Winzer besetzt. Alle Vorgehensweisen bezüglich der Denkmalfrage mussten in Zusammenarbeit mit dem Amt für Volksbildung geschehen, obwohl es dem Ressort für Bauwesen unterstand. Dass die Beseitigung bzw. Erhaltung von Denkmälern eher eine ideologische, als eine kunsthistorische Frage war, zeigte sich auch daran, dass nach der Gründung der Abteilung für Kunstangelegenheiten²⁵³ der Bereich Kunstmuseen, Schlösser und Denkmalpflege nicht wie ursprünglich vorgesehen dieser neuen Sektion, sondern weiterhin der Handhabung der Abteilung für Volksbildung unterstand.

²⁴⁹ LAB, C-Rep. 100/ 760, Protokoll der Magistratssitzung vom 20. August 1945

²⁵⁰ Die Ausstellung „Wiedersehen mit Museumsgut“ musste aufgrund der Witterungsverhältnisse zeitweise geschlossen werden.

²⁵¹ Am 10. Juni war 1945 erließ die SMAD den Befehl Nr. 2, der die Gründung antifaschistischer Parteien und freier Gewerkschaften und Organisationen zuließ. Die KPD gründete sich als erste Partei am 11. Juni. Danach folgte die SPD am 15. Juni, am 26. Juni die CDU und als vorerst letzte Partei die LDP. Mit dem Gründungsauf²⁵¹ trat die KPD am 12./ 13. Juni an die Öffentlichkeit.

²⁵² Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR: Um ein antifaschistisch - demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949. Berlin 1968; S. 60

²⁵³ Am 15. Dezember 1945 hatte der Magistrat von der Alliierten Kommission den Befehl erhalten, eine neue Magistratsabteilung für die Leitung des kulturellen Lebens in Berlin einzurichten, die unabhängig von der Abteilung für Volksbildung arbeiten sollte. Im Magistratsprotokoll vom 23. Dezember 1945 wurde eine Vorlage angenommen, in der das Referat „Kunstmuseen einschließl. Kunstausstellungen, Schlösser und Denkmalpflege“ der neuen Abteilung für Kunstangelegenheiten untergeordnet wurde. (LAB, C-Rep. 100/ 765). Nachdem die Alliierten Kommandantur am 29. März 1946 beschlossen hatte das Hauptamt für bildende Kunst bei der Abteilung für Volksbildung zu belassen und nicht in die neue Kunstabteilung einzugliedern, wurde in der Magistratssitzung vom 17. April 1946 festgesetzt, den Arbeitsbereich für Museen und Schlösser in der Abteilung für Volksbildung zu belassen.

Wie die Beispiele Zeughaus, Universität und Schloss zeigen, gab es zwischen der SMAD, dem Alliierten Kontrollrat und dem Magistrat durchaus unterschiedliche Auffassungen, was den weiteren Umgang mit den Gebäuden anging. Auch die Neue Wache wurde von der SMAD und dem Magistrat unterschiedlich beurteilt. Der Magistrat würdigte die Neue Wache als „eine Baulichkeit von besonderem Wert, die als Kunstwert einen ganz besonderen Ruf in der Welt genieße“.²⁵⁴ Die SMAD verweigerte ihre Unterstützung, da die Nutzung des Gebäudes nach dem Ersten Weltkrieg einen verstärkten militärischen Charakter verkörpert hatte. Im Dritten Reich war das „Ehrenmal“ zu einem Gedenkort geworden, das den Heldenmythos des gefallenen Soldaten verherrlichte.²⁵⁵ Konrad Dammeier erkannte in seinem Gutachten über die Neue Wache, das vom 13. Juli 1945 datiert ist, dass eine „Wiederherstellung des Ganzen im alten Ehrenmal-Sinn“ unter den gegebenen politischen Verhältnissen unwahrscheinlich wäre. Gleichwohl plädierte er selber für eine Sicherstellung der Ruine, die aber ausblieb. Der Eichenkranz von Ludwig Gies, der während Krieges geborgen worden war, wurde wieder auf den zusammengeschmolzenen Granitmonolith gelegt.

1949 kam im Zuge des Generalaufbauplanes aus dem Hauptamt für Stadtplanung der Vorschlag, durch eine inhaltliche Umdeutung den militärischen Charakter des Denkmals zu entkräften. Die Neue Wache sollte „als Gedenkstätte für deutsche Künstler und Wissenschaftler dienen.“²⁵⁶ Aber allein die Summe von 200.000 DM, die für eine Instandsetzung veranschlagt worden war, ließ die Überlegungen utopisch erscheinen.

Bis zur Gründung der DDR blieb der Schinkelbau eine Art unfreiwilliges Mahnmal, an dem die Bevölkerung ihrem Bedürfnis nach Trauer durch Blumen- und Kranzspenden Ausdruck verlieh.²⁵⁷ Heinrich Tessenow hatte sich nach dem Krieg dafür ausgesprochen, die Neue Wache als Zeugnis der Geschichte in seinem

²⁵⁴ Am 9. Juli 1946 übergab der Magistrat dem Stadtkommandanten Generalmajor Kotikow ein Gutachten über die Neue Wache ab. Vgl.: L.. Demps (d): Die Neue Wache. Entstehung und Geschichte eines Bauwerkes. Berlin 1988, S. 153 f.

²⁵⁵ Der Begriff „Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges“ wurde 1936 in der Publikation des Deutschen Kunstverlages eingeführt. Jürgen Tietz sieht darin auch einen Unterschied zur Bestimmung der Neuen Wache während der Weimarer Republik: „An die Stelle der ursprünglichen Funktion der Wache, nämlich dem stillen Gedenken an die im Weltkrieg Gefallenen zu dienen, trat die Verherrlichung des Soldatentodes.“; Vgl. J. Tietz: Schinkels Neue Wache Unter den Linden. Baugeschichte 1816-1993, in: Ch. Stölzl (Hrsg.): Die Neue Wache Unter den Linden. Ein deutsches Denkmal im Wandel der Geschichte. München/ Berlin: Koehler und Amelang 1993, S. 68

²⁵⁶ LAB, C-Rep. 120/ 1711, Brief der Abt. Bau- und Wohnungswesen an die Abt. Volksbildung

²⁵⁷ Vgl. Tietz, a.a.O., S.78

zerstörten Zustand zu belassen. Diesem Vorschlag konnte der Magistrat und die spätere DDR-Regierung nicht nachkommen. Für sie bestand die Gefahr, dass an einem so zentralen Ort die Wache „immer als „Ehrenmal“ und zwar im nazistischen Sinne im Volksmund weiterleben würde.“²⁵⁸

Am 20. Oktober 1946 fanden die ersten freien Wahlen für die Stadt- und Bezirksparlamente statt. Am 5. Dezember stimmte die Stadtverordnetenversammlung über die Zusammensetzung des neuen Magistrats ab. Das Amt des Oberbürgermeisters trat Otto Ostrowski an, der bereits am 8. Mai 1947 zurücktrat. An seine Stelle trat am 26. Juni Ernst Reuter. Stadtrat für Bau- und Wohnungswesen wurde Karl Bonatz. Dieser Magistrat war bis zu seiner Absetzung durch die außerordentliche Stadtverordnetenversammlung am 30. November 1948 tätig.

²⁵⁸ Denkmalarchiv Berlin (DAB) Z 21/ 6



Innenraum der Neuen Wache 1947

Der zusammen-
geschmolzene
Monolith mit dem
Eichenkranz von
Ludwig Gies

Die Protokolle der Sitzungen des ersten neu gewählten Magistrats dokumentieren eine wesentlich sachlichere Umgangsweise in der Denkmalfrage. Die Auseinandersetzung hatte an Schärfe verloren. Die Direktive 30 war Grundlage für die weiteren Maßnahmen. Nach einer Bestandsaufnahme in Form einer Art Positiv- und Negativliste wurde ein Gesamtverzeichnis der zu erhaltenen und eine Übersicht der Denkmäler erstellt, die zur sofortigen Beseitigung vorgeschlagen werden sollten. Danach waren Unter den Linden und den anliegenden Plätzen lediglich die als „historisch belanglos“ und stark beschädigten Standbilder der Oranier zu entfernen.²⁵⁹ Andere Objekte, die unter dem ersten Magistrat in die Kategorie der zu beseitigenden Denkmäler eingeordnet worden waren, wie beispielsweise das Friedrichdenkmal, fanden sich auf der positiven Liste wieder.

²⁵⁹ Magistratsvorlage Nr. 51/364, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945 – 1951, a.a.O., S.495

Auf Befehl der SMAD wurde das Berliner Schloss am 25. April 1947 aus dem Amtsbereich des Finanzamtes für Liegenschaften herausgenommen und der „deutschen Treuhandstelle zur Verwaltung des sequestrierten und beschlagnahmten Vermögens im sowjetischen Sektor Berlin“ unterstellt.²⁶⁰ Nach Verhandlungen mit der Treuhandgesellschaft konnte das Schloss am 1. Oktober 1947 der Abteilung für Volksbildung im Magistrat übertragen werden. Die weitere Zukunft des Bauwerkes war noch ungewiss. Der Status Quo wurde in einer Magistratsvorlage formuliert: „Das Schloss Berlin ist so zerstört, dass es als geschlossenes, museal verwertbares Gebäude aufgehört hat zu existieren.“²⁶¹ Das bedeutete nicht, dass das Schloss seinem Schicksal überlassen blieb. Der Magistrat beabsichtigte den „Staatsratssaal“ von 1810, der relativ unbeschädigt war, für museale Zwecke zu nutzen. Daher wurden die Instandsetzungsarbeiten fortgeführt. Aus einem Briefwechsel zwischen der Abteilung für Volksbildung und der Bauabteilung der sowjetischen Zentralkommandantur geht hervor, dass bis zur Teilung der Verwaltung in einen Ost- und Westmagistrat ca. 40 Prozent der Dachfläche wiederhergestellt werden konnten.²⁶² Dennoch litt das Bauwerk unter den Witterungseinflüssen. Stadtrat May erbat sich bei der Kommandantur Unterstützung für weitere Baumaterialien, um im „Interesse der Erhaltung dieses Bauwerkes [...] die Arbeiten noch vor Einsetzen der ungünstigen Witterung im Winterhalbjahr ausgeführt werden“ könnten.²⁶³ Am 21. Oktober 1948 forderte der Magistrat die im Schloss verbliebenden Abteilungen auf, „sofort die Räume“ zu verlassen.²⁶⁴ Eine baupolizeiliche Besichtigung hatte ergeben, dass durch Ruinenreste Einsturzgefahr bestand. Die Leiterin der Schlossabteilung Margarete Kühn hielt die Maßnahmen für übertrieben. Außerdem schien ihr eine ordnungsgemäße Verwaltung und Betreuung des Schlosses bei einer Verlegung der Diensträume unmöglich.²⁶⁵ Dennoch mussten sich das Amt für Denkmalpflege und die Schlossverwaltung den angeordneten Maßnahmen fügen und ausziehen.

²⁶⁰ Ebd., S. 488 f.

²⁶¹ Ebd.

²⁶² LAB, C-Rep 120/ 207

²⁶³ Ebd.

²⁶⁴ Ebd.

²⁶⁵ Vgl. Petras, a.a.O., S. 108

Im Dezember 1946 war der Architekt Kurt Liebkecht, der siebzehn Jahre lang in der Sowjetunion gearbeitet hatte, für zwei Monate nach Deutschland gereist, um wichtige Fragen der Baupolitik zu erörtern.²⁶⁶ Im Januar 1947 traf er den Hauptabteilungsleiter der Deutschen Zentralverwaltung für Industrie Willi Stoph, den Architekten Hermann Henselmann, Hans Scharoun und Herbert Weinberger, um über den Wiederaufbau zu diskutieren. Aus dieser Zusammenkunft war eine Niederschrift über die wesentlichen Zielpunkte hervorgegangen. Die Generalbebauungspläne des Landes sollten „von den Forderungen der heutigen Zeit und den heutigen Menschen ausgehend, zu einem Ausdruck der demokratischen Erneuerung werden“.²⁶⁷ Voraussetzung dafür war eine durch Typisierung, Standardisierung und Normung geprägte Industrialisierung des Bauwesens, deren Grundlagen mit Hilfe einer zentralen Institution entwickelt werden sollten: „Die neue Bauepoche mit allen vorstehend angeführten Aufgaben verlangt die Zusammenfassung aller schöpferischen Kräfte und muss sich auf eine zentrale und in ihrem Aufbau vollkommen neuartige Institution stützen können, die vom baukünstlerischen wie auch vom bauwissenschaftlichen Standpunkt aus zu allen Fragen Stellung nimmt.“²⁶⁸ Im gleichen Monat legten Henselmann, Liebkecht und Stoph den „Entwurf eines Status für die zu schaffende Institution für Baukunst und Bauwissenschaft“ vor. Parallel dazu hatte Hans Scharoun einen eigenen Vorschlag für eine *Akademie/ Sektion Bauwesen* bei dem Direktor der Akademie der Wissenschaften, Josef Naas²⁶⁹ eingereicht. Neben konkreten Personalvorschlägen, bei denen Scharoun Mitglieder des *Planungskollektivs* und Vertreter der *Moderne* berücksichtigte, rückte der Vorschlag einer Gestaltung der Bauwerke, Siedlungen und Landschaften „auf sozialer, bautechnischer, baukünstlerischer und kultureller Grundlage“ in den Vordergrund.²⁷⁰ Die beiden Entwürfe für das neue Institut unterschieden sich durch

²⁶⁶ Kurt Liebkecht war 1931 aufgrund besserer Arbeitsmöglichkeiten in die UdSSR gereist. Er hatte sich dort vor allen Dingen dem Bau von Krankenhäusern für Magnitogorsk gewidmet. Nach der Machtergreifung der Nazis, verlängerte Liebkecht seinen Sowjetunionaufenthalt. 1937 erhielt er die russische Staatsbürgerschaft. 1946 wurde ihm eine vorübergehende Ausreisegenehmigung nach Deutschland erteilt, um für einige Monate an den Konzeptionen für den Wiederaufbau Deutschlands teilzunehmen. Die endgültige Ausreise aus der UdSSR erfolgte nach Abschluss seiner Dissertation.

²⁶⁷ Der Wortlaut des Dokumentes ist in der Autobiografie Liebkechts abgedruckt: K. Liebkecht (a): Mein bewegtes Leben, Berlin 1986, S.104

²⁶⁸ Ebd., S.105

²⁶⁹ Josef Naas war 1945 zum Leiter der neugegründeten Kulturabteilung im ZK der KPD berufen worden und übernahm diese Funktion auch 1946 im Zentralsekretariat (ZS) der SED.

²⁷⁰ Hans Scharoun zitiert in Durth/ Düwel/ Gutschow (b), a.a.O., S.111

grundsätzliche Positionen: Scharouns Konzept beruhte auf der Basis einer Grundlagenforschung. Gesellschaftspolitische Aspekte wurden hervorgehoben. Die Arbeit einzelner Persönlichkeiten sollte an den Bauten wirken. Der Vorschlag von Henselmann, Liebknecht und Stoph war ergebnisorientierter und versuchte, konkrete Ziele mit Hilfe der Typisierung, Standardisierung und Normung in der Industrialisierung zu erreichen. Beide Vorschläge hoben die Bedeutung der personellen Besetzung hervor.

Die Akademie der Wissenschaften fasste am 8. Mai 1947 den *Beschluss zur Errichtung eines Institutes für Bauwesen und Baukunst* (IfB), mit deren Gründungsvorbereitungen Hans Scharoun beauftragt wurde.²⁷¹ Im Dezember 1947 wurde Scharoun zum Direktor des IfB ernannt.

Scharoun war, obwohl er ein anderes Konzept favorisierte, an den Entwicklungen im Bauwesen in der Sowjetunion interessiert. Daher begrüßte er auch den Vorschlag der Akademie der Wissenschaften, Kurt Liebknecht nach seiner Rückkehr nach Deutschland zum wissenschaftlichen Sekretär zu ernennen. Damit waren die leitenden Posten von zwei Persönlichkeiten besetzt, die sowohl in politischer Hinsicht als auch in Bezug auf das Bauwesen unterschiedliche Ideologien und Konzepte vertraten. Es kam bald zu Problemen, die Liebknecht in seiner Biographie beschrieben hat: „Entsprechend unserem unterschiedlichen Werdegang prallten die Meinungen über ideologische Fragen aufeinander. [...] Es waren [...] durchaus keine Kommunisten, mit denen wir es 1948/49 am Institut für Bauwesen zu tun hatten. Es waren bestenfalls Nazigegner, aufgeschlossen gegenüber dem technischen und gesellschaftlichen Fortschritt, aber zum großen Teil noch auf der Suche nach ihrem Platz in dem sich teilenden Land.“²⁷²

Der Mitarbeiterkreis, der sich aus renommierten Fachkräften zusammensetzte, wurde nicht nur nach qualitativen, sondern auch nach ideologischen Gesichtspunkten beurteilt. Die Akademie der Wissenschaften legte Dossiers über die Mitarbeiter des IfBs an, in denen „Notizen zur politischen Einschätzung festgehalten“ wurden.²⁷³ Private Kontakte in den Westen beobachtete man mit Misstrauen. Hermann Henselmann erhielt eine positive Beurteilung, da er Mitglied der SED war

²⁷¹ Scharoun musste kurz zuvor das Amt des Bauamtleiters beim Berliner Magistrat an Karl Bonatz abgeben. Vgl. Teil 2/ 2

²⁷² Liebknecht (a), a.a.O., S.117

²⁷³ Durth/ Düwel/ Gutschow (b), a.a.O., S. 114

und den wichtigsten demokratischen Organisationen angehörte. Hans Scharoun galt als eine demokratische Persönlichkeit, die der SED gegenüber loyal eingestellt war.²⁷⁴

Im Sommer 1948 wurde noch vor Beginn der regulären Arbeit des IfBs von der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) der erste Zweijahresplan ausgearbeitet. Die planmäßigen Vorgaben in der Wirtschaft gaben den Vertretern des industriellen Bauens Rückenwind, da mit Hilfe einer genormten Bauweise die wirtschaftlichen Ziele im Städtebau nach sowjetischem Vorbild erreicht werden konnten. In den folgenden Kapiteln soll näher auf den Städtebau in der UdSSR eingegangen werden, da dieser zum Leitbild der Wiederaufbauplanungen in der DDR nach der Staatsgründung wurde.

Besonders Kurt Liebke hatte sich wortstark in die Debatte um die Veränderungen in der Baupolitik eingemischt. Er plädierte für die Gründung einer Hauptverwaltung für Bauwesen in der DWK.

Trotz der inneren Differenzen konnte das IfB zunächst konkret seine Tätigkeit aufnehmen. Im Mittelpunkt stand die Wohnzelle Friedrichshain südlich der Frankfurter Allee. Ab 1949 stand der vom *Planungskollektiv* ausgearbeitete *Generalplan* als Grundlage für den Wiederaufbau Berlins zur Verfügung. Der Beginn des Aufbaus sollte in der Frankfurter Allee und in der Straße Unter den Linden erfolgen, die das kulturelle Zentrum bildete.

Mit einer nach außen hin demonstrativen Einheit versuchte die SED 1949 den *Generalplan* in der Öffentlichkeit als Element einer demokratischen Ordnung zu präsentieren. Im *Neuen Deutschland* war er wegen seines sozialistischen Grundgedankens gewürdigt worden: „Das Ziel des Neubauplanes ist es, das durch private Profitinteressen entstandene Chaos von Zufälligkeiten zu beseitigen und statt dessen einen sinnvoll funktionierenden Organismus entstehen zu lassen.“²⁷⁵ Das Zentralorgan der SED hatte im September verkündet, dass man mit diesem Plan Anschluss an die städtebauliche Entwicklung in der Sowjetunion gewinnen könne.

Das IfB wirkte zusammen mit dem *Generalbauplan* und dem *Planungskollektiv* wie eine demokratische Einheit. Das änderte sich nach der Staatsgründung der DDR am 7. Oktober 1949. Im Hintergrund waren durch die Einbettung des Wiederaufbaus

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ *Neues Deutschland* vom 18. August 1949

in den Zweijahresplan und den Einsatz kommunistischer Kräfte wie Kurt Liebkecht und Hermann Henselmann, die Fäden für einen Richtungswechsel in der Baupolitik gezogen worden, der unter den neuen politischen Rahmenbedingungen im Staat DDR zum tragen kommen sollte. Am 12. Oktober 1949 stellte der neue Ministerpräsident Otto Grotewohl sein Kabinett vor. Das Ministerium für Aufbau übernahm Lothar Bolz, ein zuverlässiger Kader, der bereits in der Sowjetunion aktiv im *Nationalkomitee Freies Deutschland* gearbeitet hatte. Kurt Liebkecht wurde mit der „Übernahme der Planungsarbeiten für Berlin“ beauftrag.²⁷⁶

Durch die Staatsgründung wurde der Wiederaufbau Berlins zum zentralen Thema in der Baupolitik der DDR und der Deutschlandpolitik. Lothar Bolz äußerte sich in einer Arbeitsbesprechung am 18. November 1949 im Ministerium für Aufbau: „Die Planung Gesamt-Berlins ist ein Aufbau Gesamt-Deutschlands. Wie die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik das Symbol der deutschen Einheit ist, so ist der Wiederaufbau der Hauptstadt das Symbol für den Wiederaufbau ganz Deutschlands“²⁷⁷ Diese Anforderungen an die Baupolitik erforderten ein straff organisiertes System, das der SED eine direkte Einflussnahme auf die wichtigen Entscheidungen ermöglichte. Außerdem behielt sich die Moskauer Führung mit Hilfe der *Sowjetischen Kontrollkommission*, die nach der Gründung der DDR als Überwachungsinstanz in Berlin eingerichtet worden war, die wesentlichen Entscheidungen vor.

Die Schnelligkeit in der Durchsetzung einzelner Maßnahmen zeigt, dass kritische Stimmen im Bauwesen übergangen wurden und der Weg für eine Baupolitik frei war, die sich am sowjetischen Leitbild orientierte. Erstes erkennbares Zeichen war der Beginn der Arbeiten an der Bauzelle Friedrichshain. Er wurde auf Stalins siebzigsten Geburtstag am 21. Dezember 1949 gelegt. Die Frankfurter Allee erhielt den Namen Stalinallee.

²⁷⁶ Protokoll der 2. Arbeitsbesprechung des Ministeriums für Aufbau am 14. November 1949, zitiert in: Durth/ Düwel/ Gutschow, a.a.O. (b), S.134

²⁷⁷ BArch, DH 1/ 44519

4.1.1. Exkurs: Städtebau in der Sowjetunion am Beispiel der Rekonstruktion Moskaus

Im Frühjahr 1950 reiste eine Delegation von deutschen Baufachleuten in die Sowjetunion, um vor Ort das Bauwesen zu studieren. An der Exkursion vom 12. April bis zum 25. Mai nahmen Waldemar Adler (technischer Leiter der Hauptabteilung Bauindustrie), Lothar Bolz, Edmund Collein (Referent beim Hauptamt für Hochbau des Magistrates von Groß-Berlin), Kurt W. Leucht (Leiter des Stadtplanungsamtes), Kurt Liebknecht und Walter Pisternik (Leiter der Hauptabteilung Allgemeines Bauwesen, Städtebau und Hochbau) teil. Wie unwissend die deutsche Delegation in Hinblick auf die sowjetischen Verhältnisse war, zeigte sich bereits in den ersten Tagen. Der *Generalaufbauplan*, den Collein vor Vertretern des sowjetischen Ministeriums für Städteplanung referierte, wurde von den Sowjets als utopisch und unrentabel abgetan. Vielmehr wies man auf die Bauweise in der UdSSR hin, die in Deutschland unter Berücksichtigung der eigenen nationalen Traditionen, angewendet werden könnte. Im Verlauf der Reise machten sich die deutschen Baufachleute durch eine Reihe von Vorträgen, Besichtigungen, Studienreisen und durch Fachdiskussionen ein Bild von der vorherrschenden Stadtplanung in der UdSSR. Der folgende Exkurs soll einen Einblick in den sowjetischen Städtebau geben, an dem sich die Baupolitik in der DDR orientierte. Er diene als Grundlage für die 16 Grundsätze des Städtebaus, die die mit Hilfe der deutschen Delegation nach der Moskaureise formuliert wurden und einen Wendepunkt im Architekturpolitik der DDR bildeten.

1712 war auf Initiative Peter des Großen die Verlegung des Regierungssitzes von Moskau nach Sankt Petersburg vollzogen worden. Mit der Liquidierung der Zarendynastie Romanow erfolgte die symbolische Rückverlegung der Hauptstadt durch die Sowjets. Bereits in den ersten Jahren der Sowjetherrschaft wurden Pläne zur Rekonstruktion Moskaus entworfen. Mit dem Begriff Rekonstruktion war weniger der Wiederaufbau des alten Moskaus als die Wiedererlangung des Hauptstadtanspruches gemeint, was auch aus den städteplanerischen Projekttiteln „Das Neue Moskau“ (Iwan W. Sholtowski/ Alexei W. Schtschussew 1918 - 1924)

oder „Groß-Moskau“ (Wiktor A. Schestakow 1921 - 1925) hervorgeht.²⁷⁸ Nicht das alte Moskau sollte wieder errichtet werden, sondern eine Metropole, die den revolutionären Weg der neuen Machthaber sichtbar machen würde.

Russland war seit den späten zwanziger Jahren Anziehungspunkt moderner Baukünstler aus dem westlichen Ausland geworden, die enttäuscht von den gesellschaftlichen Entwicklungen im Westen, im Sowjetstaat das Land der unbegrenzten Möglichkeiten sahen. Besonders die deutschen Avantgardisten waren inspiriert vom *Neuen Bauen* und sahen die Chance, ihre Pläne in der Sowjetunion zu verwirklichen. Der *Schwarze Freitag* im Oktober 1929, das „Scheitern“ des Kapitalismus, die zunehmende Arbeitslosigkeit im deutschen Baugewerbe und auf der anderen Seite die verlockenden Aufgaben der Neustadtgründungen in der Sowjetunion und revolutionären Ideen der russischen Avantgarde um El Lissitzky und Wladimir J. Tatlin, zogen Bauhauskünstler und Absolventen der Berliner Technischen Hochschule in die Sowjetunion. Renommiertere Architekten äußerten öffentlich ihr Bekenntnis zu den revolutionären Visionen in Russland. Hannes Meyer sprach von der „heroischen Bautätigkeit in der UdSSR“, die durch „gewaltige Bauvorhaben der Schwerindustrie“ und mit „ebenso imposanten städtebaulichen Vorhaben einher“²⁷⁹ ging. Für Erich Mendelsohn war Russland zwar noch ein primitives Land, das „im Sinn der Technik [...] sein Heil noch in der Übertreibung eines ihm artfremden Verstandes“ suchte, aber die optimistische Haltung des Architekten gegenüber dem neuen Staatssozialismus wurde in seinen Betrachtungen über die neue russische Avantgarde deutlich: Tatlins Turm der Arbeit symbolisierte für ihn die geistige Kühnheit des neuen Russlands.²⁸⁰

Obwohl sich die politische Vision vieler Architekten mit ihrer Arbeit, gerade innerhalb der konstruktivistischen und rationalistischen Gruppierungen, deckte, erwies sich ihre Arbeit als untauglich für die heroischen Pläne von J. W. Stalin.²⁸¹

²⁷⁸ Vgl. S. Chan-Magomedow: Moskauer Architektur von der Avangarde bis zum stalinistischen Empire, in: Antonowa/ Merkert, a.a.O., S. 208

²⁷⁹ H. Meyer: Bauen und Gesellschaft. Schriften, Briefe, Projekte. Dresden 1978, S. 89

²⁸⁰ E. Mendelsohn: Russland, Europa, Amerika. Ein architektonischer Querschnitt. Reprint der Originalausgabe von 1929, Basel/ Berlin/ Boston 1989, S. 217; 1920 entwirft Wladimir J. Tatlin den Turm der Arbeit als Denkmal für die III. Internationale.

²⁸¹ Neben dem Konstruktivismus und Rationalismus gab es auf dem Gebiet der Architektur noch andere Richtungen, die sich an die Ideen der Moderne lehnten. Die bedeutenden Impulse gingen aber von diesen beiden Bewegungen aus.

dieser Epoche zeigt die Untauglichkeit der Avantgarde für die politischen Ziele Stalins. Weder die Strukturen auf gesellschaftlicher Ebene noch die künstlerischen Normen ließen sich mit dem ideologischen System vereinbaren.

1931 wurden vier sowjetische und drei westeuropäische Architektengruppen aufgefordert, ihre Entwürfe für den Generalbebauungsplan zur Rekonstruktion Moskaus vorzulegen. In den Auflagen ging man von einer Bevölkerungszahl von fünf Millionen Einwohnern, einem Zuwachs der Industrie sowie einem Abbruch von ca. 40 % der vorhandenen Bausubstanz aus. Die 1932 abgegebenen Entwürfe spiegelten die gegenwärtigen, zum Teil konträren Architekturtheorien zum Städtebau wider.

Avantgardistische Tendenzen, die unter desurbanistischen Aspekten die historische Stadtgliederung kaum beachteten, standen neben Planungen, bei denen die Kreml'-Anlage als administratives Zentrum erhalten und das vorhandene Straßensystem Moskaus in den Planungen integriert blieb.

Alle Entwürfe wurden durch die offiziellen sowjetischen Stellen unter der Leitung von Lasar M. Kaganowitsch abgelehnt. Die öffentliche Kritik an den Wettbewerbsentwürfen leitete die politische Wende in der Architekturpolitik ein. Viktor V. Baburow schrieb in einem Artikel bezüglich einer Sitzung über den Generalplan im Juli 1934, dass Stalin selbst ein Kritiker einer „scheinbaren Radikalität“ sei und für den Erhalt der historischen Siedlungsstruktur stimmte: „Er zeigte, dass die alte Stadt in ihrer Siedlungsform keineswegs zufällig entstanden und zweifellos der wirtschaftlichste Siedlungstypus sei [...]. [...] Genosse Stalin hat die Aufgabe der Stadtplanung sofort auf den Boden der Wirklichkeit gestellt und sie mit verblüffender Klarheit mit dem Leben und den Bedürfnissen der Werktätigen unserer Städte in Verbindung gebracht.“²⁸² In der Resolution der Regierung und des Zentralkomitees der KPdSU vom 10. Juli 1935 über den Generalplan zur Erneuerung Moskaus schlugen sich Stalins Standpunkte nieder. Sie bestimmten die Grundprinzipien für die Umgestaltung Moskaus, sowie die Entwicklung des Städtebaus in der gesamten Sowjetunion.

Zur Unterstützung des Generalplanes wurde ein Aufbaugesetz erlassen. In der Einleitung hieß es: „Die sozialistische Stadt muss schön sein. Ihre äußere Erscheinung im Einzelnen wie im Ganzen muss eine Fröhlichkeit, ein Gefühl der Freude vermitteln.“ Der spätere Minister für Städtebau, Jewgeni Popow, schrieb

²⁸² V. V. Baburow: Ein Programm für Kampf und Arbeit, in: Architektura SSSR, Heft 4, 1936

1934, dass Stalin und Kaganowitsch zu diesem Aufbaugesetz „eindeutige und zielweisende Richtlinien über die Bedeutung und Ausrichtung der Arbeiten an den architektonischen Ausdruck der sozialistischen Städte und deren Ausgestaltung“²⁸³ gegeben haben. Diese Quellen sowie Protokolle der Sitzungen der Baudirektion für den Sowjetpalast, zeigen die persönliche Bindung Stalins an das städtebauliche Projekt und beweisen, dass ohne die Eingaben Stalins der Städtebau dieser Zeit eine andere Richtung eingeschlagen hätte. Hier wird deutlich, warum die Architektur dieser Zeit als „stalinistisch“ bezeichnet wird.

Mit den Vorgaben Stalins wurden alle desurbanisierenden Tendenzen, die aus den avantgardistischen Experimenten der zwanziger Jahren entstanden waren, durch konservative Städtebaukonzepte verdrängt. Der Plan zur Erneuerung Moskaus setzte mit dem Dekret vom Juli 1934 ein. Dabei war eine Vergrößerung des Stadtgebietes von 28.500 auf 60.000 ha vorgesehen. Große Bedeutung hatte die Erneuerung des Moskauer Stadtkerns. Den Massenagitationen der KPdSU sollte genügend Raum gewährt werden. Der rote Platz sollte auf das doppelte seiner ursprünglichen Größe erweitert werden. Das musste das Kaufhaus GUM, sowie das Gebiet hinter dem roten Platz, das Kitaj-gorod eingeebnet werden. „Besonders monumentale Bauten sollen die Stadt als Hauptstadt der proletarischen Revolution hervorheben. [...] Alles soll zu einem mächtigen architektonischen Ensemble zusammenwachsen und somit die Größe und Schönheit der sozialistischen Epoche widerspiegeln.“²⁸⁴ Der erste Bauabschnitt der Metro mit ihren mächtigen unterirdischen Palästen wurde 1935 in Angriff genommen. Moskau erhob sich zum Vorbild aller sozialistischen Städte.

1935 forderte Kaganowitsch alle Architekten auf, sich von den „kulturlosen und ideenlosen Papierentwürfen einiger Planer und von den Arbeiten der modernen westlichen Planungstheorie“²⁸⁵ zu distanzieren und sich auf die neuen Planungsrichtlinien für den Aufbau zu konzentrieren. In Verbindung mit Radial- und Ringstraßen waren große Achsen geplant, um der Stadt eine ordnende Struktur zu verleihen. Ein Reihe von monumentalen Plätzen wurde durch Magistralen

²⁸³ W. Durth/ J. Düwel/ N. Gutschow (a): Architektur und Städtebau in der DDR. Aufbau. Frankfurt/ New York 1998, S. 50

²⁸⁴ in: Sektor der Planung und des sozialistischen Umbaus der Städte in WSKH bei der ZIK SSSR (Hrsg.): Die Planung und der sozialistische Umbau der Städte. Moskau 1934, zitiert nach ebd., S. 51

²⁸⁵ Lasar Kaganowitsch, zitiert nach E. May: Der Bau neuer Städte in der UdSSR. Frankfurt a.M.: Englert/ Schlosser 1931, S. 31

miteinander verbunden. Parallel dazu sollten Hochhäuser in Sichtweite zum *Palast der Sowjets* als Ensemble errichtet werden. Im Zentrum befanden sich die übergeordneten politischen, kulturellen und administrativen Einrichtungen. Weiterhin war eine Aufteilung des Stadtgebietes in Zonen, die sich in planerische Organisationseinheiten aneinanderreihen sowie eine Neuordnung des Straßen-, Platz und Kanalsystems vorgesehen. Dabei forderte man „die Rückkehr zur historisch gewachsenen Stadt“ als Grundlage für aufeinander bezogene „Quartale und Ensembles“, den „Einbezug des historischen Architekturbes, die Wiederverwendung von „klassischen Architekturelementen“ als einen Ausdruck von „klassizistischer Monumentalität“ in der Architektur und im Städtebau.²⁸⁶

Die gesamte Realisierung des Planes war auf zehn Jahre angelegt. Der 2. Weltkrieg unterbrach die Bautätigkeiten. Nach Kriegsende fasste die KPdSU den Beschluss, einen neuen Generalplan für Moskau auszuarbeiten. Unter der Leitung von Dmitri Tschetschenin wurde dieser 1951 genehmigt und auf wiederum 10 Jahre angelegt. Dieser Generalplan basierte auf den städtebaulichen Konzepten von 1935. Gerade in den Jahren vor dem 2. Weltkrieg verlor Moskau einen großen Anteil seines historischen Erbes. Mit einer Stadtstruktur, die auf einem monumentalen Ensemblegefüge aus acht Hochhäusern basierte, die den *Palast der Sowjets* ins Zentrum rückten, wurde das nationale Erbe immer mehr bei Seite gedrängt. Boris Iofan äußerte Anfang der dreißiger Jahre den Vorschlag, acht Hochhäuser in großer Entfernung zum Palast zu errichten. Sie sollten die Höhendimension des zentralen Monumentalbaus städtebaulich unterstützen. Die Hochhäuser bildeten in ihrer ästhetischen Ausformung den Anschluss an den *Sozialistischen Realismus* der Vorkriegsjahre. In dem Beschluss zu ihrer Errichtung wurde ausdrücklich betont, dass die Entwürfe auf eine russische Bautradition und auf ausländische Vorbilder zurückgehen sollten. Die Grundsteinlegungen fanden an städtebaulich bedeutenden Orten zur 800-Jahrfeier Moskaus statt. Durch den unmittelbaren Baubeginn nach Kriegsende erlangten die acht Hochhäuser die Bedeutung von Monumenten zur Erinnerung an den Sieg über den Faschismus. Sieben der Vorhaben wurden realisiert: der neue Komplex der *Staatlichen Moskauer Universität* auf den Leninbergen (Lew Rudnew, Sergei Tschernyschew, Pawel Abrossimow, Alexander Chrjakow, 1949 - 53), das *Hotel Leningrad* am Kosomolplatz, das *Hotel Ukraina* am Kutusowski-Kai (Arkadi Mordwinow, Wjatscheslaw Oltarschewski, (1949 - 54), das

²⁸⁶ Ebd.

Außenministerium am Smolensker Platz (Wladimir Gelfreich, Michael Minkus, 1948 - 53), das Gebäude des *Verkehrsministeriums am Platz des Roten Tores* (Alexei Duschkin, Boris Mesenzew, 1949 - 53), das *Wohnhaus am Platz des Aufstandes* (Michail Possochin und Asot Mindojanz, 1950 - 54) und das *Wohnhaus am Kotelnitscheskaja-Kai* (Dmitri Tschetschulin, Alexei Rostowski 1948 - 52). Der Plan für das siebenunddreißig Stockwerk hohe Verwaltungsgebäude, das an Stelle des ältesten Handelsviertels in Moskau errichtet werden sollte, kam, wie der *Palast der Sowjets*, nicht zur Ausführung.

In den Planungen der acht Hochhäuser und des *Palastes der Sowjets* zeigte sich die Vision der Idealstadt in einem Ordnungsprinzip, das Ausdruck einer monumentalen, zentralistischen Macht war. Nach Recherchen von Andrei Ikonnikov war der Einfluss Stalins auf die städtebauliche Struktur und Architektur Moskaus zu keiner Zeit so groß und direkt wie während des Baus der Hochhäuser. „Allein dies belegt, wie außerordentlich wichtig ihm der Bau der Hochhäuser war.“²⁸⁷ 1952 forderte Stalin von den Architekten, alle Bauten mit achteckigen Turmspitzen, nach Vorbild der Kremltürme zu bestücken. Somit mussten die Entwürfe für das *Verwaltungsgebäude am Smolensker Platz* und *am Roten Tor* sowie das *Wohnhaus am Platz des Aufstandes* und die *Universität* geändert werden. Mit diesem ästhetischen Eingriff nahm Stalin ein Moment der Moskauer Architekturtradition auf. Während in den dreißiger Vorkriegsjahren nationale Elemente in der Architektur eine untergeordnete Rolle spielten und die Richtlinien des *Sozialistischen Realismus* sich an einer eher allgemeinen Klassik ausrichteten, waren die Moskauer Hochhäuser der Nachkriegszeit durch typisch russische Stilelemente geprägt. Das wurde bereits in der städtebaulichen Gesamtkomposition deutlich. In der mittelalterlichen russischen Stadt hatte sich die städtebauliche Struktur nicht am Straßennetz oder den Verkehrswegen, sondern an Großbauten orientiert, den Kirchen mit ihren hohen Glockentürmen und den Palästen, die über der niedrigen Restbebauung der Stadt hervorragten. Die kleineren Häuser wurden im Laufe der Zeit durch höhere Bauten ersetzt. Unter der kulturpolitischen Wende der Stalinzeit wurde ein Großteil der Kirchen abgerissen. Damit verlor Moskau charakteristische Merkmale seines mittelalterlichen Stadtbildes. Mit der Planung der acht Hochhäuser griff man auf die mittelalterliche Tradition der markierenden Hochbauten zurück.²⁸⁸

²⁸⁷ A. Ikonnikov (b): Die acht Hochhäuser Moskaus, in: Noever, a.a.O., S. 180

²⁸⁸ Vgl. ebd., S. 177

Der *Palast der Sowjets* war nicht der erste Versuch ein Symbol für die Sozialistische Revolution zu bauen. *Tatlins Turm der III. Internationale* und der *Palast der Arbeit* der Gebrüder Leonid A., Viktor A. und Alexander A. Wesnin waren Entwürfe der zwanziger Jahre, die der Wende in der Architekturpolitik nicht standhalten konnten. Mit dem ersten Fünfjahresplan 1928 und dem Einzug des *Sozialistischen Realismus* ging man der Idee, ein sichtbares monumentales Zeichen zu setzen, erneut nach. Anfang der dreißiger Jahre wurde der *Rat für den Bau des Sowjetpalastes* beim Präsidium des Zentralexekutivkomitees der UdSSR eingerichtet und somit in eine politische Instanz integriert.²⁸⁹ Im Februar 1930 fand ein erster, geschlossener Ideenwettbewerb statt. Im Juli 1931 folgte ein zweiter, offener Wettbewerb, an dem einige „der größten Architekten des Jahrhunderts“²⁹⁰ teilnahmen. Die Richtlinien für den zweiten offenen Wettbewerb waren vage formuliert und ließen einen großen Spielraum zu, denn auch war die politische Aussage eindeutig formuliert:

„Die architektonische Gestaltung muss

- a) dem Charakter der Epoche entsprechen, d.h. den Willen der Werktätigen zum Ausdruck bringen,
- b) auf den speziellen Zweck des Gebäudes abgestimmt sein,
- c) seiner Bedeutung als künstlerisches Architekturdenkmal der Hauptstadt der UdSSR Rechnung tragen.“

Die Bedeutung des Projektes durchdrang viele gesellschaftliche Ebenen. Das *Förderungskomitee für den Bau des Sowjetpalastes* forderte in einem offenen Brief alle Institutionen und Organisationen, in denen Wettbewerbsteilnehmer arbeiteten, dazu auf, die Mitwirkenden von gesellschaftlichen und zusätzlichen Verpflichtungen zu entbinden, um ihnen genügend Zeit für die Arbeit am Wettbewerb zur Verfügung zu stellen.

Die Resonanz auf den ersten offenen Wettbewerb war außerordentlich. Ungefähr einhundertundsechzig Entwürfe wurden eingereicht, davon vierundzwanzig von

²⁸⁹ Der *Palastbaurat* hatte weitestgehende gesetzgebende Kraft und unterstand direkt dem Zentralexekutivkomitee.

²⁹⁰ K. Ter-Akopyan: Projektierung und Errichtung des Palastes der Sowjets in Moskau. Ein historischer Abriss, in: Berlinische Galerie (b), Naum Garbo und der Wettbewerb zum Palast der Sowjets Moskau 1931-1933. Berlin 1994, S. 185

ausländischen Architekten. An diesem Wettbewerb waren die damals noch existierenden Architekturrichtungen der Konstruktivisten, Rationalisten und Vertreter der proletarischen Architektur beteiligt. Alle waren sich im Klaren darüber, dass mit den Plänen für den Sowjetpalast die Weichen für eine zukünftige sozialistische Architektur gestellt würden.

Am 5. Mai 1933 entschied sich der Palastbaurat für den Vorschlag von Boris Iofan. Seinem Plan lag ein in mehreren Stufen nach oben hin verjüngender Rundbau zugrunde.

Bemerkenswerterweise war Boris Iofan schon an den Wettbewerbsvorbereitungen beteiligt. Am 19. Februar 1931 legte Iofan dem Sekretär des Zentralexekutivkomitees A. Enukidse eine Notiz über die gesamte Organisation des Wettbewerbs vor.²⁹¹ Iofan unterhielt gute Kontakte zu hohen Partei- und Regierungskreisen. Er startete trotz seiner vorübergehenden Emigration nach Italien eine erstaunliche Karriere als Architekt. Nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion 1924 entwarf er unter anderem den *Wohnblock für den Rat der Volkskommissare* und baute die Pavillons der UdSSR auf den Weltausstellungen in Paris und New York. Sein Interesse an einem prestigeträchtigen Objekt wie dem *Palast der Sowjets* und seine Nähe zur Wettbewerbsorganisation und Parteiführung deuten für Karine Ter-Akopyan darauf hin, dass die Wiederaufnahme der Idee der Erbauung eines Sowjetpalastes von ihm persönlich initiiert worden war. „Die aktive Rolle Iofans bestätigen eine Reihe von Dokumenten aus allen Phasen des Wettbewerbs und der Errichtung des Sowjetpalastes.“²⁹²

Die Entscheidung für Iofans Projektentwurf kam nicht einer Zusage gleich, denn er wurde den Ansprüchen des *Sozialistischen Realismus* „national in der Form und sozialistisch im Inhalt“ zu sein, nicht ganz gerecht. Außerdem bemängelte der Palastbaurat die nicht ausreichende Monumentalität. Iofans Entwurf diene als Grundlage für weitere Diskussionen, an denen sich Stalin selbst beteiligte. Die Anfang der neunziger Jahre veröffentlichten Protokolle der Sitzungen der Baudirektion des Palastes zeigen den hohen Einsatz Stalins für den *Palast der Sowjets* und demonstrieren, wie er mit „geschickt ausgeübten Druck“, die beteiligten Architekten dazu brachte, „die gewünschte Lösung selbst vorzuschlagen“.²⁹³ Ein

²⁹¹ Ebd., S. 193

²⁹² Ebd., S. 193

²⁹³ Kazus', a.a.O., S. 52

1940 erschienenenes Buch des Schriftstellers Nikolai S. Atarow, in dem Ausschnitte aus den Sitzungsprotokollen des Baurates enthalten sind, gibt Aufschluss über die Verhandlungen zwischen Stalin und den Architekten.²⁹⁴ Nach Angaben von Igor Kazus´ ist diese Quelle glaubwürdig, da kaum vorstellbar ist, „dass sich der Verfasser dieses eher dokumentarische Buch erlaubt hätte, Stalin erfundene Worte in den Mund zu legen. Das Buch spiegelt zweifellos die wahren Vorgänge in den Sitzungen des Baurates wider.“²⁹⁵

Aus den Quellen wird deutlich, wie es zu der Standortauswahl des Palastes gekommen war. Nach Karine Ter-Akopyan formulierte Balachin als erster den Vorschlag, das Gelände der Christ-Erlöser-Kirche am Ufer der Moskwa als Standort zu wählen. In der Versammlung vom 2. Juni 1931 konstatierte der Palastbaurat, dass man in dieser Besprechung „zwar noch nicht die endgültige Erlaubnis gegeben habe, aber doch geneigt sei, das Grundstück der Erlöserkathedrale zu akzeptieren“²⁹⁶. Atarow schrieb: „Genosse Stalin kam in die Sitzung des Baurats [...]. Man diskutierte den kühnen Vorschlag, die Erlöserkathedrale abzureißen, um den *Palast der Sowjets* auf deren ausgezeichnetem Grundstück neben dem Kreml´ und dem Fluss zu bauen.... Genosse Stalin hörte alle aufmerksam an und fragte dann, ob unser *Palast der Sowjets* auf diesem Platz errichtet werden sollte. Kaum hatte er diese Frage gestellt, diese scheinbar einfache technische Frage, erkannten die Sitzungsteilnehmer die unerhörten Dimensionen des Bauwerks... Der Standort wurde an diesem Tag nicht nur auf dem Moskauer Stadtplan, sondern auch im Bewusstsein der Baumeister selbst gefunden.“²⁹⁷

Karl Schlögel vertritt die Meinung, dass durch Gutachten sowjetischer Kunsthistoriker bewusst der künstlerische Wert der Erlöserkathedrale heruntergespielt wurde, um auf seine „kleinbürgerlich-kitschig - pompöse“²⁹⁸ Qualität hinzuweisen.

Tatsächlich war die Christ-Erlöser-Kirche bis zu ihrem Abriss ein Wahrzeichen Moskaus. Errichtet zum Zeichen des Sieges über Napoleon wurde an ihr nahezu 50 Jahre lang gebaut. Sie erstarkte „zu einem Symbol des slawophil gefärbten

²⁹⁴ Ebd., S. 53

²⁹⁵ Ebd., S. 53

²⁹⁶ Ebd., S. 53

²⁹⁷ Ebd., S. 53/ 54

²⁹⁸ Schlögel, a.a.O., S. 180

nationalen Erwachens Russlands“²⁹⁹. Mehr als jedes andere Objekt eignete sie sich dafür, ein radikales, schnelles³⁰⁰ und sichtbares Zeichen gegen nationale Tendenzen und für die Macht der Sozialistischen Revolution zu setzen.

Der *Sowjetpalast* war speziell für Massenkongresse und Versammlungen der KPdSU und ihrer Gliedketten vorgesehen. Durch den Abriss der Erlöserkathedrale öffnete sich eine weite Kluft im innerstädtischen Gefüge, die Raum für Aufmarsch- und Großdemonstrationen bot, für die der Palast eine geeignete Kulisse sein würde. Er sollte das größte Gebäude der Welt werden. Mit einer diffusen Vorlage des *Sozialistischen Realismus* versuchte man auf internationaler Ebene anderen Objekten, wie dem geplanten *Palast des Völkerbundes* in Genf, dem *Eifelturm* in Paris oder dem *Empire State Building* in New York, den Rang abzulaufen.³⁰¹ Diesen Zielen konnte Iofans Entwurf nicht gerecht werden.

Auf der Sitzung des Baurates vom 10. Mai 1933 machte Stalin den Vorschlag, Iofans Entwurf mit einer Lenin-Statue anstatt der vom Architekten vorgesehenen Statue des „Befreiten Proletariers“ zu krönen. Atarow schrieb in seinen Aufzeichnungen: „In der Sitzung des Baurates unter der Leitung von W. M. Molotow wurde an diesem Tag die fruchtbare und kühne Idee formuliert, eine Synthese aus den beiden Künsten Architektur und Bildhauerei herzustellen. Genosse Stalin inspirierte auch das Architekturkollektiv des *Palastes der Sowjets* mit einem aufmerksamen Wort und praktischen, klugen Anweisungen. Man muss den *Palast der Sowjets* als Lenindenkmal betrachten. Deshalb darf man keine Angst vor der Höhe haben, sondern muss in die Höhe gehen.

In der Höhe, auf den obersten Stufen, soll der Palast rund sein, nicht rechteckig, und sich dadurch von den normalen Palastgebäuden unterscheiden. Das Gebäude soll mit einer gewaltigen Leninstatue abgeschlossen werden.“³⁰²

Die Lenin-Figur sollte so monumental sein, dass das eigentliche Gebäude in seiner Funktion als Kongresshalle den Charakter eines Sockels bekommt. Boris Iofan wurde zusammen mit den Architekten Wladimir Schtschuko und Wladimir Gelfreich beauftragt, den Entwurf bis zum 1. Januar 1934 auszuarbeiten. Der *Palast der Sowjets* musste eine Gesamthöhe von 420 Metern und ein Gesamtvolumen von 7,5

²⁹⁹ Ebd., S. 180

³⁰⁰ Der Entschluss wurde binnen 4 Wochen gefasst; siehe ebd., S. 180

³⁰¹ Das geht aus verschiedenen Quellen zum Sowjet-Palast hervor; vgl. Ter-Akopyan, a.a.O., S.192

³⁰² Atarow zitiert nach Kazus', S. 54

Millionen Kubikmetern erreichen.³⁰³ Der Palast sollte von einer imposanten Ebene mit Aufmarsch- und Demonstrationsplätzen, sowie Triumphbögen und groß angelegten Magistralen umgeben werden.

Erst 1939 wurde mit dem Bau des *Palastes der Sowjets* begonnen. Der Überfall der Nationalsozialisten auf die Sowjetunion stoppte bereits nach zwei Jahren das ehrgeizige Projekt. Der Plan, dieses monumentale Werk zu errichten, wurde bis auf weiteres aufgeschoben. Erst nach dem Tod des Diktators, im Zuge der seit 1956 einsetzenden Entstalinisierung unter Nikita S. Chruschtschow, folgte die notwendige Kritik an dem verschwenderischen Baustil der stalinistischen Architekturdoktrin, als Ausdruck des Personenkultes um Stalin. Besonders der *Palast der Sowjets* spiegelte seine despotische Selbstherrschaft wider. Dass die Bauarbeiten am *Palast der Sowjets* nach dem Tode Stalins nicht wiederaufgenommen wurden, schien auch bautechnische Gründe zu haben. Nach Berechnungen von Statikern konnte die Bodenbeschaffenheit am Moskwa-Ufer diesem Bau nicht standhalten. Ter-Akopyan nennt auch die fehlende Erfahrung im Bau von Hochhäusern der sowjetischen Architekten und Bauleute als Hindernis für die Fortsetzung des Baus.³⁰⁴

Obwohl für Chruschtschow wichtigere Bauvorhaben, wie der industrielle Wohnungsbau, im Vordergrund standen, blieb die Idee vom Bau eines *Sowjetpalastes* bestehen. Man löste sich von dem ideologisierten Baustil der Stalinzeit und wählte einen anderen Projektstandort. Ebenso vehement wie die *Stalinistische Architektur* eingeführt wurde, verlor sie auch wieder an Ansehen. Die in die Zukunft gerichtete Architektur, die das „Märchen“ vom Sozialismus verkünden und die Macht und Stärke des Proletariats präsentieren sollte, schrumpfte auf ein Minimum zusammen. Der *Sozialistische Realismus*, der nach der Entstalinisierung sich eher an den Notwendigkeiten der Zeit als an den Utopien der Zukunft orientierte, erhielt eine neue äußere Gestalt: „Fast ununterscheidbar von Sportpalast oder Weltausstellungshalle“³⁰⁵ waren die Entwürfe geraten, die in einem neuen Wettbewerb für den *Sowjetpalast* zwischen 1957 und 1959 zusammenkamen. Die Polarisierung von wahrhaftigem und falschem Weg zerfiel im Zuge einer kurzfristigen Liberalisierung als Umkehrung zum Dogma der dreißiger Jahre.

³⁰³ Vgl. Schlögel, a.a.O., S. 179

³⁰⁴ Ter-Akopyan, a.a.O., S. 194. Während des Baus am Palast der Sowjets wurden systematisch sowjetische Architekten in die USA zum Studium geschickt, um diesen Nachteil auszugleichen.

³⁰⁵ Ebd., S. 182

Als neuen Standort für den *Sowjetpalast* fasste man die Leninberge ins Auge. Dieser Ortswechsel räumte dem historischen Kern der Stadt mehr Bedeutung ein als zur Regierungszeit Stalins. Die nach dem 2. Weltkrieg einsetzende Rückbesinnung auf das historische Erbe in Russland mag diese Wende eingeleitet haben. Die fortschreitende Projektierung in der Architektur reduzierte die Verbalität der Bauten und der gesamten städtischen Struktur auf ein Minimum. Ein kulturelles, wenn auch selektives Erbe, schaffte einen Ausgleich zu der Nonverbalität und ergänzt die fehlenden identitätsstiftenden Momente in der industriellen Architektur.

Die Amortisierung zwischen dem nationalem Erbe und der Dominanz der Architektur spiegelte sich auch in dem Ende der langjährigen Geschichte des *Sowjetpalastes* wider: 1961 wurde im historischen Kreml´ der Kongresspalast errichtet. An der ursprünglichen Stelle, an der die überdimensionale Leninstatue in den Himmel ragen sollte, wurde im selben Jahr das Freibad Moskwa eröffnet.

Trotz des Scheiterns des gigantischen Bauvorhabens hatten die Maßnahmen zur Errichtung des *Palastes der Sowjets* bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der sowjetischen Wissenschaft, der Technik im Bauwesen und der Architektur. Dem Bau waren Versuchsstätten für Optik, Akustik sowie bautechnische Bereiche zugeordnet worden. Das Großprojekt blieb bis zum Ende ein eigener Organismus, für den eigene Regeln galten. Eine konzentrierte Bauleitung sorgte für eine gesonderte Versorgung an Baumaterialien, Transportmittel, Treibstoff sowie für die Beschaffung von Wohnräumen und Lebensmittel für die am Bau beteiligten Arbeiter. Nach dem Tode Stalins wurde der Baurat für den *Sowjetpalast*, der auch während des Baustopps weiter bestand, dem Bauministerium unterstellt.

4.2. Die neue Funktion der Linden: Aufmarschstraße zum politischen Zentrum

Die Architektur des *Sozialistischen Realismus* in der Sowjetunion (*Stalinistische Architektur*) hatte die modernen Strömungen in der Architektur verbannt. Architekten, wie Liebknecht hatten die Wendung in der Baupolitik in der Sowjetunion unmittelbar miterlebt und waren beeindruckt von der Größe und Monumentalität der Bauweise. Die Moskau-Delegation ließ sich von dem Prinzip die Stadt einem Demonstrationsplan zu unterwerfen, überzeugen. Sie wurde Augenzeuge der 1. Maidemonstration auf dem Roten Platz. Bereits in Moskau wurde ein erster Entwurf über Leitlinien des Städtebaus in der DDR verfasst.³⁰⁶ Er war die Basis für die *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus*, die nach der Moskaureise die Grundlage für den Städtebau in der DDR bildeten. Interessanterweise unterschied sich die am 27. Juli verabschiedete Fassung inhaltlich nicht von dem ursprünglichen Text.

Die Sechzehn Grundsätze des Städtebaues

Von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 27. Juli 1950
beschlossen

Die Städteplanung und die architektonische Gestaltung unserer Städte müssen der gesellschaftlichen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik, den fortschrittlichen Traditionen unseres deutschen Volkes sowie den großen Zielen, die dem Aufbau ganz Deutschlands gestellt sind, Ausdruck verleihen. Dem dienen die folgenden Grundsätze:

1. Die Stadt als Siedlungsform ist nicht zufällig entstanden.

Die Stadt ist die wirtschaftlichste und kultureichste Siedlungsform für das Gemeinschaftsleben der Menschen, was durch die Erfahrung von Jahrhunderten bewiesen ist.

Die Stadt ist in Struktur und architektonischer Gestaltung Ausdruck des politischen Lebens und des nationalen Bewusstseins des Volkes.

³⁰⁶ In einer Veröffentlichung des Institutes für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) wird darauf hingewiesen, dass es bereits im Vorfeld der Reise nach Moskau an „Grundsätzen für den Aufbau der deutschen Städte“ gearbeitet wurde; vgl. Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung: Reise nach Moskau. Quellenedition zur neueren Planungsgeschichte (= Regio Doc Nr.1). Berlin 1995, S.85

2. Das Ziel des Städtebaues ist die harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruches auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung. Die Grundsätze und Methoden des Städtebaues fußen auf den natürlichen Gegebenheiten, auf den sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Staates, auf den höchsten Errungenschaften von Wissenschaft, Technik und Kunst, auf den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit und auf der Verwendung der fortschrittlichen Elemente des Kulturerbes des Volkes.
3. Städte „an sich“ entstehen nicht und existieren nicht: Die Städte werden in bedeutendem Umfange von der Industrie für die Industrie gebaut. Das Wachstum der Stadt, die Einwohnerzahl und die Fläche werden von den städtebildenden Faktoren bestimmt, das heißt, von der Industrie, den Verwaltungsorganen und den Kulturstätten, soweit sie mehr als örtliche Bedeutung haben. In der Hauptstadt tritt die Bedeutung der Industrie als städtebildenden Faktors hinter der Bedeutung der Verwaltungsorgane und Kulturstätten zurück. Die Bestimmung und Bestätigung der städtebildenden Faktoren ist ausschließlich Angelegenheit der Regierung.
4. Das Wachstum der Stadt muss dem Grundsatz der Zweckmäßigkeit untergeordnet werden und sich in bestimmten Grenzen halten. Ein übermäßiges Wachstum der Stadt, ihrer Bevölkerung und ihrer Fläche führt zu schwer zu beseitigenden Verwicklungen in ihrer Struktur, zu Verwicklungen in der Organisation des Kulturlebens und der täglichen Versorgung der Bevölkerung und zu betriebstechnischen Verwicklungen sowohl in der Tätigkeit wie in der Weiterentwicklung der Industrie.
5. Der Stadtplanung zugrunde gelegt werden müssen das Prinzip des Organischen und die Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt bei Beseitigung ihrer Mängel.
6. Das Zentrum bildet den bestimmenden Kern der Stadt. Das Zentrum der Stadt ist der politische Mittelpunkt für das Leben seiner Bevölkerung. Im Zentrum der Stadt liegen die wichtigsten politischen administrativen und kulturellen Stätten. Auf den Plätzen im Stadtzentrum finden die politischen Demonstrationen, die Aufmärsche und die Volksfeiern an Festtagen statt. Das Zentrum der Stadt wird mit den wichtigsten und monumentalsten Gebäuden bebaut, beherrscht die architektonische Komposition des Stadtplanes und bestimmt die architektonische Silhouette der Stadt.

7. Bei Städten, die an einem Fluss liegen, ist eine der Hauptadern und die architektonische Achse der Fluss mit seinen Uferstraßen.
8. Der Verkehr hat der Stadt und ihrer Bevölkerung zu dienen. Er darf die Stadt nicht zerreißen und der Bevölkerung nicht hinderlich sein. Der Durchgangsverkehr ist aus dem Zentrum und dem zentralen Bezirk zu entfernen und außerhalb seiner Grenzen oder in einem Außenring um die Stadt zu führen. Anlagen für den Güterverkehr Auf Eisenbahn und Wasserwegen sind gleichfalls dem zentralen Bezirk der Stadt fernzuhalten. Die Bestimmung der Hauptverkehrsstraßen muss die Geschlossenheit und die Ruhe der Wohnbezirke berücksichtigen.
9. Das Antlitz der Stadt, ihre individuelle künstlerische Gestalt, wird von den Plätzen, Hauptstraßen und den beherrschenden Gebäuden im Zentrum der Stadt bestimmt (in den größten Städten von Hochhäusern). Die Plätze sind die strukturelle Grundlage der Planung der Stadt und ihrer architektonischen Gesamtkomposition.
10. Die Wohngebiete bestehen aus Wohnbezirken, deren Kern die Bezirkszentren sind. In ihnen liegen alle für die Bevölkerung des Wohnbezirkes notwendigen Kultur-, Versorgungs- und Sozialeinrichtungen von bezirklicher Bedeutung. Das zweite Glied in der Struktur der Wohngebiete ist der Wohnkomplex, der von einer Gruppe von Häuservierteln gebildet wird, die von einem für mehrere Häuserviertel angelegten Garten, von Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen und den täglichen Bedürfnissen der Bevölkerung dienenden Versorgungsanlagen vereinigt werden. Der städtische Verkehr darf innerhalb dieser Wohnkomplexe nicht zugelassen werden, aber weder die Wohnkomplexe noch die Wohnbezirke dürfen in sich abgeschlossene isolierte Gebilde sein. Sie hängen in ihrer Struktur und Planung von der Struktur und den Forderungen der Stadt als eines Ganzen ab. Die Häuserviertel als drittes Glied haben dabei hauptsächlich die Bedeutung von Komplexen in Planung und Gestaltung.
11. Bestimmend für gesunde und ruhige Lebensverhältnisse und für die Versorgung mit Licht und Luft sind nicht allein die Wohndichte und die Himmelsrichtung, sondern auch die Entwicklung des Verkehrs.

12. Die Stadt in einen Garten zu verwandeln, ist unmöglich. Selbstverständlich muss für ausreichende Begrünung gesorgt werden. Aber der Grundsatz ist nicht umzustoßen: in der Stadt lebt man städtischer; am Stadtrand oder außerhalb der Stadt lebt man ländlicher.
13. Die vielgeschossige Bauweise ist wirtschaftlicher als die ein- oder zweigeschossige. Sie entspricht auch dem Charakter der Großstadt.
14. Die Stadtplanung ist die Grundlage der architektonischen Gestaltung. Die zentrale Frage der Stadtplanung und der architektonischen Gestaltung der Stadt ist die Schaffung eines individuellen einmaligen Antlitzes der Stadt. Die Architektur muss dem Inhalt nach demokratisch und der Form nach national sein. Die Architektur verwendet dabei die in den fortschrittlichen Traditionen der Vergangenheit verkörperten Erfahrungen des Volkes.
15. Für die Stadtplanung wie für die architektonische Gestaltung gibt es kein abstraktes Schema. Entscheidend ist die Zusammenfassung der wesentlichsten Faktoren und Forderungen des Lebens.
16. Gleichzeitig mit der Arbeit am Stadtplan und in Übereinstimmung mit ihm sind für die Planung und Bebauung bestimmter Stadtteile sowie von Plätzen und Hauptstraßen mit den anliegenden Häuservierteln Entwürfe fertigzustellen, die in erster Linie durchgeführt werden können.

Im Nachlass von Otto Grotewohl befindet sich eine erläuterte Version der Sechzehn Grundsätze. Die Erklärungen zu den Punkten drei und sechs zeigen wie gegensätzlich diese Thesen zur *Charta von Athen* stand:

„Im dritten Absatz wird die Tatsache festgestellt, dass die Stadt in Struktur wie architektonischer Gestaltung der Ausdruck des politischen Lebens und des nationalen Bewusstseins des Volkes ist. Des politischen Lebens – das heißt im Grunde nichts anderes als der Machtverhältnisse.“³⁰⁷

Die Sechzehn Grundsätze ignorierten die modernen Einflüsse und waren Ausdruck eines verbrauchten städtebaulichen Begriffes. Der technischen Entwicklung, die sich in der Zunahme der Verkehrs niederschlug und die in allen Nachkriegs Strukturplänen thematisiert wurde, schoben die neuen Grundsätze einen Riegel vor und setzten dagegen den Maßstab der marschierenden Masse, eines Gefüges, das dem Alltag in den Städten nicht entsprach:

„Das Zentrum ist das Ziel der politischen Demonstrationen und Aufmärsche, es ist mit seinen Plätzen der Ort der Volksfeiern, und so ist auch das Maß für das Zentrum nicht der in einem modernen Kraftwagen durcheilende Reisende, sondern der zu Fuß gehende Mensch, der politische Demonstrant und seine Marschgeschwindigkeit.“³⁰⁸

Die nach der Rückkehr der Delegation geführten Diskussionen in Arbeitskreisen, an denen auch Kritiker eines politischen Städtebaus teilnahmen, hatten keinen Einfluss mehr auf die Gestaltung der Grundsätze. Hans Scharoun, der glaubte, auch inhaltlich in die Debatte eingreifen zu können, reichte am 10. Juni einen eigenen Entwurf bei Lothar Bolz ein. Er hielt sich dabei an die Struktur der sechzehn Grundsätze, bezog aber inhaltlich eine Gegenposition, die sich besonders gegen die Demonstration von Macht in der Architektur wandte. Seine Bemühungen waren vergeblich. „Die

³⁰⁷ BArch NY 4090/ 352, Erläuterung zu Punkt drei der Sechzehn Grundsätze vom 1. Juni 1950

³⁰⁸ Ebd.

Debatten wurden dazu genutzt, das Dogma zu propagieren, Schwankende zu manipulieren und Gegner zu demaskieren.“³⁰⁹

Mit der Einführung der neuen Leitlinien hatte der *Generalaufbauplan* seine Legitimation verloren. Hans Scharoun, der sich mit vollem Einsatz an den Wiederaufbauplanungen beteiligt hatte, resümierte enttäuscht: „Inzwischen muss ich mich der Erkenntnis beugen, dass die Fortführung oder auch die Einbeziehung einer Institution, wie sie das IfB mit dem Schwerpunkt der Grundlagenforschung darstellte, nicht gewünscht wird. Es hat also eine von meiner Auffassung grundsätzlich unterschiedene Auffassung den Sieg davongetragen.“³¹⁰ Anstelle des IfBs rückte die Deutsche Bauakademie, die nach sowjetischem Vorbild von Liebknecht aufgebaut werden sollte. Ende Dezember 1950 kündigte Scharoun im Zuge der Schließung des IfBs. Eine weitere Mitarbeit innerhalb der Deutschen Bauakademie lehnte er ab. Am 8. Dezember 1951 fanden die Eröffnungsfeierlichkeiten der Deutschen Bauakademie in der Berliner Staatsoper statt. Für die leitenden Positionen hatte man ausschließlich parteitreue Kader ausgewählt: Kurt Liebknecht trat die Präsidentschaft an, sein Stellvertreter wurde Edmund Colleyn. Hermann Henselmann, Hans Hopp und Richard Paulick übernahmen jeweils eine Meisterwerkstatt.

Mit einer ähnlichen Vehemenz, mit der in der UdSSR die stalinistische Architektur Einzug gehalten hatte, wurden 1950 die Strukturen im Bauwesen der DDR verändert. Auch hier galt es, sichtbare politische Zeichen im Städtebau zu setzen. Auf dem III. Parteitag der SED am 24. Juli 1950 formulierte Walter Ulbricht die Pläne und Maßnahmen zur Umgestaltung der Berliner Innenstadt im Zuge des Fünfjahresplanes. Ulbricht hatte sich zuvor über den „Aufbauplan für den zentralen Teil Berlins“³¹¹ mit Liebknecht beraten.

Die politische Agitation der Rede Ulbrichts auf dem Parteitag beinhaltete eine klare Abgrenzung zum „amerikanischen Imperialismus“, der für die Zerstörung der Städte verantwortlich gemacht wurde,³¹² und einen Angriff auf die Architekten des

³⁰⁹ Durth/ Düwel/ Gutschow (b), a.a.O., S. 139

³¹⁰ Scharoun in einem Brief an Liebknecht vom 20. Dezember 1950, zitiert in: Durth/ Düwel/ Gutschow (b), a.a.O., S. 122

³¹¹ K. Liebknecht (b): „Jetzt schließe ich mit den Architekten Freundschaft!“, in: A. Abusch (Hrsg.) (b): Walter Ulbricht. Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Pädagogen zu seinem siebzigsten Geburtstag, Berlin 1963, S. 220

³¹² Die Schuld an der Zerstörung der Städte wurde England und ganz besonders den USA angelastet. Damit wurde die Wiederaufbauleistung nicht als Überwindung des Faschismus, sondern als Überwindung des

Planungskollektivs, die „in ihren kosmopolitischen Phantasien glauben, dass man in Berlin Häuser bauen solle, die ebenso gut in die südafrikanische Landschaft passen“ würden.³¹³ Deutlich nahm Ulbricht auf die *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* Bezug, die nach dem Parteitag beschlossen werden sollten. „Wir [...] ersuchen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Magistrat von Berlin, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, dass im Wettbewerb der Baufachleute und Architekten der Aufbau der Hauptstadt Deutschlands auf der Grundlage der geschichtlich entstandenen Struktur der Stadt erfolgt. Das Zentrum der Stadt soll ein charakteristisches Bild erhalten durch monumentale Gebäude und eine architektonische Komposition, die der Bedeutung der Hauptstadt Deutschlands gerecht wird.“³¹⁴ In Anlehnung an Punkt sechs und neun der Grundsätze beschrieb Ulbricht die Weiterentwicklung des Berliner Zentrums, in dem der Straße Unter den Linden eine große Bedeutung als Trägerin nationaler Kulturwerke zukam: „Wäre es nicht zweckmäßig, im Zentrum der Stadt den Straßenzug von der Stalinallee bis zum Brandenburger Tor wiederaufzubauen, den Lustgarten und den Alexanderplatz als die beherrschenden Plätze des Stadttinnern zu architektonisch schönen Plätzen zu gestalten, durch den Arbeitsenthusiasmus der Berliner Bevölkerung die alten herrlichen Gebäude im Zentrum und an der Hauptstraße architektonisch schön im Sinne des Volksempfindens zu gestalten?“³¹⁵ Mit „monumentalen Bauten“ sollte „die Kraft und die Stärke des Aufbauwillens“ zum Ausdruck gebracht werden.³¹⁶ Entschieden forderte Ulbricht: „Das Zentrum unserer Hauptstadt, der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schlossruine, müssen zu dem großen Demonstrationsplatz werden, auf dem der Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden

zerstörerischen Imperialismus hervorgehoben. Im *Aufbaugesetz* der DDR wurde in der Präambel eine starke Polarisierung vorgenommen: die anglo-amerikanischen Bomber waren für die Zerstörung der Städte verantwortlich, wo hingehend die Sowjetunion mit ihrer Kriegführung die Wohn- und Kulturstätten geschont hatte. Die Tatsache, dass die Bombardierung Berlins mit der Billigung Stalins erfolgte, wurde nicht berücksichtigt. Am 12. Januar 1944 hatte Churchill in einer persönlichen geheimen Botschaft an Stalin geschrieben: „Wenn wir wieder in Teheran wären, würde ich jetzt über den Tisch hinweg zu Ihnen sagen: „Teilen Sie mir bitte rechtzeitig mit, wann wir aufhören sollen, Berlin zu zerstören, damit genügend Unterkünfte für die Sowjetarmeen stehen bleiben.“ Stalin hatte am 14. Januar 1944 geantwortet: „[...] doch [ist; d. V.] es den Deutschen hier immerhin gelungen, unsere Vorausabteilungen zurückzudrängen und vorübergehend unseren Vormarsch aufzuhalten. Folglich brauchen Sie die Bombardierung Berlins nicht abzuschwächen, sondern sollten sie möglichst mit allen Mitteln verstärken.“ Vgl. Kommission für die Herausgabe diplomatischer Dokumente beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR: Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945 in einer deutschen Übersetzung von Helmuth Tautz, Berlin (Ost) 1961, S. 230 f.

³¹³ SAPMO, DY 30 J/ IV/ 1/III/4, Rede W. Ulbrichts auf dem III. Parteitag der SED, 20. – 24. Juli 1950

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ Ebd.

³¹⁶ Ebd.

können.“³¹⁷ Mit dieser Aussage erntete Ulbricht Beifall. Die Idee, die Ulbricht auf dem Parteitag formulierte, ging auf die Erfahrungen zurück, die die deutsche Delegation in Moskau gesammelt hatte. Schon während der Reise hatte der Leiter der Hauptverwaltung Städtebau im Ministerium für Städtebau der UdSSR, Viktor Baburow, am 20. April Überlegungen zur Gestaltung des Berliner Zentrums angestellt. Auf die Frage, inwieweit die Ausdehnung des Berliner Zentrums von Osten nach Westen Konsequenzen für die weitere Planung habe, hatte Baburow geantwortet: „Das ist der zentrale Bezirk, aber nicht das Zentrum. [...] Was ist das Zentrum? Wo gehen die Demonstrationen hin? Wo ist der Aufmarschplatz? Wo sind die Aufmarschstraßen? Wo sind die Regierungsinstitutionen und die zentralen Kulturstätten? Das ist das Zentrum. [...] Unter den Linden und Tiergarten können in Berlin das Zentrum sein.“³¹⁸ Nach Baburow, sollte das Zentrum nicht aus der Perspektive der Händler oder Touristen betrachtet werden: „Der einzig richtige Standpunkt ist der politische.“³¹⁹ Der Vortrag Baburows mag der erste Baustein für die konkrete Umgestaltung Berlins gewesen sein. Deutlich sprach er von einem Zentrum, das sich inmitten des Grenzbereiches zwischen Ost- und Westberlin befand.

Betrachtet man den chronologischen Verlauf der Ereignisse vom III. Parteitag bis zum Abriss des Schlosses, so ist, nach bisherigen Kenntnissen, die Rede Ulbrichts der erste Nachweis, in dem die Idee der politischen Mitte anstelle des Schlosses öffentlich formuliert worden ist. Laurenz Demps sieht in Kurt Liebknecht den eigentlichen „Planverfasser“. Demps beschreibt den Verlauf der Ereignisse nach dem III. Parteitag folgendermaßen:

„Mit dem Datum vom 3. August 1950 lag eine Ausarbeitung des Ministeriums für Aufbau vor, die der Architekt Kurt Liebknecht und der Vertreter der Gewerkschaften Walter Pisternik unterschrieben hatten. In ihr wird vor allem Wert auf die Schaffung eines „großen Aufmarschplatzes“ gelegt. Einleitend stehen folgende Sätze: *„Das Zentrum Berlin, gestaltet nach den 16 vom Ministerrat beschlossenen*

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ BArch, DH 1/ 44475, Vortrag Prof. Baburow im Ministerium für Städtebau, 20. April 1950

³¹⁹ Ebd.

Grundsätzen des Städtebaus, kann vom Brandenburger Tor bis zum Luxemburgplatz und der Stalinallee reichen. Es führt über die Linden zum Lustgarten über das neu zu schaffende demokratische Forum und den Alexanderplatz zum Luxemburgplatz.

Um sofort einen ausreichend großen Platz für Standdemonstrationen und fließende Demonstrationen zu haben, ist das Schloss abzureißen. Eine weitere Vergrößerung des Platzes auf der Spreeinsel empfiehlt sich nicht....“ [...]. Eine nachträgliche maschinenschriftliche Notiz auf dem Dokument macht jedoch stutzig, ohne dass gegenwärtig weitere Klärung gegeben werden kann: *„Bei Gen. Grotewohl beraten. Infolge Ablehnung des Vorschlages Nr. 1 [Abriss des Schlosses; d. Verf.] durch Gen. Grotewohl und Ulbricht nicht eingereicht.“* Ganz offensichtlich stand der Erhalt des Berliner Schlosses zu diesem Zeitpunkt noch zur Diskussion. Der weitere Verlauf des Geschehens ist nicht klar, vor allem, warum trotz dieser negativen Entscheidung der Entschluss zum Abriss des Schlosses schließlich doch in ein „Beschlusspapier“ der Parteiführung gekommen ist.³²⁰

Die Sitzung des Politbüros fand am 15. August 1950 statt. Nach Meinung der Verfasserin scheint es unwahrscheinlich, dass Ulbricht nach seiner Rede auf dem III. Parteitag seinen Vorschlag zum Schlossabriss auf dem Treffen am 3. August revidiert hat. Neben dem von Demps beschriebenen Vorschlag lag noch ein zweiter vor. Hier wurde zwar nicht explizit von dem Abriss des Schlosses gesprochen, aber allein das Größenausmaß eines Platzes auf der Spreeinsel von 96 000 qm lässt nur den Schluss zu, dass auch dieser Plan den Schlossabriss beinhaltete. In Anlehnung an Bruno Flierls Interpretationen zeigen die Skizzen auf den folgenden Seiten die Planvarianten eins und zwei, die bei der Besprechung am 3. August vorgelegen haben. Der erste Vorschlag (Seite 143) sah den sofortigen Abriss des Schlosses vor. Nach der Einigung Deutschlands sollte an Stelle des Hohenzollernschlosses in der Achse der Linden das Haus der Volksvertretung erbaut werden. Durch die Schaffung eines neuen Platzes hinter dem östlichen Spreearm konnte eine Fläche erreicht werden, die selbst den Roten Platz in Moskau übertraf. Dieses „Forum der

³²⁰ L. Demps (e): Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht. Berlin 1994, S. 275

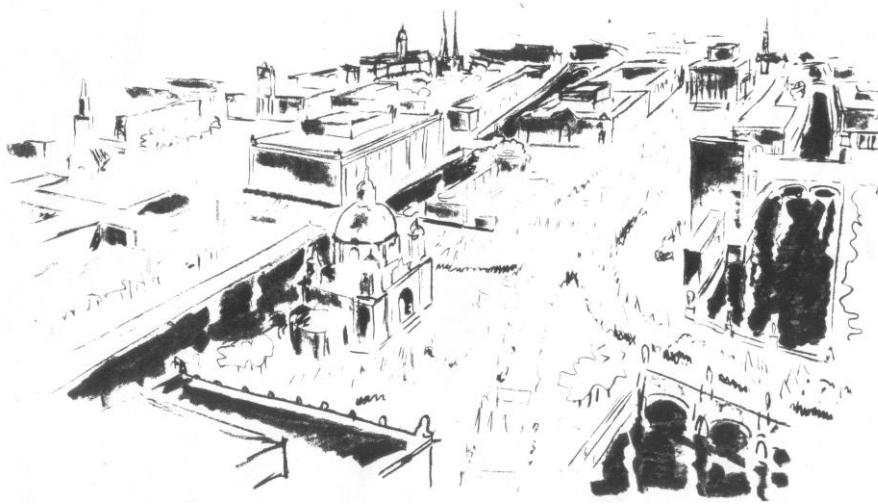
Demokratie“ sollte durch zentrale Bauten der „demokratischen Massenorganisationen“ ergänzt werden.

Bereits am 27. Juli hatte Helmut Hennig einen Entwurf unter dem Einfluss der Rede Ulbrichts auf dem Parteitag gemacht. Die Zeichnung soll hier zur Verdeutlichung der Planvariante I herangezogen werden. (Seite 142) Hennig skizzierte in seinem Entwurf den nutzungsorientierten Punkt sechs der städtebaulichen Grundsätze der DDR. Aufmarschkolonnen, die vom Osten aus der Liebknechtstraße, vom Westen aus der *Straße Unter den Linden* und von Süden von beiden Seiten des *Alten Museums* kommen, treffen an einem Aufmarschplatz zusammen, der an Stelle des Schlosses das Zentrum bildet. Ein monumentales Gebäude, das in Anlehnung an das *Alte Museum* neoklassizistische Formen trägt, befindet sich am Aufmarschplatz, jedoch hinter dem östlichen Spreearm. In Verbindung mit dem zentralen Gebäude ist jenseits der Spree eine Tribüne vorgesehen, die zusammen mit dem gegenüberliegenden FIAPP-Denkmal die zusammentreffenden Kolonnen einrahmt.

Der zweite Vorschlag (Seite 143) ging ebenfalls vom Abriss des Schlosses aus. Im Unterschied zum ersten Vorschlag wurde das „Forum für Demokratie“ auf dem neu entstandenen Platz anstelle des Schlosses angesiedelt. Die Platzgestaltung wurde kritisch begutachtet, da selbst durch den Bau einer Kongresshalle, eines FIAPP-Denkmals und eines Opernhauses eine organische Platzgestaltung ausblieb. Außerdem überzeugte die Anknüpfung des neuen Forums an den Alexanderplatz und Luxemburgplatz nicht. Liebknecht und Pisternik resümierten: „Auch dieser Platz hat für Berlin eine ungewohnte Größe, ohne allerdings Platzcharakter zu haben.“³²¹

Von den beiden Vorschlägen, die von einem Gremium aus Mitgliedern des Magistrats, des IfB, des Ministeriums für Aufbau und Teilnehmern der Moskau-Delegation ausgearbeitet worden waren, wurde die erste Variante eindeutig von Liebknecht und Pisternik bevorzugt. Dennoch lehnten Grotewohl und Ulbricht diesen Vorschlag ab, hielten aber an dem Vorhaben des Schlossabrisses fest. Für die These, dass Grotewohl und Ulbricht nicht den Schlossabriss, sondern lediglich eine Variante der Zentrumsgestaltung ablehnten, spricht auch, dass die weitere Planung des Zentrums an den zweiten Vorschlag anknüpfte.

³²¹ LAB, C-Rep 901/ 283, Vorschlag zur Gestaltung des Zentrums der Hauptstadt Deutschlands Berlin



Vorschlag zur Umgestaltung des neuen Platzes

Helmut Hennig

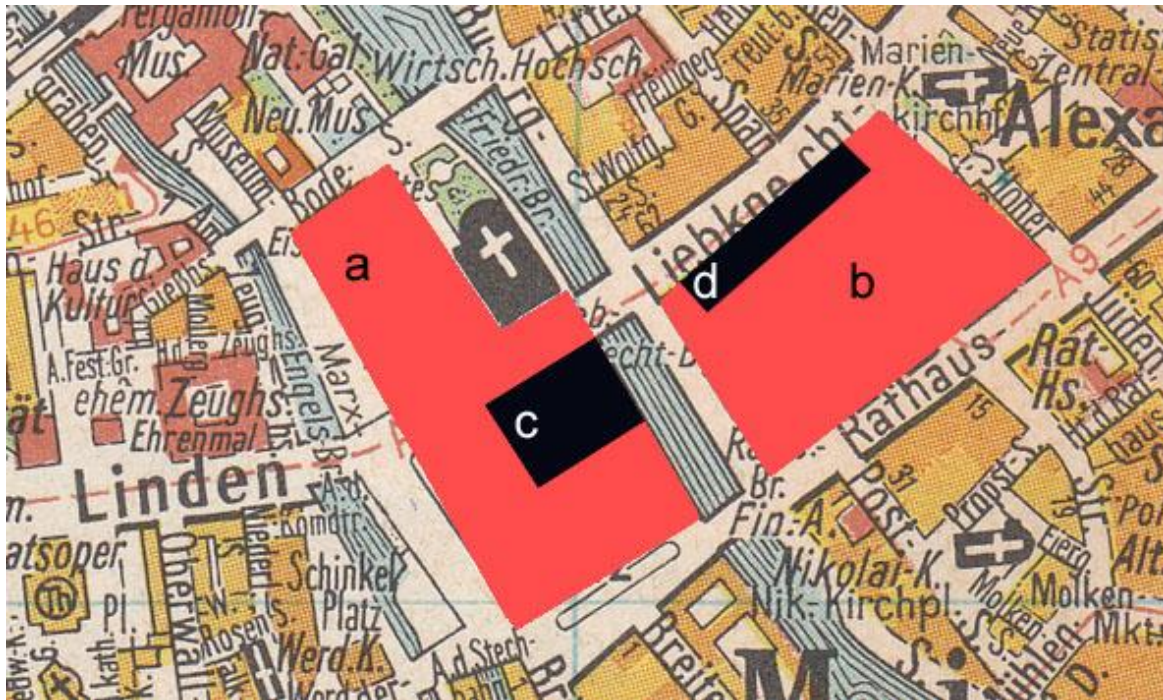
27. Juli 1950

Mit der Entscheidung für die Planvariante II trat die Idee eines demokratischen Forums immer stärker in den Hintergrund zugunsten eines zentralen Regierungsgebäudes. Bruno Flierl weist in seinem Buch „Gebaute DDR“ auf einen wichtigen politischen Aspekt hin: „Mit der Entscheidung zum zentralen Gebäude als Regierungshochhaus wurde klar: Ganz offensichtlich hatte sich Walter Ulbricht mit seinem stalinistischen Konzept von der Rolle des Staates und der städtebaulich-architektonisch wirksamen Darstellung der Staatsmacht durchgesetzt gegen das eher sozialdemokratische Konzept zum Bau eines Volkshauses als dem bedeutendsten Gebäude eines Demokratischen Forums. Das war nicht nur ein Indiz dafür, dass Grotewohl von Ulbricht –speziell in Fragen des Städtebaus und der Architektur- damals schon weitgehend aus der Entscheidung gedrängt worden war, sondern vermutlich auch dafür, dass die Diskussion um ein Volkshaus als Rest des sozialdemokratischen Erbes der deutschen Arbeiterbewegung angesehen wurde, der nun auf dem Weg der SED zur Partei neuen Typs endgültig überwunden werden müsse, nicht zuletzt auch um dem sowjetischen Vorbild Einfluss zu verschaffen.“³²² In einem Interview erläutert Flierl, dass durch diesen Prozess die Entscheidung von der Volks- hin zur Staatsdemokratie sichtbar wurde. Diesen schleichenden Prozess

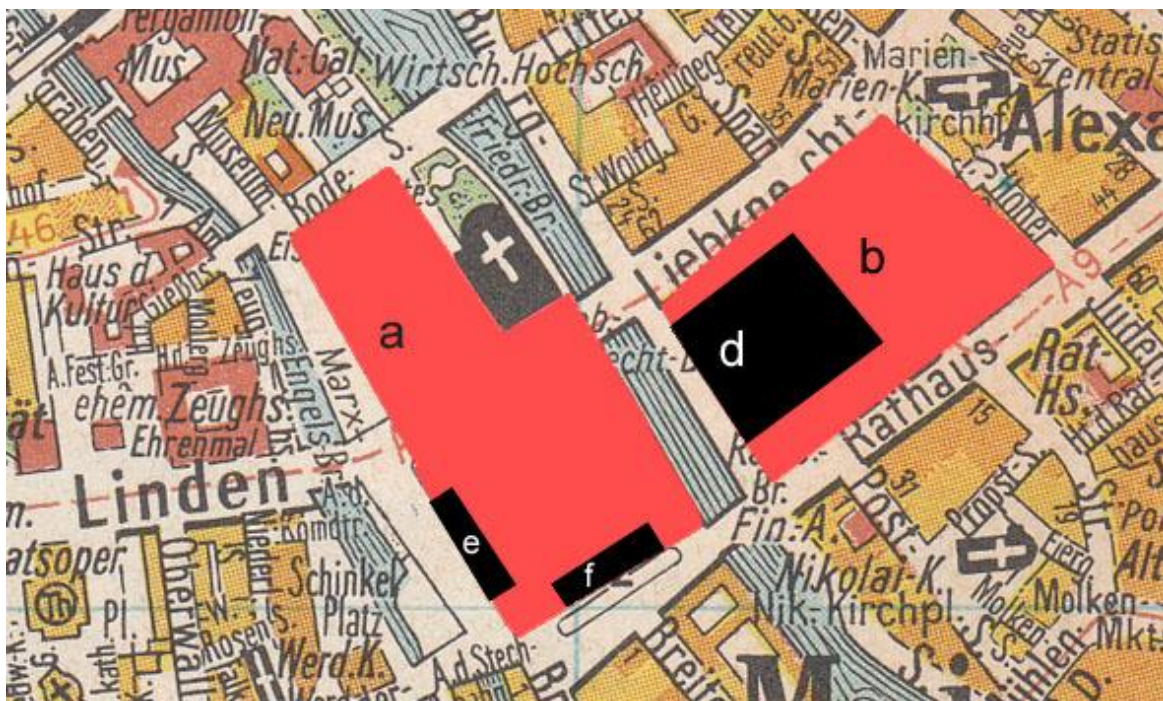
³²² B. Flierl (a), a.a.O., S. 128

sieht er in der Wandlung der Volkshausesidee über ein Zwischenstadium, in dem das zentrale Gebäude als „Kongresshalle oder Ähnliches“ bezeichnet wurde, hin zu einem „repräsentativen Gebäude, wahrscheinlich einem Hochhaus“.

1. Vorschlag*



2. Vorschlag*



a Demonstrationsplatz

b Forum für Demokratie

c Haus der Volksvertretung

d Kongresshalle

e FIAPP-Denkmal

f Opernhaus

*die Größenverhältnisse sind nicht maßstabsgetreu

Nach der Entscheidung für Planvariante II nahmen die weiteren Maßnahmen mit enormer Geschwindigkeit ihren Lauf. Bereits am 5. August kam es zu einer Unterredung zwischen Ulbricht und führenden Kadern, bei der personelle Verantwortlichkeiten geregelt wurden. Die Zuständigkeit für den Abriss des Schlosses sollte Karl Brockschmidt vom Magistrat von Groß-Berlin übernehmen. Für die Gestaltung des Lustgartens nach den Vorgaben vom 3. August wurde Helmut Hennig beauftragt. Liebknecht war für den Wiederaufbau der Humboldt-Universität und des Zeughauses verantwortlich. Den besonders komplexen Aufgabenbereich erhielt Richard Paulick. Ihm wurde das Gebiet Unter den Linden/ Friedrichstraße zugeteilt.

Um das Vorhaben zu beschleunigen, wurden Wege gesucht, eine rechtliche Durchsetzung ohne den Widerstand der Schlossgegner in den politischen Gremien zu ermöglichen. Brockschmidt schrieb an Pisternick am 9. August 1950: „Für den Beginn der Arbeiten [*bezüglich des Schlossabrisses, d.V.*], die jetzt bereits vorbereitet werden, muss eine förmliche Stellungnahme einer beteiligten Behörde vorliegen. Es ist unzweckmäßig, hierüber einen Magistratsbeschluss herbeizuführen, der Debatten mit den Blockparteien voraussetzen würde.“³²³

In der Politbürositzung vom 15. August stimmten die anwesenden Mitglieder dem *Plan des Neuaufbaus von Berlin*, den Liebknecht vorstellte, zu. Die Größenabmessungen des neuen Platzes bezifferten sich hier auf 82.000 qm. Er übertraf somit den *Roten Platz* in Moskau, dessen Ausmaße sich auf 50.000 qm beliefen.³²⁴ Bedeutung bekommt dieses Dokument vor allen Dingen durch den anhängenden Demonstrationsplan, aus dem hervorgeht, dass die zukünftige Gestaltung des Berliner Zentrums auf einer sehr detaillierten Berechnung von Stand- und fließenden Demonstrationen beruhte:

„Demonstrationsplan:

1. Bei Stand-Demonstrationen fasst der neugestaltete Lustgarten ungefähr 330.000 Menschen. Die schnelle Füllung des Platzes ist durch die Zuführung von allen Seiten gewährleistet. Ebenso ist der

³²³ BArch, DH1/ 39075, Plan des Neuaufbaus Berlins

³²⁴ SAPMO, DY 30 IV 2/ 2/ 104, Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 15. August 1950

rasche Abmarsch und Abtransport durch die günstig liegenden S- und U- Bahnhöfe gesichert.

2.fließende Demonstrationen: Die Hauptaufmarschstraße ist die Straße Unter den Linden. Zwei Kolonnen zu 16 und eine mittlere Kolonne zu 8 Demonstranten, das sind 40 Personen je Reihe, können hier marschieren. Zwei weitere Kolonnen zu je 16 Menschen stoßen vor der Schlossbrücke zu, so dass über die verbreiterte Brück[e] insgesamt Reihen zu 72 Demonstrationsteilnehmer auf dem Lustgarten aufmarschieren können. Das bedeutet pro Stunde 125.000 Menschen. Wenn wir noch eine Kolonne von Norden über die Friedrichstraße herbeiführen, erhöht sich die Breite vor der Tribüne auf 92 Teilnehmer, die Gesamtzahl pro Stunde auf 160.000. Bei einer Dauer der Demonstration von 5 Stunden können 800.000 Menschen an der Tribüne vorbeimarschieren. [...]"³²⁵

Mit diesem Plan hatte man der Politisierung des Städtebaus einen Raum gegeben, die sich nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern an der Formbarkeit von Menschenmassen orientierte. Der entscheidende Schritt zur Umgestaltung eines sozialistischen Zentrums war getan, auch wenn man offiziell noch von einem demokratischen Städtebau sprach. Die stalinistische Formel, „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“, war im vierzehnten Grundsatz des Städtebaus der DDR als „dem Inhalt nach demokratisch und der Form nach national“ umformuliert worden. Friedrich Ebert und Otto Grotewohl hatten den Wiederaufbau zur Pflicht des gesamten deutschen Volkes erklärt.³²⁶ Der offizielle Titel des Wiederaufbaus lautete jetzt *Über die Neugestaltung Berlins*.³²⁷ Die *Berliner Zeitung* veröffentlichte am 27. August den neuen Aufbauplan. Im Gegensatz zu den zerstörten Gebäuden Unter den Linden, wie der Neuen Wache, dem Opernhaus usw., sprach man im Falle des Schlosses nur noch von einer Ruine. Künstlerisch wertvolle Teile des Gebäudes, wie der Schlüterhof und das Eosanderportal, sollten erhalten bleiben, um sie eventuell an anderer Stelle wieder aufzubauen. Der Kunsthistoriker Gerhard Strauß war mit dieser

³²⁵ Ebd.

³²⁶ Tägliche Rundschau/ Neues Deutschland vom 24. August 1950

³²⁷ SAPMO, DY 30/ IV 2/ 2/ 105, Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 22. August 1950

Aufgabe beauftragt worden.³²⁸ Sie war kaum zu bewerkstelligen, da bereits im September mit den ersten Abbrucharbeiten am Schloss begonnen wurde. Für die Kundgebung am 1. Mai 1951 sollte der erweiterte Lustgarten fertiggestellt sein: „Im Norden Altes Museum, rechts davon der Dom; wo heute das Schloss steht, wird eine große Tribüne für über 3000 Zuschauer, vorläufig in Holzkonstruktion, endgültig in Naturstein, errichtet; im Süden schließt den Lustgarten der wiederaufzubauende Marstall und – gegenüber dem Alten Museum – die neue Deutsche Staatsoper ab, die auf der Westseite der heutigen Breiten Straße gebaut werden soll. Gegenüber der Tribüne, an der Stelle, an der das National-Denkmal stand, das im Augenblick abgebaut wird, steht bis zum 1. Mai das FIAPP-Denkmal als Mahnmal für die ermordeten Antifaschisten aller Länder. Hinter der Tribüne, auf der anderen Seite des östlichen Spreearms, soll sich ein repräsentatives Gebäude, wahrscheinlich ein Hochhaus erheben.“³²⁹ Neben der Befestigung des Platzes sollte eine Lautsprecheranlage installiert werden, die sich über das gesamte Auf- und Abmarschgebiet erstrecken sollte.

Am 22. August stimmte das Politbüro dem Termin- und Kostenplan zur vorläufigen Umgestaltung des Lustgartens zu. Insgesamt beliefen sich die veranschlagten Kosten auf 6.085.000 Mark.³³⁰

Die Entscheidung für den Abriss des Schlosses löste eine Protestwelle in Ost- und Westdeutschland aus. Dass das Schicksal des Schlüterbaus von großem öffentlichen Interesse war, hatte schon die Diskussion über das Schicksal des Bauwerkes bis 1949 gezeigt. Nach dem III. Parteitag der SED erhoben sich Vertreter einzelner Kulturinstitutionen, um ihre Proteste deutlich zu machen. Hans Scharoun, der sich immer wieder gegen die Ideologisierung von Kunstdenkmälern stark gemacht hatte, erhob bei Ministerpräsident Grotewohl Einspruch. Einem Brief vom 31. August 1950 fügte er eine Skizze über die Gestaltung des Lustgartens bei, die alle geforderten Grundsätze berücksichtigte und dabei den Erhalt des Schlüterhofs an Ort und Stelle vorsah. Der Bau diene als Rückwand der geplanten Tribüne.

„Der heutigen Forderung entsprechend kann der *Schlüterhof* repräsentativer Empfangsraum (in Zusammenhang mit Raumteilern im hinteren Schlossteil und unter

³²⁸ Vgl. LAB, C-Rep. 110/ 1/ 7

³²⁹ SAPMO, DY 30 IV 2/ 2/ 105, a.a.O.

³³⁰ Ebd.

den Tribünen) werden.“³³¹ Mit diesem Vorschlag versuchte der Leiter des IfBs, wenigstens den bedeutendsten Teil des Schlosses an seinem Standort zu retten. Scharoun untermauerte seinen Plan mit einem auf den 4. September datierten *Gutachten Über die Erhaltung der Architektur Schlüters im Kern des Berliner Schlosses*. Er stellte dabei die Kosten der Verlegung des Schlüterschen Werkes von mindestens 21,6 Millionen DM denen einer Rekonstruktion an Ort und Stelle gegenüber, für die drei bis vier Millionen DM erforderlich sein würden. Immerhin hatte Scharouns Eingreifen aufschiebende Wirkung und die Sprengung wurde zunächst ausgesetzt.³³² Mit dem Hinweis, nach Scharouns Vorschlag würde die Tribüne nicht im zentralen Blickfeld der von der Straße Unter den Linden aufmarschierenden Demonstranten liegen, und der Lustgarten nicht ausreichend Platz bieten, lehnte Grotewohl den Vorschlag ab.

Noch einmal versuchte Scharoun am Tag des Abrissbeginns gegen dessen Durchführung anzugehen, aber er musste sich wie viele andere Mitstreiter mit den Gegebenheiten abfinden. In Denkschriften, Briefen, Zeitungsartikeln und Gegenvorschlägen protestierten auch andere gegen die bevorstehenden Maßnahmen. Wissenschaftler, wie Richard Hamann und Johannes Stroux wiesen auf die städtebauliche und kunsthistorische Bedeutung dieses einmaligen Schlüterbaus hin. Hamann versuchte die neuen Vorgaben im Städtebau in seine Argumentation einzubeziehen und verwies auf das Vorbild Sowjetunion. „Der Louvre in Paris hat alle Revolutionen überdauert und der Kreml´ in Moskau, beide ehemals Sitz der von der Regierung bekämpften Mächte, sind auch heute Sitz der Regierung. Ihrer Kraft bewusste Regierungen wissen, welche Kraftquellen auch die großen Werke der Vergangenheit enthalten können.“³³³

Auch Stroux argumentierte in diese Richtung: „Endlich darf darauf hingewiesen werden, dass in der Sowjetunion kulturell bedeutende Denkmäler erhalten und sorgfältig gepflegt werden.“³³⁴ Margarete Kühn, die als Mitarbeiterin des Amtes für

³³¹ AdK, Berlin, NL 64, Mappe C/ 11

³³² Vgl. BArch, DH 1/ 39075, Brief Strauss an Pisternik

³³³ „Memorandum Richard Hamanns an den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, zur Erhaltung des Berliner Schlosses vom 28. August 1950“, in: B. Rollka/ K. D. Wille: Das Berliner Stadtschloss. Geschichte und Zerstörung. Berlin 1993, S. 96

Professor Hamann hatte sich bis zu den letzte Sprengungen für den Erhalt des Schlosses eingesetzt und sich immer wieder an vergeblich an die Presse gewandt, um Unterstützung zu erfahren.

³³⁴ „Memorandum von Professor Stroux an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. August 1950, in: Rollka/ Wille, a.a.O. S. 97

Denkmalpflege als eine präzise Zeitzeugin gelten darf, warf der DDR-Regierung vor, eine unsachgemäße Begutachtung im Falle des Schlosses vorgenommen zu haben. „Es ist kein wirklicher Sachverständiger hinzugezogen worden, niemand, der jemals verantwortliche Denkmalspflege geleistet hat und über gründliche praktische Erfahrung auf diesem Gebiete verfügt....“³³⁵ Karl Reutti, der unter dem Pseudonym Karl Rodemann einen Bericht über die Schlossangelegenheit im Auftrage des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen veröffentlicht hatte, bestätigte diese Feststellung: „Die mit dem Schloss und dessen Baugeschichte wohlvertrauten Fachleute, selbst der in der Ostzone tätige Schlüterspezialist Dr. Ladendorf, wurden nicht hinzugezogen und auch nicht gefragt. Ein wissenschaftliches Gutachten ist niemals angefordert worden; es hätte sich wohl auch kein wirklicher Wissenschaftler dazu hergegeben, den Abriß zu befürworten.“³³⁶ Tatsächlich untermauerte die DDR-Regierung den Abriss des Schlosses durch eine sehr einseitige Begutachtung. Strauß, der vom Ministerium für Aufbau für den Abriss beauftragt worden war, hatte in seinen Thesen *Was ist das Berliner Schloss?* konstatiert: „Eine von anglo-amerikanischen Sprengbomben ausgehöhlte Ruine. Die Fassaden lassen den Kundigen die Leistungen Schlüters und Eosanders noch ahnen. Die Substanz dahinter ist bis auf Ausnahmen ausgeglühter Schutt.“³³⁷ Die Zerstörungen seien so weitgehend, dass bei einer Wiederherstellung der größte Teil der Substanz wieder rekonstruiert werden müsse.³³⁸ Gerhard Strauß hatte in seiner historischen Beweisführung eine Polarisierung zwischen den preußischen absolutistischen Auftraggebern und den Bauherren Schlüter und Eosander von Göthe vorgenommen. Dem Repräsentationsbedürfnis des preußischen Königshauses, das für den Bau des Schlosses Leibeigensklaverei und die Ausbeutung der Arbeiter in Kauf genommen hatte, stand die großartige architektonische Leistung der Architekten, die mit ihrer Baukunst zur Überwindung des Absolutismus beigetragen hatten. Für Strauß hatten die englischen und amerikanischen Bomben die positiven Merkmale des Bauwerkes, nämlich die Leistung Schlüters und Eosanders von Göthes, zerstört. Zurück war ein „Symbol des völligen Verfalls jener feudalistischen und imperialistischen Macht“

³³⁵ Margarete Kühn: Berliner Schloss vor dem Untergang, in: Rollka/ Wille, a.a.O., S. 104

³³⁶ K. Rodemann: Das Berliner Schloss und sein Untergang. Ein Bildbericht über die Zerstörung Berliner Kulturdenkmäler. Berlin: Tauber 1952, S.12 f

³³⁷ Gerhard Strauß : Was ist das Berliner Schloss?, in: Rodemann, a.a.O., S. 15

³³⁸ Vgl. ebd.

geblieben. Das führte zu der Berechtigung die Schlossruine abzureißen. Der Achtung vor den Baumeistern sollte durch Selektierung einzelner erhaltener Details Rechnung getragen werden. Reutti berichtete von Strauß' Idee, „bei Erhaltung des Eosanderportals, nach Abriss der Flügel an der Schlossfreiheit, an die dann offenen Seiten des Eosanderportals die beiden Lustgartenportale seitlich ‚anzukleben‘“. ³³⁹

Strauß rief dazu auf, zu seinen Thesen Stellung zu nehmen. Walter Hentschel, der einen Lehrstuhl für Denkmalpflege an der Staatlichen Hochschule für Baukunst und Bildende Kunst in Weimar hatte, erwiderte den Aufruf von Strauß mit Antithesen. Im Wesentlichen hielt er die Argumente Strauß für bedeutungslos und machte auf die neue Kulturverordnung aufmerksam, in der auf die neue fortschrittliche Kultur verwiesen wurde, die „ auf dem großen nationalen Kulturerbe der deutschen Volkes“ baute. ³⁴⁰ Hentschel sah lediglich eine schnelle Sicherung der Ruine als notwendig an. Ein Wiederaufbau des Schlosses war kein vorrangiges Problem, sondern konnte gemäß den wirtschaftlichen Entwicklungen vorgenommen werden. Wie viele andere Kritiker des Schlossabrisses sah Hentschel die Entscheidung als ein gesamtdeutsches Problem an: „Wenn der Abbruch durch die Majorität des deutschen Volkes sanktioniert werden soll, so müsste dies unter Einbeziehung jener drei Viertel des deutschen Volkes geschehen, die jetzt noch jenseits der Grenzen der DDR leben.“ ³⁴¹ Wolf Schubert, Mitglied der Kommission für Denkmalpflege der Akademie der Wissenschaften, sah den vorübergehenden Zustand der Spaltung Berlins unberücksichtigt: „Der traditionelle große Aufmarschplatz Berlins ist das Tempelhofer Feld, doch wäre besser vielleicht- um im Zentrum der Stadt zu bleiben- auch die Eignung eines Geländes im verwüsteten Tiergarten (mit dem anschließenden völlig zerstörten Hansa-Viertel) in Erwägung zu ziehen, das sich von der Basis Reichstag-Krolloper aus nach Norden in den Spreebogen hinein streckt.“ ³⁴²

Die Proteste und Gegenvorschläge wurden von der Regierung der DDR übergangen. ³⁴³. Am 23. August beschloss die Volkskammer zusammen mit dem

³³⁹ Rodemann, a.a.O., S. 12

³⁴⁰ SAPMO, DY 30 IV 2/ 2/ 74, Protokoll der Politbürositzung vom 28. Februar 1950
Der Begriff „fortschrittlich“ war von Hentschel noch sinngemäß bewertet worden. Er spielte bei der Selektierung von Kulturgütern im weiteren Verlauf eine große Rolle und wurde von der SED zur Durchsetzung ihrer eigenen kulturpolitischen Interessen zur Abgrenzung nicht gewollter Phänomene genutzt. In der Denkmalschutzverordnung von 1975 wurde der Begriff „fortschrittlich“ zur Bestimmung von Denkmalen integriert.

³⁴¹ Erwiderung auf die Thesen von Herrn Dr. Strauß. Von Dr. Walter Hentschel, in: Petras, a.a.O., S. 141

³⁴² Brief von Wolf H. Schubert an Walter Ulbricht vom 28. August 1950, in: Petras, a.a.O., S. 138

³⁴³ Eine ausführliche Dokumentation des Widerstandes findet sich bei: Renate Petras, a.a.O.

Aufbaugesetz den Abriss des Berliner Stadtschlusses. Eine Resolution des überparteilichen Kulturbundes diente der Regierung zur Unterstützung des Vorhabens. Möglicherweise hatte die SED auch die Proteste hochdotierter Wissenschaftler unterschätzt und suchte auf diesem Wege, mit der Stimme der organisierten Intelligenz, den Abriss zu legitimieren. Der Kulturbund setzte damit ein öffentliches Zeichen für die Unterstützung der Regierung und ging in ihren Forderungen in der Gestaltungsfrage des Lustgartens noch weiter. Unter Punkt zwei hieß es: „Die Abtragung des Doms wird einstimmig befürwortet.“³⁴⁴ Walter Girnus, leitender Redakteur im *Neuen Deutschland* für Kunst und Kultur, hat zu diesem Punkt Stellung bezogen: „Wir hatten die Wahl: Schloss oder Dom? Hätten wir den Dom abgerissen, dann hätte der Westen für einige Jahre Wasser auf die Mühle gehabt und von den ‚Kirchenstürmern‘ gesprochen. Dann lieber das Schloss. Mit den Kunsthistorikern werden wir schon fertig.“³⁴⁵

Einen Tag nach dem Beschluss der Volkskammer wurde am 7. September die erste Sprengung am Apothekenflügel durchgeführt. Auch während der Abbruchphase ließ der Protest nicht nach. Der Journalist Helmut Räther hatte, ähnlich wie Reutti, die Ereignisse um den Schlossabriss festgehalten und 1952 als Buch mit dem Titel *Vom Hohenzollernschloss zum Roten Platz* veröffentlicht. Beide Dokumente belegen die Unsicherheit der DDR-Regierung im Umgang mit den Protesten und berichten darüber, dass es selbst in der Partei Meinungsverschiedenheiten bis in die höchsten Ebenen gegeben hat³⁴⁶.

Trotz der Proteste folgten weitere Sprengungen am 15. September und 10. Oktober. Ein zu diesem Zeitpunkt verfasster Brief der Konservatoren und Denkmalpfleger aus Westdeutschland erreichte Professor Hamann, als die Rettung des Schlosses nicht mehr möglich war. Die vierte und fünfte Sprengung am 4. November 1950 und 30. Dezember 1950 machten den Weg für die Aufmarschfläche frei, die das Zentrum Ost-Berlins über Jahre hin bestimmten sollte.

Der Beschluss, bedeutende Teile des Schlosses vor der Sprengung auszubauen, um sie an anderer Stelle wieder aufzubauen oder auszustellen, wurde nur in geringem Umfang vorgenommen. Strauß hatte für diese Arbeit ein „wissenschaftliches Aktiv“

³⁴⁴ SAPMO, DY 27/ 2726 Stellungnahme des Berliner Kulturbundes zur Neugestaltung des Berliner Zentrums, 5. September 1950

³⁴⁵ Wilhelm Girnus in: Helmut Räther: *Vom Hohenzollernschloss zum Roten Platz*. Berlin 1952, hier in: Petras, a.a.O., S. 125

³⁴⁶ Vgl. Petras, a.a.O., S.125

gegründet, um das Schloss zu fotografieren und die Teile bestimmen zu lassen, die ausgebaut werden sollten. Die Mitglieder des Aktivs verfügten alle nicht über besondere baugeschichtliche Kenntnisse des Schlosses.³⁴⁷ Dr. Schuster aus Halle, der als Fachmann für den Ausbau der wertvollen Bestandteile angefragt worden war, lehnte die Mitarbeit mit dem Hinweis ab, dass „er sich nicht von der Richtigkeit des Regierungsbeschlusses überzeugen könne“.³⁴⁸ Die geringe Anzahl der Teile, die tatsächlich abmontiert wurden und die unsachgemäße Durchführung dieser Arbeiten, belegen das geringe Interesse der DDR-Regierung an der Erhaltung partieller Schlossteile und lassen vermuten, dass diese Idee eher zur Beschwichtigung der Abrissgegner diene. Die Anzahl der zu bergenden Teile verringerte sich stetig. War am Anfang noch von einer möglichen Rekonstruktion des Schlosses die Rede, nahm man bereits im September 1950 Abstand von diesen Plänen. In einem Brief an Otto Grotewohl vom Ministerium für Aufbau und der Deutschen Bauakademie hieß es:

„Der vorgeschlagene Ausbau, der ein Minimum für eine spätere Rekonstruktion darstellt, lässt sich nicht durchführen. Eine Verringerung des Ausbaues bedeutet, dass die ausgebauten Teile nur museal aufbewahrt und gezeigt werden können. Wir wollen daher folgendermaßen verfahren:

Es werden nur die museal zu verwahrenden Teile in den Zeichnungen bezeichnet und ausgebaut. Wir werden allerdings versuchen, unter Konzentration auf den Schlüterhof und die Portale am Lustgarten, den Gesamtausbau vorzunehmen.“³⁴⁹

Aber auch von diesem Unterfangen musste Abstand genommen werden. Lediglich die folgenden Teile wurde aus dem Schloss geborgen³⁵⁰:

Dachgeschoss: vier Adler und zwei Widderköpfe

erstes Stockwerk: eine Fensterumrandung

zweites Stockwerk: eine Fensterbekrönung

³⁴⁷ Vgl. Rodemann, a.a.O., S. 12

³⁴⁸ BArch, DH 1/ 39075, Brief von Strauss an das Ministerium für Aufbau vom 30. August 1950

³⁴⁹ BArch, DH1/ 39075, Brief von Pisternik und Liebknecht an Grotewohl vom 2. September 1950

³⁵⁰ Vgl. Reutti u. Petras, a.a.O.

Schlossfassade: eine Kartusche, das St. Georg-Relief von Schlüter von Portal I

Schlüterhof: Kapitelle, die Figuren der Risalite und weitere kleiner Detailstücke der Bildwerke Schlüters aus dem Treppenhaus, Relief über Portal V

Eosanderbau: Reliefs und Kapitelle des Eosanderportals, Portal IV der Lustgartenseite

Bereits am 23. August hatte das Ministerium für Aufbau den Ausbau des Portals IV. veranlasst. Diese Maßnahme war weniger kunsthistorisch als politisch motiviert. Das sogenannte „Karl Liebknecht-Portal, sollte geborgen werden, da von dessen Balkon der Arbeiterführer im November 1918 gesprochen hatte.³⁵¹

Nach Abriss des Schlosses versuchte die SED ihre eigene Version der Schlossgeschichte in die Öffentlichkeit zu bringen. In dem populären Bildband *Deutsche Baukunst in zehn Jahrhunderten* von 1952 heißt es: „Das Schloss wurde durch anglo-amerikanische Bomber schwer sehr schwer zerstört. Die Reste wurden 1950 geborgen.“³⁵²

Im April 1951 wurde der Platz mit Kies versehen und durch Transparente und Fahnen an den Längsseiten abgegrenzt. An der Ostseite war eine 180m breite, massive Tribüne errichtet worden, in dessen Mitte ein Hauptteil für die Parteiführung und ausländische Gäste integriert worden war. Am 1. Mai 1951 marschierten 900.000 organisierte Menschen über die Aufmarschstraßen zum Lustgarten, der zu Beginn der Veranstaltung in Marx-Engels-Platz umbenannt wurde.

Am 1. September 1949 hatte der Magistrat die schnelle Enttrümmerung der Straße Unter den Linden beschlossen. Die FDJ hatte als Solidaritätsbeitrag für das bevorstehende Pfingsttreffen in der Hauptstadt zu Arbeitseinsätzen von Jugendlichen aus der ganzen DDR aufgerufen. Seit August 1950 waren die Planungen zur Gestaltung der Straße Unter den Linden verstärkt worden. Wiederaufbauten, wie die in der Straße Unter den Linden, waren in der DDR Ausnahmen. Aus Geldmangel und

³⁵¹ Vgl. BArch, DH1/ 39076, Abbruch der Schlossruine und Bergung des Karl-Liebknecht-Portals, 23. August 1950

³⁵² Deutsche Bauakademie (Hrsg.): *Deutsche Baukunst in zehn Jahrhunderten* (= Schriften des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst der Deutschen Bauakademie), Dresden 1952, S. 195

wegen personeller Schwierigkeiten war die allgemeine Denkmalpflege genötigt, sich im Wesentlichen auf Sicherungsmaßnahmen zu konzentrieren.

Der Wiederaufbau der Linden stand unter der neuen Kulturdoktrin, die sich am Vorbild der Sowjetunion ausrichtete. In der Debatte um die neue Kulturverordnung tauchte verstärkt eine Abgrenzung zur Kultur des „amerikanischen Imperialismus“ auf. Auf sprachlicher Ebene wurden Schlagwörter gesucht, mit denen die „tödliche Gefahr“³⁵³ des Imperialismus charakterisiert wurde. Die SED propagierte gegen den „Kosmopolitismus, der jede nationale Tradition verneint und im Interesse der amerikanischen Kolonisierungspläne die nationale Wurzellosigkeit predigt“.³⁵⁴ Der Begriff *Kosmopolitismus* wurde von Alexander Abusch als „die Aufhebung der nationalen Souveränität zugunsten der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Marshallisierung, zugunsten des Kriegssystems der Atlantikmächte unter dem Kommando des amerikanischen Imperialismus“ definiert.³⁵⁵ Gegen diese Tendenzen setzte die SED die „Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion“.³⁵⁶ Das Ziel war nicht nur die Heraushebung einer nationalen Kultur, sondern die „Entwicklung der fortschrittlichen kulturellen Tradition“. Der Ausdruck *fortschrittlich* wirkte dabei noch eingrenzend und bezeichnete die Traditionen und die Kultur, die im Sinne der vorherrschenden Ideologie genutzt werden konnte und im Gegensatz zur „imperialistischen Unkultur“ stand.³⁵⁷

Die ehemalige Prachtstraße Unter den Linden sollte die Aufgabe einer Aufmarschstraße erhalten. Geplant war, den östlichen Teil mit seinen historischen Gebäuden wiederherzustellen. Dazu gehörten das frühere Zeughaus, die Neue Wache, die Staatsbibliothek, die Alte Bibliothek, die Staatsoper, die Hedwigskathedrale und das Kronprinzenpalais. Die ausländischen Botschaften, vorrangig die Vertretungen der *sozialistischen Bruderländer*, sollten im westlichen Teil der Straße zwischen der Charlottenstraße bis Wilhelmstraße, angesiedelt werden. In öffentlichen Gebäuden waren in den Erdgeschossen

³⁵³ SAPMO, DY 30 IV 2/ 2/ 74, Protokoll der Politbürositzung am 28. Februar 1950

³⁵⁴ Ebd.

³⁵⁵ A. Abusch (c): Aktuelle Fragen unserer Kulturpolitik, in: *Neues Deutschland* vom 14. Juni 1950

³⁵⁶ SAPMO, DY 30 IV 2/ 2/ 74, a.a.O.

³⁵⁷ Nachdem auf der II. Parteikonferenz 1952 der planmäßige Aufbau des Sozialismus beschlossen worden war, wurde der Begriff *fortschrittlich* auch durch *sozialistisch* ersetzt. Beispielsweise: *sozialistische Kultur*, *sozialistisches Erbe*, etc.

Repräsentationsmöglichkeiten für die volkseigenen Betriebe vorgesehen. Die Schlossbrücke war für die Massenkundgebungen zu schmal, daher wurde eine Verbreiterung der Brücke auf fünfzig bis sechzig Meter notwendig. Am Pariser Platz war der Wiederaufbau der Akademie der Künste, des Hotels Adlon und des Brandenburger Torres geplant.

In der neuen Kulturverordnung hatte die Regierung am 16. März 1950 ihre Pflicht betont „mit Hilfe weitreichender Maßnahmen den Kampf um eine fortschrittliche deutsche Kultur“ zu unterstützen.³⁵⁸ Das Papier sah nicht nur die Förderung des Bildungswesen und die Unterstützung der Intelligenz vor, sondern griff auch konkret zwei Objekte der Straße Unter den Linden heraus, die als Maßnahmen für den Aufbau der neuen demokratischen Kultur dienlich schienen: das Zeughaus und die ehemalige Preußische Akademie der Künste.

Das Zeughaus, das noch 1945 von der Alliierten Kommandantur als Symbol des preußischen Militarismus galt, sollte als Kulturhistorisches Museum wieder aufgebaut werden. Bis zum 1. Juli 1950 waren 3000 Quadratmeter Bodenfläche für Ausstellungszwecke vorgesehen. Am 4. April 1950 stürzte ein Teil des historischen Innengewölbes ein. Nach einer gutachtlichen Untersuchung mussten alle alten Gewölbe entfernt werden, was einen neuen Plan für die Innenausstattung erforderlich machte. Der Entwurf für den Innenausbau wurde von Harting in Zusammenarbeit mit Scharoun und Hopp erstellt.

Bei der funktionalen Bestimmung als Kulturhistorisches Museum blieb es nicht. Der III. Parteitag hatte „außerordentliche Schwächen auf kulturellem Gebiet“ festgestellt.³⁵⁹ Zur Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse waren alle gesellschaftlichen Organisationen aufgerufen. Nach einem ZK-Beschluss vom 16. August sollte das ehemalige *Zeughaus* zukünftig das Museum für Deutsche Geschichte³⁶⁰ beheimaten. Mitglieder des *Marx-Engels-Institutes* beim ZK der SED sollten für diese Aufgabe ein Konzept ausarbeiten.³⁶¹ Damit ging auch ein Wechsel in der Gestaltungsplanung vor sich: Otto Haesler ersetzte Harting, der als unzuverlässig galt.

³⁵⁸ SAPMO, DY 30 IV 2/ 2/ 74, a.a.O.

³⁵⁹ SAPMO, DY 30 IV 1/ III/ 3, Protokoll des III. Parteitages der SED

³⁶⁰ SAPMO, DY 30 J IV 2/ 2/ 175, Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei

³⁶¹ Ebd.

Der Ausbautwurf des Deutschen Museums zog sich daher bis 1952 hin und war entscheidend durch die neue Architekturdoktrin des *Sozialistischen Realismus* geprägt. Die moderne Innengestaltung, wie sie Hamann befürwortet und Harting in seinen Entwürfen umgesetzt hatte, stand nicht mehr im Kontext der neuen Vorgaben. Das zweite Gebäude, das in der Kulturverordnung von 1950 Erwähnung fand, war die ehemalige Preußische Akademie der Künste. Sie wurde in *Deutsche Akademie der Künste* umbenannt. Ihr Wiederaufbau sollte bis 1952 abgeschlossen sein.³⁶² Dieser Plan kam nie zur Ausführung. 1960 wurde die Ruine des Akademiegebäudes, mit Ausnahme des Seitenflügels, am Pariser Platz beseitigt.

Im Zuge der Schuttbeseitigung am Pariser Platz hatte man mit der Rekonstruktion des Brandenburger Tores begonnen. Die Arbeit stellte sich als sehr schwierig heraus. Wie an vielen Baustellen der Stadt gab es zu wenig qualifizierte Fachleute und kein ausreichendes Finanzierungsbudget. Außerdem fehlten Unterlagen, die für eine vollständige Rekonstruktion notwendig gewesen wären. 1942 war ein Gipsabdruck der Quadriga gemacht worden, der im Westteil der Stadt lagerte. Anfangs gab es Kontaktgespräche zwischen den Ost- und West-Berliner Bürgermeistern Friedrich Ebert und Ernst Reuter, die den Versuch einleiteten, eine gemeinsame Restaurierung des Denkmals bei einer strikten Arbeitsteilung vorzunehmen. Die Rekonstruktion des Bauwerkes fiel in die Zuständigkeit Ostberlins, während für die Restaurierung der Quadriga der Senat zuständig gemacht wurde. Noch vor Aufnahme der Tätigkeiten endete diese Zusammenarbeit. Nach Auffassung von Cullen und Kieling scheiterte dieser Versuch weniger an den politischen Umständen, als an „Preußens Rest- (oder Neu)- Bürokratie“.³⁶³ Am 1. Mai 1950 wurde die beschädigte Quadriga zerlegt und abmontiert.³⁶⁴ In der *Täglichen Rundschau* vom 10. Mai 1950 wurde der Berliner Magistrat zitiert, der die Quadriga solange sicherstellen wollte, bis aufgrund eines ausgeschriebenen Wettbewerbs über die „künftige Gestaltung des Brandenburger Tors entschieden werde.“³⁶⁵ Dieser Wettbewerb kam nie zustande, obgleich es ernstgemeinte Vorschläge gab, die Quadriga durch eine andere Bekrönung zu ersetzen. Während einer

³⁶² SAPMO, DY 30 IV 2/ 2/ 74, a.a.O.

³⁶³ M. S. Cullen / U. Kieling: Das Brandenburger Tor. Ein deutsches Symbol. Berlin 1999, S. 92 f.

³⁶⁴ Lediglich ein Pferdekopf blieb erhalten. Er befindet sich heute im Märkischen Museum. Vgl. , LAB, C-Rep 110/ 2300: Entscheidung über Buntmetall-Depositen bei Staatlichen Museen zu Berlin; Cullen/ Kieling weisen darauf hin, dass möglicherweise beide Köpfe zunächst für Studienzwecke eingelagert worden sind.

³⁶⁵ *Tägliche Rundschau* vom 10. Mai 1950

Arbeitsbesprechung mit dem Minister für Bauwesen, Lothar Bolz, stellte Hans Gericke dem Minister einen Entwurf des Bildhauers Friedrich Werner vor, der einen Vorschlag zur vorläufigen Ausgestaltung des Brandenburger Tores gemacht hatte. Werner wollte während „der Renovierungsarbeiten am Brandenburger Tor Picassos Friedenstaube als vorläufige Bekrönung, desselben im richtigen Ausmaß dazu, als 6 – 8 mtr. Hoch, plastisch aufbauen.“³⁶⁶ Werners Intention war, internationale Resonanz zu erhalten: „In allen Westmächten würde ein Rätselraten einsetzen, sollte das die endgültige architek. Lösung des Brandenburger Tores sein. Ein Streit des für und wider würde zumindest in Westdeutschland einsetzen, um damit auf unserem unbedingten Friedenswillen hinzuweisen.“³⁶⁷ Minister Bolz lehnte diesen Vorschlag ab, da „eine Friedenswerbung, gleichgültig in welcher Form, auf dem eingerüsteten Brandenburger Tor nicht die gewünschte Wirkung haben könnte.“³⁶⁸

Erste Restaurierungsmaßnahmen wurden ab 1951 vom VEB Natur- und Kunststein vorgenommen. Sybille Einholz beurteilt diese Rekonstruktionsmaßnahmen, die vor allen Dingen am Torbau vorgenommen wurden, als unqualifiziert:³⁶⁹ „Bei den Reliefs der Metopen und den Durchfahrten wurden ohne jedes künstlerisch-sensible Gespür zahlreiche Vierungen eingesetzt.“ 1952 wurden die Arbeiten vorläufig eingestellt. Fehlende Sicherheitsmaßnahmen bereiteten eine erschwerte Fortsetzung der Arbeit 1956, da durch Witterungseinflüsse erhebliche Schäden verursacht worden waren. Das 1943 schwer beschädigte sowjetische Botschaftsgebäude war in seiner neuen Gestaltung 1950 fast fertiggestellt. Die Sowjetunion hatte als erste Besatzungsmacht mit der Wiederherstellung des Gebäudes begonnen. Hans Scharoun hatte dafür plädiert, der UdSSR das Baugelände kostenfrei zur Verfügung zu stellen. In einem Brief an Fritz Ebert schrieb er:

„Wenn aber die Zeit noch nicht reif ist, die Dinge auf das Allgemeine hin zu sehen, so liegt doch beim Dienstgebäude der UdSSR ein besonders repräsentativer Fall vor, und die Stadt sollte das größte Interesse haben, diesen Anfang einer neuen Entwicklung besonders zu unterstützen.“

³⁶⁶ BArch, DH2/ A/47, Brief an Walter Ulbricht von Friedrich Werner vom 5. Januar 1951

³⁶⁷ BArch, DH2/ A/ 47, Vorschlag zur vorläufigen Ausgestaltung des Brandenburger Tores von Friedrich Werner

³⁶⁸ BArch, DH2/ A/ 47, Arbeitsbesprechung beim Minister für Bauwesen, 7. Februar 1951

³⁶⁹ Einholz, Sybille: Die historischen Restaurierungen, in: Arenhövel/ Bothe a.a.O., S.157

Es werden ja nicht nur ungeheure materielle Mittel investiert, sondern einer bisher ohne rechte Entwicklung vegetierenden Stadtgegend Impulse in psychologischer Hinsicht gegeben, der sowohl nach der materiellen, als auch nach der psychologischen Seite hin nicht hoch genug veranschlagt werden kann.“³⁷⁰

Gegen die Bebauung der Parzelle 63 hatte sich der Magistrat zur Wehr gesetzt. Mit der Begründung, das russische Gesandtschaftshotel des Architekten Eduard Knobloch sei von historischem Wert, wurde das Gebäude bereits 1947 vom Stadtbaurat Karl Bonatz auf die Denkmalliste gesetzt.³⁷¹ Das Grundstück war aber nicht der einzige Streitpunkt zwischen dem Magistrat und den sowjetischen Bauherren. Es gab unterschiedliche Vorstellungen über die gestalterische Integration des Gebäudes in die Straße Unter den Linden. Der Entwurf des sowjetischen Architekten Anatoli Strijewskis sah einen repräsentativen Gebäudekomplex vor, der aus einer dreiflügeligen Anlage, die einen Ehrenhof umschloss, bestand. Der Mittelteil war mit einem Turmbau versehen. Die noch bestehende alte Bausubstanz sollte ungeachtet ihres Erhaltungszustandes abgerissen werden.³⁷² Strijewski entwarf das Botschaftsgebäude ohne Berücksichtigung des Raumordnungsplans. Er orientierte sich lediglich an der Aufgabenstellung des sowjetischen Ministeriums für Außenhandel. Scharoun hatte sich kritisch dazu geäußert, da der „planende Architekt [...] die Interessen des Auftraggebers“ vertrat, „die sich nicht mit den Forderungen decken“, die in der Aufgabenstellung der Linden eingeschlossen sind“.³⁷³ Für Scharoun setzten die zurückliegenden Seitenflügel und der Ehrenhof eine Zäsur in den historischen Straßenverlauf. Er schlug vor, Heinrich Tessenow an der Weiterentwicklung der Planungen zu beteiligen. Diesen Vorschlag konnte der leitende Architekt Strijewski nicht akzeptieren.³⁷⁴ Schließlich wurde der Streit um das Botschaftsgebäude durch Stalin beendet: Anatoli Strijewski erhielt den Befehl den Entwurf auszuführen.

³⁷⁰ AdK, Berlin, IfB III/ 4.8, Brief von Scharoun an Ebert, 15. Februar 1949

³⁷¹ Ebd.

³⁷² Vgl. U. Müller: Der Wiederaufbau der Straße unter den Linden in der Zeit 1945 – 1949. Berlin 1994

³⁷³ Ebd.

³⁷⁴ Vgl., AdK, Berlin, IfB/ 4, Protokoll eines Gesprächs mit Strijewski und Vertretern des IfBs, 20. Januar 1949

Anatoli Strijewski, der 1949 starb, konnte die Fertigstellung des Botschaftsgebäudes nicht mehr miterleben. Seine Arbeit übernahm Friedrich Skujin. Außerdem beteiligten sich einige deutsche Architekten an der detaillierten Ausführung des Entwurfes. Mit dem sowjetischen Botschaftsgebäude war das erste repräsentative Gebäude Unter den Linden wieder aufgebaut.

Am 8. Februar 1949 erhielt die Universität Unter den Linden den Namen *Humboldt-Universität*. Nachdem bereits seit 1946 Instandsetzungsmaßnahmen am teilzerstörten Westflügel und 1947 die Rekonstruktion der Fassaden am Seitenflügel des Ehrenhofes vorgenommen worden waren, begann man nach Gründung der DDR mit einem konzeptionierten Wiederaufbau. Dafür wurde eine Kommission zur Vorbereitung des Wiederaufbaus gegründet, der namhafte Professoren angehörten.³⁷⁵

Ab 1951 arbeitete man am Mittelbau und am Westflügel. Der Mitteltrakt wurde bei Erhaltung der alten Fassadenstruktur an die neuen Bedürfnisse der Universität angepasst. Der Wiederaufbau der Humboldt-Universität war ein nationales Anliegen. Nicht nur die SMAD hatte ihre Bedeutung betont, auch nach der Gründung der DDR hatte der Wiederaufbau dieser Forschungs- und Lehrstätte Vorrang vor anderen Universitäten des Landes. 1950 wurden für die Berliner Universität acht Millionen Mark bereitgestellt. Im Vergleich dazu sollten die Universität in Leipzig zwei Millionen Mark und andere wie in Jena oder Halle noch weniger Zuschüsse erhalten.³⁷⁶

Von der Humboldt-Universität gingen seit 1949 Spendenaufrufe an die anderen Universitäten und Hochschulen, die sich mit Bau-, Sach- oder Buchspenden an dem Wiederaufbau und der Reorganisation des Universitätsbetriebes beteiligten.³⁷⁷ Mit dieser Aktion bekundeten die Rektoren der Universitäten ihre Solidarität mit der Berliner Lehranstalt.

Ursula Müller weist darauf hin, dass auch im Falle der Universität eine kontroverse Diskussion um Stilfragen ausbrach, die „exemplarisch das herrschende Meinungsbild dieser Zeit“ zeigte.³⁷⁸

³⁷⁵ Vgl.: K. F. Gandert: Vom Prinzenpalais zur Humboldt-Universität. Die historische Entwicklung des Universitätsgebäudes in Berlin mit seinen Gartenanlagen und Denkmälern. Berlin 1985, S.102

³⁷⁶ SAPMO, DY 30 J 2/ 2/ 74, a.a.O.

³⁷⁷ AdHU, VD 4

³⁷⁸ Müller, a.a.O., S. 67

„Der Vertreter der S.M.A. äußerte die Auffassung, dass die „Architektur nicht Ausdruck der vergangenen verbrecherischen Zeit sein“ dürfe, sondern „der neuen Zeit voll Rechnung tragen“ müsse.“³⁷⁹ Dagegen setzte sich der Vertreter der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Maikowski mit der Ansicht durch, der maßvolle Barock lehne sich an bereits klassizistische Formen an. Maikowski blieb hartnäckig und konnte sich gegenüber der SMAD durchsetzen.

Im Jahr des Schlossabrisses hatte Richard Paulick, der für die Konzeption der Linden zuständig war, einen Entwurf zum Wiederaufbau der östlichen Linden und des Friedrichsforums vorgestellt. Am ehemaligen Opernplatz, der seit 1947 Bebelplatz hieß, sollten die begrenzenden Gebäude wiederaufgebaut werden. Dazu gehörten die Staatsoper, die Hedwigskathedrale, das Gebäude der ehemaligen Dresdner Bank und die Alte Bibliothek. Der Plan, die anliegenden Bauten in ihrer ursprünglichen Gestalt wieder aufzubauen, wie es schon unter dem ersten frei gewählten Magistrat vorgesehen war, sollte auch nach der Staatsgründung beibehalten werden. Für die Staatsoper bedeutete das die Entfernung des Bühnenaufbaus und im Falle der ehemaligen Dresdner Bank die Beseitigung der Aufstockung. Für die Hedwigskathedrale war eine Rekonstruktion ohne die Laterne vorgesehen.

Ursprünglich sollte die Staatsoper nicht mehr als Oper genutzt werden, sondern als Konzertsaal. In Hinblick auf die mögliche Neuerrichtung einer neuen Oper als Begrenzung des neuen Aufmarschplatzes war 1950 der Vorschlag aufgekommen, ein Konservatorium in der Lindenoper unterzubringen. Im Ministerium für Aufbau sollen bereits Planungen dazu erstellt worden sein und 200.000 Mark für einen provisorischen Umbau zur Verfügung gestanden haben.³⁸⁰ „Dann hatte auch der Magistrat seinen Wunsch angemeldet, die Lindenoper als Art repräsentatives Gebäude für Gäste und Empfänge auszugestalten [...]“³⁸¹

Die Rekonstruktion der Hedwigskathedrale und der Staatsoper setzte erst 1952 ein. Noch unter Stadtrat Bonatz war 1947 dem Bistum Berlin der Wiederaufbau der Kirche bestätigt worden.³⁸² Das Bistum war zwar an der Wiederherstellung

³⁷⁹ Ebd.

³⁸⁰ Vgl. Otto, a.a.O., S. 285

³⁸¹ Ebd.

³⁸² Diözesanarchiv Berlin (DA) I/ 4-211-25, Betrifft: Hedwigskirche und Magistrat, 2. Dezember 1947

interessiert, aber wohl auf der Basis einer kulturhistorischen Bewertung des Bauwerkes. Der Bevollmächtigte für den Wiederaufbau der Kathedrale, Prälat Dr. Georg Banasch, vermerkte in einer Aktennotiz, dass „die Anlage um die Hedwigkirche auf eine Sicht von 50-100 Jahren gesehen, lediglich ein Provisorium darstelle, da die Hedwigskirche in ihrer Bauart keine Kathedrale sei.“³⁸³ Für die liturgischen Aufgaben schienen die Räumlichkeiten zu klein. Seit 1944 hatte das Bistum beim Magistrat wiederholt Vorschläge für einen Domneubau in Tiergartennähe gemacht. Ein öffentlicher Spendenaufruf und Anfragen an die katholische Kirche in den Westsektoren erwirkten noch mal eine Bezuschussung von 100.000 DM. Auf Grund der schwierigen und instabilen Währungsverhältnisse hatte das Ordinariat Bankkonten im Ostsektor und in den Westsektoren eingerichtet.

Im Auftrag des Ordinariats war ein Gutachten über den Zustand der Hedwigskirche erstellt worden, in dem die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau bestätigt wurden. Die Kosten sollten sich auf ca. 600.000 Reichsmark belaufen. Die Enttrümmerungsarbeiten setzten am 24. Mai 1948 ein. Dafür hatte der Magistrat 100.000 Reichsmark zur Verfügung gestellt.³⁸⁴

Im Einklang mit den anderen historischen Gebäuden am Bebelplatz war die Wiederherstellung der Kuppel der Kathedrale in ihrer alten Gestalt vorgesehen. Aus Mangel an Kupfer sah man eine Bedeckung mit Schiefer oder Dachziegeln vor. Der Beginn des Wiederaufbaus verzögerte sich bis 1952 durch die Teilung Deutschlands. Zuständigkeitsbereiche mussten neu geklärt werden. Nach der Gründung der DDR wurden alle „Rechte an der Ruine [...] der St. Hedwigsgemeinde [...] für die Zeit des Wiederaufbaus auf das Domkapitel übertragen.“³⁸⁵

In Hinblick auf das Pfingsttreffen der FDJ 1950 setzte die SED den Denkmalsturz der ersten Nachkriegsjahre fort. Die Standbilder der Generäle Bülow und Scharnhorst neben der Neuen Wache, die Denkmäler zwischen dem Prinzessinnenpalais und der Staatsoper wurden ebenso entfernt wie das Denkmal Friedrichs des Großen, das Jahrzehnte lang verdeckt im Garten von Sanssouci lagern sollte. Das Reiterstandbild passte nicht in das fortschrittliche Traditionsverständnis und störte bei

³⁸³ DA I/4--211-28, Brief von Banasch an den Magistrat, 5. Dezember 1947

³⁸⁴ Ebd.

³⁸⁵ DA I/4-211-29, Rechtslage des Domkapitels von St. Hedwig als Auftraggeber für die Wiederherstellungsarbeiten an der St. Hedwigskathedrale

Demonstrationen. „Eine wesentliche Erleichterung gegenüber dem Deutschlandtreffen ist schon dadurch gegeben, dass nunmehr die Straße Unter den Linden in ihrer gesamten Ausdehnung für den Aufmarsch zur Verfügung steht, da sowohl die Einschränkung durch die Baustelle der Sowj. Botschaft als auch die Behinderung durch das Denkmal Friedrich des Großen inzwischen behoben sind.“³⁸⁶ Gerhard Strauß veranlasste, die Marmordenkmäler ohne die Sockel den Museen zu überweisen und die Bronzedenkmäler zu verschrotten.³⁸⁷ Durch den Abbau von Denkmälern versuchte man dem herrschenden Mangel an Bunt- und Edelmetallen entgegenzuwirken. Kurz nach dem Krieg hatte eine Sachbearbeiterin der Wirtschaftskommission erklärt: „Sie werden sich daran gewöhnen müssen, Denkmäler aus bronziertem Gips aufzustellen.“³⁸⁸ Nach Gründung der SKK 1951 wurde ein Komitee gegründet, das über die weitere Verwendung der Buntmetall-Dispositionen entscheiden sollte. Die Entscheidung erfolgte nach einer Klassifikation, nach der die einzelnen Objekte eingeteilt wurden.

- „ (1) Nur für Studienzwecke unbedingt zu erhalten
- (2) Vorläufig noch nicht verschrotten, Mitte 1952
neue Überprüfung
- (3) Verschrotten“³⁸⁹

Die Standbilder der Generäle wurden in die Wertstufe I eingeteilt. „Die Kommission ließ sich bei ihren Entscheidungen von dem Gedanken leiten, dass zwar eine Anzahl von Skulpturen (wie Standbilder ehemaliger Generäle, Soldaten usw.) inhaltlich nicht mehr zu vertreten sind, also verschrottet werden könnten, dass aber diese Standbilder von Bildhauern wie Rauch, Schadow, Gaul u.a. geschaffen wurden und demnach für den bildhauerischen Nachwuchs von einer gewissen Bedeutung sind.“³⁹⁰ Andere Standbilder, die neu errichtet werden sollten, wie die „Trauernde“

³⁸⁶ SAPMO, DY 30 IV 2/ 2/ 105, Protokoll der Politbürositzung vom 22. August 1950

³⁸⁷ Vgl. Rodemann, a.a.O., S. 22

³⁸⁸ Ebd.

³⁸⁹ LAB, C-Rep 120/ 2300, Entscheidung über Buntmetall-Depositen bei Staatlichen Museen zu Berlin, 28. Dezember 1951

³⁹⁰ Ebd.

und die „Aufstrebende“ von Prof. Fritz Cremer oder das Stalinbild, sollten wiederum in Bronze gegossen werden.

Das Nationaldenkmal Wilhelms I. an der Schlossfreiheit wurde ebenfalls demontiert. Die Abbauarbeiten begannen am 6. Dezember 1949. „Knapp einen Monat benötigte man, bis das Nationaldenkmal seiner „Edelmetalle“ beraubt war.“³⁹¹ Mit Ausnahme der Löwen von Gaul wurde das Denkmal zum Verschrotten freigegeben.³⁹² Für den großen Aufmarsch der FDJ im Lustgarten war das gesamte Denkmal samt seiner Unterkonstruktion abgebaut und die freiliegenden Gewölbe mit einer Stahlbetondecke verschlossen.³⁹³ Für das Pfingsttreffen wurden die Denkmäler Unter den Linden demontiert, auf die Museumsinsel gebracht „und dort auf einen wirren Haufen abgelegt.“³⁹⁴ Die Sockel wurden mit roten Tüchern verkleidet, auf denen zu lesen war: „Unser Dank dem großen Stalin und allen Sowjetmenschen für die entscheidende Hilfe beim Aufbau unserer deutschen demokratischen Republik“.³⁹⁵ Allgemein dienten die Fassaden der Baudenkmäler häufig zur Anbringung von politischen Plakaten oder Schriftzügen. Die Neue Wache, das Alte Museum und die Humboldt-Universität wurden mit Parolen, die für den Frieden unter der Führung des großen Bruders Sowjetunion warben, behängt. Katja Protte beschreibt anhand der 1. Mai-Kundgebung 1951 die planmäßige Ausschmückung der Straße Unter den Linden: „Die Ruinen und die im Bau befindlichen Gebäude Unter den Linden sollten im östlichen Teil von Agitprop-Aufstellern verdeckt werden.[...] Die Abfolge der zu gestaltenden Themen wurde genau festgelegt;[...] Im unteren Abschnitt der Straße erschienen Themen wie >Die Frau im Fünfjahrplan<, >Das Gesetz der Frau<, >Die Frau im Kampf um den Frieden<, >Aktionseinheit, Grundlage des Friedenskampfes<, >Die Planaufgaben als Friedensaufgaben<, >Kultur- und Sportarbeit als Friedensbeitrag<, das Bündnis >Arbeiter – werktätige Bauern. Arbeiter - Intelligenz<. Der Bereich um die Humboldt-Universität musste von den Studenten selbst zum Thema >Weltfestspiele der Jugend und Studenten< ausgeschmückt werden. Vor der Staatsoper war geplant, die Europäische Arbeiterkonferenz in Form von Einzeldarstellungen der Delegierten mit markanten

³⁹¹ D. Arnold/ I. Arnold: Schlossfreiheit. Berlin 1998, S. 99

³⁹² LAB, C-Rep 120/ 2300, a.a.O.

³⁹³ Arnold, a.a.O., S. 99

³⁹⁴ Rodemann, a.a.O., S. 22

³⁹⁵ Ebd.

Aussprüchen zu präsentieren. Daran anschließend, auf Höhe der Neuen Wache, sollten historische Darstellungen des Friedenskampfes in Berlin [...] aktuellen Beispielen gegenüber gestellt werden [...]. der Bereich vor dem Zeughaus und dem Prinzessinnen-Palais sollte mit der Freundschaft zu >Volksdemokratien< wie Polen beginnen und dann zur >Deutsch-Sowjetischen< Freundschaft überleiten. Als krönender Abschluss dieser Passage waren zur Schlossbrücke hin links Profilbilder von Marx, Engels, Lenin, Stalin und rechts Darstellungen von Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Thälmann vorgesehen.“³⁹⁶

Im Falle der Neuen Wache war das weitere Schicksal noch nicht geklärt. Die FDJ hatte im Februar 1949 die schnelle Beseitigung des ehemaligen Ehrenmals gefordert.³⁹⁷ Der FDGB reagierte darauf mit Ablehnung: „Der Abriss des Schinkelbaues wird unter keinen Umständen gebilligt: Dafür wird vorgeschlagen: Entfernung des Steins und Umwandlung in eine Goethe-Gedenkstätte.“³⁹⁸ Bis zum endgültigen Wiederaufbau der Neuen Wache wurden noch mehrere Vorschläge laut: Reutti berichtete von der Verwendung „ als Torbogen, Buchladen, Antikriegsgedenkstätte, OdF-Denkmal usw.“³⁹⁹ Ein musealer Nutzungsvorschlag kam der Regierung entgegen, da man so den militärischen Charakter dieses Gebäudes überdecken konnte. Die Abwägung, ob kulturelle Nutzung oder politisches Denkmal im Sinne einer antiimperialistischen oder -faschistischen Doktrin, blieb bis 1955 offen. Folgeschwer waren die nicht geleisteten Sicherungsmaßnahmen, die Dammeier in seinem Gutachten 1945 gefordert hatte. Am 12. April 1950 stürzte ein Teil des Portikus ein, wobei Figuren des Giebelreliefs und die Viktorien von Schadow beschädigt wurden. 1951 wurden im Zuge der beginnenden Restaurierungsarbeiten das beschädigte Tympanon und die Viktorien geborgen und der Nationalgalerie übergeben.⁴⁰⁰ Diese ersten Arbeiten an der Neuen Wache hatten einen sehr

³⁹⁶ K. Protte: Zum Beispiel... der 1. Mai 1951 in Ost-Berlin/ Agitation, staatliche Selbstdarstellung und Utopie, in: D. Vorsteher (Hrsg.): Parteauftrag ein neues Deutschland. München/ Berlin 1996, S. 124 f

³⁹⁷ DD: Erklärung des Stadtvorstandes der FDJ vom 10. Februar 1949, zur Entfernung des ehemaligen Ehrenmals Unter den Linden

³⁹⁸ DD: Brief des FDGB, Kulturabteilung Baum, an DR. Bersing zum Ehrenmal Unter den Linden vom 12. März 1949

³⁹⁹ Rodemann, a.a.O., S. 21

⁴⁰⁰ Tietz, a.a.O., S. 79

provisorischen Charakter. Wahrscheinlich waren das fehlende Nutzungskonzept sowie die Materialknappheit verantwortlich für die verhaltenen Sicherungsmaßnahmen. Die wenigen Rekonstruktionsarbeiten am Portikus wurden zum Teil unsachgemäß ausgeführt. Auf eine Instandsetzung des Inneren des Wachgebäudes verzichtete man. Jürgen Tietz beschreibt den Zustand der Wache nach den ersten Baumaßnahmen: „Im Zentrum der Anlage stand der zusammengeschmolzene Granitkubus, flankiert von den Kandelabern, darüber der freie Himmel. Erst die Zerstörung des Zweites Weltkrieges hatten der weihevoll-emotionalisierenden Architektur Tessenows die Eindringlichkeit eines tatsächlichen Erinnerungsmales verliehen.“⁴⁰¹

Der Wiederaufbau der einzelnen Objekte Unter den Linden blieb nach der Staatsgründung der DDR eine zweitrangige Angelegenheit. Im Mittelpunkt der ersten Jahre im neuen Staat stand die Suche nach einem städtebaulichen Leitbild, das den politischen Veränderungen im Land entsprach. Die kritiklose Übernahme des sowjetischen Vorbildes sollte sich bald in den Planungen für den Aufbau Berlins niederschlagen. In dem ersten Fünfjahrplan der Republik nahm der Wiederaufbau der zerstörten Städte bis zum Jahr 1955 die Summe von 4,1 Milliarden DM ein, wovon auf Berlin 1,89 Milliarden DM fallen sollten.⁴⁰² Diese Zahlen machen den Stellenwert deutlich, den der Wiederaufbau Berlins in der Republik einnahm. Der Schwerpunkt wurde auf die neue politische Mitte gelegt, die die Verbindung zwischen dem kulturellen Zentrum Unter den Linden und der Wohnzelle Friedrichshain, dem ersten Bauprojekt im Stile des *Sozialistischen Realismus*, herstellen sollte. Die neue Funktion der Straße Unter den Linden als Aufmarschstraße zum politischen Zentrum stellte die Rekonstruktion der Kulturbauten unter die Fragestellung, inwieweit sie als Kulisse für die vorbeimarschierenden Massen taugten und in das Dogma der neuen „fortschrittlichen“ Kulturdoktrin passten. Dem Abriss des Berliner Schlosses folgte eine Fortsetzung der Diskussion über Handhabung und Gestaltung der Denkmäler. Wie war das Brandenburger Tor in Zukunft zu bekrönen? Inwieweit war der ehemals militaristische Charakter der Neuen Wache zu überdecken? Neben den inhaltlichen Fragen spielten volkswirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Verzögerung des Wiederaufbaus der Kulturobjekte eine große Rolle. Der Mangel an Buntmetallen ließ

⁴⁰¹ Ebd., S. 79 – 80

⁴⁰² *Tägliche Rundschau* vom 24. August.1950

erkennen, dass zukünftig bei der Rekonstruktion der Bauten Kompromisse eingegangen werden mussten. Die Aussicht auf Edelmetalle war nicht selten ausschlaggebend für die Vernichtung eines Denkmals. Im Gegenzug wurden wertvolle Materialien für Standbilder und Bauten verwendet, die im Sinne des *Sozialistischen Realismus* errichtet wurden.

Die SED versuchte ihren Einfluss durch eine gezielte Kaderpolitik durchzusetzen, die aber erst nach der Gründung der DDR zum Tragen kommen konnte. Deutlich war die Unerfahrenheit der SED-Führungskräfte in der Durchsetzung der einzelnen Maßnahmen zu erkennen: die Vorgaben der UdSSR wurden ohne Prüfung der vorgegebenen Verhältnisse übernommen, Großprojekte, wie Wettbewerbsausschreibungen wurden eingestellt oder auf lange Sicht verschoben.

Nach Auskunft von Peter Goralczyk hing diese Diskussion auch mit dem Negieren der Preußischen Geschichte zusammen. Zwar galt Schinkel als ein fortschrittlicher Baumeister, der dem Traditionsverständnis der DDR entsprach, aber Standbilder, die einen viel direkteren ablesbareren Aussagewert hatten, unterlagen strengeren Auswahlkriterien. 1965 beschloss der Ministerrat die Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung einer Konzeption über Geschichtsdenkmäler in Berlin. Ziel war die Überprüfung von Standbildern, die im Krieg eingelagert waren, und die Konzeptionierung neuer Denkmäler, die dem politisch-ideologischen Geschichtsbild der SED entsprachen. Auch hier sollte der Ausdruck eines *Sozialistischen Realismus* zum Tragen kommen. Die ideologische Aufgabenstellung der Denkmäler formulierte die Kommission in ihrer Konzeption: „Das Stadtzentrum wird [...] eine große Anziehungskraft auf die Bevölkerung der Hauptstadt und ihrer Besucher ausüben. Es ist daher notwendig [...] eine die Aufgabe von Städtebau und Architektur ergänzende, vertiefende und konkretisierende Aussage durch Werke der bildenden Kunst zu schaffen.“⁴⁰³ Die neuen Geschichtsdenkmäler sollten einen Gegensatz zu den alten, vornehmlich aus dem 19. Jahrhundert stammenden Denkmälern bilden, die aus Sicht der SED als reaktionär galten: „Die von den früher herrschenden Klassen in Berlin errichteten Denkmäler waren bestimmt, das reaktionäre Geschichtsbild des preußisch-deutschen Reiches und der Hohenzollern-Herrschaft zu formen und zu festigen. Diese Denkmäler sind heute aus dem Stadtbild entfernt. Ihnen ist auch in Zukunft kein Raum mehr zu geben. Eine Ausnahme bilden einige Standbilder, die

⁴⁰³ BArch, DH2/ II/ 07-2/ 14, Konzeption über Geschichtsdenkmäler im Zentrum der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin

der Ehrung progressiver Persönlichkeiten der deutschen Geschichte, besonders aus der Zeit des Befreiungskrieges von 1813 dienen.“⁴⁰⁴ Bereits am 15. Dezember 1959 hatte das Politbüro der Wiederaufstellung der restaurierten Standbilder von Blücher, Scharnhorst, Gneisenau und Yorck in der Parkanlage neben dem Verwaltungsgebäude der deutschen Staatsoper zugestimmt. Aber diese Maßnahme, die 1963 erfolgte hatte keinen sehr offensiven Charakter, zumal sie abseits von der Straße Unter den Linden und mit Einschränkungen versehen, stattfand. Das Politbüro hatte festgelegt: „Die Inschriften werden so verändert, dass nur der Name des Betreffenden sowie das Geburts- und Sterbejahr vermerkt sind. Die preußischen Adler sind von den Standbildern zu entfernen.“⁴⁰⁵

⁴⁰⁴ Ebd.

⁴⁰⁵ SAPMO, DY 30 J IV 2/2A/ 731, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 15. Dezember 1959

4.3. Im Kampf um eine neue deutsche Architektur

Die Ideologisierung der Kultur nahm nach dem III. Parteitag spürbar zu. Nach dem Beschluss des ZK der SED zum Kampf gegen den Formalismus wurde in allen kulturellen Sparten die Frage nach der „wahrhaftigen“ deutschen Kultur geführt.

Der Kampf gegen den Formalismus bedeutete die Abgrenzung zum Imperialismus.

Kurt Liebknecht hatte noch vor dem ZK-Beschluss die Formalismus-Debatte in der Architektur im Februar 1951 in einer Artikelserie im *Neuen Deutschland* losgetreten, die den offensiven Titel: *Im Kampf um eine neue deutsche Architektur* trug. Funktionalismus, Konstruktivismus, Neue Sachlichkeit und den Bauhausstil betitelte Liebknecht darin als „Baukastenstil“, dem er den Klassizismus gegenüberstellte, als „die letzte Architekturperiode in Deutschland, deren Bauwerke eine starke künstlerische Idee trugen und die zur gleichen Zeit ihren Zweck erfüllten.“⁴⁰⁶ In Deutschland habe der Klassizismus wie in allen Ländern Europas nach der Französischen Revolution, als das demokratische Bürgertum Front gegen den Absolutismus machte, eine hohe künstlerische Stufe erreicht. Liebknecht forderte:

- „1. Das Studium des Marxismus-Leninismus als Voraussetzung des Kampfes um eine neue Architektur.
2. Untersuchungen des großen Architekturerbis und in erster Linie der wertvollen nationalen Traditionen in der deutschen Architektur. Dabei müssen die besten Traditionen der Berliner Architektur besondere Berücksichtigung finden.
3. Das Studium der Entwicklung der Sowjetarchitektur durch Übersetzung der wichtigsten Veröffentlichungen auf diesem Gebiet.
4. Zusammenstellung einer Architekturgrammatik über die Lehre von der Harmonie der Proportionen und des Maßstabes zur Erhöhung der Meisterschaft der Architekten.
5. Herausgabe der klassischen Architekturwerke von Palladio, Alberti, Vignola, den großen Meistern der Renaissance und Veröffentlichungen über Klassiker der deutschen Architektur. [...]“⁴⁰⁷

⁴⁰⁶ *Neues Deutschland*, 13. Februar 1951

⁴⁰⁷ Ebd.

Welche Bedeutung dieser Artikel für die Tradierung des nationalen Erbes haben sollte, zeigte sich einen Monat später. Der Schriftsteller Ludwig Renn veröffentlichte im Zentralorgan der SED eine Gegenposition. Renn warf Liebknecht Unsachlichkeit im Umgang mit den kunsthistorischen Begriffen und Unkenntnis über die amerikanische Architektur und das Bauhaus vor. Der Klassizismus sei nicht Ausdruck des demokratischen Bürgertums gewesen. „Die bekannten klassizistischen Bauten von Berlin, die im wesentlichen zwischen dem Schloss und dem Brandenburger Tor liegen, sind meiner Kenntnis nach alle von den Hohenzollern und nicht von protestierenden Bürgern gebaut worden. Sie dienten besonders stumpfsinnigen absolutistischen Herrschern, die durch diesen Prunk wenigstens etwas gelten wollten.“⁴⁰⁸

Liebknecht irrte, wenn er behaupte, „die amerikanische Architektur, wäre Baukastenstil. War er einmal in Washington und hat er dort den stumpfsinnigen, durchaus dekadenten Klassizismus, mit den überall gleichen, überall gleich sinnlosen Säulen gesehen?“ Für Renn war der Klassizismus „eine der typischen epigonenhaften Nachahmungen“⁴⁰⁹ früherer Werke. Das, was Liebknecht in den USA als formalistisch bezeichnet hätte, wäre nur sehr selten vorzufinden. Renn bejahte das Studium der Sowjetarchitektur, aber nicht im Sinne einer Übernahme, sondern durch Veröffentlichungen der Geschichte des sowjetischen Bauwesens unter Einschließung der dazugehörigen Diskussion. In Hinblick auf das nationale Erbe stellte der Autor die Frage: „Gibt es in Deutschland eine nachahmenswerte Architektur-Tradition?“⁴¹⁰ Renn sah sie im Sinne einer Anregung durch eine Analyse der alten Stile. Als vielleicht wichtigste Phase in der deutschen Architekturgeschichte nannte Renn die Periode des Bauhauses. Die schmucklose Bauweise schien ihm in der Nachkriegszeit angesichts der schlechten finanziellen Situation angemessen.

Renns Artikel war kein Beitrag einer öffentlichen Architekturdebatte. Die unmittelbar unter dem Aufsatz verfasste *Stellungnahme des Neuen Deutschland* zeigt, dass Renns Beitrag eher Vorführcharakter besaß. „Wilhelm Girnus, Literaturwissenschaftler und Autor dieser parteilichen Stellungnahme, griff Renn besonders wegen seiner Haltung zum „hundertprozentigen Kosmopolitismus des

⁴⁰⁸ L. Renn: Im Kampf um eine neue deutsche Architektur, in: *Neues Deutschland*, 14. März 1951

⁴⁰⁹ Ebd.

⁴¹⁰ Ebd.

Bauhauses“ an, der „ausgesprochen antinational und kosmopolitisch“ sei.⁴¹¹ Abschließend verurteilte Girnus alle Presseorgane, die „für diesen kosmopolitischen Bauhaus-Stil eine Lanze zu brechen versuchen.“⁴¹² Eine kritische Verarbeitung des nationalen Kulturerbes beträfe auch den Klassizismus. Girnus betonte aber: „Es kommt aber darauf an, welcher Natur die Kritik ist, die an dem Kulturerbe der Vergangenheit geübt wird.“⁴¹³

Die Veröffentlichung vieler Beschlüsse und Artikel, die die Ideologisierung des gesellschaftlichen Lebens thematisierten, bereiteten den Weg für den planmäßigen Aufbau des Sozialismus, den die SED auf ihrer zweiten Parteikonferenz am 9. bis 12. Juli 1952 beschloss. „Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei“⁴¹⁴, die das ZK auf seiner siebten Tagung am 18. bis 20. Oktober 1951 verabredete, sahen eine Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens mit der marxistisch-leninistischen Lehre vor. Die Kritik Renns am Klassizismus war demnach von der falschen politischen Sichtweise erfolgt, da sie zukünftig vom konsequenten Standpunkt des Marxismus-Leninismus zu beleuchten war.⁴¹⁵

Die Inszenierung dieser „öffentlichen Diskussion“ wurde mit Renns „Widerruf“, der unter dem Titel „Unsere Architekturdiskussion und die amerikanischen Gouvernanten“⁴¹⁶ erschien, offensichtlich. Dieser organisierte Meinungsaustausch über Fragen der Architektur⁴¹⁷ diente einer Kampagne, mit der die neuen Ziele im Bauwesen, die wiederum nur Teil einer sozialistischen Gesamtmaschinerie waren, erreicht werden sollten.

Der Wiederaufbau des zentralen Bereiches in Berlin war in die neuen planmäßigen Strukturen des Fünfjahresplanes und der organisierten Ideologisierung der

⁴¹¹ *Neues Deutschland*, 14. März 1951

⁴¹² Ebd.

⁴¹³ Ebd.

⁴¹⁴ SAPMO, DY 30 IV 2/ 2/ 175, Anlage zum Protokoll der Politbürositzung vom 6. November 1951

⁴¹⁵ Vgl. ebd.; in dem ZK Beschluss heißt es: „Es ist notwendig, das opportunistische Verhalten gegen in ideologischen Fragen zu überwinden und alle Fragen konsequent vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus zu beleuchten.“

⁴¹⁶ *Neues Deutschland*, 14. Juli 1951

⁴¹⁷ Vgl. SAPMO, DY 30 IV/ 2/ 906/ 181, Vorlage der Abteilung Kultur des ZK, 29. März 1951; die Diskussion über die neue deutsche Architektur wurde im *Neuen Deutschland* fortgesetzt. Wie bereits in Liebknechts Artikel wurden auch die Architekten kritisiert, die sich noch zu sehr an der Neuen Sachlichkeit, dem Funktionalismus und dem Bauhaus orientierten. Vgl. *Neues Deutschland* vom 8. Juni 1951: *Im Kampf um eine neue deutsche Architektur. Die Diskussion an der Hochschule für angewandte Kunst in Berlin-Weißensee*.

gesellschaftlichen Bereiche eingebunden worden. Zur Fortführung konkreter Planungen sollte ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, in dessen Mittelpunkt „die Gestaltung der Zentralen Achse, die vom Brandenburger Tor über die Straße Unter den Linden, den Marx-Engels-Platz, die Rathausstraße zum Alexanderplatz führt und in die Stalinallee einmündet.“⁴¹⁸ Für das Wettbewerbsprogramm war die *Planungskommission Berlin* verantwortlich gemacht worden, jener Mitarbeiterstab, auf den nach dem III. Parteitag die Zuständigkeiten für den Aufbau des Zentrums übertragen worden war. Der gesamtdeutsche Wettbewerb sollte unter Berücksichtigung der neuen sozialistischen Kulturdoktrin erfolgen, das heißt, die Anknüpfung an und die kritische Verarbeitung von wertvollen Bautraditionen des Landes. Die Ausschreibung erfolgte auf der Basis der *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* und dem *Aufbaugesetz*. Deutlich wurde die verbale Funktion bei der Gestaltung des neuen Zentrums betont: „Die Hauptaufgabe des Wettbewerbs besteht darin, die städtebauliche und architektonische Gestaltung des Marx-Engels-Platzes im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Forderungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen.“⁴¹⁹

Die Straße Unter den Linden wurde in drei Abschnitte eingeteilt:

- a) Pariser Platz bis Wilhelmstraße
- b) Wilhelmstraße bis Charlottenstraße
- c) Charlottenstraße bis ehemalige Schlossbrücke

Im Bereich zwischen der Charlottenstraße und der ehemaligen Schlossbrücke, der für die Denkmalpflege am bedeutendsten war, beschränkte sich die Aufgabe darauf, „Vorschläge für die Beseitigung der in diesem Abschnitt vorhandenen baulichen Verunstaltungen zu machen.“⁴²⁰ Außerdem wurde aufgrund der erforderlichen Verbreiterung der Straße Unter den Linden vorgeschlagen, den Eingang des ehemaligen Kronprinzenpalais zu verlegen.

Das hochrangig besetzte Preisgericht, dem neben Vertretern der SED und Fachleuten aus dem Bauwesen, die drei höchsten Staatsfunktionäre Wilhelm Pieck,

⁴¹⁸ SAPMO, DY 30 NY 4090/ 352, Ausschreibung zum *Wettbewerb Zentrale Achse*

⁴¹⁹ Ebd.

⁴²⁰ Ebd.

Otto Grotewohl und Walther Ulbricht angehörten, zeigt, welche Bedeutung dem Wettbewerb beigemessen wurde.

Dennoch blieb es 1951 bei diesem Wettbewerbsentwurf. Die Durchführung musste bis 1958 verschoben werden. Über die Gründe kann nur spekuliert werden. In Anbetracht der Tatsache, dass seit dem April 1951 der Wettbewerb zur Gestaltung der Stalinallee lief und ein weiterer Wettbewerb in diesem Ausmaß nicht zu bewerkstelligen gewesen wäre, erscheint die Verzögerung nicht verwunderlich. Für die SED war es wichtiger eine repräsentative Straße für die Arbeiter zu bauen, als ein politisches Zentrum zu errichten. Die Partei hätte auf großes Unverständnis stoßen müssen, wenn politische Zentralbauten im Vordergrund der Aufbauarbeiten gestanden hätten. Nach dem Schlossabriss war immerhin eines erreicht: die Definition des politischen Zentrums, wenn auch als Fernziel und die Errichtung einer Aufmarschfläche für politische Masseninszenierungen.

Sicherlich spielte die fehlende Erfahrung der DDR-Regierung in der Durchführung solcher Wettbewerbe eine Rolle. Der Städtebau war ein großes demonstratives Projekt, das nach außen hin viel Wirkung zeigen konnte. Die Architekten in der DDR hatten keine Erfahrung auf dem Gebiet des *Sozialistischen Realismus* gemacht, mussten sich aber, wie die Auseinandersetzung im Neuen Deutschland zeigte, der neuen Doktrin unterordnen. Die Regierung konnte den Verlauf und die Ergebnisse der Wettbewerbe kaum kalkulieren. Der Wettbewerb für die Gestaltung der Stalinallee war eine Art Testlauf.

Neben dem Stadtzentrum wurden noch andere, bereits geplante Ausschreibungen abgesagt. Die unsichere Haltung der SED zeigte sich auch beim Wettbewerb für das Marx-Engels-Denkmal. Auf der vierten Tagung des ZK der SED vom 17. bis 19. Januar 1951 beschloss das ZK auf Antrag des Politbüros im Zuge der Umbenennung des erweiterten Lustgartens in Marx-Engels-Platz die Errichtung eines gleichnamigen Denkmals.⁴²¹ Das Politbüro hatte dem Magistrat bereits im Dezember 1950 den Vorschlag für ein Marx-Engels-Denkmal auf dem ehemaligen Lustgarten unterbreitet. Auch das Preisgericht für dieses Denkmal war hochrangig besetzt. Neben Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht waren noch Friedrich Ebert, Fred Oelßner, Herbert Warnke und Kurt Liebkecht vorgesehen.

⁴²¹ SAPMO, DY 30 IV 2/ 1/92, Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 4 vom 17./ 19. Januar 1951; Marx-Engels-Denkmal in Berlin

Das Denkmal sollte an der Westseite zwischen der Schlossbrücke und der Werderstraße aufgestellt werden, anstelle des FIAPP-Denkmal, das in dem Aufbauplan von 1950 vorgesehen war. Dieser Wechsel geschah sichtbar im Zusammenhang mit der Popularisierung der Werke sozialistischer Persönlichkeiten. Außerdem ging die FIAPP Ende 1950 als Internationale Organisation ihrer Auflösung entgegen.⁴²² In den Wettbewerbsbedingungen für das Denkmal, die vom Politbüro am 15. Mai bestätigt wurden, hieß es: „Die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind die schärfsten Waffen im Kampf um ein friedliebendes, demokratisches und einheitliches Deutschland.“⁴²³ Der Wandel von den antifaschistischen, demokratischen Grundsätzen zur sozialistischen Doktrin zeigte sich auch in der Auswahl und Gestaltung der gewollten Denkmäler. Die Gestaltungsvorgaben sahen Marx und Engels in einer Haltung vor, bei der beide die Hände auf einen Band des Kommunistischen Manifestes legen. Möglicherweise war die Auswertung der 1. Mai-Demonstration ebenfalls ausschlaggebend für einen Standortwechsel des Denkmals. Es war nun „im Blickpunkt der aus der Hauptfeststraße Unter den Linden kommenden Demonstranten“ zu sehen.⁴²⁴ Die neue Position war in der Mitte der Tribüne am Westufer der Spree vorgesehen. Tribüne und Denkmal bildeten so eine „architektonische Einheit“.⁴²⁵ Hinter dem Denkmal sollte sich auf der östlichen Spreeseite ein Hochhauskomplex als zentrale Dominante des Berliner Stadtbildes erstrecken. Trotz des Mangels an Bunt- und Edelmetallen plante das ZK die Figurengruppe aus Bronze zu gießen.

Auch dieser Wettbewerb wurde trotz erfolgter öffentlicher Ankündigung⁴²⁶ nicht ausgeschrieben. Das Politbüro hob am 24. Juli den Beschluss für den internationalen Wettbewerb wieder auf. Flierl sieht die Gründe dafür in einem internen Streit „zwischen Bildhauern und Funktionären über die Größe, die künstlerische Gestalt und die maßgebliche baulich-räumliche Einordnung des Denkmals auf dem viel zu großen Platz“.⁴²⁷ Die Begebenheiten um das Marx-Engels-Denkmal verdeutlichen

⁴²² B. Flierl (b): Der Zentrale Ort in Berlin in: G. Feist/ E. Gillen/ B. Vierendeel: Kunstdokumentation SBZ. 1945 – 1990. Köln 1996, S. 329

⁴²³ SAPMO, DY 30 IV 2/ 2/ 147, Entwurf: Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für das Marx-Engels-Denkmal auf dem Marx-Engels-Platz in Berlin

⁴²⁴ Ebd.

⁴²⁵ Ebd.

⁴²⁶ SAPMO, DY 30 IV 2/ 1/ 92, Kommuniqué der 4.Tagung des ZK der SED am 17., 18. und 19. Januar 1951

⁴²⁷ Flierl (b), a.a.O., S. 330

den Umgang mit den Kunstschaaffenden in dieser Zeit. Sie wurden öffentlich kritisiert, hinter den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen im Land zurück zu bleiben. Mit der Einrichtung der SKK im Juli 1951 hatte die Regierung der DDR eine Institution geschaffen, die die Entwicklung der „fortschrittlichen deutschen Kultur“ forcieren und kontrollieren sollte. Zu den Aufgaben der Kommission im Bereich Kunst gehörte auch die Überprüfung und Bestätigung von Denkmalsentwürfen und Wandmalereien an öffentlichen Gebäuden, wie sie in Anlehnung an den *Sozialistischen Realismus* zur Darstellung von bedeutenden politischen Persönlichkeiten oder Ereignissen geplant waren. Am 12. Februar 1952 wurde die SKK beauftragt, erneut einen Wettbewerb für das Marx-Engels-Denkmal auszuschreiben. Dieses Mal sollten die Künstler bereits in der Wettbewerbsphase enger kontrolliert werden. Das Marx-Engels-Lenin-Institut leistete Hilfestellung bei der Versorgung von biografischem Material für die Künstler. Otto Grotewohl wurde die Konsultation der Künstler bei ihrer Arbeit anvertraut. Dem Wettbewerb war ein Treffen mit den sowjetischen Künstlern S. M. Orlow und Prof. Aljoschin vorausgegangen. Sie hatten scharfe Kritik an dem bisherigen Ablauf in der Denkmalangelegenheit geübt. Sie bemängelten die Form der Ausschreibung des ersten Wettbewerbs, „da keine genauen Angaben über den Standort des Denkmals und über die architektonische Gesamtgestaltung des Platzes [...] gegeben worden war.“⁴²⁸ Ohne eine genaue Kenntnis des Platzes könne keine Ausführung des Denkmals erfolgen. Die bisherigen Entwürfe für das Gelehrtendenkmal hielten Orlow und Aljoschin für unwürdig. Orlow betonte, „dass er nicht einen einzigen Entwurf gesehen habe, der der genialen Größe eines Marx und eines Engels auch nur einigermaßen entspräche.“⁴²⁹ Dafür machte er vor allen Dingen eine ideologische Unreife und noch vorhandene formalistische Auffassung der von den sowjetischen Künstlern besuchten Bildhauer verantwortlich.

Der neue Wettbewerb sah einen Standort für das Denkmal inmitten einer Tribüne vor dem zentralen Hochhaus vor. Da für dieses Bauprojekt noch keine Baugenehmigung vorlag und dem Denkmalprojekt auch weiterhin die wesentlichen Rahmenbedingungen fehlten, scheiterte auch dieser Wettbewerb.⁴³⁰ Bis zum nächsten

⁴²⁸ BArch, DR 1/ 5963, Protokoll über eine Besprechung von Vertretern der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten mit den sowjetischen Künstlern Stalinpreisträger Orlow und Prof. Aljoschin am Montag, dem 11. Februar 1952

⁴²⁹ Ebd.

⁴³⁰ Vgl. Flierl (b), a.a.O., S. 330

Versuch eines städtebaulichen Wettbewerbs zur Gestaltung des Zentrums 1958 blieb das Marx-Engels-Denkmal ein stiefmütterlich behandeltes Projekt.

Die Auseinandersetzungen um das Marx-Engels-Denkmal machen deutlich, dass die neuen Richtlinien im Bauwesen und in der Kultur sowohl vonseiten der SED, als auch von den Kunstschaaffenden nicht richtig verinnerlicht worden waren. Die Maximen im Städtebau und die Doktrin des *Sozialistischen Realismus* war von der Sowjetunion übernommen worden, ohne genaue Kenntnisse darüber zu haben, wie die Praxis aussehen sollte. Selbst in der Sowjetunion hatte man sich dem Idealbild des *Sozialistischen Realismus* im Städtebau nur angenähert.⁴³¹ Die Umsetzung von der Theorie in die Praxis scheiterte auch hier an der Unlösbarkeit der Aufgabenstellung.

Kurt Liebke necht resümierte im Nachhinein: „Es stellte sich aber heraus, dass unsere bildenden Künstler und unsere Architekten einer solchen Debatte noch nicht gewachsen waren. Die Arbeit der Bauakademie befasste sich in den folgenden Jahren noch öfter mit den Fragen des baugebundenen künstlerischen Schaffens, insbesondere im Zentrum der Hauptstadt, da wir damals schon eine Gemeinschaftsarbeit der Architekten mit den bildenden Künstlern für notwendig hielten. [...] Ich bin überzeugt, dass nicht nur manche materielle Voraussetzungen, sondern auch eine echte Bereitschaft für eine solche Zusammenarbeit noch fehlte.“⁴³²

Die Entwürfe zur Gestaltung des zentralen Platzes in Berlin lassen in einem Zeitraum zwischen dem dritten Parteitag der SED im Juli 1950 und der Ausschreibung des Ideenwettbewerbs zur Umgestaltung Berlins im Oktober 1958 eine Entwicklung erkennen, in der das sowjetische Vorbild immer häufiger zum Tragen kam. Die Moskauer Stadtsilhouette war zu dieser Zeit vor allen Dingen durch die sieben Hochhäuser geprägt, die zwischen 1948 und 1954 erbaut worden waren. Zeigen die ersten Entwürfe von Hennig (1950) und Paulick (1950) noch Unsicherheiten im Umgang mit den Anforderungen des *Sozialistischen Realismus*⁴³³, so lassen die weiteren Planungen eine architektonische Nähe zu den Moskauer Hochhäusern, aber auch zur Sowjetischen Botschaft Unter den Linden erkennen. Deutlich ging die

⁴³¹ Vgl. Teil 2/ 4.1.1

⁴³² Liebke necht (a), a.a.O., S. 135

⁴³³ Hennig richtete seinen Entwurf für das zentrale Gebäude nach dem Alten Museum am Lustgarten aus, Paulick griff auf die Moderne zurück, indem er seinem Gebäude die Form mehrerer aneinander gefügte Quader gab.

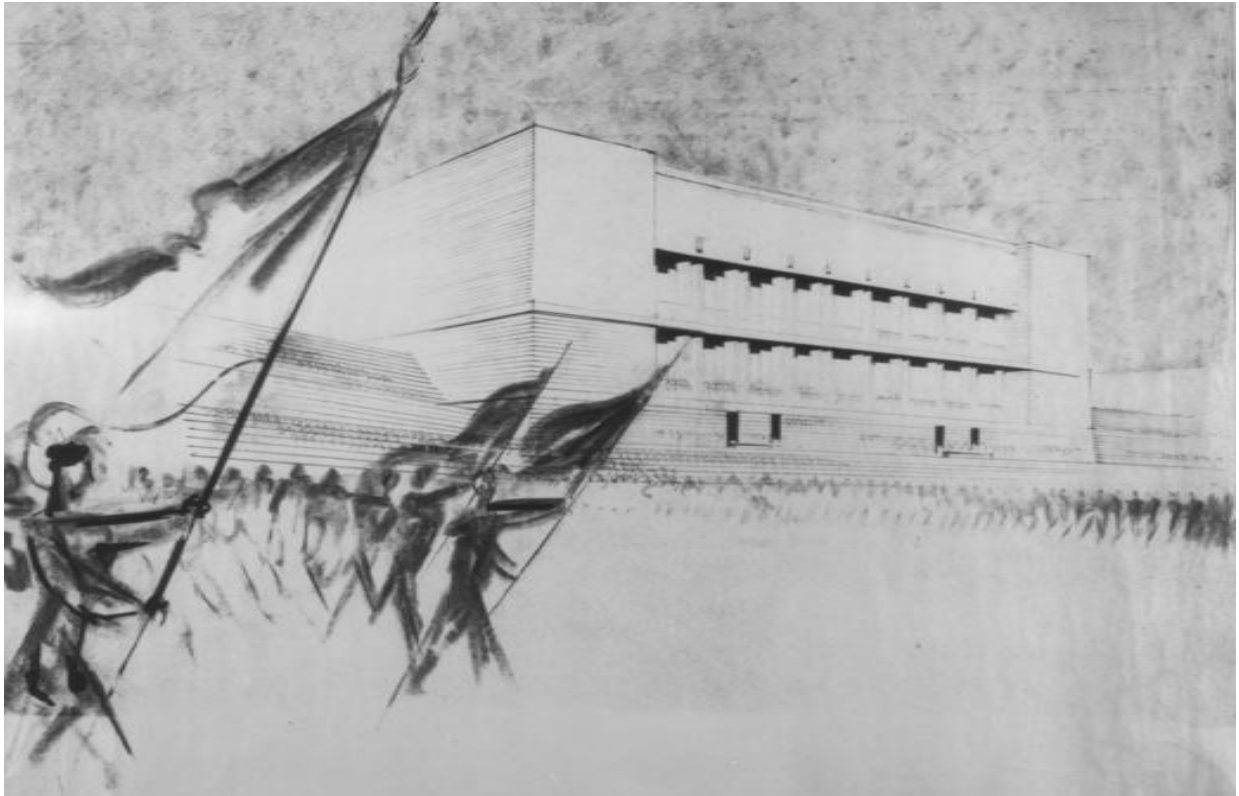
Tendenz zur Stadtdominante, die repräsentativ für die Macht und Stärke des Staates stand. Nicht alle Entwürfe sahen das Gebäude in Sichtachse der Linden vor. Walter Franek entschied sich für den ehemaligen Lustgarten als Aufmarschplatz und ordnete das Regierungsgebäude parallel zur zentralen Achse an. Am stärksten war die Korrespondenz zu den Moskauer Hochhäusern in einem Entwurf von Gerhard Kosel, der 1955 aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrt war, erkennbar. Vor dem zentralen Gebäude hatte Kosel den Pergamonaltar gesetzt, der hier die Funktion der Tribüne einnehmen sollte. Das Phänomen historische Elemente in die gegenwärtige Architektur zu integrieren, war ein sichtbares Zeichen der Wahrhaftigkeit und der Legitimation der eigenen Politik.⁴³⁴



Aufbauplan 1950, Modell

Das Modell zeigt die vorgegebenen Elemente, die der *Neuaufbauplan von Berlin* vorsah: der „bedeutende Baukomplex“ in der Achse der Linden ist hier noch als ein durch mehrere Quader verbundenes Gebäudes vorgesehen. Gegenüber der Tribüne ist das FIAPP-Denkmal platziert

⁴³⁴ Vgl. Teil 2/ 1



Entwurf Hans Scharoun, undatiert

Scharoun konnte nicht mehr ohne Ironie auf die veränderten städtebaulichen Strukturen reagieren. Er, der 1948 gefordert hatte, die Achsen zum Marschieren mit Stumpf und Stil auszurotten⁴³⁵, zeichnete sich selber als Fahnenträger in die vorbeiziehenden Aufmarschkolonnen. © VG Bild-Kunst, Bonn 2011



(Seite 175 unten)

Modell Richard Paulick 1951

Paulick griff die Idee Helmut Hennigs auf, das zentrale Gebäude hinter den östlichen Spreearm zu verlegen. Eine Brücke verband das Gebäude mit dem Marx-Engels-Platz und der anliegenden Tribüne. Deutlich ist hier der Wandel vom Typus Volkshaus zur repräsentativen Hochhausdominante erkennbar.



Modell Walter Franek 1951

Anders als die anderen Entwürfe sah Franek das zentrale Regierungsgebäude nicht in Sichtachse der Linden vor. Mit der Drehung des Gebäudes zur verlängerten Straße unter den Linden, schuf er eine direkte Achse zum Alexanderplatz. Im Gegensatz zu den anderen Entwürfen gewann Franek den Aufmarschplatz durch den Abriss des Berliner Domes.

Es scheint verwunderlich, dass an einem so zentralen Ort der zerstörte Dom nicht ebenso wie das Schloss zum Opfer des Aufmarschplatzes am politischen Zentrum wurde und nur Franeks Entwurf die Beseitigung der Kirche für die Gestaltung des Zentrums vorsah.⁴³⁶ War es wirklich eine Vorsichtsmaßnahme, um einer Ächtung als „Kirchenstürmer“ zu entgehen? Aus einem Schreiben von Hinnerk Scheper an das Amt für Stadtplanung geht hervor, dass zum einen die Denkmalpflege dem Bau keinen künstlerisch-architektonischen Wert zusprach, ein Abriss sich aber erheblich teurer gestaltet hätte als eine Instandsetzung: „Wenn der Bau auch „eines der markantesten Wahrzeichen“ Berlins ist, so kann doch ein architektonisch-künstlerischer Wert nicht zugesprochen werden. [...] Trotzdem haben wir gegen die beabsichtigte Instandsetzung nicht nur keine Bedenken, sondern wir halten sie sogar für wünschenswert. Eine grundlegende Verbesserung der Situation wäre nur bei einem völligen Abbruch des Domes möglich. Ein solcher ist wirtschaftlich untragbar und wird es für lange Zeit hinaus sein.“⁴³⁷

Im November 1948 hatte der Magistrat 100.000 DM zur Abwendung weiterer Schäden am Dom zur Verfügung gestellt. 1949 zerlegte die Firma E. Gisa & Co. die zerstörte Stahlbetonkuppel.⁴³⁸ Am 15. Mai 1950 begannen die Arbeiten an der großen Kuppel. Ende November war eine Zementschicht auf ein Drahtgeflecht aufgetragen. Ab August 1952 montierte der VEB Stahlbau Lichtenberg die Schwedlerkuppe. Danach wurde die Laterne aufgesetzt. Die unter dem Dombaumeister Bernhard Hoffmann vorgenommenen Sicherungsmaßnahmen endeten 1953 mit der provisorischen Schließung der zerstörten Domkuppel.⁴³⁹ „Somit war Ende Juni 1953 die ursprüngliche massive Innenkuppel zur wettergeschützten Außenkuppel geworden, ihre Öffnung im ehemaligen Oberlichtbereich durch eine Stahlkonstruktion geschlossen.“⁴⁴⁰ 1954 versuchte das Domkirchenkollegium eine Baubeihilfe für den Wiederaufbau vom Westberliner Senat zu erhalten. Im Juni wurde ein Zuschuss von 83.100 DM zum Ankauf von

⁴³⁶ Vgl. Durth/ Düwel/ Gutschow (a), a.a.O., auf Seite 236 findet sich eine Abbildung von Franeks Modell, auf dem der Dom erhalten bleibt. Anscheinend hat Franek mit mehreren Varianten gespielt

⁴³⁷ LAB, C-Rep 110/ 914, 11. März 1948

⁴³⁸ R. Hoth (a), Zum Wiederaufbau des Berliner Domes – ein Bericht, in: K.-H. Klingenburg (Hrsg.): Studien zur Berliner Kunstgeschichte. Leipzig 1986, S. 267

⁴³⁹ R. Hoth (b), Der Dom zu Berlin, in: Der Berliner Dom. Geschichte und Gegenwart (=Große Baudenkmäler, Heft 416), S. 6 u. S. 48

⁴⁴⁰ Hoth (b), a.a.O., S. 6; ders. (a), a.a.O., S. 268

Baumaterialien gewährt, wobei der Senat Bedingungen an den Transfer stellte: „Es ist beschlossen worden, dass dem Dom-Kollegium [...] eine Zuschuss [...] gewährt wird mit der Verpflichtung, im Interesse unserer Wirtschaft, Westberliner Erzeugnisse zu verwenden. Bei westdeutschen Erzeugnissen ist die Lieferung einer westdeutschen Handelsfirma zu übertragen.“⁴⁴¹ Das Politbüro hatte unterdessen beschlossen, keine weiteren Mittel für den Wiederaufbau des Doms zu bewilligen.⁴⁴² Inwieweit der Magistrat dieser Bauhilfe zugestimmt hat, ist ungeklärt und geht nicht aus den Akten hervor.

1957 führte das Domkollegium einen Ideenwettbewerb zur äußeren Gestaltung des Domes durch. Da alle eingereichten Entwürfe eine Veränderung der äußeren Gestalt vorsahen, beurteilten die Fachgutachter die Vorschläge zur Ausführung als nicht geeignet, sodass vorerst keine weiteren Baumaßnahmen durchgeführt wurden.⁴⁴³

Anders als beim Dom zeigte die Regierung der DDR Interesse an der katholischen Hedwigskathedrale. Ihr kamen die Planungen für das Zentrum nach dem II. Parteitag zugute. Die Bistumskirche wurde mit einem Betrag von 500.000 DM in den Aufbauplan 1951 aufgenommen. Nach Abschluss der Enttrümmerungsarbeiten 1949 wurde eine Konzeption über die vorrangig auszuführenden Arbeiten aufgestellt. An



**Berliner Dom mit provisorisch
gedeckter Kuppel 1954**

⁴⁴¹ EZB, 107/ 655, Brief des Berliner Senats an Bischof Dibelius vom 8. Juni 1954

⁴⁴² SAPMO, DY 30 J IV/ 2/ 227, Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 28. April 1953

⁴⁴³ Hoth (b), a.a.O., S. 268

einen Innenausbau dachte vorerst niemand.

Das Bistum zeigte, wie der Magistrat, ein kunsthistorisches Interesse an dem Gebäude, wobei das Primärziel die Wiederherstellung der Kuppel zur Unterbindung weiterer Schäden war. Am 6. Oktober 1950 genehmigte der Magistrat die Wiederherstellung der Kuppel. Das Domkapitel, als Auftraggeber, schloss mit dem VEB Bau einen Vertrag über das Bauvorhaben „Stahlbetonkuppel für die Wiederherstellung der St. Hedwigskathedrale zu Berlin“. ⁴⁴⁴

Mit der Aufnahme der Kathedrale in den Bauplan 1951 hatte die Kirche die Unterstützung des Magistrats gewonnen und die formellen Notwendigkeiten für den Wiederaufbau geregelt. Dennoch kam es zu großen Schwierigkeiten. Durch die Sedisvakanz nach dem Tod von Kardinal Freysing, konnten 1951 keine Ausgaben getätigt werden, so dass der in Aussicht gestellte Betrag zum Jahresende 1951 verfiel. Der Wirtschaftsplan 1952 sah drastische Kürzungen vor. Der Gesamtbetrag von 1951 sollte 1952 auf alle katholischen Kirchen im Ostsektor Berlins verteilt werden. Der Magistrat erklärte sich dennoch bereit für die Hedwigskathedrale einen Zuschuss von 100.000 DM bereitzustellen, mit der Auflage ein Eigenkapital von 200.000 DM aufzubringen. Das war eine fast unüberwindliche Forderung, zumal der Gesamtverband der katholischen Kirche nicht in der Lage zu sein schien, finanzielle Unterstützung zu leisten. Dem Domkapitel kam der schwierige Währungstransfer zugute. Domkapitular Dr. Georg Banasch, der mit dem Wiederaufbau beauftragt war, erreichte die Überschreibung der Diözesansteuer 1952/53 an die St. Hedwigs-Kirchengemeinde für den Wiederaufbau, da die Ostmark ohnehin nicht an das Bistum in West-Berlin überwiesen werden konnte. ⁴⁴⁵

Das größte Problem ergab sich aus der Materialknappheit in der DDR und dem Verbot, Buntmetalle ohne eine staatliche Genehmigung zu verwenden. Es mussten neue Wege gesucht werden, um das Bauvorhaben nicht zu gefährden. Banasch versuchte über Anfragen bei westdeutschen Industriellen und der Bundesregierung das Problem zu lösen. Der Magistrat billigte Banasch Aktivitäten, solange es sich um Geschenke aus den Westzonen handelte. ⁴⁴⁶ Diese Haltung wurde nicht durchgängig

⁴⁴⁴ DAB, I/4-211-29, Vertrag über Durchführung von Bauarbeiten

⁴⁴⁵ Vgl. DAB, I/4-211-25, Aktennotiz betr. Hedwigskathedrale

⁴⁴⁶ Vgl. DAB, I/4-211-28, Brief des Domkapitels an den Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen vom 2. April 1951

aufrecht gehalten. Aus dem Schriftverkehr des Domkapitels geht hervor, dass 1953 kurzzeitig Schwierigkeiten im Genehmigungsverfahren für westdeutsche Materialimporte auftraten. Entscheidungen, welcher Werkstoff für die Eindeckung der Kuppel verwendet werden sollte oder ein möglicher Einsatz westdeutscher Baufachleute bei der Rekonstruktion, wurden vom Domkapitel mit Blick auf die politische Lage abgewogen. Dennoch war auch dem Magistrat bewusst, dass die Rekonstruktion der Hedwigskathedrale ohne westliche Hilfe nicht möglich sein würde. Dem Domkapitel wurden weiterhin Einfuhrlizenzen erteilt.

Zur Wiederherrichtung der Kuppel mussten Stahlbetonteile hergestellt werden. Die Qualität der Baumaterialien aus der Ostzone ließ zu wünschen übrig. Ein Bericht des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem bescheinigte eine unzureichende Druckfestigkeit des Ostzementes (200 kg/cm^2) gegenüber dem Zement aus dem Westen (692 kg/cm^2), von dem 120 To importiert wurden.⁴⁴⁷ Für die Rekonstruktion wurden ca. 63 To Betonstahl benötigt. Der Senat von Berlin stellte im Juni 1952 geschenkweise Material, das von den Klöckner Werken geliefert wurde, zur Verfügung.

Auch die Bundesregierung beteiligte sich am Wiederaufbau. Banasch hatte 1952 eine Anfrage in Hinblick auf eine finanzielle Unterstützung gestellt. an das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen gestellt. Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser stimmte grundsätzlich einer Hilfestellung zu, zögerte die Entscheidung jedoch hinaus. Banasch fuhr darauf hin vom 23. bis 31. Juli 1953 in die Bundesrepublik nach Bonn, um vor Ort die Verhandlungen zu führen. In einem Reiseprotokoll erwähnte Banasch das Problem der Zuständigkeiten. Offensichtlich konnten sich die Ministerien der Bundesregierung nicht einigen, aus welchem Etat diese Gelder entnommen werden sollten. Bis 1958 belief sich die finanzielle Unterstützung des Bundeskanzleiamtes, des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen und des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen auf 100.000 Westmark. Dieses Geld wurde vornehmlich für die Eindeckung der Kathedrale verwendet. Außerdem stellte das Ministerium Kontakte zu westdeutschen Großindustriellen her, die bereit waren Kupfer für die Eindeckung der Kathedrale zu spenden. Überlegungen zur Abdeckung der Kuppel hatte das Domkapitel seit 1952 gestellt. Von mehreren Seiten wurde Kupfer gegenüber den billigeren Materialien Schiefer, Biberschwanz oder einer Pappabdeckung bevorzugt. Auch die

⁴⁴⁷ DAB, I/4-211-30, Brief von Banasch an den Senat von Berlin vom 17. August 1953

Denkmalpflege und der Chefarchitekt von Berlin Richard Paulick unterstützten dieses Vorhaben. Die Bundesregierung und der Berliner Senat verhielten sich zurückhaltend bei der Klärung dieser Frage. Banasch protokollierte in einer Kapitelssitzung vom 14. Februar 1953: „Der Senat von Westberlin hat dem Unterzeichnenden gegenüber telefonisch auf Bedenken hingewiesen, die gegen eine Eindeckung mit Kupfer bestehen, namentlich mit Rücksicht auf die politische Lage.“⁴⁴⁸ Die DDR hatte nach der Integration der Bundesrepublik in die europäische Verteidigungsgemeinschaft und der Unterzeichnung des Deutschland Vertrages im Mai 1952 die innerdeutsche Grenze abgeriegelt. Transporte aus der Bundesrepublik waren somit erschwert. Außerdem war das Verhältnis der SED zu den Kirchen seit 1952 deutlich abgekühlt, da diese sich nicht für die parteipolitischen Ziele gewinnen ließen.⁴⁴⁹ Das Domkapitel stellte die Frage der Eindeckung der St. Hedwigs-Kathedrale mit Kupfer zurück. „Die Eindeckung der Kuppel wird erst im August/ September d. J. aktuell. Bis dahin hoffen wir, dass eine Klärung der Lage eingetreten ist, so dass wir um diesen Zeitpunkt herum eine Entscheidung treffen wollen.“⁴⁵⁰ Im Juli 1954 wurde mit der Lieferung des Kupfers begonnen und die Kuppel fertiggestellt.

An das Primärziel der Sicherungsmaßnahmen hatte sich durch die finanzielle Unterstützung aus dem Westen Stück für Stück die weitere Ausgestaltung der Hedwigskathedrale angeschlossen. Domprälat Banasch hatte die Gunst der Stunde erkannt, und das wohlwollende Verhalten des Magistrats genutzt, um Einfuhrlizenzen für die Materiallieferungen zu bekommen. Der Magistrat wiederum schmückte sich in der Öffentlichkeit mit dem Wiederaufbau. Das *Neue Deutschland* berichtete am 1. November 1952 über die Rekonstruktion der Domkuppel, ohne die westliche Unterstützung zu erwähnen: „Wieder ein Beweis dafür, dass unsere demokratische Stadtverwaltung keine Ausgaben scheut, um die den Berlinern wertvollsten Bauwerke wieder in einen repräsentativen Zustand zu versetzen.“ Das Domkapitel hatte mit diesem Repräsentationsbedürfnis der DDR zu kämpfen. Als 1954 die Frage eines staatlichen Kredites in Höhe von 500.000 DM innerhalb des Kapitels erwogen wurde, um die Fortführung der Aufbauarbeiten zu gewährleisten, wurde das zwiespältige Verhältnis zur DDR-Regierung deutlich. Prälat Adolph resümierte in der Kapitelssitzung vom 2. Februar 1954: „Die DDR bekämpft uns im

⁴⁴⁸ DAB, I/4-211-30

⁴⁴⁹ Vgl. K. Schröder: Der SED-Staat. München/ Wien 1998, S. 475

⁴⁵⁰ DAB, I/4-211-30, Brief von Banasch an den Senator für Wirtschaft und Ernährung vom 3. März 1953

kulturellen und kirchlichen Bereich. Es ist peinlich, von der DDR für eine Kirche einen Kredit zu erbitten, wobei man riskiert, dass die DDR dann Propaganda daraus macht, wie sie die Kirchen unterstützt.“⁴⁵¹

Dennoch konnte das Domkapitel mit den Ergebnissen zufrieden sein, in politisch schwierigen und instabilen Jahren den dringendsten Teil des Wiederaufbaus in einer derartigen Qualität vorangetrieben zu haben. Prälat Banasch zögerte nicht an die Bekrönung der Kuppel heranzugehen. Im Juni 1953 hatte er Verhandlungen mit Richard Paulick hinsichtlich dieser Frage geführt: „Der Konservator und der Leiter des Planungsamtes, Prof. Paulick, wünschen die Anbringung der Laterne [...] aus städtebaulichen Gründen.“⁴⁵², schrieb Banasch in einem Brief an den Stadtbaurat von Trier Leitel. Die Laterne gehörte nicht zu der ursprünglichen Gestaltung der Kathedrale. 1950 hatte Paulick noch dafür plädiert, die Bauten des ehemaligen Friedrichsforum in ihrer ursprünglichen Gestalt wieder aufzubauen. Daher verwundert es, dass der Architekt sich drei Jahre später für den Aufsatz der Laterne aussprach. Innerhalb des Domkapitels war dieser Punkt umstritten. Es wurden Sachverständige aus der Bundesrepublik hinzugezogen. Die Zeit drängte, denn im Juni 1955 sollte anlässlich der 25-jährigen Bistumsfeier die äußere Gestalt der Kathedrale wiederhergestellt sein, als quasi „sichtbarer Mittelpunkt“ in dem durch die Teilung Deutschlands zerrissenen Bistums. Bischof Wilhelm Weskamm beschrieb die Situation der Diözese: „Wenn gar jemand fragen sollte, ob die Kathedrale heute am rechten Platz stehe, dem müssten wir sagen: sie steht am *alten* Platz und steht *mitten in Berlin!*“⁴⁵³ Er unterstrich damit die schwierige Situation der Kirche und forderte die Priester und Kirchenangehörigen dazu auf, das „Symbol der Einheit“⁴⁵⁴ mit einer wöchentlichen finanziellen Gabe zu unterstützen, denn nach der Fertigstellung der Kuppel war sowohl vom Magistrat, als auch von den westdeutschen Organen kein Geld mehr zu erwarten. Um dem Kuppelbau die „moscheeartige Gestalt“ zu nehmen, einigte man sich auf die kostengünstigere Lösung eines Kreuzes, das über der mit Glas geschlossenen Kuppel ragen sollte. Heinz Endres konstatierte 1963: „Im Vergleich zur einstigen Holzkonstruktion, die im

⁴⁵¹ DAB, I/4-211-30, Protokoll der Kapitelssitzung vom 2. Februar 1954

⁴⁵² DAB, I/4-211-30, Brief von Banasch an Stadtbaurat Leitel, Trier, vom 18. Juni 1953

⁴⁵³ DAB, I/4-211-25, Brief vom 31. März 1955 von Bischof Weskamm

⁴⁵⁴ Ebd.

Schnitt einen Halbkreis bildete, steigt die jetzige Kuppel höher und verträgt daher nicht die Krönung durch die Laterne.“⁴⁵⁵

Dieser erste Bauabschnitt der St. Hedwigskathedrale zeigt, dass, trotz der unterschiedlichen Intentionen der am Wiederaufbau beteiligten Parteien, ein gemeinsamer Konsens gefunden werden konnte. Der Magistrat billigte die westliche Unterstützung im Interesse der Hauptstadtplanungen, profitierte davon und nutzte die schnelle Rekonstruktion der Außengestaltung im Sinne einer eigenen Profilierung. Das Domkapitel hatte mit diesem ersten Bauabschnitt mehr erreicht, als es im Vergleich zu anderen Wiederaufbauprojekten zu beobachten war.

Die staatliche Förderung der Wiederaufbauprojekte Unter den Linden sah je nach Relevanz sehr unterschiedlich aus. Objekte, bei denen die Bedeutung über ein kulturhistorisches Interesse hinausging, erhielten eine, im Vergleich zu anderen Projekten, bevorzugte Förderung. Dazu gehörte der Komplex Universität, Staatsoper und Bibliothek, für den im Politbüro bereits vor der Staatsgründung eine Kommission eingerichtet worden war. Ihr gehörten Otto Grotewohl, Fritz Ebert, Paul Merker, Anton Ackermann und Hans Jendretzky an.⁴⁵⁶ 1951 wurde die Rekonstruktion der Humboldt-Universität fortgesetzt. In Rivalität zur Freien Universität im Westen der Stadt sollte hier „die geistige Sperrspitze der neuen sozialistischen Gesellschaft“ ausgebildet werden.⁴⁵⁷ Zu den denkmalpflegerischen Aufgaben gehörte der Wiederaufbau des Universitätsgebäudes, die Gestaltung der Gärten und des Ehrenhofes, sowie die Rekonstruktion der Einzäunung, einschließlich der beiden Torhäuschen an der Lindenseite. Nach Fertigstellung des Westflügels begann man 1951 mit dem Wiederaufbau des völlig zerstörten Mitteltraktes. Dafür waren 2.000.000 DM im Investitionsplan 1952 vorgesehen. Verwaltungsdirektor Dewey äußerte Bedenken, dass der zerstörte Ostflügel weiterhin unberücksichtigt blieb: „[...] es besteht die Befürchtung, dass bei einem eventuellen Loslösen oder Einsturz von Ruinentteilen die unter dem Ostflügel liegende Heizungsanlage des Hauptgebäudes in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.“⁴⁵⁸ Insgesamt sorgten finanzielle Engpässe und Zeitmangel für eine Reihe von baulichen Versäumnissen, die sich

⁴⁵⁵ H. Endres: Die St. Hedwigskathedrale in Berlin. Berlin 1963. S. 58

⁴⁵⁶ SAPMO, DY 30/ IV 2/2/15, Protokoll der Politbürositzung vom 8. April 1949

⁴⁵⁷ Engel, a.a.O., S.112

⁴⁵⁸ AdHU, VD 49, Brief von Dewey an den VEB Projektierung Berlin vom 6. Dezember 1949

schon ein paar Jahre später bemerkbar machen sollten.⁴⁵⁹ Obwohl die Universität zu den bevorzugten Vorhaben gehörte, war auch hier spürbar, dass die Aufbaukapazitäten der Stadt von den Projekten in der Stalinallee verschlungen wurden. Alle Ressourcen konzentrierten sich auf dieses ehrgeizige Vorhaben. Selbst die Bevölkerung wurde mit einbezogen. Zur Unterstützung rief das Zentralkomitee 1952 das *Nationale Aufbauprogramm* ins Leben, bei dem die Berliner zu freiwilligen Arbeitseinsätzen und Spenden aufgerufen wurden.

An der Universität sollten bis 1953 „alle repräsentativen Gebäude an der Straße Unter den Linden in weitestgehendem Maße“ fertiggestellt sein.⁴⁶⁰ Das bedeutete, die traditionelle Fassadenarchitektur, einschließlich des Ostflügels, wiederherzustellen. Besondere Aufmerksamkeit kam der Gestaltung der Attika zu. Bis 1945 standen hier sieben Figurenpaare die die Ovidschen Liebschaften der Götter und Heroen darstellten.⁴⁶¹ 1952 sollte eine Kommission für die künstlerische Ausgestaltung des Hauptgebäudes darüber befinden, ob die Sandsteinstatuen auf der Attika rekonstruiert oder neue Skulpturen entworfen werden sollten. Im Volkswirtschaftsplan 1952 waren für die Figuren alleine 400.000 DM aus einem speziellen Kunstfonds, der im Investitionsplan integriert war, veranschlagt worden. Zunächst nahm sich der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands der Frage an, ohne ein befriedigendes Ergebnis zu liefern. Die Idee, entweder die vorhandenen Figuren zu rekonstruieren oder Nachbildungen der Hofkirche in Dresden nach Berlin zu bringen, wurde von der Universität abgelehnt. „Sämtliche versammelten Wissenschaftler waren einmütig der Ansicht, dass keineswegs die Dresdner oder die alten Figuren verwendet werden sollten, sondern es möglich sein müsste, Figuren zu schaffen, die einmal den Charakter des Gebäudes entsprechen und zum anderen die Verhältnisse der heutigen Zeit widerspiegeln.“⁴⁶² Symbolisch sollte die Verbindung der Wissenschaft mit den werktätigen Menschen und die Beziehung zwischen der Architektur des Gebäudes und der Neuzeit dargestellt

⁴⁵⁹ AdHU, VD 84, Brief von Waltraud Volk an den Magistrat von Groß-Berlin vom 3. April 1959

⁴⁶⁰ AdHU, VD 49, Brief von Dewey an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 8. August 1952

⁴⁶¹ Vgl.: Gandert, a.a.O., S.151f; Auf der Attika des Mittelbaus befanden sich Jason und Medea, Peleus und Thetis, Meleager und Atalante. Auf dem vorderen Westflügel standen Bacchus und Ariadne, sowie Merkur und Herse. Der östliche Kopfbau war mit Adonis und Venus und Perseus und Andromeda verziert. Die vierzehn Originalfiguren waren von den Bildhauern J. P. Benckert und J.M.G. Heymüller geschaffen worden

⁴⁶² AdHU, VD 49, Brief von Dewey an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 28. Februar 1953

werden. Die Bildhauer Waldemar Grzimek und Fritz Koelle fertigten Modelle an, die sich mit einer aktuellen Thematik befassten. Diese Versuche blieben ebenso unbefriedigend wie die Idee sechs Sandsteinfiguren vom Berliner Stadtschloss auf die Attika zu setzen.⁴⁶³ Die Universität selber konnte „in eigener Verantwortung nicht über die künstlerischen Belange entscheiden.“⁴⁶⁴ Daher wurde auch in diesem Fall die SKK eingesetzt. Die Zeit drängte, da mit Jahresende die Mittel des Kunstfonds verfielen. Im Mai 1953 entschied die Kunstkommission, „dass die ehemals auf dem Gebäude gewesenen Figuren als Reproduktion hergestellt werden sollten.“⁴⁶⁵ Die Rekonstruktion sollte anhand von Fotos gemacht werden, da keine Bruchstücke der alten Skulpturen geborgen worden waren. Das Denkmalpflegeamt in Berlin wachte darüber, dass zunächst die Gebäudefront an den Linden vervollständigt wurde. Erhaltene Schmuckvasen, die die Attika zierten, wurden von anderen Stellen an die Hauptseite versetzt.

Neben den Figuren wurde über die Gestaltung des Balkongitters verhandelt. Sollte der Adler wieder in das Mittelfeld eingesetzt werden? Auf den Beschluss vom Oktober 1945 zurückgreifend, von „allen öffentlichen Gebäuden [...] Porträts und Embleme“ zu entfernen, „die an die Hohenzollern und alle anderen früher regierenden Häuser, die Militärkaste oder den Nationalsozialismus erinnern“, entschied man sich dagegen.⁴⁶⁶ Der Kunstschmied Fritz Kühn hielt in einem Schreiben an die Universität fest: „Nach langwierigen Verhandlungen wurde schließlich entschieden, dass der Adler nicht wieder eingebaut wird und an seine Stelle ein Ornament tritt [...]“. ⁴⁶⁷

Für den Innenausbau war eine Anpassung an die gegenwärtigen Ansprüche vorgesehen. Im Westflügel entstand ein provisorisches Auditorium Maximum. Der große Saal der Archäologie wurde in kleine Räume umgewandelt.⁴⁶⁸ Außerdem wurden die allgemeine Mensa und die Professorenmensa im Westflügel untergebracht. Der Mittelbau bot neue Möglichkeiten zur Repräsentation. Die Empfangshalle und die zur Gartenseite gelegene Haupttreppe wurde nach dem

⁴⁶³ Vgl.: Gandert, a.a.O., S. 152

⁴⁶⁴ AdHU, VD 49, Brief von Dewey an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 5. Januar 1953

⁴⁶⁵ AdHU, VD 49, Brief von Scherz an das Referat Investitionen vom 12. Mai 1953

⁴⁶⁶ LAB, C-Rep. 100/ 762, Protokoll der Magistratssitzung vom 1. Oktober 1945

⁴⁶⁷ AdHU, VD 49, Brief vom 17. März 1953

⁴⁶⁸ Vgl. Gandert, a.a.O., S 103

Vorbild der *Stalinistischen Architektur* pompös gestaltet. Das Treppenhaus wurde in rotem Marmor gearbeitet. An der Marmorwand des ersten Treppenabsatzes wurde die elfte Feuerbachthese von Karl Marx angebracht: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an sie zu verändern.“

Bis 1958 war, bis auf den Ostflügel, die Universität wiederhergestellt. Seit 1951 zierte die Inschrift Humboldt-Universität in goldenen Buchstaben den Mittelteil des Gebäudes. Die Rekonstruktion der Torhäuschen und die Wiederaufstellung der Denkmäler wurde erst Mitte der sechziger Jahre angegangen. Das einzige Denkmal, das in der Universität aufgestellt wurde, war die Bronzestatue von Karl Marx, die zwischen vor dem Senatssaal gegenüber der Feuerbachthese befand. Sie wurde 1953 von Will Lammert angefertigt.

Mit der Humboldt-Universität hatte die DDR ein bedeutendes Bauwerk der östlichen Linden fertiggestellt. Der Wiederaufbau solcher Großprojekte unterlag dem Spannungsverhältnis zwischen Notwendigkeit und finanziellen Möglichkeiten. Auf der einen Seite schluckten die Bauten immense Kosten, auf der anderen Seite benötigte man das kulturelle Erbe zur Unterstützung des *Sozialistischen Realismus* und dessen Umsetzung in der Stalinallee.

Die SKK war damit beauftragt worden Konzepte für den „Kampf um den Sozialistischen Realismus“ zu entwerfen. In dem Arbeitsplan für das Jahr 1953 der Unterabteilung *Kunstsammlungen und Denkmalpflege* waren die Aufgaben aufgeführt, die für die „schöpferische und kritische Aneignung des kulturellen Erbes“ notwendig waren.⁴⁶⁹ Auffällig war, dass die Klassifizierung der Kulturgüter von nationaler Bedeutung noch erweitert wurde. Innerhalb dieses bereits vorhandenen Rasters bekamen nun die „Kulturdenkmäler von Republikbedeutung“ besondere Beachtung. Diese sollten in eine außerordentliche Liste aufgenommen werden und stärker publiziert werden. Dieser Arbeitsplan war durch eine ideologische Indoktrinierung geprägt, die auch das deutsch-deutsche Verhältnis nicht ungeachtet ließ. So sollten die Museen, die an der Demarkationslinie lagen eine gesonderte Förderung erhalten.⁴⁷⁰

⁴⁶⁹ BArch, DR 1/ 5944

⁴⁷⁰ Ebd.

Im Rahmen der ersten beiden Fünfjahrespläne war vorgesehen die Staatsbibliothek wiederherzustellen. Nach dem Krieg war ihr der Name „Öffentliche Wissenschaftliche Bibliothek“ durch die Sowjetische Militäradministration verliehen worden. Die Bezeichnung lehnte sich an das Vorbild in der Sowjetunion an.⁴⁷¹ Am 29. November 1954 erfolgte die Umbenennung in "Deutsche Staatsbibliothek". Der damalige Hauptdirektor Prof. Dr. Horst Kunze bemerkt dazu: „Das Adjektiv „Deutsche“ ist schließlich als ein politischer Akt dazugesetzt worden, um dem starren Alleinvertretungsanspruch der BRD (Hallsteindoktrin) etwas entgegenzusetzen.“⁴⁷²

Innerhalb des ersten 2-Jahresplanes konnten die Bauarbeiten soweit fortgeführt werden, dass ein laufender Bibliotheksbetrieb aufrecht erhalten werden konnte. Das bedeutete die Instandsetzung sämtlicher Fenster, die Rekonstruktion des Daches, sowie die Inbetriebnahme der Heizung. Im Zuge der Neuorientierung des Hochschulwesens nach der Gründung DDR war die Bibliothek unter das Staatssekretariat für Hochschulwesen unterstellt. Somit unterlag sie nicht mehr dem Verwaltungsbereich des Ministeriums für Volksbildung.

In Anbetracht der vorherrschenden Zerstörung des Hauses und der schlechten wirtschaftlichen Situation, „war die Rekonstruktion von Anfang an auf Funktionstüchtigkeit ausgerichtet; sie hatte auf jeden Fall Vorrang. [...] Pracht und Historizismus wollten und konnten wir uns nicht leisten.“⁴⁷³

Mit dem Einsetzen des 1. Fünfjahresplanes am 1. Januar 1951 begannen für die Staatsbibliothek zunehmende finanzielle Schwierigkeiten, die sich 1953 verdichteten. Das Ziel, den Wiederaufbau des gesamten Gebäudes zu verwirklichen, scheiterte an einer Umdisponierung von Investitionsmitteln, die „für andere Aufgaben im Bereich des Staatssekretariats für Hochschulwesen zu verwenden“ waren.⁴⁷⁴ Daher blieb die Wiederherstellung des Kuppellesesaals aus. Hatte dieser Plan zuvor als die „symbolische Krönung der bisher vollführten Aufbauarbeiten“⁴⁷⁵ gegolten, so konnte man im Jahrbuch 1957 lesen: „Der Hauptlesesaal [...] wurde nach einem anglo-amerikanischen Bombenangriff zu drei Fünftel zerstört. Der statisch unberechenbare

⁴⁷¹ Vgl.: H. Kunze: Zur Baugeschichte der Deutschen Staatsbibliothek 1945-1989, in: Berichte zur Geschichte der Deutschen Staatsbibliothek (=Beiträge aus der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz, Band 4), Berlin 1996, S. 174

⁴⁷² Ebd.

⁴⁷³ Ebd.

⁴⁷⁴ Zehn-Jahres-Bericht, Berlin 1956, S. 26

⁴⁷⁵ E. Paunel: Wiederaufbau, S. 8-9, zitiert in Kunze, a.a.O., S. 173

Kuppelrest [...] stellte nach Ansicht der Bauaufsichtsbehörde eine Gefahrenquelle dar, die beseitigt werden musste.“⁴⁷⁶ Schließlich wurden offiziell die positiven Seiten des Abrisses betont. Man sei nicht mehr an die historische Form des Lesesaals gebunden und könnte auf die spezielleren Bedürfnisse eingehen.

Horst Kunze bemängelt rückschauend das fehlende Interesse der SED am Zustand der Bibliothek: „Er [*der Mangel an Investitionsmittel, d.V.*] hatte [...] seine Ursachen auch in der Unterschätzung der Rolle wissenschaftlicher Bibliotheken für die Wissenschaft sowie – jahrzehntelang von namhaften Hochschullehrern kritisiert - in der Missachtung der Bedeutung der Grundlagenforschung in den „oberen Etagen“ von Partei und Regierung. Aufrufe („Losungen“ genannt) von oben wie, mit Blick auf den Westen, „überholen ohne einzuholen“ haben sich in den Hirnen von Parteifunktionären als verhängnisvoller wiesen.“⁴⁷⁷ Die fehlende Realisierung des Kuppellesesaals und des Lesesaals der Universitätsbibliothek führten über Jahre hinweg zu Widrigkeiten im Benutzerservice, da logistische Ausfälle der Rohrpost- und Büchertransportanlage an diese Großprojekte geknüpft waren.

Das dritte wissenschaftliche Gebäude am ehemaligen Friedrichsforum, die Kommode blieb noch bis 1964 unberücksichtigt. Dennoch hatte sich in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende ein laufender Universitätsbetrieb etabliert, der als ein wesentlicher Bestandteil der sozialistischen Umgestaltung der DDR angesehen wurde.

⁴⁷⁶ Jahresbericht der Deutschen Staatsbibliothek, Berlin 1959, S. 10

⁴⁷⁷ Kunze, a.a.O., S. 174



„National in der Form- sozialistisch im Inhalt“ - klassizistische
Anleihen in der Stalinallee
1953

1952 erschien der Bildband *Deutsche Baukunst in zehn Jahrhunderten*, der von der Deutschen Bauakademie herausgegeben worden war. Er zeigte Bauwerke aus ganz Deutschland, die, laut der Verfasser, „Opfer der anglo-amerikanischen Bombenangriffe des letzten Krieges“ waren.⁴⁷⁸ Als Beitrag der Debatte um eine neue deutsche Architektur leitete eine kleine Abhandlung über die Architekturgeschichte seit der Romanik bis zur Gegenwart in das Buch ein. Im Tenor des ein Jahr zuvor veröffentlichten „Meinungsaustausches“ im *Neuen Deutschland*, wurde auch hier der Klassizismus als „die letzte einheitliche und umfassende baukünstlerische Leistung des Bürgertums“ gepriesen.⁴⁷⁹ Danach folgte der „Verfall der Baukunst“, der im Formalismus endete: „Die seelenlosen und kalten, nur vom Zweck oder der Konstruktion der erdachten Bauten des *Formalismus* sind letzter Ausdruck der

⁴⁷⁸ Deutsche Bauakademie, a.a.O., S.193

⁴⁷⁹ Ebd.: S.14

Entmenslichung des Lebens und der Kunst durch den Imperialismus.“⁴⁸⁰ Die Rettung erfolgte im sozialistischen Teil Deutschlands „ wo sich die Völker unter der Führung der Arbeiterklasse frei gemacht haben und begeistert an der Entfaltung ihrer nationalen Kultur arbeiten“, in Form des *Sozialistischen Realismus*.⁴⁸¹ Wie eng das kulturelle Erbe mit dem *Sozialistischen Realismus* in Verbindung stand, zeigt sich in der Einleitung des Bildbandes. Dort heißt es:

„Deutschland ist reich an Denkmälern der Baukunst, den steinernen Zeugen seiner vielhundertjährigen Geschichte. Gleichviel aus welchem Jahrhundert sie stammen, niemals enthalten die Werke der Architektur nur Vergangenheit, sondern sind immer Bestandteil unserer unmittelbaren Gegenwart, denn wie kein anderes historisches Dokument gehören sie zu unserer täglichen Umgebung. [...] Viele wurden zu Symbolen unserer nationalen Existenz. Ihre Eigenart und Schönheit sind unlösbarer Bestandteil des Heimatbildes und unserem ganzen Volke in Erinnerung.

Wie groß die Kraft ist, die von der Baukunst ausgehen kann, erleben wir eben jetzt am Beispiel der Stalinallee in Berlin. [...] Auch die Tatsache, dass es [*das Bauvorhaben Stalinallee, d.V.*] in der Hauptstadt Deutschlands entsteht, ist von großer Wichtigkeit. Doch beides hätte nicht ausgereicht, die Stalinallee zum Symbol werden zu lassen, wenn die Menschen unseres Volkes in diesen Bauten nicht ihre Heimat wiedergefunden und sich selbst wiedererkannt hätten.“⁴⁸²

Mit der Herausgabe des Buches *Deutsche Bauwerke in zehn Jahrhunderten* versuchte die Bauakademie einerseits dem Bedürfnis vieler Deutscher nachzukommen, die Erinnerung an das deutsche Erbe wachzuhalten, andererseits versuchte sie durch eine Art rekonstruierten Patriotismus die Stalinallee als ein notwendiges Glied in einer Kette zu legitimieren. Die Wiederauferstehung des nationalen Erbes war Voraussetzung für die ersten sozialistischen Projekte wie die Stalinallee, aber auch Eisenhüttenstadt, das nach seiner Namensänderung in

⁴⁸⁰ Ebd., S. 14

⁴⁸¹ Ebd., S. 15

⁴⁸² Ebd., S. 5

Stalinstadt, in der Bauweise an die Vorgaben in der Stalinallee angepasst werden sollte.

Die Begriffserklärungen der einzelnen Stilepochen leisteten Vorarbeit in Hinblick auf den *Sozialistischen Realismus*. Das Beispiel des Klassizismus zeigte den direkten Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Architektur. Einzelne Elemente wurden herausgegriffen, die zur Legitimation des eigenen Handels nützlich waren, eine Polarisierung der Geschichte lieferte die Argumente für den Einsatz des *Sozialistischen Realismus*. So war es nur der „fortschrittliche“ Teil der Bourgeoisie, der auf die Architektur wirkte, beeinflusst durch die „revolutionären Vorgänge“ in Frankreich.⁴⁸³ Außerdem wurde die realistische Formensprache betont, wobei sich die Bedeutung von Realismus aus einer dialektischen Definition ableitet: „Realistische Kunst ist immer die Widerspiegelung einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Situation und Ideologie.“⁴⁸⁴

Zu den klassizistischen Bauten, die in *Deutsche Baukunst* in zehn Jahrhunderten abgebildet waren, gehörten neben der Humboldt-Universität, das Alte Museum, die Deutsche Staatsoper und das Brandenburger Tor, die Neue Wache fand im Text Erwähnung.

Besondere kulturpolitische Bedeutung kam der Staatsoper zu. Bereits in der SBZ hatten die sowjetischen Kulturoffiziere die Wiedereröffnung der Oper im Admiralspalast forciert. Das Interesse der SED an einem Opernhaus zeigte sich in den Planungen für den zentralen Platz von 1951, in denen sich das neue Operngebäude in unmittelbarer Nähe zur politischen Mitte befand. Möglicherweise verwarf die SED diesen Plan, da der Bau des zentralen Hochhauses verschoben worden war. Neue Nutzungskonzepte für das zerstörte Operngebäude Unter den Linden, wie die Umgestaltung zum staatlichen Konservatorium oder Gäste- und Empfangshaus des Berliner Magistrates, wurden verworfen. Nach den Schilderungen von Ernst Kleiber stand der Entschluss zum Wiederaufbau der Lindenoper in Zusammenhang mit der Suche nach einem Generalmusikdirektor. Nach der Währungsreform in West-Berlin waren viele Mitglieder der Staatsoper in den Westen abgewandert. Um dem Konkurrenzdruck zur Städtischen Oper im Westen standhalten zu können, begab sich die Intendanz auf die Suche nach einem Generaldirektor. Nach Absagen von Leo Blech und anderen Dirigenten, wandte sich

⁴⁸³ Ebd., S. 13

⁴⁸⁴ Ebd., S. 211

Intendant Ernst Legal 1948 an den im Brüssel lebenden ehemaligen Generalmusikdirektor der Staatsoper Ernst Kleiber.⁴⁸⁵ Dieser knüpfte seine Zusage an die Bedingung die Knobelsdorffsche Oper Unter den Linden wieder zu errichten. Am 17. Juni 1951 kam es zu einem Gespräch zwischen Wilhelm Pieck und Ernst Kleiber auf Schloss Niederschönhausen. Kleiber hat das Zusammentreffen in einem Brief an seine Frau geschildert: „[...] nun ist der Minister, Legal und auch der Staatssekretär des Präsidenten ganz mit mir, da die Staatsoper genauso wie der alte Fritz sie gebaut hat, wieder auferstehen muss. [...] Herr Pieck ist ganz natürlich, wie der Vorstand eines Kegel-Clubs – schwer begeistert von mir, er sagte: ‚Wenn wir vielleicht damit rechnen dürften, dass Sie uns die neuerstandene ‚Lindenoper‘ einweihen würden‘ – ich sagte: ‚Nicht vielleicht, sondern, wenn Sie sie wieder so aufbauen, wie sie war, ganz bestimmt‘.“⁴⁸⁶

Nach dem Regierungsbeschluss vom 24. Juni 1951 erhielt die Meisterwerkstatt III der Deutschen Bauakademie (DBA) unter der Leitung von Richard Paulick, den Auftrag für die Rekonstruktion der Lindenoper. Mit Paulick hatte man einen Bauleiter gewonnen, der zum einen über Erfahrungen im Bau großer gesellschaftlicher Einrichtungen verfügte und dazu ein zuverlässiger Kader war, der die kulturpolitischen Prämissen des Sozialistischen Realismus in der Öffentlichkeit zu vertreten wusste. In der ersten Ausgabe der Zeitschrift „Deutsche Architektur“ lieferte Paulick die theoretische Einbettung der Opernrekonstruktion in den Kampf um die neue deutsche Architektur. In Anlehnung an den *Sozialistischen Realismus* zählte er die Lindenoper zu den Kulturstätten, „die Höhepunkte einer fortschrittlichen, gesellschaftlichen, geistigen und künstlerischen Entwicklung waren.“⁴⁸⁷ Durch „Erforschen des Knobelsdorffschen Formproblems“⁴⁸⁸ sollten die fortschrittlichen Elemente des Bauwerkes von den Formen des gestaltungs- und kunstfeindlichen Konstruktivismus und Funktionalismus“ herausgearbeitet werden.“⁴⁸⁹ Paulick blieb in seiner historischen Analyse nicht nur bei der äußeren Formensprache Knobelsdorffs, sondern erachtete es als notwendig, besonders diejenigen Wurzeln, die im

⁴⁸⁵ Vgl.: S. Vogt-Schneider: „Staatsoper Unter den Linden“ oder „Deutsche Staatsoper“? Berlin 1998, S. 67 ff

⁴⁸⁶ Vogt-Schneider, a.a.O., S. 71

⁴⁸⁷ R. Paulick: Die künstlerischen Probleme des Wiederaufbaus der Deutschen Staatsoper Unter den Linden, in: Deutsche Architektur 1/1952, S. 30

⁴⁸⁸ Ebd., S. 36

⁴⁸⁹ Ebd., S. 37

ideologischen Überbau seiner Zeit [*Knobelsdorffs, d.V.*] steckten, klarzulegen; festzustellen, woher die Anregung zu dieser neuen Gestalt kamen.“⁴⁹⁰ Paulick selektierte „positive“ Elemente, die auf Knobelsdorff gewirkt haben, wie die englische Aufklärungsphilosophie oder die Auseinandersetzung mit klassischen Architekturtheoretikern, um sie in Verbindung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR zu bringen. Andererseits entfernte Paulick „Elemente“, die durch den Einfluss des preußischen Königs erfolgt waren: „Ich wies schon darauf hin, dass Friedrich II. von Knobelsdorff die Erfüllung bestimmter formaler Wünsche verlangte, dass im Innern der komfortable und elegante ‚französische Stil‘ angewandt werden sollte. So kam es, dass in der ursprünglichen Knobelsdorffschen Fassung die Rokokodekorateure wie Nahl und Hoppenhaupt einen größeren Einfluss ausübten, als die Absichten von Knobelsdorff.“⁴⁹¹ Paulick sah für den neuen Zuschauerraum eine Reduzierung der Formsprache vor, „um hier diejenigen Formen zu Wort kommen zu lassen, die Knobelsdorf“ mehr entsprachen, „als der Innenraum von 1743, in dem die schwere Barock- und Rokokoornamentik die führende Rolle spielte.“⁴⁹²

Für den Wiederaufbau der Staatsoper wurde eine Baukommission gebildet, die sich aus Baufachleuten, Kunsthistorikern, Intendanten und Politikern zusammensetzte, um über die kunsthistorischen und architektonischen Fragen zu beraten.⁴⁹³ Die Lindenoper sollte bis Ende 1953 fertiggestellt sein und am 3. Januar 1954 eröffnet werden. Der Gebäudekomplex gliederte sich in drei Bereiche:

- 1) Operngebäude
- 2) Magazingebäude/ Verwaltungsgebäude
- 3) Werkstätten an der Chausseestraße

Die eigentlichen Baumaßnahmen begannen am 9. Juni 1952. Aufgrund fehlender Konstruktionsunterlagen ging der Bauprozess nur sehr schleppend voran. Bereits

⁴⁹⁰ Ebd., S. 38

⁴⁹¹ Ebd., S. 39

⁴⁹² Ebd.

⁴⁹³ Dazu gehörten Prof. Edmund Colleyn (DBA), Prof. Kurt Liebnecht (DBA), Prof. Willy Courth (Kunsthistoriker), Prof. Kurt Hemmerling (Entwurfsleiter für Bühnentechnik), Helmut Holtzhauer (Staatl. Kommission f. Kunstangelegenheiten), Herr Motzkat, Herr Felsenstein (Intendant) und Ernst Legal (Intendant), Herr Maier (Staatssekretär), vgl. SAPMO, Dy 30 / IV 2/906/287, Bericht über den Stand des Wiederaufbaus der Staatsoper Unter den Linden

zwei Monate nach Baubeginn war die DBA 6 Wochen mit ihren Vorarbeiten in Verzug.⁴⁹⁴ Im ZK wurden die Verzögerungen mit Besorgnis betrachtet. In einem Lagebericht vom 14. Oktober 1952 wurde die Versäumnisse der DBA und des Ministeriums für Aufbau sehr dramatisch dargestellt:

„[...] Die Deutsche Bauakademie begründet den Verzug ihrer Arbeit damit, dass bei den Objekten unvorhergesehene Schwierigkeiten aufgetreten sind [...]. Die Deutsche Bauakademie hätte dementsprechend die Projektierungsarbeiten verlegen müssen.

Erschwerend wirkte sich auch die mangelnde Materialversorgung auf dem Baufortschritt aus. Am 21. August 1952 richteten wir ein Schreiben an Herrn Staatssekretär Leuschner und baten darum, die Lindenoper materialmäßig in die Gruppe I einzugliedern. Erst am 9.1.052 wurde dieser Antrag genehmigt.

Die Deutsche Bauakademie muss verantwortlich gemacht werden für ihr bisheriges säumiges Verhalten. Der Bauzustand der Lindenoper gibt zu den größten Besorgnissen Anlass. [...] Die Staatsoper ist ein politischer Bau. Das geht hervor aus dem Interesse, das die ganze Republik ihr entgegenbringt.

Hier muss also mit größter politischer Verantwortung und hohem politischen Bewusstsein gebaut werden.“⁴⁹⁵

Wie groß das öffentliche Interesse in Zeiten größter Wohnungsnot war der Lindenoper tatsächlich war, lässt sich schwer nachweisen. Der politische Wert der Wiedereröffnung des Opernhauses für die SED ergab sich aus einem interkulturellem Zusammenspiel verschiedener Sparten. Mit einer international anerkannten Persönlichkeit wie Ernst Kleiber und der Rekonstruktion eines bedeutenden Bauwerkes konnte sich die DDR nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene Beachtung verschaffen. Aus diesem Zusammenhang heraus erklärt sich die Empörung des ZKs über die Versäumnisse der DBA erklären. Die Schritte gegen die Bauakademie gingen soweit, Sanktionen zu verhängen. Die Meisterwerkstätten, die für die Entwürfe zuständig waren, wurden aufgelöst und

⁴⁹⁴ Ebd.

⁴⁹⁵ Ebd.

direkt dem Ministerium für Aufbau unterstellt. Die Sonderabteilung ‚Staatsoper‘ in der DBA wurde aufgelöst.

Die gravierenden Umstrukturierungen auf der Planungsebene resultierten auch aus der allgemeinen Kritik am Bauwesen. Auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 hatte Walter Ulbricht besonders die Projektierungsarbeit bemängelt. Die ungenügende Kaderarbeit stand unter Beschuss. Der Austausch von Kadern erfolgte zum Teil ohne Beachtung der beruflichen Kompetenzen. Einzig und alleine Richard Paulick blieb von der Kritik verschont und wurde als eine Art Frontmann beauftragt, die schwierige Lage zu bewältigen: „So wurde festgestellt, dass Prof. Paulick seine ganze Autorität und Überzeugungskraft einsetzen muss, um alle am Opernbau beteiligten Mitarbeiter an dieser Arbeit zu behalten.“⁴⁹⁶

Der Eröffnungstermin am 3. Januar 1955 konnte nicht eingehalten werden. Neben logistischen und personellen Problemen sorgte die Materialknappheit für Verzögerungen. Einen zusätzlichen Schlag erfuhr die Lindenoper durch die plötzliche Kündigung Kleibers. Als Grund gab der Generalmusikdirektor die Änderung der Inschrift über dem Lindenportal an. Nachdem zunächst der ursprüngliche Schriftzug FRIDERICVS REX APOLLINI ET MVSIS an der Front des Opernhauses angebracht worden war, wurde auf Veranlassung von Kurt Liebke die Inschrift durch DEUTSCHE STAATSOPER ersetzt.⁴⁹⁷ „Das plötzliche Herabreißen der Inschrift „FRIDERICVS REX APOLLINI ET MVSIS“ von der Lindenoper empfinde ich als eine Schändung eines eben wiederaufgebauten Monuments.“⁴⁹⁸ Für Kleiber war diese Maßnahme ein politischer Eingriff, der eine künstlerische Weiterarbeit für ihn unmöglich machte. In einem Brief an den neuen Intendanten Max Burghard schrieb er: „Für mich ist dieser Vorfall – nebst anderen Ihnen bekannten Vorkommnissen der letzten Zeit – ein trauriges aber sicheres Symptom, dass – wie im Jahre 1934 – Politik und Propaganda vor der Türe dieses ‚Tempels‘ nicht halt machen werden. [...] Dieselbe oder eine andere ‚Stelle‘, die den wilden Befehl gab, die Inschrift ‚binnen zwei Stunden zu entfernen, wird sich nicht abhalten lassen, in meinen Wirkungskreis einzudringen, und mit Anweisungen oder Richtlinien meine bisher völlig unbeeinflusste Kunstübung zu stören.“⁴⁹⁹

⁴⁹⁶ Ebd.

⁴⁹⁷ Vgl.: Vogt-Schneider, a.a.O., S. 99

⁴⁹⁸ LAB, C-Rep, 167/ 46, Brief von Kleiber an Burghard vom 16. März 1955

⁴⁹⁹ Ebd.

Bei der Eröffnung der Staatsoper am 4. September 1955 verteidigte der Minister für Kultur Johannes R. Becher den Wechsel der Inschrift. Er deutete den Titel *Deutsche Staatsoper* als „Volkes Eigen‘.

Sabine Vogt-Schneider beschreibt die Staatsoper als „eine Art künstlerischen Stadtstaat im Staate.“⁵⁰⁰ Trotz der Integration in das kulturpolitische System der DDR, fungierte die Staatsoper als kulturelle Repräsentantin der DDR im Ausland. In der Eröffnungsrede Bechers klang sogar der gesamtdeutsche Vertretungsanspruch durch. „[...] wir sind überzeugt, dass das ganze Deutschland es ist, das das Wiedererstehen der deutschen Staatsoper als eine nationale Tat, als eine nationale Verpflichtung betrachtet.“⁵⁰¹

Der Wiederaufbau der Staatsoper erfuhr internationale Anerkennung. Lediglich die Sowjetunion übte Kritik an der Ausgestaltung des Gebäudes. Die Richtlinien des *Sozialistischen Realismus* seien nicht streng genug gefasst worden. In einer Niederschrift über ein Gespräch mit dem Direktor des Instituts für Städtebau der Akademie für Architektur in Moskau Prof. Lobowok hielt Hermann Henselmann fest: „Kritische Bemerkungen zum Bau der Staatsoper. Prof. Lobowok erklärt, dass ihn überrascht habe der allzu rokokohafte Charakter besonders der Innenräume der Staatsoper. Er erklärt, dass die sowjetischen Architekten gerade zum Rokoko kein inneres Verhältnis haben. Das gilt für die Sowjet. Menschen überhaupt. Er hat die Befürchtung, dass Prof. Paulick sich zu stark habe von der Wiederherstellung früherer Architekten leiten lassen und die Frage der Gewinnung einer neuen Qualität der Architektur dabei zu kurz gekommen ist.“⁵⁰²

Mit dem Wiederaufbau der Staatsoper hatte die DDR-Regierung eine repräsentative Kulisse für hochrangige Veranstaltungen, wie Staatsempfänge und Parteitage geschaffen. Gleichzeitig bot die Oper einen kulturellen Anziehungspunkt, der der Konkurrenz zu seinem Pendant, der Deutschen Oper im Westen standhalten konnte. Mit dem Aufbau der historischen Bauten hoffte die SED auch eine Attraktivität für westdeutsche Besucher zu schaffen. Gerade in Erwartung größerer Besucherströme anlässlich einer Großveranstaltung oder eines Jubiläums konnten Wiederaufbau-

⁵⁰⁰ Vogt-Schneider, a.a.O., S. 104

⁵⁰¹ BAarch DR 1/ 7855, Johannes R. Becher: Grundstein zu einer deutschen Nationaloper. Festrede auf der Eröffnungsfeierlichkeiten der Deutschen Staatsoper am 4. September 1955

⁵⁰² LAB, C-Rep 101/ 745, Niederschrift über ein Gespräch mit Prof. Lobowok und Prof. Henselmann am 2. November 1953; es gab ständige Besuche von Baufachleuten aus Moskau, die eine Art Beratungsfunktion hatten

planungen forciert werden. Die Fortsetzung der beiden ehemaligen Nationaldenkmäler Brandenburger Tor und der Neuen Wache erfolgte sichtlich in Zusammenhang mit der Internationalen Bauausstellung (IBA), die in 1957 in West-Berlin stattfinden sollte.⁵⁰³ Am 11. Mai 1956 schrieb der Leiter der Abteilung Kultur beim Magistrat Füllerⁱ einen Brief an die stellvertretende Bürgermeisterin Johanna Blecha (SED), in dem er die Notwendigkeit des Fortsetzungsarbeiten an der Neuen Wache betonte: „Die Dringlichkeit des Wiederaufbaues der Neuen Wache wird insofern verstärkt, als bei der 1957 stattfindenden Westberliner Bauausstellung mit einem starken Zustrom Westberliner und westdeutscher Gäste im Gebiet „Unter den Linden“ zu rechnen ist.“⁵⁰⁴ Im September stellten der stellvertretende Oberbürgermeister Waldemar Schmidt und der Chefarchitekt Henselmann einen Beschluss des Magistrates vom 21. September 1956 der Öffentlichkeit vor. Dieser „Plan zur Verschönerung des demokratischen Berlin“ sah unter anderem die Wiederherstellung des Brandenburger Tores und die Umgestaltung der Schinkelschen Wache von einer „nationalen Kultstätte“ zu einem „Mahnmal des Friedens“ vor.⁵⁰⁵ Die gleichzeitige „Verschönerung einiger wichtiger Sektorenübergänge“ zeigte deutlich wer die Adressaten dieses Planes sein sollten. Das Nutzungskonzept für die Neue Wache war über Jahre hinweg umstritten gewesen. Aus den vielen Vorschlägen konzentrierte sich die zentrale Frage heraus, ob man eine politisch neutrale (z.B. Schinkel-Museum) einer ideologisch relevanteren Lösung vorziehen sollte. Der Magistrat tat sich schwer mit diesem Problem, da auch im Fall der Wache die Rechtsträgerschaft ungeklärt war. Treuhänderisch unterstand das Gebäude dem Magistrat, der sich aber aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sah, aufgrund der finanziellen Belastungen die Rechtsträgerschaft zu übernehmen.⁵⁰⁶

⁵⁰³ Nach Cullen/ Kieling, ist im Falle des Rekonstruktionsarbeiten am Brandenburger Tores die zeitliche Nähe zur IBA augenfällig, aber bisher noch nicht nachweisbar ist. Vgl. Cullen/ Kieling, a.a.O., S. 98

⁵⁰⁴ LAB, C-Rep 120/ 1711

⁵⁰⁵ Vgl.: Berlin, Chronik der Jahre 1955-1956 (= Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte, Band 6), Berlin: Heinz Spitzing 1971, S. 589

⁵⁰⁶ Vgl.: LAB, C-Rep 120/ 171, Brief vom 21. April 1956 von Konservator Küttler an den stellv. Abteilungsleiter Krause; Küttler beschreibt in dem Brief die Schwierigkeit der Finanzierung, die „kein Einzelfall“ war und die Frage der Rechtsträgerschaft erheblich erschwerte: „Die benötigten Mittel für die künstlerischen Vorarbeiten in Höhe von DM 10.000.- wurden entgegen der Angabe des Herrn stellvertr. Oberbürgermeisters Fechner von ihm nicht beschafft. Die Denkmalpflege versuchte, die notwendigen Gelder von der Abteilung Finanzen beim Magistrat und von der Plankommission zu erhalten. Nach Mitteilung der Abteilung Finanzen handelt es sich um ein Investvorhaben, für das die Plankommission zuständig sei, während die Plankommission feststellte, dass es sich um kein Investvorhaben handele, und die benötigten Mittel innerhalb des Haushalt-Volumens aufzubringen wären. Ein an den Kulturfonds von Groß-Berlin gerichteter Antrag wurde am 6.3.56 ebenfalls abgelehnt.“

Zur Klärung der Nutzungsfrage war bereits im Januar 1956 eine Kommission zusammengekommen. Bei diesem Treffen zwischen Vertretern des Magistrats und Künstlern hob Konservator Küttler zwei Gesichtspunkte hervor: „Neben der denkmalpflegerischen Aufgabe, die ihre besondere Bedeutung durch die Baumeister Schinkel und Tessenow erhält, besteht die ehemalige und neue Nutzung und inhaltliche Bedeutung des Bauwerkes. [...] Die Hauptaufgabe liegt zweifellos in seiner historischen Bedeutung.“⁵⁰⁷ Mit dieser Feststellung hatte Küttler eindeutig den Standpunkt der Denkmalpflege vertreten, die an der historischen Rekonstruktion⁵⁰⁸ festhielt und somit eine museale Nutzung ausschloss. Schwierigkeiten ergaben sich daraus, die Forderung nach einem „notwenigen neuen Inhalt“ mit konkreten Vorstellungen zu füllen. Eine konkrete Definition dieses Begriffes blieb aus. Die anwesenden Kommissionsmitglieder diskutierten vielmehr welche Symbole auf gar keinen Fall „aus Sicht der neuen gesellschaftlichen Situation“ vertretbar waren.⁵⁰⁹ Zukünftig sollte auf das ehemals vorhandene Kreuz verzichtet werden. Auch der von Ludwig Gies angefertigte Eichenlaubkranz, der seit 1948 fehlte, ließ „an eine Gestaltung in dieser Form“ nicht denken.⁵¹⁰ Für ein weiteres Vorgehen sollten die drei Künstler Bert Heller, Waldemar Grizmek und Voissem Entwürfe anfertigen. Zu diesem Zeitpunkt am 5. Januar 1956 scheint die inhaltliche Entscheidung für eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus noch nicht getroffen worden sein. Am 23. Januar 1956 erwähnte der stellvertretende Leiter der Abteilung Kultur Krause in einem Brief an Fechner eine zweite Besprechung, in der dieser Nutzungsvorschlag konkretisiert worden sein muss. Die Favorisierung des Mahnmal-Plans ist möglicherweise mit dem Hintergrund geschehen, dass die Politisierung der praktischen Denkmalpflege seit 1954 zugenommen hatte. Das zeigte sich in einer verstärkten Personaldiskussion, den Zentralisierungstendenzen in der Denkmalpflege und der Konzentration der praktischen Arbeit auf „Nationale Gedenkstätten“, wie z.B. Buchenwald.

Der offizielle Magistratsbeschluss für ein „Mahnmal für die Opfer des Faschismus“ folgte zwar erst am 21. September 1956, aber im Vorfeld wurden auf der Basis

⁵⁰⁷ LAB, C-Rep 121/ 190, Protokoll einer Besprechung am 4. Januar. 1956 über den Wiederaufbau und die Ausgestaltung der *Neuen Wache*

⁵⁰⁸ Die historischen Rekonstruktionen berücksichtigten dabei auch die baulichen Veränderungen durch Tessenow

⁵⁰⁹ LAB, C-Rep 121/ 190, Protokoll einer Besprechung am 4. Januar 1956 über den Wiederaufbau und die Ausgestaltung der *Neuen Wache*

⁵¹⁰ Ebd.

dieses Nutzungskonzeptes bereits weitreichende Entscheidungen getroffen. Im Juli 1956 kam es zu einem Zusammentreffen zwischen Vertretern der nationalen Kulturverbände (BDA, VBK etc.) und Magistratsmitgliedern, um über einen Wettbewerb für die Gestaltung des neuen Mahnmals zu beraten.⁵¹¹ Der öffentliche Wettbewerb sollte ab dem 15. August zwei Monate anhalten. Aus den eingegangenen Arbeiten waren von einer Jury innerhalb eines Monats drei Entwürfe auszuwählen.⁵¹² Da die Zeit bis zur IBA drängte, mussten bis Ende des Jahres 1956 die Projektierungsarbeiten abgeschlossen sein. Henselmann forcierte in dieser Besprechung die Idee eines gesamtdeutschen Projektes. Sowohl die ausgewählten Bildhauer, als auch der Gutachterrath sollten sich aus ost- und westdeutschen Vertretern zusammensetzen.⁵¹³ Neben „dem wichtigsten Bildhauer für Denkmäler in der DDR *sollten [d.V.]* Fritz Cremer, die Bildhauer Walter Arnold, Richard Scheibe und Ludwig Gies, der den Eichenkranz der Gedächtnisstätte geschaffen hatte, beteiligt werden.“⁵¹⁴ Ferner sah Henselmann einen Gutachterrath unter dem Vorsitz des Institutes für Denkmalpflege vor. Der Chefarchitekt strebte eine Zusammensetzung aus bekannten ost- und westdeutschen Wissenschaftlern an. So sollten neben dem Schinkel-Experten Paul Ortwin Rave, auch Richard Hamann., Willy Kurth sowie Ludwig Justi in den Gutachterrath berufen werden.⁵¹⁵ Der Zeitplan des Wettbewerbes konnte nicht eingehalten werden, da zwischen Henselmann und dem VBK „in einigen Punkten ein Einvernehmen [...] noch nicht hergestellt werden konnte.“⁵¹⁶ Möglicherweise spielte hier die Frage nach einem gesamtdeutschen Wettbewerb eine Rolle. Dokumentiert ist, dass Henselmann mit seinen Plänen auf Widerstand bei der SED stieß. Die stellvertretende

⁵¹¹ LAB, C-Rep, Brief vom 26. Juni 1956 von Blecha an den BDA

⁵¹² Vgl.: LAB, C-Rep 120/ 1711; Protokoll über die Besprechung Wiederaufbau der Neuen Wache am 3. Juli 1956:

„Zusammensetzung der Jury:

1 Vertreter der Ständigen Kommission der Volksvertretung Groß-Berlin

1 Vertreter des Magistrates von Groß-Berlin

1 Vertreter vom Chefarchitekten

1 Vertreter vom Referat Denkmalpflege, Abt. Kultur

2 Vertreter des Verbandes Bildender Künstler Deutschlands

3 Vertreter des Bundes Deutscher Architekten“

⁵¹³ Vgl. Tietz, a.a.O., S. 81

⁵¹⁴ Bei Besprechung über die künstlerische Ausgestaltung der Neuen Wache am 1. Dezember 1956 schlug Henselmann noch Gerhard Marcks vor. Vgl. LAB, C-Rep 120/1711

⁵¹⁵ Ebd.

⁵¹⁶ Lab, C-Rep 120/1711, Brief vom 6. September 1958 von Hennig an Blecha

Bürgermeisterin Johanna Blecha schien mit der Klärung dieser Angelegenheit überfordert zu sein und holte sich Rückhalt bei der SED-Bezirksleitung: „Da dieses Projekt weit über die Belange Berlins hinausreicht, bitte ich, zu den grundsätzlichen Fragen, wie Ausgestaltung und gesamtdeutscher Wettbewerb, um die Meinung der Partei.“⁵¹⁷ Der SED-Bezirkssekretär Paul Wengels rückte in einem Antwortschreiben die politische Dimension dieser Angelegenheit in den Vordergrund. Er lehnte einen gesamtdeutschen Wettbewerb ab. Die Kommission sollte „eine politisch verantwortliche“ sein.⁵¹⁸ Neben den Künstlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sah Wengels einen Vertreter des Westberliner VVN und eine Kriegswitwe vor. Allein der Magistrat habe über die Entwürfe zu entscheiden. Johanna Blecha, die zuvor einen gesamtdeutschen Wettbewerb befürwortet hatte, revidierte ihre Position und sprach sich in einem erneuten Schreiben an Henselmann dafür aus, den Teilnehmerkreis auf Bürger der DDR zu beschränken. Im weiteren Verlauf des Schreibens übernahm sie fast wörtlich die Position Wengels. In der Korrespondenz zwischen dem Magistrat und der SED-Bezirksleitung ist der direkte Einfluss der SED in dieser kulturpolitisch relevanten Angelegenheit deutlich erkennbar. Nicht nur politische Bereiche, sondern auch künstlerische Aspekte, wie die Gestaltung der Neuen Wache wurden ideologisch indoktriniert.

In seinem Schreiben an Blecha nimmt Wengels noch zu einem anderen Objekt Stellung. Bereits im Mai 1956 hatte die Abteilung Kultur im Magistrat die Aufstellung



Der Innenraum der Neuen Wache mit dem geschmolzenen Granitblock

1960

der Generäle vor der Neuen Wache aus Ensemblegründen für unbedingt notwendig erachtet. Wie unklar die Definition eines „neuen Inhaltes“ hinsichtlich der Neuen

⁵¹⁷ LAB, C-Rep 120/1711, Brief vom 12. Dezember 1956 von Blecha an Wengels

⁵¹⁸ LAB, C-Rep, 120/1711, Brief vom 8. Januar 1957 von Wengels an Blecha

Wache war, macht die Position Henselmanns in dieser Frage deutlich. Für ihn standen die Generäle im Widerspruch zu dem „veränderten Inhalt“. ⁵¹⁹ Henselmann schlug stattdessen vor, einen zweiten gesamtdeutschen Wettbewerb auszuschreiben, „für zwei neue Plastiken, welche auf den veränderten Inhalt Bezug nehmen.“ ⁵²⁰ Die SED-Bezirksleitung, namentlich Paul Wengels, nahm keinen Anstoß an den Denkmälern. Wengels schrieb: „Ich sehe keinen Widerspruch zwischen einer nationalen Freiheitsbewegung und dem Kampf um Frieden.“ ⁵²¹

Nach dem Scheitern des Wettbewerbes orientierte man sich wieder an dem Konzept der Denkmalpflege, die für die Zeit des Wiederaufbaus der Wache, die Rechtsträgerschaft übernommen hatte. Anstelle des montierten Kreuzes an der Rückwand des Innenraumes, sollte eine Inschrift angebracht werden. Der Vorschlag Henselmanns das Brecht Zitat „Mütter, lasst Eure Kinder leben!“ zu verwenden, wurde abgelehnt. Das Politbüro bestätigte am 15. Dezember 1959 die Inschrift „Den Opfern des Faschismus und Militarismus“. ⁵²² Weiterhin wurde festgelegt den geschmolzenen Granitblock ohne Inschrift stehen zu lassen, die Kandelaber, die aus alten Kanonenrohren bestanden, durch neue zu ersetzen. Bis zum weiteren Umbau 1969 blieb so die Raumgestaltung Tessenows erhalten. Das Mahnmal wurde zum 8. Mai 1960, dem 15. Jahrestag der Befreiung, für die Öffentlichkeit freigegeben.

Neben der IBA dürfte auch die Konföderationsinitiative der DDR motivierend für den „Plan zur Verschönerung des demokratischen Berlins“ gewesen sein. Gerade die Neue Wache und das Brandenburger Tor ließen sich als gewollte Denkmäler für ein einheitliches Deutschland nutzen, als Symbole für Frieden, Freiheit und gegen den Faschismus.

Bereits eine Woche vor Veröffentlichung des „Planes zur Verschönerung des demokratischen Berlins“ am 14. September 1956 veranlasste der Rat des Stadtbezirks Mitte die Beseitigung von Gefahrenquellen am Brandenburger Tor. Am 23. September erläuterte Chefarchitekt Hermann Henselmann in der *National Zeitung* das Programm. Neben der Neuen Wache war Unter den Linden die Fertigstellung des Brandenburger Tores mitsamt dem Pariser Platzes vorgesehen. In

⁵¹⁹ Vgl.: LAB, C-Rep 120/ 1711, Protokoll einer Besprechung über die künstlerische Ausgestaltung der Neuen Wache am 1. Dezember 1956

⁵²⁰ Ebd.

⁵²¹ LAB, C-Rep 120/ 1711, Brief vom 8. Januar 1957, s.o.

⁵²² SAPMO, DY 30 J IV 2/2/368, Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 15. Dezember 1959

dem Artikel hieß es: „Danach ist für 1956/ 57 die Verschönerung der Gegend vom Potsdamer Platz vorgesehen. Dabei handelt es sich um das Anlegen von Grünanlagen, das Verputzen von Fassaden und Abreißen von Ruinen. An eine Neubebauung ist noch nicht gedacht, da eventuell nach der Wiederherstellung der Einheit Berlins eine Fortführung des Tiergartens möglich ist.“ Zu dieser Zeit bereitete der Senat in West-Berlin einen Wettbewerb für die Neugestaltung Berlins, einschließlich des Zentrums im Ost-Sektor vor. Der Magistrat hatte dieses Unternehmen bis zum Volksaufstand am 24. Oktober 1956 in Ungarn unterstützt, danach aber abrupt die Verhandlungen beendet. Der „Plan zur Verschönerung des demokratischen Berlins“ fiel in einen Zeitraum, in dem das Thema Wiedervereinigung von großer Bedeutung war und für die Bevölkerung auf beiden Seiten sichtbare Zeichen gesucht wurden, um den Willen einer Wiedervereinigung zu demonstrieren. Das lief nicht ohne Spannungen ab, wie sich am Beispiel des Brandenburger Tores zeigte. Zum einen mussten die 1950 abgebrochenen Verhandlungen mit dem Senat wieder aufgenommen werden, zum anderen wollte man die Fäden nicht ganz aus der Hand geben, zumal der Senat mit dem Städtebauwettbewerb einen entscheidenden Schritt in Richtung zur Neugestaltung Berlins unternommen hatte. Am 22. September 1956 forderte der Magistrat vom Senat die leihweise Herausgabe der Abdrücke der Quadriga, die im westlichen Dahlem lagerten. Mit der Wiederherstellung der Quadriga in der DDR erhoffte man sich „eine kunsthandwerkliche Leistung zu vollbringen, die eine internationale Beachtung finden wird, ähnlich der Wiederherstellung der Oper.“⁵²³

Der Senat ging nicht auf die Forderung des Magistrates ein, sondern plädierte für eine Zweiteilung der Arbeit, wie sie bereits 1950 vorgesehen war: die Zuständigkeit für die Rekonstruktion der Quadriga sollte in die Hände des Senats fallen, die Wiederherstellung des Bauwerkes dem Magistrat zugeordnet werden. Die Symbolik des Brandenburger Tores mitsamt der Quadriga wurde auch vom Senat hoch eingeschätzt, so dass der Senat den Vorteil über die Gipsabdrücke verfügen zu können, für seine Interessen nutzen konnte. Die Übergabe der Figurengruppe sollte nach Fertigstellung des Bauwerkes erfolgen. Im Zuge der nötigen Ost-west-Verhandlungen sah der Senat vor, diesen Kontakt für weitergehende innerpolitische Anliegen zu nutzen. Der Kontaktbeauftragte Kraft wurde beauftragt, neben den Gesprächen über die Rekonstruktion der Quadriga „auch praktische Fragen zu

⁵²³ LAB, C-Rep 110-01/ 51, „Das Viergespann mit der Göttin des Friedens auf dem Brandenburger Tor“, Hans Kies, Verband Bildender Künstler Deutschlands, Bezirksleitung Berlin, 5. Okt. 1956

erörtern, deren Lösung das Leben der Bevölkerung erleichtern könnte“. Wie der Tagespiegel am 30. September 1956 meldete, war damit vorrangig an die Wiederherstellung der Telefonverbindungen zwischen Ost- und West-Berlin gedacht. Am 7. Januar bewilligte der Senat 250 000 DM für den originalgetreuen Nachbau der Quadriga. Mit dem Senatsbeschluss setzte eine lang anhaltende Auseinandersetzung zwischen West- und Ost-Berlin ein, an der sich auch die Presse beteiligte. Der Magistrat beharrte auf seinen rechtmäßigen Anspruch auf das Denkmal und setzte zugleich die Instandsetzung des Torbaus in Gang. Neben den noch immer vorhandenen Kriegs- und Verwitterungsschäden, musste die Beseitigung der Rekonstruktionsmängel aus den Jahren 1951/ 52 vorgenommen werden, wozu ein Großteil der Metopen gehörte. Aber auch bei diesen Maßnahmen schien man vom denkmalpflegerischen Konzept einer original getreuen Nachbildung abzuweichen. Wissenschaftler des Institutes für Theorie und Geschichte der Baukunst bemängelten in einem Brief an das Ministerium für Kultur die unsachgemäße Instandsetzung des Brandenburger Tores und der Neuen Wache: „Leider werden [...] bei diesen Arbeiten wichtige Belange der Denkmalpflege insofern negiert, als hierbei [...], entgegen denkmalpflegerischen Bestrebungen, die gesamte historische Oberfläche in ihrer Struktur abgearbeitet und verändert wird, so dass diese Denkmale damit praktisch Neubauten mit neuen Proportionen gleichen, die im Widerspruch zu den Proportionen der echten historischen Bauten stehen.“⁵²⁴

Als sich abzeichnete, dass der vereinbarte Übergabetermin für die Quadriga vom Senat nicht eingehalten werden konnte, nutzte der Magistrat diese Situation für eine öffentliche Selbstdarstellung. In der National-Zeitung vom 5. Mai 1957 war zu lesen: „In einem Antwortschreiben an den Westberliner Senatsrat Kraft stellt der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Stadtrat Schmidt, fest, dass die vom Senat verursachte Zerteilung der Arbeiten am Brandenburger Tor zu Schwierigkeiten geführt habe. [...] Der Magistrat erachte es daher für notwendig, [...] dass er als einheitliche Aufgabe die Wiederherstellung des im demokratischen Berlin gelegenen Brandenburger Tores einschließlich der Quadriga übernimmt.“ Tatsächlich hielt sich die Ost-Berliner Seite an den Termin-Plan. Lediglich die Baumaßnahmen an den Torhäuschen dauerten noch bis 1958 an. Aufgrund der fehlenden Anschlussbauten am Pariser Platz erhielten die Torhäuschen an den freistehenden Außenseiten Säulenreihen. Am 30. Oktober erfolgte die Abnahme durch den künstlerischen

⁵²⁴ BAArch, DH1/ 39056, Brief von Mütther, Boecking und Zschellentschky an Heese, 6. Juni 1957

Berater Richard Horn (Bildhauer) und der Denkmalpflegerin Waltraud Volk. Am 14. Dezember 1957 wurde die Richtkrone auf das Tor gesetzt.

Die Fertigstellung der Quadriga hielt bis zum Sommer des folgenden Jahres an. Am 1. August 1958 transportierte ein Tieflader die Siegesgöttin zum Pariser Platz. Das Pferdegespann folgte am nächsten Tag. Nach Cullen/ Kieling verlief die Übergabe unspektakulär. „Abseits von Zuschauermassen tauschten Wolfram Korwiarz, Leiter des Amtes für Denkmalpflege beim Senat, und der Magistratsbeauftragte, Baudirektor Willy Mayer, formlos die Übergabedokumente.“⁵²⁵ Dagegen wurde dem Ereignis in der Presse große Bedeutung zugemessen. Der Tagespiegel nannte die Fahrt der Quadriga zum Pariser Platz einen Triumphzug. Die Berliner Zeitung verurteilte, dass die Viktoria ohne vorherige Ankündigung ausgehändigt worden sei und zitierte die Aufbauleitung, „dass sie sich keine Termine für die Aufstellung aus West-Berlin diktieren lasse.“⁵²⁶ Die Auseinandersetzung nahm ihren Höhepunkt nach dem 3. August 1958. Die Quadriga konnte nicht sofort montiert werden, da die Maße der Bohrlöcher auf dem Tor nicht mit den Figuren übereinstimmte. Der Magistrat veranlasste die Figurengruppe in der Nacht des 3. Augustes aus Sicherheitsgründen in den Hof des Alten Marstalls zu bringen. Der Senat reagierte mit Empörung und warf dem Magistrat in einer öffentlichen Erklärung vor, einen Bruch der gemeinsamen Vereinbarung begangen zu haben. Die westliche Presse mutmaßte: „Wird die Quadriga rot angestrichen“, und „stimmt es, dass man der Viktoria eine rote Fahne in die Hand geben will?“⁵²⁷ Auch wenn die rote Fahne nicht zum Thema wurde, so wurden die Symbole, die die Parierstange der Quadriga schmückten, in Ost-Berlin diskutiert. In einem Aufruf forderte die Berliner Zeitung ihre Leser auf zur Frage der Symbole Stellung zu beziehen. Sollte man die vom Faschismus missbrauchten Symbole Adler und Eisernes Kreuz entfernen? In den folgenden Tagen wurden zwar die Meinungen sowohl das Für und Wider veröffentlicht, aber die abgedruckten Äußerungen tendierten eindeutig gegen die Zeichen. Inwieweit sich hier tatsächlich die Meinung der Berliner Bevölkerung widerspiegelte, lässt sich nicht nachweisen.

In einer Sitzung vom 2. September 1958 beauftragte das höchste Parteigremium einen Entwurf für die Parierstange der Friedensgöttin vorzulegen, der dem

⁵²⁵ Cullen/ Kieling, a.a.O., S. 102

⁵²⁶ Berliner Zeitung vom 2. August 1958

⁵²⁷ zitiert in Cullen/ Kieling, a.a.O., S. 102 f

Schadowschen Entwurf am nächsten kam und gab gleichzeitig die Empfehlung ab, das Eiserne Kreuz zu entfernen.⁵²⁸ Die Politbürovorlage des Magistrates wurde vom Politbüro am 5. September 1958 genehmigt. Darin hieß es. „Der neue Entwurf für die Parierstange kommt dem seinerzeitigen Entwurf von Schadow am nächsten, während bekanntlich das Eiserne Kreuz nach einer Zeichnung von Schinkel erst nach den Befreiungskriegen angebracht wurde. Da es sich hierbei um die Nachbildung des Eisernen Kreuzes von Schinkel handelt, wird vorgeschlagen, es, nachdem es aus dem Kreuz entfernt ist, dem Museum für Deutsche Geschichte zu übergeben.“ Das Politbüro griff damit auf einen Beschluss von 1946 zurück, militärische Symbole zu entsorgen, sie im Zweifelsfall aber in eine Magazin aufzubewahren. Am 15. September beschloss der Magistrat die Wiederaufstellung der Quadriga, am Tag darauf folgte die Begründung für die Entfernung der Symbole im Stab der Quadriga: auf dem Brandenburger Tor sei kein Platz für Hakenkreuze, Eiserne Kreuze und Preußenadler.

Vor der endgültigen Montage am 22. September musste noch die Korrektur der Befestigungspunkte vorgenommen werden. Am 22. September wurden zunächst der Streitwagen und dann die Siegesgöttin montiert. Der Richtspruch nahm die gegenwärtige Wiedervereinigungskampagne auf:

„Nun hat Berlin sein Wahrzeichen wieder,
das einst zerstört ein sinnloser Krieg.
Und nun Berliner kämpft gemeinsam für den Frieden,
damit es zerstöre kein neuer Krieg.
Mögen dahinter die Grenzen fallen,
die die Deutschen trennen in Ost und West,
damit wir unter diesem Tor bald feiern
ein herrliches Friedensfest:
Möge dieses Bauwerk Generationen überdauern
Und für immer ein Tor des Friedens sein.“⁵²⁹

Mit der Fertigstellung des Brandenburger Tores war ein Anfangspunkt des großen Aufmarschgebietes markiert, das sich über die Straße unter den Linden bis zum

⁵²⁸ Vgl. SAPMO Dy 30 JIV 2/2/608, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 2. September 1958

⁵²⁹ M. Cullen/ U. Kielsing, a.a.O., S. 104

Ende der Stalinallee erstreckt. Die beiden Straßenzüge bildeten nicht nur eine zusammenhängende Einheit als Aufmarschstraßen zum politischen Zentrum, sondern verkörperten ein Art Symbiose, wobei die Linden als Traditionsträgerin die städtebauliche Voraussetzung für die Stalinallee waren. Das änderte sich nach dem Tod Stalins am 5. März und dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953. Der Tod des Diktators hatte aufgrund der unklaren Machtverhältnisse in der Sowjetunion zunächst Orientierungslosigkeit innerhalb der SED hervorgerufen. Welche Deutschlandpolitik visierten die drei potentiellen Nachfolger Stalins Ministerpräsident Georgi Malenkov, Geheimdienstchef Lawrentij Berija und Parteichef Nikita Chruschtschow an? Eine Erneuerung der *Stalin-Note*, die eine Wiedervereinigung und politische Neutralität Deutschlands zur Folge gehabt hätte, entzog der SED ihre Basis. Außerdem hatte die Sowjetunion deutlich gemacht keine weiteren finanziellen und materiellen Hilfen mehr zu leisten.⁵³⁰ Die SED-Führung versuchte den wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Normerhöhungen entgegenzuwirken. Auf die Forderung der Moskauer Führungsspitze hin, den planmäßigen „Aufbau des Sozialismus“ zu korrigieren und auch in der Deutschlandfrage eine „offenere Haltung anzunehmen“, reagierte die SED mit einem „Neuen Kurs“, den sie am 9. Juni 1953 verkündete. Die Staats- und Parteiführung räumte Versäumnisse und Fehler ein, die in Form von Korrekturen im Fünfjahresplan sowie eine Verbesserung der Lebensverhältnisse berichtigt werden sollten. An die Erhöhungen der Normen wurde derweil nicht gerüttelt, eine Tatsache, die mit einem Generalstreik an den Baustellen und Demonstrationen im ganzen Land beantwortet wurde. Das gewaltsame Eingreifen der Roten Armee und die Verhängung des Ausnahmezustandes brachte eine gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes.

Durch den Sturz Berijas, der sich für eine veränderte Deutschlandpolitik stark gemacht hatte, konnte die alte SED-Riege an Stabilität gewinnen und politische Gegner und Kritiker ausschalten. Trotz der wirtschaftlichen Misere, die sich bedeutend auf die Baupolitik ausgewirkt hatte, widmete sich die SED wieder städtebaulichen Fragen, „indem nun insbesondere die großen Projekte zur Gestaltung der Magistralen und zentralen Plätze mit monumentalen Bauten ausgestattet werden sollten, um die Ordnungsmacht des Staates zu demonstrieren.“⁵³¹

⁵³⁰ Schröder, a.a.O., S. 121

⁵³¹ Durth/ Düwel/ Gutschow, a.a.O., Band 1, S. 300

Der 17. Juni hatte gezeigt, dass die politischen Erwartungen der SED an das Nationale Aufbauwerk nicht aufgegangen waren und die Stalinallee trotz enormer Baukapazitäten nur wenig Nutzen in Hinblick auf die Verringerung der Wohnungsnot brachte. Dennoch setzte die SED ihre Baupolitik der Monumentalität und Repräsentation fort. Erst auf dem IV. Parteitag der SED im März 1954 wurde Kritik am Bauwesen geübt, die vor allem den zögerlichen Einzug des industriellen Bauens bemängelte: „Zur Zeit bestehen die Hauptschwächen im Bauwesen darin, dass die vorgesehene Senkung der Baukosten nicht eingehalten wird, dass die vorhandene Baumechanik nicht mit gutem Wirkungsgrad genutzt wird und dass die Baustellenorganisation mangelhaft und unvollkommen ist.“⁵³² Ein weiterer Punkt, der einen neuen Kurs erforderte, war die Wohnungsnot, die von der SED in dieser Weise öffentlich nicht ausgesprochen wurde. Kritisiert wurde „die ungenügende Arbeit“ der Leute in den verantwortlichen Stellen.⁵³³

In dieser desolaten Lage versuchte die Parteiführung die Kräfte im Bauwesen auf die wesentlichen Probleme zu konzentrieren. Kulturbauten wurden zurückgestellt. In einem Gespräch zwischen Ulbricht und Henselmann am 9. April 1954 notierte der Chefarchitekt: „Die Linden, die Friedrichstraße und die Leipzigerstraße sollten auch im zweiten Fünfjahrplan prinzipiell in Ruhe gelassen werden.“⁵³⁴

Eine drastische Abkehr vom monumentalen Bauen in der DDR erfolgte, nachdem Chruschtschow in der Sowjetunion eine radikale Wende im Bauwesen auf der Allunionskonferenz der Bauschaffenden im November 1954 angekündigt hatte. Er kritisierte den verschwenderischen Stil und den Konservatismus der Architektur der Stalin-Ära. Chruschtschows Augenmerk richtete sich auf die Weiterentwicklung und Anwendung des industriellen Bauens. Die DDR reagierte mit einer Umstrukturierung des Bauwesens und einer Baukonferenz im April 1955, die unter dem Motto „besser, schneller und billiger bauen!“⁵³⁵, die Wende im Bauwesen einleiten sollte.

⁵³² SAPMO, DY 30 IV 2/2/368, Das Politbüro der SED zu den neuen Aufgaben im Bauwesen

⁵³³ Ebd.

⁵³⁴ LAB, C-Rep. 101/ 745, Bemerkungen, die Walter Ulbricht anlässlich der Beratung der Bauaufgaben für den zweiten Fünfjahrplan über den Aufbau Berlins machte, 9. April 1954

⁵³⁵ SAPMO, DY 30 IV 2/2/403, Beschlussentwurf über die neuen Aufgaben im Bauwesen

4. 4. Der Wettbewerb nach dem V. Parteitag

Das Spannungsverhältnis zwischen beiden deutschen Staaten, machte sich in der geteilten Stadt Berlin besonders bemerkbar. Politisches Handeln war nicht selten als eine Art Reaktionsmuster auf Bewegungen im jeweils anderen Teil der Stadt zu verstehen. Dabei spielte die Präsenz der Alliierten Siegermächte eine große Rolle. Berlin wurde immer wieder zum „Spielball“ zwischen der sowjetischen und westalliierten Politik.

Die DDR hatte mit sowjetischer Unterstützung Berlin den Hauptstadtstatus verliehen und versucht auch dieses städtebaulich zum Ausdruck zu bringen. Anders im Westen: dort war die Hauptstadtfrage schon bald nach Gründung beider deutscher Staaten zum Inhalt divergierender parteipolitischer Konzepte geworden. Die ungeklärte Situation wurde durch verschiedene Interessen der Alliierten, der Bundesregierung und des Berliner Senates verstärkt. Obwohl der politische Standort Berlin durch die Verlagerung wichtiger politischer und administrativer Organe ins Abseits geraten war, wurde die ehemalige Reichshauptstadt mit dem Sitz der Besatzungsmächte als politisches Zentrum betrachtet. Auf der verfassungsmäßigen Ebene räumte das Grundgesetz in Artikel 23 Groß-Berlin den Status eines Bundeslandes ein, das jedoch durch den Einwand der westlichen Militäradministration nur eingeschränktes Stimmrecht im Bund erhalten hatte. De Facto war West-Berlin auf der Bundesebene eine machtlose Stadt, die durch die Repräsentanz der westlichen Besatzer auf internationaler Ebene durchaus Relevanz besaß. Mit der Wahl Bonns als provisorische Hauptstadt, setzte die Bundesregierung ein politisches Zeichen, mit dem sie die Option „Hauptstadt Berlin“ unterstrich. Aber gerade darin lag das Problem: wie repräsentiert sich eine „Quasi-Hauptstadt“, die keinen politischen Status hat, und die als geteilte Metropole ihrem östlichen Pendant gegenüber stand? Während die Position der Bundesregierung in der Hauptstadtfrage zurückhaltender war, hielt der Senat an der Idee fest den Regierungssitz wieder nach Berlin zu verlegen. Der Anfang 1955 neugegründete Senat unter Dr. Otto Suhr (SPD) gab am 3. Februar 1955 die Richtlinien einer zukünftigen Regierungspolitik bekannt, die einen langfristigen Aufbauplan vorsah, „um die Stellung der Stadt als geistiges und kulturelles Zentrum des freien Deutschlands zu festigen und zu stärken.“⁵³⁶ Mit dem Abschluss der Pariser Verträge sah Suhr die Aufgabe gestellt, „Berlin als die

⁵³⁶ W. Brandt: Von Bonn nach Berlin. Eine Dokumentation der Hauptstadtfrage. Berlin 1957, S. 46

Hauptstadt der Deutschen auf- und auszubauen und damit dem Willen zur Wiedervereinigung sichtbaren Ausdruck zu verleihen.“⁵³⁷ Die Hauptstadtfrage geriet in die öffentliche Diskussion. Nach einer Arbeitswoche des Bundestages in Berlin im Oktober 1956 forderte Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz als geschäftsführendes Mitglied des Kuratoriums Unteilbares Deutschland den Status von Berlin als gleichberechtigte Hauptstadt neben Bonn zu heben.⁵³⁸ Schütz hielt die Bildung zweier deutscher Hauptstädte im Vorfeld einer Wiedervereinigung Deutschlands für notwendig: „Daher die ganz natürliche Forderung, an Stelle der Reichtagsruine nun ohne weitere Verzögerung ein Parlamentsgebäude zu errichten, das einer künftigen deutschen Nationalversammlung als Stätte dienen soll. Daher die Pläne zum Aufbau eines Regierungsviertels in Berlin, das der künftigen gesamtdeutschen Regierung, den Verwaltungsspitzen und dem Diplomatischen Korps die räumlichen Voraussetzungen für die Rückkehr nach Berlin bieten würde.“⁵³⁹ Die öffentliche Diskussion wurde von mehreren Zeitungen aufgegriffen. Gräfin Marion von Dönhoff forderte in der *Zeit*: „Jetzt oder nie! Noch in diesem Jahr muss Berlin Hauptstadt werden.“⁵⁴⁰ Die Debatte um die Hauptstadtfrage wurde unter Beachtung der städtebaulichen Planungen in Ost-Berlin geführt. Denn hier hatte man bereits 1951 zielstrebig Entwürfe für ein sozialistisches Stadtzentrum gemacht, die auf einer eindeutigen politischen Grundlage basierten. Das Berliner Abgeordnetenhaus versuchte sich in der Öffentlichkeit von diesen städtebaulichen Konzepten im Osten zu distanzieren. Dafür schien ein städtebaulicher Wettbewerb geeignet. Im Berliner Senat wurden Stimmen laut, die diesen Vorschlag zu befürworteten. Die Bundesregierung verhielt sich auch hier zurückhaltend. Zu groß waren die Bedenken ein städtebaulicher Wettbewerb könnte laufende Verhandlungen stören oder als Affront gegenüber der DDR aufgefasst werden.⁵⁴¹ Die Durchführung eines Wettbewerbs verzögerte sich dadurch immer wieder. Erst am 15. April 1954 wurde eine städtebauliche Konzeption unter dem Namen „Errichtung eines

⁵³⁷ Ebd., S. 47

⁵³⁸ *Tagesspiegel* vom 17. Oktober 1956

⁵³⁹ Ebd.

⁵⁴⁰ *Die Zeit* vom 18. Oktober 1956

⁵⁴¹ Vgl.: C. Hein: Zur Geschichte der Hauptstadt Berlin, in: Berlinische Galerie (Hrsg.) (a) : Hauptstadt Berlin. Berlin 1990, S.30

Regierungsviertels in Berlin“ im Bundestagsausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen diskutiert.

Am 7. Juli 1954 erläuterte der West-Berliner Senatsdirektor Rolf Schwedler die Idee eines Wettbewerbs „Wiederaufbau des Reichstages“ und „Errichtung eines Regierungsviertels“. Der Wettbewerb sei für die Bundesregierung, so Schwedler, „eine gute Gelegenheit, zu bekunden, dass sie Berlin weiterhin als die deutsche Hauptstadt betrachtet und, dass sie es für wichtig hält, grundsätzliche Fragen der Unterbringung einer Regierung in der deutschen Hauptstadt bereits heute zu klären.“⁵⁴² Für Carola Hein steht die Bewilligung der Wettbewerbsgelder eng in Zusammenhang mit den internationalen politischen Ereignissen: „Besonders der Staatsvertrag mit Österreich im Mai 1955 wurde als positive Entwicklung im Osten empfunden. [...] Auch der Beschluss zum Aufbau einer Bundeswehr im Rahmen der NATO und die Integration der Nationalen Volksarmee in den Warschauer Pakt waren Schritte zu einer weiteren Teilung Europas und Deutschlands.“⁵⁴³ Ein Wettbewerb in Berlin, der auch die östliche Mitte berücksichtigte, konnte als sichtbares Zeichen für einen Schritt in Richtung Wiedervereinigung gedeutet werden.

Um zu zeigen, dass es sich bei dem Wettbewerb nicht nur um eine machtpolitische Demonstration handelte, wurde am 16. Juni 1956 für weitere Bonner Bauvorhaben ein Baustopp verhängt. Außerdem orientierte sich die Ausschreibung an funktionalen Vorgaben, wie dem Flächennutzungsplan, der 1957 fertiggestellt wurde.

Für die Vorarbeiten des Wettbewerbs setzte der Bundestag einen vorbereitenden Ausschuss ein. Das Wettbewerbsgebiet umfasste sowohl West-, als auch – mit Ausnahme des Alexanderplatzes - das Zentrum Ost-Berlins und implizierte damit eine eindeutige politische Aussage: „Der Wettbewerb sollte.....in ganz Deutschland klarstellen, dass Berlin als die eigentliche und endgültige Hauptstadt Deutschlands anzusehen ist. Er soll[te d.V.] nachweisen, wie beim jetzigen Stand der baulichen Entwicklung Berlins die Funktionen einer Hauptstadt dem Stadtorganismus zweckmäßig und wirkungsvoll eingefügt werden können.“⁵⁴⁴ Ein gesamtstädtischer Wettbewerb unterstrich den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik auf Berlin als demokratische Hauptstadt. Der Städtebau sollte die Ideen der Moderne

⁵⁴² R. Schwedler, zitiert in: Hein, a.a.O., S. 30

⁵⁴³ C.Hein, a.a.O., S. 31

⁵⁴⁴ Vorlage des Senats von Berlin (SenBauWohn) beim Abgeordnetenhaus bezüglich der Durchführung des Ideenwettbewerbs Hauptstadt Berlin, hier zitiert in Hein, a.a.O., 211

aufgreifen und damit eine Zugehörigkeit an die westliche Bündnispolitik erklären. „Die demonstrative Ablehnung monumentaler Formen in der Architektur und Stadtplanung sollte als Zeichen auch an das westliche Ausland verstanden werden, dass die jüngste politische Vergangenheit überwunden sei und gleichzeitig Distanz schaffen zu der Gestaltung der Stalinallee im Ostteil der Stadt.“⁵⁴⁵

Nach Helmut Engel ist die Entscheidung der Bundesregierung für einen gesamtdeutschen Wettbewerb als Reaktion auf die innerdeutsche Debatte „Deutsche an einen Tisch“ zu deuten.⁵⁴⁶ Engel zitiert eine Formulierung, die der Berliner Senat zur Begründung des Wettbewerbs verwendete: „Bundesregierung und Land Berlin werden eines Tages – möglicherweise sehr überraschend – vor der Aufgabe stehen, die Regierung eines wiedervereinten Deutschlands in der Hauptstadt Berlin unterzubringen.“⁵⁴⁷ Engel schreibt dazu:

„Diese Formulierung im Vorschlag des Senats – „möglicherweise sehr überraschend“ – dürfte von der die Jahre 1955 bis 1956 bestimmten innerdeutschen Debatte „Deutsche an einen Tisch“ beeinflusst worden sein, die – augenscheinlich durch den Kulturminister der DDR, Johannes R. Becher, vorbereitet – ihre regierungsamtliche Bestätigung durch Minister Grotewohl fand, als dieser am Vorabend des sechsten Jahrestages der Gründung der DDR in einem Staatsakt in der Lindenoper Unter den Linden am 6. Oktober 1955 die Devise „Deutsche an einen Tisch“ ausgab. Die Vorstellungen mündeten in ein am 26. Juli 1957 durch den Ministerrat beschlossenes Konzept zur „Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten.“⁵⁴⁸

Da bereits in einem Entwurf einer Regierungserklärung der DDR von 1954 - wahrscheinlich nach Abschluss der Pariser Verträge – die Idee einer deutsch-deutschen Konföderation formuliert wurde, war dieser Plan nicht, wie Engel es formuliert, eine Folge der Initiative „Deutsche an einen Tisch“, sondern bereits Jahre

⁵⁴⁵ C. Hein, a.a.O., S.49

⁵⁴⁶ Vgl.: Engel, a.a.O., S.116

⁵⁴⁷ Engel zitiert aus C. Hein, a.a.O., S.10

⁵⁴⁸ Engel, a.a.O., S. 116 f.

zuvor initiiert worden. In dem Entwurf der Regierungserklärung heißt es: „Kein Teil Deutschlands kann über den anderen bestimmen. Das deutsche Volk als ganzes muss entscheiden, und um diese Entscheidung vorzubereiten, wäre ein föderatives Zusammenleben der beiden Teile Deutschlands zunächst das zweckmäßigste. Das heißt das vorläufige Bestehenbleiben beider Teile mit ihren verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ordnungen und die Schaffung eines vorläufigen, also gesamtdeutschen Kopfes, der in bestimmten Fragen des Wirtschaftslebens, des Finanzsystems, des Arbeits- und Sozialrechts, des Handels, des Verkehrswesens, der Kultur gemeinsame Grundlagen schaffen könnte. So wird sich ein friedlicher Wettbewerb der beiden Teile Deutschlands ergeben mit dem Ziel des Zusammenlebens und einer endgültigen Einigung.“⁵⁴⁹ Michael Lemke⁵⁵⁰ stellt die Konföderationsinitiative als Reaktion auf die Pariser Verträge dar, die als eigenständiger und von der Sowjetunion als kontraproduktiv angesehener Weg ein Veto gegen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und die Integration in ein westliches militärisches Bündnis bedeuten sollte. „Es entstand der Eindruck, dass die Wiedervereinigung unter der Bedingung zweier souveräner, miteinander kommunizierender und konkurrierender deutscher Staaten gute Chancen besitze. Doch assoziierte Konföderation eben nicht primär die Überwindung der Spaltung, sondern deren Anerkennung.“⁵⁵¹ Die Initiative „Deutsche an einen Tisch“, die 1957 den Konföderationsplan aufgriff, ist somit unter politisch strategischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Dazu schreibt Lemke: „Westpolitisch stellte der Konföderationsplan, der nicht zufällig im Umfeld des Bundestagswahlen von 1957 entstanden war, den Versuch einer systematischen Beeinflussung der Opposition in der Bundesrepublik, vor allem der SPD dar.“⁵⁵² Außerdem konnte die SED aus innenpolitischen Gründen die Option auf eine Wiedervereinigung nicht fallen lassen, da ein Großteil der Bevölkerung an dem Wiedervereinigungsgedanken festhielt. Daneben bestand ein großes Interesse an der Ausweitung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, ein Punkt, den Grotewohl auch in seiner Rede zum sechsten Jahrestag formulierte. Grotewohl sprach zwar auf der einen Seite von einem einheitlichen Deutschland, machte aber

⁵⁴⁹ Entwurf der Regierungserklärung Grotewohls vom 27. Oktober 1954, zitiert in: M. Lemke: Einheit oder Sozialismus. Die Deutschlandpolitik der SED 1949 – 1961. Köln 2001, S. 326

⁵⁵⁰ M. Lemke, a.a.O., S. 326

⁵⁵¹ Ebd., S. 413 f

⁵⁵² Ebd.

andererseits den Alleinvertretungsanspruch der DDR deutlich: „Wir wollen ein friedliches und demokratisches, einheitliches Deutschland erbauen. Es soll frei sein von der Herrschaft der Militaristen, damit es friedlich sein kann. Es soll frei sein von der Herrschaft der Monopolisten, damit es demokratisch sein kann. Alle Elemente der Ökonomie, des sozialen Zusammenlebens und der Kultur in unserer Republik entsprechen diesen Voraussetzungen. Darum ist die Deutsche Demokratische Republik der einzige rechtmäßige Staat in Deutschland, der die Lebensinteressen der deutschen Nation, nämlich den Frieden, sichert.“⁵⁵³

Der Hauptstadt Wettbewerb war von der Konföderationsstrategie nicht unbeeinflusst. Die Ost-Berliner Behörden erklärten sich zunächst zu einer Mitarbeit einverstanden. Nach Engel soll Grotewohl über die Konföderationsplanungen hinaus eigene Vorstellungen gehabt haben, wie die konkrete Gestaltung der Regierungsstätten aussehen sollten.⁵⁵⁴

Wie empfindlich und angespannt das deutsch-deutsche Verhältnis auf politische Ereignisse reagierte, zeigte der Abbruch der Zusammenarbeit nach der Ungarnkrise. Fortan bekam der Hauptstadt Wettbewerb einen anderen Charakter. Mit der Ausgrenzung osteuropäischer und ostdeutscher Architekten bei der Besetzung des Preisgerichtes bahnte sich ein Konflikt an. Die inhaltliche Argumentation des West-Senates ähnelte stark derjenigen, die traditionell in der östlichen Stadthälfte gegen den Klassenfeind formuliert wurde und zeigte eigentümlicher Weise gerade dadurch, wie unvereinbar die gegenseitigen Positionen waren: „Die Bestellung von ostdeutschen, russischen, polnischen und tschechischen Architekten und Städtebauern zu Preisrichtern...[wird] aus politischen Gründen verneint.....es verbiete sich aufgrund der politischen Aufgabenstellung des Wettbewerbs, Leute als Preisrichter zu benennen, deren politische Einstellung nicht den Voraussetzungen für die Beurteilung der Arbeiten entspricht.“⁵⁵⁵

Die Regierung der DDR musste diese Entscheidung als einen Affront auffassen, zumal das Wettbewerbsgebiet einen bedeutenden Teil des Ost-Zentrums umfasste. Einige namhafte Architekten der DDR wie Hans Hopp und Chefarchitekt Hermann Henselmann versuchte auf der Verhandlungsebene vor allen Dingen über den Bund

⁵⁵³ Rede Grotewohls auf dem Staatsakt anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Oktober 1945, hier in : Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. III. Berlin 1956, S. 48

⁵⁵⁴ Engel, a.a.O., S. 117

⁵⁵⁵ Vermerk über die Besprechungen am 5. und 6. Oktober 1956 im Hause des Senators für Bau- und Wohnungswesen. Betr.: Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“, SBW 275 gen IS,7, hier zitiert in: C. Hein, a.a.O., S. 51

deutscher Architekten einen Einsatz von ostdeutschen Preisrichtern durchzusetzen. In einem Brief an Henselmann vom 6. Juli 1956 schrieb Kosel: „Ich bin der Ansicht, dass ein solcher nur von westdeutscher Seite eingeleiteter Wettbewerb zur Spaltung Deutschlands verschärfend beiträgt. Der Bund Deutscher Architekten, der eine gesamtdeutsche Berufsvereinigung ist, sollte sich meiner Meinung nach darum bemühen, einen Wettbewerb auf gesamtdeutscher Basis auszuschreiben.“⁵⁵⁶

Die Ablehnung der osteuropäischen Preisrichter rief nicht nur in der DDR, sondern auch in den Volksdemokratien und der UdSSR Empörung hervor und hatte, nachdem der BDA in der DDR den Wettbewerb für seine Mitglieder gesperrt hatte, einen Boykott der Bruderländer zur Folge.

Die Ausschreibung des Wettbewerbs erfolgte am 30. März 1957. In der Presse wurde der Wettbewerb weniger inhaltlich, als wegen seiner politischen Bedeutung thematisiert. „Je nach politischer Richtung wurde die Unterstützung Berlins, der deutschen Hauptstadt, gelobt oder der propagandistische Charakter des Wettbewerbs und seine negativen Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen kritisiert.“⁵⁵⁷

Die Resonanz der Städteplaner war enorm. 151 Architekten reichten ihre Arbeiten bis zum 1. Februar 1958 ein. Den ersten Preis erhielt die Architektengruppe Friedrich Spengelin, Fritz Eggelin und Gerd Pempelfort aus Hamburg und Hannover. Der Entwurf wurde von den Preisrichtern besonders wegen seines Konzeptes für die Regierungsbauten gelobt, der in dem prämierten Entwurf im Bereich des östlichen Tiergartens angesiedelt worden war. Als geistiges Pendant dazu hatten die Städteplaner die Akademien der Wissenschaften und der Künste auf dem ehemaligen Schlossplatz angesiedelt.

Zwei zweite Plätze wurden an Egon Hartmann/ Walter Nickerl aus Mainz und Gelsenkirchen und an die beiden ehemaligen Mitglieder des Planungskollektiv Hans Scharoun und Wils Ebert aus Berlin vergeben.

Die großen politischen Wellen, die der Wettbewerb vorab geschlagen hatte, spiegelten sich nicht im öffentlichen Interesse nach Veröffentlichung der Wettbewerbsarbeiten wieder. Besucherströme blieben aus und die Presse kommentierte den Wettbewerb nur mäßig.

⁵⁵⁶ LAB, C-Rep 902/ 816

⁵⁵⁷ Hein, a.a.O., S. 54

In der anderen Hälfte Berlins wollte man die Provokation des Hauptstadtprojektes nicht einfach hinnehmen. Im Oktober 1957 fasste die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Beschluss ebenfalls einen Wettbewerb auszuschreiben. Eine Kommission, der Liebknecht, Kosel, Hopp und Henselmann angehörten, arbeitete das Programm aus. Vorgesehen war, trotz der Ablehnung ostdeutscher Preisrichter beim Pendant im Westen, eine gesamtdeutsche Jury zuzulassen und westdeutsche Architekten für die Wettbewerbsteilnahme einzuladen. Das Preisgericht sollte international sein, die Anzahl der Preisrichter aus der DDR aber überwiegen. Den Vorschlag wies die SED zurück. In einem hausinternen Schreiben an Walter Ulbricht hieß es: „Aufgrund des Protokolls haben wir mit dem Genossen Prof. Henselmann eine Aussprache geführt und zum Ausdruck gebracht, [...] a) dass der Wettbewerb offen sein sollte für alle Architekten des sozialistischen Lagers, nicht aber für solche aus kapitalistischen Ländern; [...] b) dass das Preisgericht nur mit Vertretern aus der DDR zu besetzen sei, denn hier würde entschieden werden, wie das Zentrum unserer Hauptstadt aufgebaut werden soll.“⁵⁵⁸ Man wollte sich nicht vom Westen vorschreiben lassen, wie das Zentrum der Hauptstadt der DDR auszusehen hatte.⁵⁵⁹

Im Vorfeld des Wettbewerbs hatte Gerhard Kosel schon in der Zeitung *Deutsche Architektur* eine Studie über die Gestaltung des Zentrums veröffentlicht, die er zusammen mit Hanns Hopp und Hans Mertens ausgearbeitet hatte. Die Veröffentlichung dieses Beitrages war deswegen ungewöhnlich, weil es von oberster Stelle keine Bestätigung für diesen Vorstoß gab. „Im Allgemeinen hatten die im offiziellen Organ der Deutschen Bauakademie und des Bundes Deutscher Architekten erschienenen Beiträge, vor allem wenn sie an prominenter Stelle platziert waren, den Charakter amtlicher Verlautbarungen. Kosel konnte seine hohe Funktion im Ministerium nutzen, um den Beitrag durchzusetzen [...]“.⁵⁶⁰ Kosel schien damit Einfluss auf den Wettbewerb nehmen zu wollen, an dem er selber als Stellvertreter des Ministers für Bauwesen und in seiner Funktion als Kommissionsmitglied nicht teilnehmen konnte. Kosel äußerte sich selber in seiner Abhandlung *Unternehmen Wissenschaft* folgendermaßen: „Das Ergebnis vieler Wettbewerbe hatte eindeutig

⁵⁵⁸ SAPMO, NY 4182, Brief von Lungewitz an Ulbricht vom 23. Dezember 1957

⁵⁵⁹ Vgl. Durth/ Düwel/ Gutschow, (b), a.a.O., S. 516; die Autoren weisen darauf hin, dass ein Grund für die Ablehnung westdeutscher Architekten, der Schock aus dem gesamtdeutschen Fennpfuhl-Wettbewerb nachwirkte. Hier hatte der westdeutsche Architekt Ernst May den ersten Preis gewonnen.

⁵⁶⁰ Durth/ Düwel/ Gutschow, (a), a.a.O., S. 264

gezeigt, dass mit guten, in der Praxis verwertbaren Resultaten nur dann gerechnet werden konnte, wenn vom Auslober und Bauherrn vor der Ausschreibung klare Vorstellungen über das Ziel und das Programm des Wettbewerbs erarbeitet worden waren.“⁵⁶¹ Durth/ Düwel/ Gutschow weisen in diesem Zusammenhang noch auf zwei weitere Motivationen für den Vorstoß Kosels hin. Danach könnte die Veröffentlichung als Folge der Tagung des ZKs der SED interpretiert werden, die nach dem Aufstand in Ungarn die „Berücksichtigung der nationalen Frage“ und daraus resultierende verstärkte Ideologisierung aller gesellschaftlichen Bereiche forderte.⁵⁶² Kosel selbst sah in dem bevorstehenden städtebaulichen Wettbewerb eine Aufgabenstellung „von höchster politisch-ideologischer Bedeutung.“⁵⁶³ Als weitere Begründung für Kosels Veröffentlichung nennen die drei Autoren das konkurrierende Verhältnis zu Hermann Henselmann. „Der von Kosel kritisierte Chefarchitekt beim Magistrat von Groß-Berlin war charismatisch und machtbewusst genug, um auf diese von ihm als Provokation verstandene Herausforderung zu reagieren.“⁵⁶⁴

Kosel bemängelte in der Fachzeitschrift das „Fehlen einer generellen Vorstellung über den Kern des Zentrums“ und unterstellte den bestehenden Teilentwürfen „mehr oder weniger zufälligen Charakter“. ⁵⁶⁵ In der Zeitung *Deutsche Architektur* präsentierte Kosel einen Entwurf, der auf den *Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus* der DDR beruhte. Für den Aufbau des Marx-Engels-Zentrums stellte Kosel fünf Thesen auf, die in der Überhöhung ihrer Zielvorgaben eine Umsetzung unmöglich machten. So legte er in Punkt drei fest:

„Das Marx-Engels Forum stellt räumlich und geistig eine Verbindung zu Ideen und Bauten des deutschen Humanismus dar. [...] Das Marx-Engels-Forum fasst die hervorragendsten Baudenkmale und wichtigsten öffentlichen Bauten Berlins zu einem großen Ensemble zusammen.“

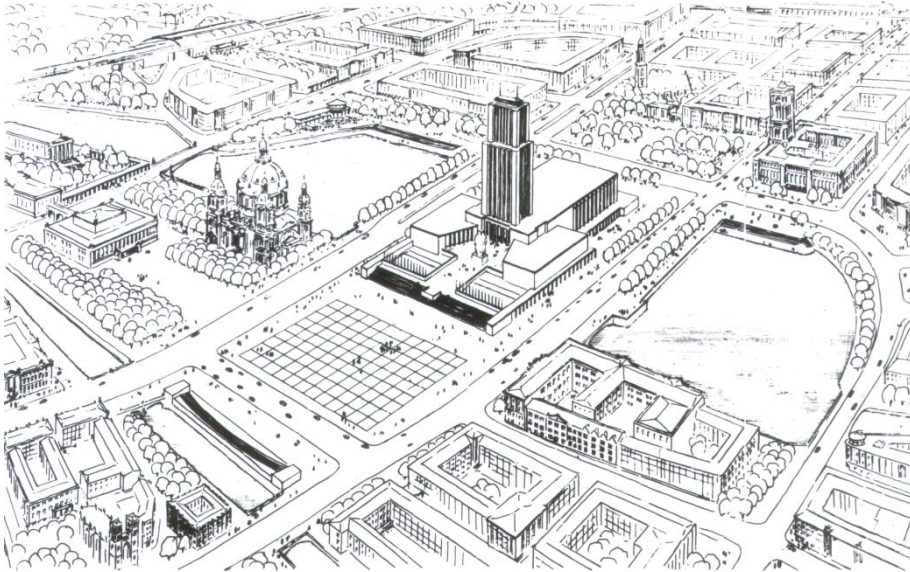
⁵⁶¹ Kosel (a): Unternehmen Wissenschaft. Die Wiederentdeckung einer Idee. Berlin 1989, S. 248

⁵⁶² Ebd., S. 242

⁵⁶³ Ebd., S. 264

⁵⁶⁴ Ebd., S. 242

⁵⁶⁵ G. Kosel (b): Aufbau des Zentrums der Hauptstadt des demokratischen Deutschlands, in: Deutsche Architektur, Heft 4/ 1958, S. 177



Marx-Engels-Forum

Gerhard Kosel

Für Kosel sollte der neue Begriff „Marx-Engels-Forum“ „ausdrücklich auf die Verbindung der Idee des neuen Zentrums mit der Idee des alten Zentrums im Bereich des „Forum Fridericianum“, mit dem Ensemble der Humboldt-Universität, des Museums für Deutsche Geschichte, der Staatsoper, der Staatsbibliothek und des Denkmals Friedrichs II., hinweisen.“⁵⁶⁶

Ähnlich wie in seinem Entwurf 1955, bei dem Kosel die Tribüne vor dem Regierungsgebäude mit dem Pergamonaltar verkleidet hatte, haftete dem Marx-Engels-Forum ein tempelartiger Charakter an, nur dieses Mal weniger von seiner äußeren Form, sondern vielmehr in seiner Funktion als Reliquienort :

„Hier werden in einer Ehrenhalle Kleinodien der internationalen Arbeiterbewegung aufbewahrt:

die Manuskripte vom „Manifest der Kommunistischen Partei“ und „Erstdrucke des „Kapital“.

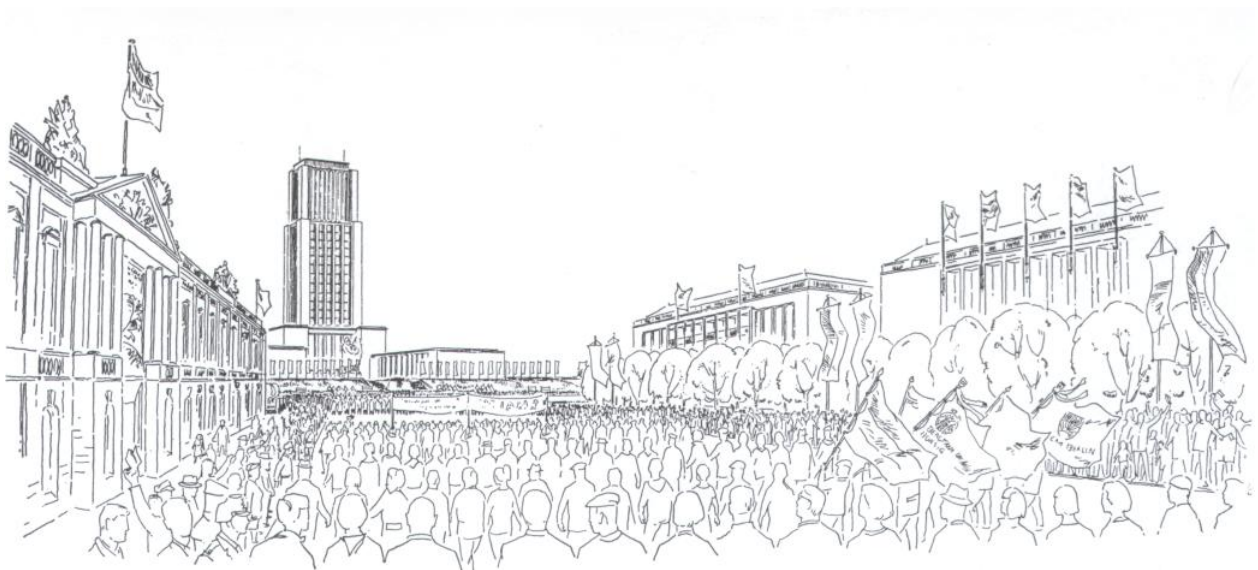
Insgesamt war der Entwurf von einer starken Symbolik geprägt. Kosel griff erneut die Idee eines neu zu schaffenden Wasserbeckens, „als Motiv der Märkischen Seenlandschaft“ auf. Das Marx-Engels-Haus thronte als Stadtkrone inmitten dieser

⁵⁶⁶ Kosel (a), a.a.O., S.251

Wasserflächen, „an der historischen Furt über die Spree, der Berlin seine Entstehung“ verdankte.⁵⁶⁷

Kosels Überlegungen gingen soweit, dem Vorbild der UdSSR zu folgen und ein Mausoleum auf dem zentralen Platz zu errichten: „Hätte die Analogie zum Roten Platz, der Gedanke des Mausoleums noch weitergeführt werden sollen? Wäre es zu erwägen gewesen, die

sterblichen Reste von Karl Marx, dem größten Sohn der deutschen Nation, vom Highgate Friedhof in London nach Berlin zu überführen?“⁵⁶⁸ Diese Idee scheint aber in offiziellen Kreisen nicht diskutiert worden zu sein.



Marx-Engels-Forum aus Blickrichtung der Linden

In einer Skizze, die den Blick der aufmarschierenden Masse von der Straße Unter den Linden zeigt, hat Kosel auf der südlichen Seite zwei Gebäude eingezeichnet, die anstelle des Prinzessinnenpalais und des Kronprinzenpalais den Abschluss dieser Straßenseite bildeten. Die Ruinen der zwei Gebäude waren noch nicht abgetragen und über weitere Planungen herrschte noch Unklarheit.

⁵⁶⁷ Kosel (b), a.a.O., S. 177

⁵⁶⁸ Ebd., S. 251

Zum Abschluss seines Beitrages wies Kosel darauf hin, „dass die Darstellungen nicht als Vorschläge der architektonischen Gestaltung zu werten“ seien. Im Hinblick auf den bevorstehenden V. Parteitag der SED musste Kosel die ausgearbeiteten Entwürfe aber als Diskussionsgrundlage verstanden haben.

Auf dem Parteitag, der vom 10. bis 16. Juli 1958 in Berlin stattfand, wurde der bevorstehende Wettbewerb in großer Geste und als Statut gegen den Städtebau im Westen verkündet. Staatssekretär Kosel bezeichnete in seiner Rede den Westberliner Wettbewerb „nicht nur provokatorisch in der Form“, sondern vor allem im seinem Inhalt. Die westdeutschen Architekten werden missbraucht, um Pläne für eine neue kapitalistische „City“ mit Banken und Konzernverwaltungen zu entwerfen. Dieselben Imperialisten und Monopolherren, deren verbrecherischen Taten unser Volk in den Krieg getrieben haben und die die Hauptschuld daran tragen, dass das Zentrum der Hauptstadt unseres Vaterlandes in Trümmern liegt, möchten heute wieder in unserem Berlin ihre Hochburgen errichten.“⁵⁶⁹

Der sozialistische Wettbewerb war nicht nur eine politische Reaktion auf die Maßnahmen im anderen Teil Deutschlands, sondern auch ein innenpolitischer Schachzug. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der Abkehr vom stalinistischen Zuckerbäckerstil, war auch das Bauwesen der DDR in eine Krise geraten. Das Konzept des sozialistischen Städtebaus mit seinem großen Vorzeigeprojekt der Stalinallee hatte in der Form keine Gültigkeit mehr. Das ZK hatte in seinem Bericht für den V. Parteitag die Verzögerungen beim Aufbau der kriegszerstörten Städte bemängelt, die aufgrund einer fehlenden ideologischen Linie über die Entwicklung des sozialistischen Städtebaus verursacht worden waren. Die Beschlüsse des XX. Parteitag der KPdSU, waren in der DDR zunächst nur zögerlich aufgegriffen worden. Die Umorientierung im Bauwesen musste sich in den großen Aufbauprojekten, vornehmlich in Berlin niederschlagen. Ein neuer Wettbewerb konnte jetzt wegweisend für den Städtebau sein.

Der Richtungswechsel, der auf der zweiten Baukonferenz seine theoretischen Grundlagen gefunden hatte, ging mit einer barschen Kritik am Bauwesen einher. Kosel monierte die Rückständigkeit im Bauwesen auf ideologischem Gebiet. „Die wesentliche Ursache für das Zurückbleiben im Bauwesen ist die unzureichende

⁵⁶⁹ SAPMO, DY 30 J IV 1/V/5, Protokoll des V. Parteitages der SED vom 10. bis 16. Juli 1958

Verbindung der fachlichen Arbeit mit den politischen Grundlagen.“, eine Aussage, die inhaltlich der Rede Liebknechts auf dem III. Parteitag sehr nahe kam.⁵⁷⁰

Der neue Wettbewerb sollte die Unlänglichkeiten im Bauwesen überwinden und dazu die Leistungsfähigkeit des Bauwesens im Vergleich zum Westen zeigen. Walter Ulbricht referierte auf dem V. Parteitag über den Wiederaufbau Berlins, der eingebunden in den dritten Fünfjahrplan, energisch vorangetrieben werden sollte. Erklärtes Ziel war die Fertigstellung des Stadtzentrums bis zum Jahr 1965.⁵⁷¹ Die Gestaltung des Stadtzentrums sah drei Sachverhalte vor:

- „1. Fortsetzung der Stalinallee vom Straußberger Platz bis zum Alexander-Platz;
2. Bebauung am Marx-Engels-Platz. Es sind die Gebäude an der Seite des Marstalls und an der Seite zwischen Museum für Deutsche Geschichte und Finanzministerium aufzubauen und die Projektierung des zentralen Gebäudes ist fertigzustellen. Einige historische Gebäude sollen als Ruinen erhalten werden, damit die Bevölkerung immer an die Herrschaft des Faschismus und an die Kriegskatastrophe erinnert wird.
3. Der Wiederaufbau der Straße unter den Linden vom Brandenburger Tor bis zum Marx-Engels-Platz.“⁵⁷²

Im Vergleich zu der Rede auf dem III. Parteitag lässt sich eine Bedeutungsverschiebung hinsichtlich der Prioritäten beim Aufbau erkennen. Vorrang hatte die Fortsetzung der Stalinallee. Ulbricht agitierte 1951 noch gegen die Strömungen der Moderne und hatte den Weg für den Einzug der stalinistischen Architektur frei gemacht. Nun stand nahezu eine Umkehrung in den städtebaulichen Konzeptionen statt. Die Schwierigkeit bestand darin, einen Bruch mit dem ersten Teil der Stalinallee zu vermeiden, aber gleichzeitig die Fortsetzung bis zum Alexanderplatz mit industriell angefertigten Bauten fortzusetzen.

⁵⁷⁰ Ebd.

⁵⁷¹ Diese Wiederaufbauplanung war eingebunden in ein Konzept, dass alle großen zerstörten Städte der DDR umfasste, wobei Berlin als Hauptstadt eine bevorzugte Stellung erhielt.

⁵⁷² SAPMO, DY 30 IV 1/V/5: Rede von Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED

1951 lag der städtebauliche Schwerpunkt in der Gestaltung der politischen Mitte. Die sozialistische Gesellschaft sollte ihren sichtbaren Ausdruck in einem monumentalen zentralen Gebäude finden. 1958 setzte Ulbricht den Marx-Engels-Platz nur an die zweite Stelle. Der agitative Tenor war verblasst und durch den geplanten Erhalt von Ruinen als antifaschistisches Mahnmal bekam der Platz einen gänzlich anderen Charakter. Den Mittelpunkt sollte ein „Forum der deutschen Arbeiterbewegung“⁵⁷³ bilden. In den Ausschreibungsunterlagen für den Ideenwettbewerb hieß es: „Dieser Platz hat große Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung. Hier sprach Kurt Liebke zu den revolutionären Arbeitern und Matrosen, und hier rief Ernst Thälmann die deutsche Arbeiterklasse zur Aktionseinheit und zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus auf. [...] Dieser gesellschaftliche Inhalt soll in der Architektur und mit den Mitteln der bildenden Kunst gestaltet werden.“⁵⁷⁴ Konkret bedeutete das, in diesem zentralen Raum das Marx-Engels-Denkmal, die Ehrentribüne, das Marx-Engels-Haus mit dem Marx-Engels-Lenin-Institut, das Parlament, das Haus des Zentralkomitees, das Haus des Ministerrates sowie eine Veranstaltungs- und Ausstellungshalle unterzubringen.⁵⁷⁵

Die SED schien auf der Suche nach identitätsstiftenden Inhalten zu sein, die mehr als eine repräsentative Kulisse zu bieten hatten. Dabei tauchte ähnlich wie bei der anfänglichen Diskussion um den *Sozialistischen Realismus* die Frage auf, wie man dem politischen Inhalt in der Formgebung gerecht werden sollte. Das Vorbild der Sowjetunion bot zu diesem Zeitpunkt wenig Anhaltspunkte, da die Entwürfe für den Sowjetpalast in Moskau 1957 nach dem baupolitischen Kurswechsel auch keine eindeutige Tendenz gezeigt hatten.

Welche Ruinen als antifaschistisches Mahnmal stehen bleiben sollten, blieb ungeklärt. Im Perspektivplan für den Aufbau des Zentrums wurde das Graue Kloster in der Klosterstraße genannt, das zwar nicht unmittelbar an den zentralen Platz grenzte, aber sich in der Nähe befand⁵⁷⁶. Die Auswahl wirkte willkürlich und wie eine Kopie der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, die man als Ruine im westlichem Zentrum als Mahnmal stehen gelassen hatte.

⁵⁷³ SAPMO, DY 30 J IV 2/2A 656/657, Arbeitsprotokoll der Politbürositzung vom 30. September 1958; in einer Politbürovorlage hieß es zunächst „internationale Arbeiterbewegung“. Dieser Passus wurde aber gestrichen.

⁵⁷⁴ SAPMO, DY 30 J IV 2/2/613, Anlage des Protokolls der Sitzung des Politbüros vom 30. Sept. 1958. Der Wortlaut entspricht der veröffentlichten Fassung, die in *Deutsche Architektur* Heft 1 abgedruckt wurde

⁵⁷⁵ Vgl. ebd.

⁵⁷⁶ Vgl. SAPMO, DY 30 J IV 2/2/614

Für Unverständnis in den Reihen der Architekten, Kunsthistoriker und Denkmalpfleger sorgte die Überlegung die Schinkelakademie als nicht zu erhaltenden Bauwerk zu deklassieren. Ein möglicher Abriss des Gebäudes war mit in die städtebaulichen Überlegungen einbezogen worden, weil die Ausnutzung des Marx-Engels-Platzes nicht durch eine Neubebauung gemindert werden sollte. Daher musste man auf das westliche Ufer des Spreekanals ausweichen, auf der sich die Schinkelakademie am Werderschen Markt befand. Bereits 1951 war vom Gerhard Strauss die mangelnde Beachtung dieses Bauwerkes im Zuge des ersten Wettbewerbs kritisiert worden. In einem Brief an Walter Pisternik im Ministerium für Aufbau hatte Strauss erklärt: „Wie Sie selbst mir mitteilten, enthält der Wettbewerb für die Gestaltung des Stadtzentrums von Berlin keine bindende Auflage hinsichtlich der Erhaltung der Bauakademie. Ich hoffe, dass auf andere Weise wirklich ausreichende Vorsorge getroffen worden ist, um den Bau unter allen Umständen zu erhalten.“⁵⁷⁷ Nach dem Scheitern des Wettbewerbs war das Gebäude 1952 der Deutschen Bauakademie zur Eigenbewirtschaftung übergeben worden. Ulbricht hatte den Wiederaufbau des Gebäudes befürwortet. Auf dem Gründungsfestakt der Deutschen Bauakademie hatte er gesagt: „Möge der Wiederaufbau des zerstörten Schinkel’schen Gebäudes der Bauakademie symbolisch dafür sein, eine wie hohe Achtung die Leistungen der Meister der dt. Baukunst bei uns genießen und wie stark der Wille zur schöpferischen Weiterentwicklung der Architektur ist.“⁵⁷⁸ Von dieser Position trat er jetzt zurück. Im Laufe der Jahre hatte die Deutsche Bauakademie trotz der Zusage Ulbrichts eiserne Kämpfe um das Bauwerk ausstehen müssen. Nachdem zunächst 1952 Gelder von der Staatlichen Plankommission zur Verfügung gestellt worden waren, musste die Bauakademie bald feststellen, dass der Schinkelbau nicht zu den bevorzugten Aufbauprojekten in der Hauptstadt zählte. Ein Investitionsstopp und der Abzug von Bauarbeitern für die Stalinallee brachten das Unternehmen zum Erliegen. 1953 erteilte der Magistrat noch einmal eine

⁵⁷⁷ BArch, DH 2 I/25

⁵⁷⁸ BArch, DH 2/A/145, W. Ulbricht zitiert in einem Aktenvermerk vom 14. Juli 1956

Investitionsauflage von 740.000 DM. Aufgrund der allgemeinen Versorgungslage im Bauwesen konnten diese Gelder nicht rechtzeitig zum Jahresende ausgegeben werden. Trotz des enormen Einsatzes von Vertretern der Bauakademie, wie Edmund Collein, Kurt Liebknecht, Richard Paulick und Hermann Henselmann konnte der Wiederaufbau der Schinkel-Bauakademie nicht vorangetrieben werden. Die Deutsche Bauakademie wurde von den Überlegungen das Bauwerk abzureißen bereits 1956 informiert. Am 1. Mai kam es zu einer kurzen Unterredung zwischen Ulbricht, Collein und Liebknecht. Darin bemerkte der Ulbricht, „dass es für die zukünftige Gestaltung der Westfront des Marx-Engels-Platzes wahrscheinlich notwendig wäre, die sogenannte Schinkel'sche Bauakademie [...] abzureißen.“⁵⁷⁹ Die Begründung für den möglichen Abriss erscheint nicht plausibel, da es zu diesem Zeitpunkt noch keine konkreten Planungen für die Gestaltung des Zentrums gegeben hat. In einem Schreiben an Oberbürgermeister Ebert vom 16. Mai 1957 berichtet Kurt Liebknecht, dass Ulbricht in einem kurz zuvor stattgefundenem Gespräch diesen Standpunkt noch einmal bestätigt hatte.⁵⁸⁰ Bruno Flierl bemerkt, dass der Protest gegen den Abriss des Gebäudes so enorm war, wie er nicht einmal beim Abriss des Berliner Stadtschlösses 1951/52 anzutreffen war.⁵⁸¹ Flierl datiert den Beginn des Protestes Ende 1959. Er schreibt: „gegen den Abriss der Schinkelschen Bauakademie wandte sich als erster der Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin, Gerhard Rudolf Meyer, in einem Schreiben vom 2. 11. 1959 an Paul Verner, 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin der SED.“⁵⁸² Flierl protokolliert den weiteren Verlauf des Protestes. Aus dem Schriftwechsel der Deutschen Bauakademie geht hervor, dass schriftliche Einwände von Mitgliedern der Deutschen Bauakademie und Architekten gegen den Abriss bereits seit August 1958 vorlagen. In einem Brief an Ulbricht vom 13. August 1956 weist Liebknecht darauf hin, „dass ein Abbruch weder die Bevölkerung Berlins, noch die Fachwelt verstehen würde.“⁵⁸³ Längst vor dem Beschluss zur Planung des Außenministeriums an der Stelle der Bauakademie wurde der Abriss der Bauakademie diskutiert. Eindeutig zeigt sich, dass der

⁵⁷⁹ BArch, DH 2/A/145, Brief von Liebknecht an Ulbricht vom 13. August 1956

⁵⁸⁰ Vgl. BArch, DH 2/A/145, Brief von Liebknecht an Ebert vom 16. Mai 1957

⁵⁸¹ B. Flierl (c): Engagement gegen den Abriss der Bauakademie – Bericht, in: D. Fouquet-Plümacher: Mythos Bauakademie, Berlin 1998, S. 102

⁵⁸² Ebd., S. 105

⁵⁸³ BArch, DH 2/A/145, Brief von Liebknecht an Ulbricht vom 13. August 1956

Beschluss zunächst nur vom ZK, später auch vom Ministerium für Bauwesen übernommen wurde. Selbst Kosel, der im Rahmen des V. Parteitages Ulbricht beratend zur Seite stand, muss ein zwiespältiges Verhältnis zu dieser Lösung gehabt haben, da sein Entwurf zur Umgestaltung des Zentrums aus dem Jahr 1958 den Wiederaufbau der Schinkelschen Bauakademie berücksichtigte. Flierl weist darauf, dass der zweite Entwurf zur Gestaltung des Zentrums von Kosel aus dem Jahr 1959 die Bauakademie nicht mehr berücksichtigte.⁵⁸⁴

Gegner des Abrisses fanden sich fast geschlossen in den Reihen der Deutschen Bauakademie, des Magistrates und in den intellektuellen Kreisen der DDR. Der nach dem V. Parteitag veranschlagte Perspektivplan für das Berliner Stadtzentrum im 3. Fünfjahresplan vom 14. Oktober 1958 lässt keinen Zweifel mehr an dem Abrissvorhaben. Dort heißt es. „Die ehemalige Bauakademie (Schinkel) am Werderschen Markt wird abgebrochen, [...]“⁵⁸⁵ Kosels zweiter Entwurf für das Marx-Engels-Forum war der in der

Öffentlichkeit im Auftrag der Regierung das neue Zentrum ohne die Bauakademie präsentierte. Bruno Flierl schreibt dazu: „Der Paradigmenwechsel im Umgang mit der Schinkelschen Bauakademie vollzog sich also mit dem zweiten Entwurf von Kosel, der als Entwurf des gesellschaftlichen Auftraggebers galt.“⁵⁸⁶

Nach Aussagen von Dorothea Tscheschner, bestand die Idee, die Schinkelakademie an anderer Stelle wieder aufzubauen. Für diesen Plan gab es drei Standorte: gegenüber der Reichsbank, auf der gegenüberliegenden Seite der Friedrich-Werderschen Kirche und am Westufer der Spree gegenüber dem Märkischen Museum liegend. Tscheschner berichtet weiter, dass für dieses Vorhaben extra Experten aus der Sowjetunion herangezogen wurden. Da man aber die Stabilität der Ruine nicht exakt hatte einschätzen können, wurde der Beschluss gefällt, die Ruine der Bauakademie abzureißen, mit der Option eines Wiederaufbaus an anderer Stelle. Die ausgewählten Orte sollen dafür 40 Jahre lang freigehalten worden sein.⁵⁸⁷

Belegt ist, dass in der Politbürositzung vom 11. April 1961 darüber diskutiert wurde, „[...] in entsprechender Zeit und Stelle ein modernes Gebäude mit der

⁵⁸⁴ Vgl. Flierl (c), a.a.O., S. 102

⁵⁸⁵ SAPMO, DY 30 J IV 2/2/614

⁵⁸⁶ Flierl (c), a.a.O., S. 102

⁵⁸⁷ Das Gespräch mit Frau Dr. Tscheschner wurde im Juli 1997 geführt.

Schinkelfassade zu bauen.“⁵⁸⁸ Auch innerhalb des Politbüros herrschte keine Einigkeit über das weitere Vorgehen. In der zuvor genannten Sitzung äußerte sich beispielsweise Willi Stoph gegen einen Abriss.⁵⁸⁹ Das Leitkollektiv, ein nach dem Wettbewerb eingerichtetes Gremium, das für die weiteren Aufbauplanungen zuständig war, beriet in einer Sitzung am 9. Januar 1961 über drei Alternativen:

- „a) Wiederaufbau des Gebäudes an anderer Stelle
- b) Verschieben des Gebäudes an die Werdersche Kirche bzw. auf den Stand Kur- Ecke Französische Straße
- c) Herausnahme von 3 Achsen und Einbau in ein neu zu errichtendes Gebäude.“⁵⁹⁰

Das Leitkollektiv erstellte daraufhin ein Gutachten, das über diese Möglichkeiten befand. In der Sowjetunion hatte man bereits erfolgreich Gebäude verschoben, da sich aber die Schinkelakademie in einem ruinösen Zustand befand, konnte eine sichere Überführung nicht gewährleistet werden. Das Leitkollektiv plädierte am 7. April 1961 für den Wiederaufbau an einer anderen Stelle. Der Wiederaufbau war für 1965 vorgesehen.⁵⁹¹

Der Abriss der Bauakademie begann im Juli 1961. Zuvor hatte eine Stellungnahme des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst eine Stellungnahme zur Frage des Abbruchs erstellt, die den baukünstlerischen Wert der Bauakademie in Frage stellte und die Notwendigkeit unterstrich aus städtebaulichen Gründen auf die Schinkelakademie zu verzichten.⁵⁹² Die Vorgehensweise, kritische Beschlüsse zum Abriss denkmalgeschützter Bauten durch Fachgutachten zu untermauern, war kein Einzelfall. Das Institut für Denkmalpflege wurde nach und nach seiner Entscheidungskompetenzen beraubt und zu einer rein fachwissenschaftlichen Institution degradiert. Die Trennung zwischen wissenschaftlicher und politischer Kompetenz ermöglichte der Regierung nahezu ungehindert Möglichkeiten eigene

⁵⁸⁸ SAPMO, DY 30 J IV 2/6.06/4, Aktenvermerk über die Beratung im Politbüro vom 11. April 1961

⁵⁸⁹ Vgl. ebd.

⁵⁹⁰ LAB, C-Rep 902/ 814, Protokoll über die Sitzung des Leitkollektivs am 9. Januar 1961

⁵⁹¹ Vgl. LAB, C-Rep 902/ 814 Protokoll des Leitkollektivs vom 7. April 1961

⁵⁹² Vgl. BAArch, DH 2/A/145, Stellungnahme zur Frage des Abbruchs der Schinkel'schen Bauakademie vom 3. Mai 1960

Interessen durchzusetzen.⁵⁹³ Nach dem Abriss der Schinkelakademie wurden die einige der ausgebauten Relieftteile ins Kunstgewerbemuseum gebracht, der Großteil wurde im Keller des Ermelerhauses gelagert. Durch unsachgemäße Lagerung wurden einzelne Teile zerstört.

Nachdem Unter den Linden die bedeutendsten Gebäude wieder hergestellt worden waren, sah der Wettbewerb die weitere Gestaltung des August-Bebel-Platzes und eine Konzeption für das ehemalige Kronprinzenpalais vor. Im Gegensatz zum Entwurf der Ausschreibungsunterlagen wurde die Gestaltung des Pariser Platzes in den Wettbewerbs Unterlagen nicht mehr formuliert. Dennoch schien man in dieser Frage nicht eindeutig über die weitere Zukunft des grenznah gelegenen Ortes entschieden zu haben, da der Flächennutzungsplan, der für den Wettbewerb erstellt worden war, den Pariser Platz dem Bereich der Staatsorgane zuordnete.

Der Wettbewerb wurde, entsprechend dem Repräsentationsbedürfnis der SED, zum 9. September 1958, dem 9. Jahrestag der Gründung der DDR, gemeinsam durch die Regierung der DDR und dem Berliner Magistrat ausgeschrieben. Insgesamt wurden 56 Entwürfe aus der DDR und den sozialistischen Bruderländern eingereicht. Fast alle Bewerber hatten die Vorgaben der zentralen Achse mit der Hauptkomponente Marx-Engels-Platz berücksichtigt. Viele hielten an der Hochhausdominate Marx-Engels-Platz als zentralen Punkt fest. In Hinblick auf den Umgang mit dem kulturellen Erbe gab es unterschiedliche Auffassungen. Einige Städteplaner entschieden sich für den Abriss des Doms. Neben der Schinkelakademie wurde auch der Dom am Lustgarten in den Ausschreibungsunterlagen als „nicht zu erhaltender Festpunkt“ am zentralen Platz angesehen, wobei aber die „Möglichkeit des Verbleibs im städtebaulichen Ensemble des Marx-Engels-Platzes“ nicht ausgeschlossen wurde.⁵⁹⁴ Unter den eingesendeten Wettbewerbsunterlagen fanden sich auch Entwürfe, die historische Bauten, wie das Schinkelsche Schauspielhaus oder den Deutschen und Französischen Dom an den Marx-Engels-Platz verlegten.

Am 17. August trat die Jury unter Vorsitz von Otto Grotewohl zusammen. Nach mehrtägiger Beratung verkündete das Preisgericht die Ergebnisse des Wettbewerbs. Zehn Arbeiten wurden ausgezeichnet. Zu einem eindeutigen Ergebnis hatte man sich nicht entschließen können und keinen ersten Preis vergeben. Der zweite Preis ging

⁵⁹³ Vgl. Teil 2/ 2

⁵⁹⁴ SAPMO, DY 30 J IV/2/2/613, Anlage zur Ausschreibung des Wettbewerbs für die sozialistische Umgestaltung des Zentrums der Hauptstadt der DDR-Berlin

an das Kollektiv Gerhard Körber aus dem Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt und Dorfplanung in Halle.⁵⁹⁵ In der Bewertung der Jury hieß es: „Der Entwurf zeichnet sich durch eine Großzügigkeit aus, die den Perspektiven der sozialistischen Entwicklung Berlins entspricht.“⁵⁹⁶ Mit der Entscheidung für diesen Entwurf hatte sich die Jury gegen eine Neuerung im sozialistischen Städtebau entschieden. Sie hatte an die alten Grundsätze aus dem Jahr 1950 festgehalten.

Das *Neue Deutschland* berichtete in seiner Ausgabe vom 4. November 1959 über den Zentrumswettbewerb. Aus dem Ergebnis folgte die Zeitung, „dass mehrere hervorragende Arbeiten die städtebauliche Konzeption des neuen Zentrums beeinflussen werden.“ Die Ausstellung gehöre zu einem demokratischen Prozess, bei dem die Öffentlichkeit aufgefordert wurde, in Form von Fragezetteln ihre Meinung zu äußern. Zur Fortführung des Vorgangs schlug der Autor vor, „dass der Magistrat eine Kommission zur Auswertung der Vorschläge der Bevölkerung bildet.“

Die Ausstellung der Entwürfe war durch zwei Vorschläge ergänzt worden: Gerhard Kosel, Hanns Hopp und Hans Mertens, sowie Hermann Henselmann hatten außer Konkurrenz an dem Wettbewerb teilgenommen. Der Vorschlag Kosel/ Hopp/ Mertens war die Umsetzung der bereits im April veröffentlichten Planungsidee in der Zeitschrift *Deutsche Architektur*. Der Entwurf wurde durchaus gelobt, wobei die Erweiterung des Spreekanals als nicht umsetzbar beurteilt wurde.⁵⁹⁷

Starke Kritik erntete Idee von Hermann Henselmann. Seine Konzeption bildete einen Kontrapunkt zu den anderen Entwürfen, weil er moderne Gestaltungselemente vorstellte und anstelle eines repräsentativen, monumentalen Gebäudes einen Fernsehturm gesetzt hatte, der die technische Überlegenheit des Sozialismus ausdrücken sollte. Die Preisrichter beurteilten: „Der Entwurf löst nicht die architektonische Hauptaufgabe, die für die sozialistische Umgestaltung des Zentrums von Berlin gestellt ist.“⁵⁹⁸

⁵⁹⁵ An dem Entwurf waren außerdem die Architekten Herbert Gebhardt, Arthur Jungblut und Gerhard Plahnert beteiligt.

⁵⁹⁶ Bewertung der prämierten Entwürfe zum Ideenwettbewerb „sozialistische Umgestaltung“ Berlins durch das Preisgericht, 29. September 1959, hier in Durth/ Düwel/ Gutschow, (a), a.a.O., S. 257

⁵⁹⁷ Ebd.

⁵⁹⁸ Ebd.

Die Auswertung der Besuchermeinungen nahm Helmut Hennig vom Amt für Städtebau beim Magistrat vor.⁵⁹⁹ Von den 10.827 Besuchern hatten nur 420 Personen an der Befragung teilgenommen. In der statistischen Auswertung erhielt die Idee des Kollektivs Naumow aus Leningrad, das durch einen Ankauf ausgezeichnet worden war, die meisten Stimmen (131). Interessanterweise stand an zweiter Stelle der Entwurf Kosel/ Hopp/ Mertens mit 44 Stimmen und an Platz drei Henselmanns Planungsidee (41). Der vom Preisgericht favorisierte Plan folgte mit 41 Stimmen. Die Befragung sah nicht nur eine Auswahl der besten Entwürfe vor, sondern ließ noch Raum für eigene Bemerkungen, bei der speziell Bezug auf Einzelheiten genommen wurde. Dass die Idee des sozialistischen Städtebaus längst nicht alle Besucher erreicht hatte, konnte man den Folgerungen entnehmen, die Hennig aus den Befragungen schloss: „Weiter zeigen die Diskussionen in der Ausstellung [...], dass die Betrachtungen zu viel vom Standpunkt eines einzelnen Fußgängers durchgeführt werden, dass das Einzelerlebnis, die Idylle gesucht werden. Der einzelne Fußgänger hat seine Berechtigung, aber vor allem auch die Gruppe, das Kollektiv, die Masse der Bevölkerung, die mit Omnibussen z.B. oder in großen Demonstrationszügen das Zentrum [...] aufsucht [...] und unter diesen Umständen von Architektur und Stadtanlagen beeindruckt werden soll. Neben der Schaffung von Möglichkeiten für ein fröhliches buntes bewegtes Leben im Mittelpunkt der Stadt, muss mehr als bisher die Massendemonstration auf dem Marx-Engels-Platz diskutiert werden, weil sie eine untrennbare Lebensäußerung im Leben der sozialistischen Gesellschaft ist.“⁶⁰⁰

Da der Wettbewerb kein eindeutig zufriedenstellendes Ergebnis gebracht hatte, setzte die SED das Leitkollektiv ein, dem Vertreter des Ministeriums für Aufbau, der Bauakademie, des Magistrates, des Architektenverbandes und andere Baufachleute angehörten. Das Leitkollektiv entwickelte für das Politbüro Vorlagen hinsichtlich der weiteren Gestaltung des Zentrums. Im Politbüro war dafür speziell eine *Kommission zum Aufbau des Berliner Stadtzentrums* gegründet worden. Ihr gehörten Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Friedrich Ebert Paul Verner, Eberhard Gißke, Ernst Wolf,

⁵⁹⁹ Vgl. LAB, C-Rep 110/ 1484, Auswertung der schriftlich und mündlich gegebenen Äußerungen der Besucher der Ausstellung „Zentrum Berlin“, 4. Dezember 1959

⁶⁰⁰ Ebd.

Ernst Scholz, Gerhard Kosel und Kurt Lieb knecht an.⁶⁰¹ Das Leitkollektiv, dem Paul Verner, erster Sekretär der Bezirksleitung der SED, vorstand, erarbeitete die „Thesen zur architektonischen Grundkonzeption des Zentrums“.⁶⁰² Abgesehen von der Erweiterung des Spreearms zu einem Wasserbecken, die auf den Entwurf Kosels zurückging, und der Ausweitung des zentralen Gebäudes auf die Höhe des Rathauses gab es keine wesentlichen Neuerungen. Am Marx-Engels-Platz wurden die Gebäude für das Präsidium des Ministerrates, den Ministerrat, das Zentralkomitee der SED und das Außenministerium, sowie das Marx-Engels-Denkmal, die Marx-Engels-Ehrenhalle, das Marx-Engels-Institut und die Ehrentribüne angeordnet. Obwohl sich die Thesen auf die „Hauptstadt des künftigen, wiedervereinigten, friedliebenden und demokratischen Deutschland“ bezogen, schloss die Konzeption die Stadtgebiete außerhalb des Territoriums der DDR nicht mit ein. Die Thesen betonten vielmehr die Abgrenzung zum kapitalistischen Bauen: „Das Stadtzentrum von Berlin wird damit den fast ausschließlich kommerziellen Charakter der früheren City nicht weiter einnehmen.“⁶⁰³ Aus der Basis dieser Grundsätze wurde die 2. Stufe des Wettbewerbs eingeleitet. Drei Kollektive wurden aufgefordert aus den Ergebnissen des Wettbewerbs neue Vorschläge unter Berücksichtigung der erarbeiteten Thesen zu unterbreiten. Die *Kommission zum Aufbau des Berliner Stadtzentrums* überwachte diesen Vorgang.⁶⁰⁴ Als nach fünf Monaten noch keine befriedigenden Ergebnisse vorlagen, beschloss die Kommission den Entwurf des Stadtbauamtes (J. Kaiser/ H. Gericke/ P. Schweizer) noch mal überarbeiten zu lassen. Der endgültige Vorschlag wurde von Peter Schweizer, Dorothea Tscheschner, Hans Martinez und Hans Gericke vom Politbüro am 21. April 1961 bestätigt. Der Entwurf nahm die wesentliche Grundkonzeption der Thesen auf, wobei die geplante Verbreiterung des Spreebeckens ausblieb. Anstelle der Schinkelschen Bauakademie sollte in breiter Front zum repräsentativen Hochhaus das Außenministerium entstehen. Die Südseite des Marx-Engels-Platzes begrenzte das Staatsratsgebäude, sowie ein nicht näher beschriebener Bau.

Das *Neue Deutschland* berichtete in seiner Ausgabe vom 21. April 1961 über die „historische Tagung der Stadtverordnetenversammlung“ in der der

⁶⁰¹ Vgl. SAPMO, DY 30 J IV 2/2A/731, Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 15. Dezember 1959

⁶⁰² Vgl. LAB, C-Rep 110/ 1484

⁶⁰³ Ebd.

⁶⁰⁴ Vgl. SAPMO, DY 30 J 2/2 368, Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 15. Dezember 1959

Politbürobeschluss den gesetzlichen Gang nahm. Die gesamte Entwicklung wurde als ein demokratischer Prozess beschrieben: „Der Ihnen vorliegende Plan ist in breiter Öffentlichkeit entstanden. Bei seiner Ausarbeitung und Gestaltung wurde der Forderung Walter Ulbrichts auf dem V. Parteitag Rechnung getragen, dass es notwendig sei, die Meinung der Bevölkerung zu hören, die von ihr gemachten Vorschläge zu beachten und die Initiative der breitesten Kreise zu entfalten.“ Das Politbüro trat als Entscheidungsträger nicht auf, sondern nur in der Person Walter Ulbrichts, der „sich laufend über den Stand der Arbeiten unterrichtete und wertvolle Anregungen für die Ausarbeitung der Entwürfe gegeben hat.“ Die Unzufriedenheit und aktuelle Probleme, die innerhalb der Kommission und des Leitkollektive diskutiert worden waren, blieben der Öffentlichkeit verborgen.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sah innerhalb des Siebenjahresplanes die Bebauung des Marx-Engels-Platzes, des Alexander-Platzes sowie die Fortsetzung der Auf- und Neubauprojekte in der Straße Unter den Linden vor. Der Standort für das geplante zentrale Gebäude wurde auf das östlich vom Marx-Engels-Platz gelegene Gelände zwischen Spree und Spandauer Straße festgelegt. Das einzige historische Gebäude, das am Aufmarschplatz wieder errichtet werden sollte, war das Alte Museum. Was mit dem Dom geschehen sollte, blieb weiterhin ungeklärt. Aus einem Vermerk über eine Beratung der *Kommission zum Aufbau des Berliner Stadtzentrums* am 21. Dezember 1959 geht hervor, dass auch diese Frage im Zeichen der deutsch-deutschen Polarisierung stand: dort heißt es: „Zu der von Westberlin her organisierten Diskussion über die beabsichtigte Preisgabe des Domes bei der Neugestaltung des Marx-Engels-Platzes formulierte Genosse Walter Ulbricht als politische Stellungnahme: „Vom Aufbau des Zentrums wird der Dom nicht berührt.“⁶⁰⁵ Knapp anderthalb Jahre später am 21. April 1961 hatte sich diese Position aufgeweicht. In einem Aktenvermerk wurde festgehalten: „Zuerst werden wir das zentrale Hochhaus bauen und dann erst werden wir über den Dom sprechen.“⁶⁰⁶

Bereits 1958 hatte man mit den Wiederaufbauten am Alten Museum begonnen. Das Bauwerk galt als das wichtigste Werk Schinkels, mit dessen Wiederaufbau „politische

⁶⁰⁵ LAB, C-Rep 902/ 814, Aktenvermerk einer Beratung über den Aufbau des Stadtzentrums am 21. Dezember 1959

⁶⁰⁶ SAPMO, DY 30 J IV 2/6.06/4 Aktenvermerk über die Beratung im Politbüro vom 11. April 1961

Gesichtspunkte“ verbunden wurden.⁶⁰⁷ Anhand der Rekonstruktion sollte demonstriert werden, „wie die Deutsche Demokratische Republik Bautraditionen pflegt.“⁶⁰⁸ In einem Brief an Alexander Abusch im Oktober 1954 hatte Prof. Fritz Dähn von der Hauptabteilung Bildende Kunst die kulturpolitische Zielsetzung erläutert, die mit dem Wiederaufbau verbunden war. Mit dem Ausbau der Ausstellungsräume sollte „eine Möglichkeit für repräsentative Kunstaussstellungen in der DDR geschaffen werden, wie sie zeitbedingt notwendig sind.“ Als dritter politischer Schwerpunkt sollte „eine Entwicklung eingeleitet werden, einen neuen Kurs für die Staatlichen Kunstsammlungen einzuschlagen.“ Dähn schrieb: „Die Kunstsammlungen sollen den Anschluss an unsere Kulturpolitik erhalten im besonderen Hinblick auf die in der Perspektive bestehende Abteilung für Gegenwartskunst in unserem Sinne. Natürlich wurde diese programmatische Zielsetzung nicht an die große Glocke gehängt, weil sie von den verschiedensten Seiten nicht gewollt ist.“⁶⁰⁹ Im Vordergrund stand daher der kunsthistorische Aspekt des Wiederaufbaus. Der Magistrat von Groß-Berlin hatte im Rahmen des Verschönerungsprogramms der Hauptstadt für die Instandsetzung der Fassade zum Marx-Engels-Platz 1, 5 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Den zweiten Bauabschnitt, die Wiederherstellung der Dachkonstruktion und die weitere Sicherung der Bausubstanz übernahm das Ministerium für Kultur. Unter der Leitung von Theodor Voissem und Friedemann Seiler wurde der Museumsbau in Zusammenarbeit mit der Bauabteilung Staatliche Museen, einem Baukollektiv und dem Institut für Denkmalpflege innerhalb von acht Jahren fertiggestellt.

Die äußere Gestaltung, das Treppenhaus und die Rotunde wurden nach den Originalentwürfen Schinkels rekonstruiert. Seiler schrieb in der Festschrift zur Wiedereröffnung des Museums, dass die Projektierung die Verglasung des offenen Vestibüls zwischen den Säulen vorsah, die Denkmalpflege sich aber gegen diesen Vorschlag aussprach.⁶¹⁰

Die farbigen Originalentwürfe Schinkels waren im Krieg gerettet worden, so dass keine Schwierigkeiten bestanden, fehlende Fresken zu ersetzen. Die 24 Säulen mussten zum Teil ganz erneuert werden.

⁶⁰⁷ BArch, DR 1/ 7907, Brief von Prof. Fritz Dähn an Alexander Abusch vom 14. Oktober 1954

⁶⁰⁸ Ebd.

⁶⁰⁹ Ebd.

⁶¹⁰ Vgl. F. Seiler (a), a.a.O., S.36

Die Magistratsdenkmalpflege befürwortete einen modernen Ausbau gegenüber der historischen Rekonstruktion. Die Unterteilung der Räume durch zwei Säulenreihen wurde aufgehoben und weiträumige Säle geschaffen, die einer Gemäldegalerie entgegen kamen. Die Rohbauarbeiten zogen sich bis 1963 hin. Neben den folgenden Ausbauarbeiten begann man mit der Restaurierung des Außenschmucks. Dazu gehörten die vier Figurengruppen auf den Eckpostamenten des erhöhten Mitteltraktes: die rossebändigen Dioskuren und die Grazie und Muse mit dem Flügelross Pegasus. Die Adler auf dem Hauptgesims wurden aufgrund einer Beschädigung der Standflächen neu angefertigt. Erstaunlicherweise fielen sie nicht der Säuberungskampagne gegen preußische und militaristische Embleme zum Opfer, im Gegenteil, sie waren nicht einmal Diskussionsgrundlage einer politischen Auseinandersetzung. Sowohl im Ministerium für Kultur und im Magistrat sprach man immer nur von der Wahrung der historischen Fassade in seiner ursprünglichen Form. Die Bronzegruppen auf der Freitreppe, die kämpfenden Amazonen und der Löwenkämpfer waren besonders durch Buntmetalldiebe stark beschädigt worden. Die fehlenden Elemente wurden anhand von Fotografien rekonstruiert.

1964 wurde erwogen den Neptun-Brunnen, der vormals zwischen dem Schloss und dem Marstall gestanden hatte, vor dem Alten Museum wieder aufzubauen. In der Berliner Zeitung hatten sich viele Leser positiv zu diesem Vorschlag geäußert. Der Magistrat entschied sich aus städtebaulichen Gründen gegen den Standort am Lustgarten.

Das Alte Museum öffnete am 5. Oktober 1966 seine Tore mit der Ausstellung *Deutsche Kunst im 19. und 20. Jahrhundert*. In seiner Rede anlässlich der Wiedereröffnung leitete der Minister für Kultur Klaus Gysi die Begründung für den Wiederaufbau aus der Geschichte des Museums ab: „Den eigentlichen gesellschaftlichen Auftrag zum Bau dieses Hauses vor 143 Jahren bildeten die Forderungen des liberalen Bürgertums des damaligen Berlins, die Friedrich Wilhelm III. zur Zustimmung zwangen. Ohne die Aufklärung und ihr demokratisches Bildungsideal, ohne die französische Revolution und das Vorbild der von ihr zum Nationaleigentum erklärten Pariser Kunstsammlungen sind Geist und Ziel der damaligen Museumsgründung nicht zu verstehen. Diese Gründung ist auch nicht zu denken ohne den Auftrieb und den großen nationalen Impuls, den die

Befreiungskriege den Forderungen dieses Bürgertums gegeben haben.“⁶¹¹ Die Wiedereröffnung des Alten Museums ist eine kulturelle Leistung unseres Staates, die sich organisch in unsere demokratische Erneuerung und ebenso in unseren folgenden sozialistischen Aufbau einfügt und die den fortschrittlichen humanistischen Geist der Museumsöffnung aufgreift, weiterführt und unter neuen höheren geschichtlichen Bedingungen den Aufbau einer sozialistischen Ordnung verwirklicht.“⁶¹²

Die Konzeption des Zentrums sah für die Linden eine Zweiteilung der Straße vor, wobei der westliche Teil den Botschaften vorbehalten blieb und im Osten die Ministerien für Volksbildung, Außenhandel, Innerdeutschen Handel sowie Bürohäuser, Handelseinrichtungen, Läden, Gaststätten unter Einbeziehung der kulturhistorischen Bauten lokalisiert waren. Dazu gehörte das ehemalige Kaiser-Wilhelm Palais, die „Kommode“ und der Ausbau des Prinzessinnen-Palais zum Operncafé. Bis auf zwei Zäsuren blieb die räumliche Geschlossenheit erhalten: die Friedrichstraße wurde auf 60 Meter verbreitert und Glinkastraße erhielt über die Behrensstraße einen Durchbruch bis zur Straße Unter den Linden.

Das ehrgeizige Projekt, den wesentlichen Aufbau des Zentrums bis 1965 abzuschließen, konnte nicht erreicht werden. Der laufende Siebenjahresplan musste aufgrund des nicht einzuhaltenden Kostenplanes im Zentrum der Stadt unterbrochen werden.

Das einzige Gebäude, das am Marx-Engels-Platz fertiggestellt werden konnte, war das von Roland Korn und Hans Erich Bogatzky entworfene Staatsratsgebäude an der Südseite des Platzes. Das Gebäude war ursprünglich dem Institut für Marxismus-Leninismus vorbehalten gewesen, aber aufgrund der Baufälligkeit des Schlosses Niederschönhausen, in dem der Staatsrat bisher tagte, stimmte das Leitkollektiv dem neuem Nutzungskonzept zu.⁶¹³ Mit dem Einsatz des historischen Portals IV, von dem aus Karl Liebknecht während der Novemberrevolution 1918 gesprochen hatte, wurde in der DDR ein Exempel für den propagierten Umgang mit dem historischen Erbe statuiert: für die Selbstdarstellung des Staates DDR wurde ein Relikt, das der

⁶¹¹ K. Gysi zitiert in: Die Wiedereröffnung des Alten Museums am 5. Oktober 1966 (=Forschungen und Berichte, Beilage zu Band 9), S. 7

⁶¹² Ebd., S. 9

⁶¹³ Vgl., LAB, C-Rep 902/ 814, Vorlage des Leitkollektiv für das Politbüro, 7. April 1961

Interpretation von Geschichte auf der Basis einer marxistisch-leninistischen Lehre standhalten konnte, eliminiert.

Nach dem Abriss der Bauakademie von Schinkel begann der Aufbau des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Bis 1963 waren alle Entwürfe vom Politbüro abgelehnt worden. Die Schwierigkeit der Aufgabe lag in der Lösung der städtebaulichen Verbindung zwischen den historischen Linden und dem repräsentativen Platz der politischen Mitte, für die das zentrale Gebäude noch nicht endgültig entworfen war. Das Politbüro hatte für das Gebäude Auflagen erteilt, die eine Längsausdehnung des Gebäudes von 145 Metern und eine Höhe bis zu 45 Metern vorsah. Damit wurde das Lindenstatut überschritten. Um dennoch eine optische Verbindung zu den historischen Bauten Unter den Linden herzustellen, konzipierte das Entwurfskollektiv unter der Leitung von Josef Kaiser ein Sockelgeschoss und ein durch zwei Gesimsbänder umrahmtes Mittelgeschoß analog der historischen Traufhöhe. Mit der endgültigen Bauhöhe von 44 Metern und modern gestalteten Fassade in industrieller Bauweise hatte die Regierung der DDR einen bewussten Bruch zum historischen Bereich Unter den Linden gesetzt und eine erste Höhendominante am zentralen Platz geschaffen.

Bis zum Bau des Palastes der Republik blieb das zentrale Gebäude ein umstrittenes Objekt, das auch dem Wechsel der inhaltlichen Vorgaben im Bauwesen standhalten musste. Mit den Baumaßnahmen in der Straße Unter den Linden konnte erst 1962 begonnen werden, da zunächst Hochbauprojektierungen und der Bau eines Heizkanals für den Fernwärmeanschluss durchgeführt werden mussten.⁶¹⁴ Für die Bauten im westlichen Teil der Linden wurden zunächst die kriegszerstörten Ruinen geräumt. Die neuen Gebäude unterlagen dem massiven Sparzwang und dem neuen Edikt des industriellen Bauens. Tscheschner beschreibt diesen Straßenteil als „Experimentierfeld der gerade neu entwickelten Berliner Skelettbauweise“, was aber nicht zu einem befriedigendem Ergebnis führen konnte. „Obwohl an sich kein schlecht gestaltetes Fassadenelement, bestand die Variationspalette lediglich in unterschiedlichen Farben und Materialien, mit den die Brüstungsfelder belegt wurden.“⁶¹⁵ Auch das Leitkollektiv äußerte sich in den Sitzungen mehrmals

⁶¹⁴ Vgl. D. Tscheschner, a.a.O., S. 235

⁶¹⁵ Ebd.

unzufrieden über Gestaltung der westlichen Linden. Dem Anspruch einer Ensemblewirkung des gesamten Straßenbildes konnte so nicht nachgekommen werden. Als verbindendes Element zwischen moderner Bauweise und dem historischen Kulturgut blieb das „Lindenstatut“ von 1880, das für alle Gebäude Unter den Linden eine Traufhöhe von 22 Metern festlegte.

Neben den technischen Problemen sorgten Mängel in der Aufbauplanungen für Verzögerungen. Daher wurde am 24. September 1963 im Politbüro eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit den Mängeln im Bauwesen befassen und einen erneuten Beschluss zum „beschleunigten Aufbau des Zentrums vorbereiten sollte. Zur Weiterführung der Bauvorhaben wurde ein Investitionsprogramm ausgearbeitet, das den Bau und die Rekonstruktion der Ungarischen und Rumänischen Botschaft, des Hotels Unter den Linden, einem Gaststättenkomplex an der Stelle des ehemaligen Kranzlers, des Funktionsgebäudes der Komischen Oper, ein Appartementgebäude, sowie der Kommode vorsah. Die Kommode war das einzige Gebäude, das am Bebel-Platz dessen Kriegsbeschädigungen noch nicht beseitigt worden waren. Das Leitkollektiv hatte 1961 bereits einer Planung des Kollektivs Meinhard zugestimmt, die einen zusammenhängenden Aufbau der Kommode und des Kaiser-Wilhelm-Palais vorsah. An Stelle des angrenzenden Niederländischen Palais Unter den Linden sollte die Fassade des ehemaligen Kommandantenhauses wieder aufgebaut werden. Das Konzept des Architektenkollektivs für die Kommode griff die alte Funktion als Bibliothek wieder auf. Die Idee hatte sich damit gegen eine Nutzung als Ballettschule durchgesetzt. Die Denkmalpflege sorgte für die ideologische Untermauerung der Wiederaufbauplanung. In einer Art Gutachten, dass Wolf Schubert schrieb, hieß es: „Für die allgemeine deutsche Kultur und Geistesgeschichte von der Aufklärung bis zum ersten Weltkrieg ist der Bibliotheksbau eine Stätte der Erinnerung von allerhöchster Bedeutung. [...] Durch Karl Marx, der als Berliner Student 1836 – 41 hier seinen Studien nachging, und durch Lenin, der die Bibliothek im Jahre 1895 zu Quellenstudien benutzte, ist das Bauwerk zu einer Gedenkstätte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung geworden.“⁶¹⁶ Scheinbar versuchte die Denkmalpflege, der im Zuge des Denkmalschutzgesetzes von 1961 immer mehr Kompetenzen entzogen worden waren, mit diesem Schreiben Einfluss auf den Wiederaufbau zu nehmen. Das geht

⁶¹⁶ BArch, DH 2 I/32, Anmerkungen zur Frage der Erhaltung der Ehemaligen Bibliothek am August-Bebel-Platz, 1963

aus der wohl bedachten Formulierung und dem bittendem Tonfall hervor. Das Schreiben endet mit den Worten: „Das Institut für Denkmalpflege bittet darum, Vorschläge zum Wiederaufbau und zur künftigen Nutzung des Bauwerkes machen zu dürfen.“⁶¹⁷ Peter Goralczyk äußerte sich in einem Interview dahingehend darüber, dass mit Hilfe politischer oder ideologischer Argumente die Denkmalpflege versuchte Anliegen, wie die Verhinderung eines Abrisses, durchzusetzen.⁶¹⁸

Die Projektierung für die Kommode sah den historisch getreuen Wiederaufbau der Fassade und die Beibehaltung des geschwungenen Gebäudegrundrisses vor. Die Ruine wurde bis auf die Fassade abgetragen. Durch die eigenwillige Formgebung der Kommode war eine Bauweise durch Typenelemente nicht möglich, sondern musste in traditioneller Bauweise ausgeführt werden.

Der Wiederaufbau der Kronprinzen- und Prinzessinnenpalais war vor der Gründung des Leitkollektivs noch umstritten. 1959 hatte Ulbricht gefordert, „Die Frage des Wiederaufbaus des ehemaligen Kronprinzenpalais und des ehemaligen Prinzessinnenpalais einer erneuten Prüfung zu unterziehen.“⁶¹⁹ In Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bauakademie und dem Stadtbauamt sollten Vorschläge ausgearbeitet werden, inwieweit ein Wiederaufbau der Gebäude im Rahmen des Stadtzentrums erfolgen sollte und eine Wiederverwendung kulturhistorisch wertvoller Teile aus den Ruinen möglich sei.

⁶¹⁷ Ebd.

⁶¹⁸ Das Interview mit Dr. Peter Goralczyk wurde 1996 geführt.

⁶¹⁹ LAB, C-Rep 902/ 814, Aktenvermerk einer Beratung über den Aufbau des Stadtzentrums am 21. Dezember 1959

Für das Nutzungskonzept des ehemaligen Prinzessinnenpalais kamen verschiedene Vorschläge zusammen. Die Staatsoper hatte zusätzliche Verwaltungsräume beantragt. Das Leitkollektiv lehnte dieses ab und entschied sich das Palais zu einem touristischen Anziehungspunkt auszubauen und stimmte dem „Wiederaufbau als Café und Restaurant mit einer breiten Terrasse zu“ zu.⁶²⁰ Der Wiederaufbau des Prinzessinnenpalais erfolgte unter der Leitung von R. Paulick und K. Kroll im Sinne der Denkmalpflege, „wobei der Kopfbau, der Bogen über die Oberwallstraße und das Hauptportal zum Prinzessinnen-Palais nicht abzureißen, sondern den Wiederaufbau einzubeziehen“ war.⁶²¹ Der Innenausbau erfuhr eine moderne Ausgestaltung.

Das Kronprinzenpalais war auf Beschluss des Leitkollektivs 1961 vollständig abgetragen worden. Mit dem Wiederaufbau wurde 1968 bis 1970 die letzte Lücke des historischen Teils Unter den Linden geschlossen. Die Lage des Palais erforderte durch die unmittelbare Nähe zum Neubau des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten eine besondere städtebauliche Lösung. Richard Paulick, der die Aufbaumaßnahme leitete, entschied sich für die Gestaltung des Gebäudes nach Heinrich Strack, der das Gebäude 1956 bis 1857 aufgestockt hatte. Die spätklassizistische italienische Fassadengestaltung ließ sich eher in Verbindung mit dem anliegenden Neubau bringen, als der historische Originalbau. An der Südwestseite des Kronprinzenpalais wurden ein Gartenpavillon und ein Restaurant untergebracht. Die Fassade wurde durch zwei Portalreliefs der abgerissenen Schinkelakademie verziert. Die Innenausstattung erfolgte in Hinblick auf ein zukünftiges Gästehaus der Regierung in einer modernen, funktionalen Bauweise.

Auch die kleinsten Entscheidungen, die den Aufbau des Zentrums betrafen, wurden innerhalb des Leitkollektivs beraten. Selbst Stoffproben für die Innenausstattung der Gebäude wurden innerhalb der Sitzungen dieses Gremiums thematisiert. Durch diese zentrale Steuerung kam es häufig zu Verzögerungen der Aufbauarbeiten. Zu den Aufgabenbereichen des Kollektivs gehörte auch die künstlerische Ausgestaltung der Innenstadt. Die Synthese zwischen Kunst und Architektur sollte durch den Einsatz bildkünstlerischer und bauplastischer Werke gezeigt werden. Für die gesamt künstlerische Konzeption des Bereiches zwischen dem Alexanderplatz und dem Brandenburger Tor wurden Standorte für Bauplastiken gesucht. Auch der Mittelstreifen der Straße Unter den Linden wurde in Betracht gezogen. Das

⁶²⁰ LAB, C-Rep 110/ 1489, Protokoll über die Sitzung des Leitkollektivs am 9. Januar 1961

⁶²¹ Ebd.

Leitkollektiv lehnte diesen Vorschlag aber ab. In der Sitzung vom 21. November 1962 wurde das erste Mal die Möglichkeit geäußert, „ob auf den Sockeln der Marx-Engels-Brücke die alten noch vorhandenen oder neuen Plastiken angebracht werden sollen.“⁶²² Die Schlossbrückenfiguren waren im Krieg im Westen der Stadt eingelagert worden und nach der Gründung beider deutscher Staaten auch dort behalten worden. Waltraud Volk, Magistrats-Denkmalpflegerin, hatte sich dafür ausgesprochen, die jetzige Marx-Engels-Brücke mit Standbildern von Aufbauhelfern zu schmücken.

Nach Auskunft von Peter Goralczyk stand diese Idee im Zusammenhang mit der Diskussion um das Verhältnis zur preußischen Geschichte. Zwar galt Schinkel als ein fortschrittlicher Baumeister, der dem Traditionsverständnis der DDR entsprach, aber Standbilder, die einen viel direkteren ablesbareren Aussagewert hatten, unterlagen strengeren Auswahlkriterien. 1965 beschloss der Ministerrat die Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung einer Konzeption über Geschichtsdenkmäler in Berlin. Ziel war die Überprüfung von Standbildern, die im Krieg eingelagert waren, und die Konzeptionierung neuer Denkmäler, die dem politisch-ideologischen Geschichtsbild der SED entsprachen. Auch hier sollte der Ausdruck des *Sozialistischen Realismus* zum Tragen kommen. Die ideologische Aufgabenstellung der Denkmäler formulierte die Kommission in ihrer Konzeption: „Das Stadtzentrum wird [...] eine große Anziehungskraft auf die Bevölkerung der Hauptstadt und ihrer Besucher ausüben. Es ist daher notwendig [...] eine die Aufgabe von Städtebau und Architektur ergänzende, vertiefende und konkretisierende Aussage durch Werke der bildenden Kunst zu schaffen.“⁶²³ Die neuen Geschichtsdenkmäler sollten einen Gegensatz zu den alten, vornehmlich aus dem 19. Jahrhundert stammenden Denkmälern bilden, die aus Sicht der SED als reaktionär galten: „Die von den früher herrschenden Klassen in Berlin errichteten Denkmäler waren bestimmt, das reaktionäre Geschichtsbild des preußisch-deutschen Reiches und der Hohenzollern-Herrschaft zu formen und zu festigen. Diese Denkmäler sind heute aus dem Stadtbild entfernt. Ihnen ist auch in Zukunft kein Raum mehr zu geben. Eine Ausnahme bilden einige Standbilder, die der Ehrung progressiver Persönlichkeiten der deutschen Geschichte, besonders aus

⁶²² LAB, C-Rep 110/ 1489, Protokoll der Tagung des Leitkollektivs vom 21. November 1962

⁶²³ BArch, DH2/ II/ 07-2/ 14, Konzeption über Geschichtsdenkmäler im Zentrum der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin

der Zeit des Befreiungskrieges von 1813 dienen.“⁶²⁴ Bereits am 15. Dezember 1959 hatte das Politbüro der Wiederaufstellung der restaurierten Standbilder von Blücher, Scharnhorst, Gneisenau und Yorck in der Parkanlage neben dem Verwaltungsgebäude der deutschen Staatsoper zugestimmt. Aber diese Maßnahme, die 1963 erfolgte, hatte keinen sehr offensiven Charakter, zumal sie abseits von der Straße Unter den Linden und mit Einschränkungen versehen, stattfand. Das Politbüro hatte festgelegt: „Die Inschriften werden so verändert, dass nur der Name des Betreffenden sowie das Geburts- und Sterbejahr vermerkt sind. Die preußischen Adler sind von den Standbildern zu entfernen.“⁶²⁵

Die wiederaufgestellten und konzeptionierten Denkmäler hatten eine erzieherische Funktion. Bei der weiteren Gestaltung des Zentrums waren Denkmäler vorgesehen, die das Geschichtsbild der sozialistischen Gesellschaft formen und die „Herausbildung eines sozialistischen Geschichtsbewusstseins“ bewirken sollten.“⁶²⁶ Der Verband der Bildenden Künstler hatte dazu den Vorschlag gemacht, anstelle des Reiterdenkmals Friedrichs II. ein neues Kunstwerk im Sinne des *Sozialistischen Realismus* zu setzen. Die Kommission riet aus städtebaulichen Gründen davon ab. In ihrer Funktion der Linden als Aufmarschstraße wollte die Kommission die Blickrichtung auf den zentralen Platz freihalten: „[...] der auf dem Mittelstreifen zum Forum Prominierende möchte schon von weitem den Blick zum Marx-Engels-Platz, zum Zentralen Gebäude und zum Marx-Engels-Denkmal frei haben.“⁶²⁷ Die Wiederaufstellung des Friedrich-Denkmal wurde überhaupt nicht in Betracht gezogen. Auch die Schinkelschen Schlossbrückenfiguren passten nach Auffassung der Denkmalkommission nicht in das sozialistische Zentrum: „Aus analogen städtebaulichen Gründen einer freien Sichtbeziehung zum Marx-Engels-Platz, vor allem auch aus ideologischen Gründen, werden die Figuren ‚Aus dem Leben eines Kriegers‘, die auf den Postamenten der ehemaligen Schlossbrücke –der jetzigen Marx-Engels-Brücke-, nicht wieder aufgestellt.“⁶²⁸

⁶²⁴ Ebd.

⁶²⁵ SAPMO, DY 30 J IV 2/2A/ 731, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 15. Dezember 1959

⁶²⁶ BArch, DH 2/ II/ 07-2/14, Konzeption über Geschichtsdenkmäler im Zentrum der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin

⁶²⁷ Ebd.

⁶²⁸ Ebd.

Im April 1966 berichtete die Welt am Sonntag, dass der Senat den Ostberliner Behörden ein Angebot über die Rückführung der Figuren gemacht hatte.⁶²⁹ Inwieweit zu diesem Zeitpunkt schon ein Kulturaustausch vorgesehen war, lässt sich aus den Senats- und Magistratsakten nicht ersehen. Der Tagesspiegel schrieb am 18. Oktober 1967: „Es wird erwogen, die Marmorstatuen als Tauschobjekt an Ost-Berlin zur Wiederaufstellung auf der renovierten Schlossbrücke abzugeben.“ Die Welt am Sonntag berichtete am 24. März 1968 von einem gescheiterten Tauschgeschäft: „Das anfängliche Interesse in Ostberlin erlosch jäh, als Konwariz einen Tausch der Gruppen gegen im Ostsektor gelagerte historische Gegenstände des Tegeler Schlosses vorschlug.“⁶³⁰ Die Schlossbrückenfiguren blieben zunächst weiter in Westberliner Hand, wo sie Anfang der achtziger Jahre restauriert wurden. Auf Veranlassung der Stadtbildpflege bargen Sporttaucher des Deutschen Unterwasserchors im Hafen der Borsigwerke in Tegel, wo ein Teil der Skulpturen im 2. Weltkrieg gelagert worden waren, den Kopf des Jungen Kämpfers, einer Marmorfigur, die Gustav Blaeser nach einer Idee von Schinkel angefertigt hatte. Bis zu den weiteren Ost-West-Verhandlungen über die Rückgabe der Figuren 1980 blieb die Figurengruppe im Lapidarium in West-Berlin. Eine öffentlich propagierte Aufstellung auf dem Kreuzberg unterblieb. Vermutlich hielt sich der Senat die Option für weitere innerdeutsche Verhandlungen offen.

Im Zuge der Denkmaldiskussion rückte die Neue Wache ins Blickfeld der Kommission. Die vorgeschlagene Umgestaltung sollte sich einem repräsentativen Charakter des Staates anpassen. Die Wache wurde jetzt nicht mehr als Mahnmal, sondern als Ehrenmal bezeichnet. Erst am 14. Januar 1969 beschloss das Politbüro anlässlich des 20. Jahrestages der DDR die Umgestaltung des Schinkelbaus.⁶³¹ An das Schinkelsche Wachgebäude waren hohe Erwartungen in Hinblick auf die Selbstdarstellung der DDR auf internationaler Ebene geknüpft. In der Begründung zur Umgestaltung des Gebäudes hieß es:

„Die endgültige Umgestaltung des Ehrenmals Unter den Linden hat als politische Aussage für die Opfer des Faschismus und des Militarismus

⁶²⁹ Vgl. Welt am Sonntag vom 24. April 1966: Ostberlin wollte Skulpturen nicht

⁶³⁰ Konwariz war der zuständige Stadtbildpfleger beim Berliner Senat

⁶³¹ SAPMO, DY 30 J IV 2/2 A 1349/ 1350, Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 14. Januar 1969

an der traditionellen Stätte der Wachaufzüge große Bedeutung. Es wird jährlich von hunderttausend Menschen besucht und ist eine Sehenswürdigkeit des internationalen Tourismus. Das Ehrenmal wirkt auf diese Weise nach Westdeutschland und in der internationalen Öffentlichkeit.“⁶³²

Im Innenraum des Ehrenmals wurde, nach Entwürfen von Lothar Kwasnitza, ein geschliffener gläserner Kubus anstelle des geschmolzenen Granitsteins aufgestellt, in dem eine ewige Flamme brannte. Um das Feuer zu schützen wurde die bisher offengehaltene Öffnung am Dach mit einer Plexiglaskuppel verschlossen. Unter zwei Bronzeplatten setzte man zwei Urnen bei, die mit der Bodeninschrift „Unbekannter Soldat“ und „Unbekannter Widerstandskämpfer“ gekennzeichnet waren.⁶³³ Um der Einweihung des Ehrenmals noch größeren Ausdruck zu verleihen, beschloss das Politbüro ein besonderes Zeremoniell: „Zusammen mit der Urne für das unbekannte Opfer des Faschismus“⁶³⁴ wird Erde aus den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Buchenwald, Ravensbrück, Auschwitz, Theresienstadt u.a., eingelegt in Stahlzylinder, versenkt.

Für die Opfer des Militarismus wird Erde von den großen Kriegsschauplätzen der Sowjetunion, Polens, Jugoslawiens, Frankreichs, Belgiens, Norwegens u.a. versenkt.“⁶³⁵ Der gesamte Innenraum erhielt einen Fußboden aus Marmor. Der Schriftzug „Den Opfern des Faschismus und Militarismus“ an der Stirnseite musste dem von der Bildhauerin Ortrud Lerch angefertigten Staatswappen der DDR weichen und wurde in zweifacher Ausführung an den Seitenwänden angebracht.

Mit der Umgestaltung der Neuen Wache steuerte die DDR einen außergewöhnlichen Kurs in Hinblick auf die Gestaltung von Denkmälern an. Die Kommission zur Ausarbeitung einer Konzeption über Geschichtsdenkmäler hatte vorgeschlagen, „das Ehrenmal in der bildkünstlerischen Aussage konkreter als Mahnmal der Opfer des Faschismus und Militarismus umzugestalten.“⁶³⁶ Damit lehnte sich das Gremium an

⁶³² LAB, C-Rep 110/1503, Vorlage für das Politbüro, 24. Dezember 1968

⁶³³ Die ersten Vorschläge für die Inschriften „Unbekanntes Opfer des Faschismus“ und „Unbekanntes Opfer des Militarismus“ wurden verworfen.

⁶³⁴ Vgl. ebd.

⁶³⁵ SAPMO, Dy 30 J IV 2/2 A 1349/ 1350, Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 14. Januar 1969

⁶³⁶ BArch, DH 2/ II/ 07-2/14, Konzeption über Geschichtsdenkmäler im Zentrum der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin

die Vorgaben des *Sozialistischen Realismus* an und implizierte die Verwendung von realistischen Bildwerken. Das Politbüro hatte sich für einen Entwurf entschieden, der auf die Grundelemente Tessenows zurückging und auf die Repräsentation des Staates setzte. Jürgen Tietz schreibt dazu: „Der Verzicht auf ein skulpturales Programm für das Mahnmal, der spätestens mit der Umgestaltung durch Lothar Kwasnitza festgeschrieben wurde, unterstreicht die Einmaligkeit, die der Neuen Wache in der Denkmallandschaft der DDR zukam.“⁶³⁷

Die Rehabilitierung der Preußischen Geschichte, die auch die Rückkehr der Brückenfiguren und des Reiterstandbildes möglich machte, sollte noch Jahre auf sich warten. Fast ebenso lange dauerte die Fertigstellung des Zentralen Gebäudes und das über Jahrzehnte diskutierte Marx-Engels-Denkmal. Die Erwartungen an diese beiden Objekte waren so hoch gesteckt, dass es fast unmöglich schien zu einem Ergebnis zu kommen.

Wenn auch der Wiederaufbau des Zentrums bis 1965 nicht abgeschlossen werden konnte, so war es doch gelungen wesentliche Projekte voranzutreiben. Die einschneidendste politische Baumaßnahme war sicherlich der Bau der Berliner Mauer, der mit dem 13. August 1961 begann. Mit dieser Grenzarchitektur verwandelte sich das bis dahin vorhandene Barrikadensystem zu einem manifesten Symbol des geteilten Deutschlands und Europas. Seit 1952 hatte es Überlegungen innerhalb der SED-Führung gegeben, die Grenze zu West-Berlin abzuriegeln, um den anhaltenden Flüchtlingsstrom aus der DDR Einhalt zu gebieten. Besonders die Abwanderung von ausgebildeten jungen Menschen bedrohte die Wirtschaftskraft der DDR. Die Durchsetzung einer radikalen Grenzlösung war bis dahin nicht möglich gewesen, da zum einen die Einwilligung der Sowjetunion fehlte und eine Abriegelung aus verkehrstechnischen Gründen kaum möglich war. In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 begann man mit der Abriegelung der Sektorengrenze und zunehmenden Bebauung des Grenzstreifens. Obwohl der Mauerbau ein denkbar negatives Phänomen in der Geschichte der DDR beschrieb, nutzte die SED den Mauerbau zu Propagandazwecken. So wurde die Grenzbefestigung „Antifaschistischer Schutzwall“ genannt und das 10-jährige Bestehen wurde unter dem Tenor „10 Jahre sicherer Schutz des Friedens und des Sozialismus“ begangen. An keiner Stelle wurde die Spaltung Deutschlands so deutlich wie an dem

⁶³⁷ Tietz, a.a.O., S. 92, Tietz geht hier von einer bauplastischen Gestaltung aus, wie sie Herrmann Henselmann 1957 vorgeschlagen hatte.

symbolträchtigen Ort des Brandenburger Tores. Während das von den Grenzanlagen der DDR eingerahmte Tor auf westdeutscher Seite zum Mahnmal wurde, nutzte die DDR die Friedenssymbolik des Brandenburger Tores und demonstrierte an dieser Stelle die Stärke des Grenzregimes und des Sozialismus.

Der Magistrat erhoffte sich auch nach dem Bau der Mauer am 13. August 1961, dass mit dem sozialistischen Städtebau die „politisch gesellschaftliche und städtebaulich-architektonische Zielsetzung“⁶³⁸ erreicht wurde. In einer Konzeption des Amtes für Hochbau, die der Magistrat am 20. Juni 1965 bestätigte, hieß es: „Viele ausländische und westdeutsche Besucher und nicht zuletzt die Westberliner Bürger, denen durch die Initiative unserer Regierung der Besuch ihrer Verwandten in unserer Hauptstadt ermöglicht wurde, können sich von dem modernen und großzügigen Aufbau überzeugen. Falsche Vorstellungen, die durch eine lügenhafte Unterrichtung entstehen, werden so beseitigt und der Lösung der nationalen Frage neue Impulse geben.“⁶³⁹ Die Straße Unter den Linden gehörte zum Bestandteil des sozialistischen Städtebaus, weil in ihr das fortschrittliche nationale Erbe bewahrt wurde und mit der Rekonstruktion den Bauten dem sozialistischen Leben entsprechende Zweckbestimmungen zugeführt wurden. Bis 1970 sah die 1965 aufgestellte Konzeption die Fertigstellung des Pariser Platzes vor. Mit ihm sollte trotz des unmittelbaren Grenzgebietes „eine gute Eingangssituation in den Straßenraum Unter den Linden geschaffen“ werden.⁶⁴⁰ Im Norden und Süden des Platzes sollten zur Herstellung der räumlichen Wirkung Baumreihen gepflanzt werden.

Der wesentliche Wiederaufbau der Straße Unter den Linden war 1970 abgeschlossen. Mit dem Aufbau des Kronprinzenpalais war auch die letzte Rekonstruktion der historischen Gebäude vollzogen worden. Der Straße Unter den Linden fehlte in ihrer Funktion als Aufmarschstraße immer noch der Zielpunkt eines repräsentativen Gebäudes, das in allen Wiederaufbauplanungen als der Punkt beschrieben wurde, von dem aus die weiteren Planungen erfolgen sollten. Das Zentrum der Stadt blieb über zwanzig Jahre lang eine betonierte Ebene, die zu besonderen politischen Anlässen Sammlungs- und Demonstrationsplatz von

⁶³⁸ LAB, C-Rep, 110/ 1496, Konzeption zum weiteren Aufbau der Hauptstadt Berlin sowie zur Entwicklung der Berliner Bau- und Materialindustrie im Zeitraum 1964 – 1970

⁶³⁹ Ebd.

⁶⁴⁰ Ebd.

Menschenmassen war, die die Stärke des sozialistischen Staates auf deutschen Boden demonstrieren sollte. Zu solchen Anlässen wurden immer wieder Verschönerungsmaßnahmen an der Straße Unter den Linden vorgenommen. Anlässlich des VII. Parteitages 1967 ordnete das Bezirksbauamt an, „kontrollfähige Maßnahmen festzulegen“, die der Hauptstadt „zu Ehren dieses Parteitages ein würdiges Aussehen geben.“⁶⁴¹ Dazu zählten vor allen Dingen Fassadenbereinigungen, Instandsetzungsarbeiten an Bürgersteigflächen, Baumbepflanzungen und Grünflächengestaltungen.

Mit dem Wiederaufbau der Straße Unter den Linden war es der DDR gelungen, ein bedeutendes städtebauliches Ensembles historischer Baukunst aufzubauen, das internationale Anerkennung fand.

⁶⁴¹ LAB, C-Rep, 110-02/ 65, Aufgaben nach Investitionskomplexen, Investitionskomplex Unter den Linden, 14. Dezember 1966

4.5. Das politische Zentrum umringt von preußischer Geschichte

Mit der Fertigstellung der Straße Unter den Linden hatte die Regierung der DDR eine weitere Komponente der sozialistischen Gestaltung in Berlin fertiggestellt: die Aufmarschstraße zum politischen Zentrum, als historisches Pendant zur Karl-Marx-Straße in Friedrichshain. Aber noch immer blickten die aufmarschierenden Kolonnen lediglich auf die Tribüne, anstatt auf das geplante Regierungshochhaus. An Tagen, an denen keine Masseninszenierungen den Platz säumten, bot sich den alltäglichen Passanten das traurige Bild eines monumentalen, leeren Platzes, der zum politischen Zentrum der Stadt auserkoren war.

Erst unter Erich Honecker wurde das Thema des zentralen Gebäudes wieder aufgegriffen. Ohne große Öffentlichkeit und ohne die Ausschreibung eines Wettbewerbs ging er der alten Idee eines Volkshauses nach. Der Architekt Prof. Heinz Graffunder berichtet in einem Interview über die Anweisungen zu dem geplanten Baukomplex: „Eines Tages hatte mich der Bauminister angerufen und gesagt, ich solle doch mal eine Studie für ein Mehrzweckgebäude aufs Reißbrett bringen. [...] Ein Saal mit 5000 Plätzen, ein Saal für die Volkskammer, Restaurants für beide und eine Ehrentribüne für Demonstrationen.“⁶⁴² Die Studie, die Graffunder und sein Kollektiv im Februar 1973 dem Ministerium für Bauwesen vorlegte, fand Zustimmung. Graffunder bekam umgehend den Auftrag zur *Konzeption des Palastes der Republik*, wie das Gebäude jetzt genannt wurde.

Die schnelle Beschlussfassungen des Politbüros am 27. März 1973 und des Ministerrates am 11. April 1973, zeigen mit was für einer Dringlichkeit das Projekt vorangetrieben wurde.⁶⁴³ Dass der Wunsch einer Fertigstellung vor dem benachbarten Dom die Dringlichkeit unterstützt hat,⁶⁴⁴ ist kaum wahrscheinlich, da der Beschluss einer Rekonstruktion des Kirchengebäudes zu diesem Zeitpunkt noch nicht gefallen war. Logischer erscheint, dass die Regierung der DDR den Wiederaufbau der Kirche unterstützte, um nach dem Bau des Palastes keine Kriegeruine im unmittelbaren Umfeld zu haben.

⁶⁴² H. Graffunder: Erinnerungen und Gedenken des Architekten, in: K. Heidler: Von Erichs Lampenladen zur Asbestruine. Berlin 1998, S. 33

⁶⁴³ Vgl. SAPMO, DY 30 J IV 2/2 A 1668/ 1669, Protokoll der Politbürositzung vom 27. März 1973

⁶⁴⁴ Vgl. B. Flierl: Planung und Bau des Palastes, in: Th. Beutelschmidt/ J. Müller-Novak: Ein Palast und seine Republik. Berlin 1002, S. 64

Mit der Entscheidung zu einem Mehrzweckbau, der sowohl die Volkskammer beherbergte, als auch als Kultur- und Freizeitzentrum genutzt werden konnte, knüpfte die SED an den Gedanken eines repräsentativen Volkshauses an. Außerdem ließ die Regierung die Option der Hochhausdominante fallen. Das starre Festhalten daran, hatte sich bereits nach dem letzten Städtebauwettbewerb 1958 durch einen Vorschlag von Hermann Henselmann aufgelockert. Der Architekt hatte außer Konkurrenz als Gegenposition zu Gerhard Kosel einen Vorschlag gemacht, in dem er die Höhendominante nicht in das Regierungsgebäude, sondern in einen Fernsehturm auf den Marx-Engels-Platz verlegte. Nachfolgende Entwürfe griffen diese Idee auf.

Mit dem Bau des Palastes der Republik setzte Honecker ein sichtbares Zeichen für den neuen politischen Kurs nach dem Machtwechsel. Die Schnelligkeit, mit der er den planerischen Prozess, im Gegensatz zur Regierung Ulbricht, die an den hochtreibenden Plänen gescheitert war, vorantrieb, zeigte seinen politischen Handlungsdrang. Außerdem verband Honecker den Beschluss zum Bau des Palastes mit der Entwicklung des komplexen Wohnungsbaus für die Jahre 1976 bis 1980.⁶⁴⁵ Honecker konnte mit der Verbindung des ehrgeizigen Wohnungsbauprogramms und des Palastes der Republik die auf dem VIII. Parteitag propagierte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und daraus folgernde Erhöhung des Lebensstandards widerspiegeln.⁶⁴⁶

Flierl sieht einen weiteren Punkt in dem städtebaulichen Paradigmenwechsel: „Das Haus sollte in Konkurrenz zum gleichzeitig entstehenden Internationalem Congress Centrum (ICC) in Westberlin Aufmerksamkeit auf Ostberlin als ebenbürtigen Ort für renommierte Veranstaltungen lenken. Darüber hinaus sollte es das internationale Prestige der DDR manifestieren, das mit dem Ende 1972 in Kraft getretenen Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten bereits gewachsen war und das mit der für Ende 1973 erwarteten Mitgliedschaft in der UNO ansteigen würde.“⁶⁴⁷

Nach dem Ministerratsbeschluss begann die detaillierte Arbeit am Palast-Projekt. Der Chefarchitekt Graffunder beauftragte mehrere Architekten für Teilprojekte. Die Aufbauleitung übernahm Erhardt Gießke.

⁶⁴⁵ BArch, DC 10 I/4/2885, Ministerratsbeschluss vom 11. April 1973

⁶⁴⁶ SAPMO, DY 30 IV 1/VIII/4, Protokoll des VIII. Parteitages der SED, 15. – 19. Juni 1971

⁶⁴⁷ Flierl (d), a.a.O., S. 64

Graffunder unterteilte den Palast der Republik in zwei asymmetrische Teile, die durch einen Zwischenbau getrennt waren. Damit ging der Architekt äußerlich sichtbar auf die Verbindung von großem Veranstaltungsraum, Volkskammer und Foyer ein. Graffunder war daran gelegen, eine städtebauliche Lösung für diesen schwierigen Standort zu finden, der von der historischen Ruine des Doms, dem Außenministeriums als modernem Hochbaukomplex und dem Staatsratsgebäude, das sich in der Traufhöhe und der äußeren Gestalt an die Linden anlehnte, definiert war. Graffunder schreibt zum Problem des benachbarten Domes: „Wir gingen davon aus, dass er erhalten blieb. [...] Jede Lösung mit zum Beispiel hängenden Stahldächern oder anderen kühnen Konstruktionen musste neben dieser Kuppel lächerlich wirken. So entschlossen wir uns beim Dach des Palastes für eine funktional strukturierte Architektur mit den Kuben beider Säle. Eine lakonisch, klare Struktur.“⁶⁴⁸ Um die Traufhöhe nicht zu ignorieren, setzte Graffunder zwischen den beiden Baukörpern, einen niedrigeren, 25 Meter hohen Zwischenbau, in dem auf den Etagen die verschiedenen Foyers untergebracht waren.

Der Palast der Republik wurde nach einer Rekordbauzeit von nicht einmal 1000 Tagen am 23. April 1976 eröffnet. Die Eile mit der der Bau fertiggestellt wurde, hatte neben Schwierigkeiten im Projektierungs- und Bauprozess, ein weit aus größeres Problem mit sich gebracht: trotz des Verbots des Asbestspritzisoliervorgangs wurde mit einer Ausnahmegenehmigung das gesundheitsschädliche Spritzasbest zum Brandschutz verwendet. „Durch zentrale Beschlüsse des Politbüros der SED, des Ministerrates der DDR und der Stadtverordnetenversammlung Berlin zwischen März und Mai 1973 wurde der Baubeginn mit August des gleichen Jahres (Ende der Weltjugendspiele) und das Bauende zum Quartal 1976 festgelegt, um den IX. Parteitag der SED bereits im neuen Kongressgebäude abhalten zu können.“⁶⁴⁹ Die Anwendung eines anderen Brandschutzverfahrens wäre zu kostenintensiv und zeitaufwendig gewesen.

Möglicherweise hatten die Popularisierung und der volksnahe Charakter des Palastes der Republik den Bau des zentralen Gebäudes erst möglich gemacht. Die vorgesehene Einheit eines Volkshauses mit einem adäquaten Marx-Engels-Denkmal konnte bis zur Eröffnung nicht erreicht werden. Bereits im Oktober 1973 hatte man

⁶⁴⁸ Graffunder, a.a.O., S. 35

⁶⁴⁹ W. Heinitz/ B. Schöll: Asbest – vom Baustoff zum Gefahrstoff, in: Beutelschmidt/ Müller-Novak, a.a.O., S. 45

die bildkünstlerische Außengestaltung des Palastes und der näheren Umgebung auf das Staatswappen an der Frontseite des Gebäudes reduziert. In einer beratenden Sitzung im Kulturministerium am 19. Oktober 1973 wurde von einem möglichen Marx-Engels-Relief Abstand genommen. Außerdem wurde die „zeitliche Trennung zwischen dem Bau des Marx-Engels-Denkmal und dem Palastes der Republik beschlossen.“⁶⁵⁰ Diese Maßnahmen standen offensichtlich in Zusammenhang „mit der notwendigen Reduzierung des Gesamtaufwandes“⁶⁵¹, die um ein vielfaches die veranschlagten 250 bis 260 Millionen Mark übertrafen. „Für die [...] beginnende Bautätigkeit blutete die ganze DDR: mit Baustoffen und Arbeitskräften, mit Investitionen der Volkswirtschaft aus teils schon genehmigten, teils erst beabsichtigten Planvorhaben, sowie mit den stets viel zu knappen Devisen.“⁶⁵²

Die künstlerische Arbeit am Palast der Republik reduzierte sich auf den Innenraum. Das Politbüro beschloss am 11. Dezember 1973 die *Konzeption für die bildkünstlerische Gestaltung Palast der Republik /Marx-Engels-Platz*.⁶⁵³

Das Marx-Engels-Denkmal wurde erst 1985 nach Entwürfen von Ludwig Engelhardt realisiert und entgegen aller vorherigen Planungen östlich des Palastes der Republik auf dem Gelände zwischen Rathaus-, Spandauer-, und Karl-Liebknecht-Straße.

1972 zeigte die Regierung der DDR Interesse am Wiederaufbau des Berliner Domes, offensichtlich im Zusammenhang mit der Fertigstellung des zentralen Palastes. Die Domgemeinde war seit Mitte der sechziger Jahre mehrfach mit der Bitte an den Magistrat herangetreten, über die Gestaltung des Kirchengebäudes zu befinden. Es hatte sich herausgestellt, „dass durch die im Gange befindliche Neu- und Umgestaltung weiterer Teile der Berliner Innenstadt eine Reihe kirchlicher Gebäude abgerissen wurden, oder für den Abriß vorgesehen“ waren.⁶⁵⁴ Die Gemeinde fürchtete das gleiche Schicksal für den Berliner Dom. Oberbürgermeister Herbert Fechner verwies 1968 mit dem Hinweis, „dass die Wiederherstellung des

⁶⁵⁰ BAArch DR 1/ 1751, Notiz über die Beratung am 19. Oktober 1973

⁶⁵¹ BAArch, DR 1/ 1751, Nachtrag zur Konzeption für die bildkünstlerische Gestaltung Marx-Engels-Platz

⁶⁵² Flierl (d), a.a.O., S. 66

⁶⁵³ SAPMO, DY 30 J V 2/2/ A 1783, Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 11. Dezember 1973

⁶⁵⁴ EZB, EKV 108/92/552, Ausschuss „Wiederaufbau des Berliner Doms“

Domes noch nicht spruchreif sei.“, auf die noch nicht beschlossene Gestaltung des Marx-Engels-Platzes.⁶⁵⁵

1967 setzte der Rat der Evangelischen Kirchen Union (EKU) einen kirchlichen Dom-Ausschuss ein, der sich mit dem einem möglichen Wiederaufbau befassen sollte. Auf dem ersten Treffen dieses Gremiums, dem auch westliche Vertreter der EKU angehörten, wurden erste Überlegungen zum Nutzungs- und Umbaukonzept gemacht. Ein zukünftiger Nutzungsplan sollte als wesentliches Argument für den Wiederaufbau eingesetzt werden, da man bei einem Verweis auf die Geschichte des Domes negative Resonanzen staatlicherseits befürchtete.⁶⁵⁶ Das erste Konzept sah bei einer Nutzfläche von bis zu 6000 m² den Ausbau eines Ausbildungs- und Verwaltungszentrums vor.

Bereits in seiner dritten Sitzung am 8. Dezember 1969 wich der Dom-Ausschuss von der absoluten Option auf einen Wiederaufbau ab.⁶⁵⁷ Die Nutzfläche erwies sich als zu groß, so dass der Abriss der Denkmalkirche, in der die Hohenzollernsärge untergebracht waren, in Erwägung gezogen wurde.

Die finanziellen Belastungen wollte man mit einer Teilung der Wiederaufbauleistungen zwischen Kirche und Staat gering halten. Die entscheidende Frage „Braucht die Kirche den Dom?“, konnte nur unbefriedigend beantwortet werden und führte schließlich zu der Option, den Dom als Tauschobjekt zu nutzen, „um in Verhandlungen mit dem Staat zu versuchen, geeignete Räume für den Kirchlichen Raumbedarf in Berlin zu erhalten.“⁶⁵⁸

1970 forderte der Magistrat die vorhandenen Entwurfsskizzen für den Dom von Prof. Rettig, Dresden, und dem Architekten Holz an. Ein Jahr später unterrichtete der Magistrat Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe über den Aufbau-Beschluss durch das Polit-Büro. In der Zwischenzeit hatte sich das Verhältnis der EKU zum Dom gewandelt. Die Vertreter der Kirchen in der DDR zeigten kein Interesse an einer Rekonstruktion des Domes, weil sie die finanzielle Belastung fürchteten.

Das staatliche Interesse am Wiederaufbau veränderte die Haltung des Dom-Ausschusses: war man zuvor mit äußerster Vorsicht den staatlichen Stellen

⁶⁵⁵ Ebd.

⁶⁵⁶ Vgl.: EZB, EKU 108/92/552, Bericht über die Besprechung des kirchlichen Dom-Ausschusses, 4. November 1968

⁶⁵⁷ Vgl.: EZB, EKU 108/92/552, Bericht über die Besprechung des kirchlichen Dom-Ausschusses, 8. Dezember 1970

⁶⁵⁸ Ebd.

gegenüber getreten, um den Wiederaufbau nicht zu gefährden, trat man jetzt offensiver in den Verhandlungen auf. Der Dom-Ausschuss konstatierte am seinem viertem Treffen: „Die Kirche hat ein begrenztes Interesse an Räumen im Dom. Es soll versucht werden, mit dem Staat eine Übereinkunft darüber zu erzielen, dass dieser sich an der künftigen Nutzung des Doms, sowie an den finanziellen Lasten von Wiederherstellung und Erhaltung des Domgebäudes beteiligt.“⁶⁵⁹

Die Instandsetzung von sakralen Gebäuden war ein zweischneidiges Schwert für die Regierung der DDR. Das staatliche Interesse galt vorwiegend den Geschichtsdenkmalen. 1973 waren unter aber allein 50% Sakralbauten unter den 32 Positionen der zentralen Denkmalliste. Um dem entgegenzuwirken, erfolgte bei der Erweiterung der Denkmalliste auf 150 Positionen eine prozentuale Verringerung (25%) der Kirchenbauten, dafür stieg aber die absolute Zahl der Objekte an. Gelder und Baukapazitäten reichten weder für den gesamten Denkmalbestand, noch für die kirchlichen Bauten, um sie instandzuhalten. 1,2 Millionen Mark wurden jährlich aus dem sogenannten Otto-Nuschke-Fond für die Erhaltung kirchlicher Gebäude zur Verfügung gestellt. Die staatlichen Beihilfen schwankten zwischen einer und vier Millionen Mark. Darüber hinaus wurden Maßnahmen an Sakralbauten aus dem zentralen Denkmalfond finanziert, wenn ein Objekt Bestandteil eines städtebaulichen und denkmalpflegerischen Ensembles war. Diese Finanzquellen reichten bei weitem nicht für eine adäquate Instandsetzung der Kirchengebäude aus. Daher ließen sich die staatlichen Stellen immer mehr darauf ein, über die Bereitstellung von Devisen westdeutscher Kircheneinrichtungen, Instandsetzungen und Wiederaufbauten zu finanzieren. Die Maßnahmen wurden in Abstimmung mit den Außenhandelsorganen vorgenommen.⁶⁶⁰

Auch im Falle des Doms wurde rechtzeitig über eine West-Finanzierung nachgedacht. Im Mai 1973 traf Stolpe zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden Minister für Außenhandel Karl Seidel zusammen. In einem Vermerk über dieses Treffen heißt es: „Herr Seidel deutete an, dass höchste Stellen sich darüber einig seien, man solle auf eine Erhaltung des Doms zugehen. Dabei spiele eine sehr starke Rolle die Überlegung, die Maßnahme über das Ministerium für Außenwirtschaft finanzieren zu lassen.“⁶⁶¹

⁶⁵⁹ EZB, EKU 108/92/552, Vermerk über die Besprechung des kirchlichen Dom-Ausschusses, 24. April 1972

⁶⁶⁰ BArch, DR 1/ 6397, Betr.: Denkmalpflege an Kirchen, Stand und Entwicklung, 27. Juni 1975

⁶⁶¹ EZB, EKU 108/92/552, Vermerk Wiederaufbau Dom, 9. Mai 1972

Bei einem weiteren gemeinsamen Treffen wurden Vertreter des Ministeriums für Bauwesen hinzu gebeten. Die Kirche befürchtete, dass sich das staatliche Interesse lediglich auf die äußere Gestaltung des Domes reduzieren könnte. Für die Kirche stand fest, „dass es zwischen der Restaurierung der Fassade und dem Wiederaufbau des Innenraumes ein unlösbares Junktim“ gibt.“⁶⁶² Streitpunkt war auch die Forderung der Kirche nach einer staatlichen Festlegung einer gesellschaftlichen Nutzung. Die Kirche kalkulierte mittlerweile nur noch mit einem Raumbedarf von 20% der gesamten Nutzfläche. Das angespannte Verhältnis zwischen Seidel und den kirchlichen Vertretern wurde in einem Protokoll festgehalten. Nach dem Seidel die Runde verlassen hatte, verlief „das Gespräch viel offener und zwangloser, da auch den Vertretern des Bauministeriums nichts daran lag, irgend etwas zu präjudizieren.“⁶⁶³

Trotz strengster Geheimhaltung war in der Westpresse das Thema Wiederaufbau des Domes durchgesickert und veröffentlicht worden. Die Regierung befürchtete, dass das Projekt in der Bevölkerung keinen Rückhalt finden würde, da das eben verabschiedete Wohnungsbauprogramm und der Bau des Palastes schon enorme Baukapazitäten verlangte. Der stellvertretende Alexander Schalck stellte daher klare Bedingungen an die Vertragsvereinbarung:

- „1. Es dürfen keine Sammlungen in West-Deutschland organisiert werden.
2. Es dürfen keine diskriminierenden Äußerungen in der Westpresse erscheinen; etwa in der Art, dass der Staat am Wiederaufbau des Doms verdienen wolle.“⁶⁶⁴

Aber auch in der außenpolitischen Repräsentation hätte sich eine finanzielle Unterstützung durch den Westen nicht gut gemacht.

Schalck äußerte sich vorsichtig über eine staatliche Beteiligung am Wiederaufbau des Domes. Vielmehr sei „an ein Entgegenkommen auf anderen Gebieten gedacht“ worden.“⁶⁶⁵

⁶⁶² EZB, EKU 108/92/552, Vermerk, 19. Mai 1972

⁶⁶³ Ebd.

⁶⁶⁴ EZB, EKU, 108/92/552, Betr.: Berliner Dom, 13. Juli 1972

⁶⁶⁵ Ebd.

Die evangelische Kirche in Westdeutschland (EKD) tat sich bei einem Nutzungskonzept von 20% schwer mit einer finanziellen Beteiligung. Die Bundesrepublik wollte über ein Sonderbauprogramm für 85 Millionen Westmark an dem Bau und der Instandsetzung von Kirchenbauten beteiligen. Der Dom war in dieses Programm mit 30 Millionen Mark integriert, unter der Bedingung einer größeren Ausnutzung.⁶⁶⁶ Die EKD befürchtete zu hohe Unterhaltskosten und versuchte immer mehr Verantwortung auf den Staat zu verlagern, Das ging bis zu dem Vorschlag eines Eigentumsverzichts der Gemeinde, den die Regierung der DDR aber ablehnte.

In einem zweiten Gespräch mit Schalck zeigte dieser gegenüber den Vertretern der EKD prinzipielle Bereitschaft einer staatlichen oder gesellschaftlichen Mitnutzung des Domes. Er erklärte deutlich, dass das Junktim Sonderbauprogramm - Berliner Dom nicht an die Öffentlichkeit treten, aber sachlich anerkannt werden solle. Er führte aus, „bei den Hauptverantwortlichen im staatlichen Bereich bestünde eine gewisse Empfindlichkeit gegen ein kirchliches Junktim Berliner Dom – übrige Objekte. Es müsse auch gesehen werden, dass die Gesamtliste der Objekte für manchen etwas beunruhigend wäre.“⁶⁶⁷

Dass der Domaufbau für die verschiedenen Seiten eine andere Motivation mit sich brachte, als das nackte Interesse an dem Gebäude, zeigte sich auch daran, dass im weiteren Verlauf die Verhandlungen über das Sonderbauprogramm zwischen der EKD in Westdeutschland und der DDR unter Ausschluss der EKD der DDR liefen. Am 28. März 1973 fand ein Treffen des westdeutschen Bischofs Kunst aus Bonn mit staatlichen Vertretern der DDR im Ministerium für Staatssicherheit statt.⁶⁶⁸ Dort wurde eine Vereinbarung darüber geschlossen, dass die Wiederherstellung des Domes in Angriff genommen werden solle und dafür 45 Millionen Mark in Devisen zur Verfügung ständen, 30 Millionen aus dem Sonderbauprogramm, sowie 15 Millionen, wie es in einem Bericht von Oberkonsistorialrat Stolpe hieß, „Bischof Kunst

⁶⁶⁶ EZB, EKD, 108/92/552, Beratung des Kirchlichen Dom-Ausschusses, 30. August 1972

⁶⁶⁷ EZB, EKD 108/92/552, Betr. Berliner Dom, 25. September 1972

⁶⁶⁸ EZB, EKD 108/92/553, Betr.: Wiederaufbau Berliner Dom, 13. Juni 1973. In dem Entwurfsprotokoll heißt es: „Sowohl von Präsident Hammer als auch von Direktor Geißel ist er (*Konsistorialrat Stolpe, d. V.*) darüber verständigt worden, dass Herr Bischof Kunst am 28.3. im Ministerium für Staatssicherheit eine Vereinbarung darüber geschlossen hat, dass die Wiederherstellung der Außenfront des Domes in Angriff genommen werden soll [...]. In dem korrigierten Protokoll ist der Wortlaut „Im Ministerium für Staatssicherheit“ durch „mit staatlichen Gesprächspartnern“ ersetzt worden.

aufzubringen gewiss ist.“⁶⁶⁹ Aus einem Gesprächsprotokoll mit Vertretern der EKU und Bischof Kunst am 27. Juni 1973 geht hervor, dass es innerhalb dieser Ost-West-Verhandlungen zu Gegenleistungen der DDR gekommen ist. In dem Schriftstück heißt es: „Er [*Bischof Kunst, d.V.*] unterstreicht nachdrücklich, dass das Sonderbauprogramm überhaupt erst ins Gespräch kam, als Kunst in seinen Verhandlungen mit staatlichen Stellen eine Gegenleistung für die kirchliche Bereitschaft zum Wiederaufbau des Domes forderte.“⁶⁷⁰ Dabei ging es unter anderem um Hilfestellungen für die Gemeinden in der DDR. Inwieweit spezielle West-Ost-Thematiken beinhaltete, konnte bisher nicht recherchiert werden. Die Eigenart des Objektes spiegelte sich in den Verhandlungen wider. Zusammenfassend lassen sich die einzelnen Interessenlagen so beschreiben:

1. Die Regierung der DDR hatte kein denkmalpflegerisches Interesse an dem Bau, da es Ausdruck der Hohenzollernmacht war. Durch den Bau des Palastes der Republik und der Gestaltung der politischen Mitte, konnte sie eine Ruine an dem repräsentativsten Platz der Stadt nicht mehr dulden. An einer staatlichen Nutzung war die Regierung nur begrenzt interessiert. Für die für sie bedeutende äußere Gestaltung fehlten die finanziellen Mittel.
2. Die EKU in der DDR hatte ein begrenztes Interesse am Wiederaufbau des Domes. Nach gründlicher Prüfung der Sachverhalte kam der Dom-Ausschuss zu dem Ergebnis, dass eine Nutzfläche von 20 % für die Kirche ausreichend seien. Die EKU fürchtete vor allen Dingen die weiteren Unterhaltskosten. Daher versuchte sie möglichst viel Verantwortung an die Regierung der DDR abzutreten.
3. Die EKD im Westen versuchte mit Hilfe eines Sonderbauprogramms die Kirchen in der DDR zu unterstützen. Dem Wiederaufbau des Berliner Doms stand den Gliedkirchen der EKD ablehnend gegenüber, da der Ort in Berlin zu politisch besetzt war und man das Repräsentationsbedürfnis der SED durch den Bau des Domes nicht unterstützen wollte. Andererseits ließen sich nur über das Junktim

⁶⁶⁹ Ebd.

⁶⁷⁰ EZB, EKU 108/92/553

Berliner Dom – Sonderbauprogramm weitere Forderungen, wie das Instandsetzung anderer Kirchen durchsetzen.

Es ist erstaunlich, dass bei so unterschiedlichen Bedürfnissen der Wiederaufbau realisiert werden konnte. Im Oktober 1972 wurden die ersten konkreten bautechnischen Fragen zum Wiederaufbau des Doms erörtert. Dem Ministerium für Bauwesen wurden drei Varianten zur Wiederherstellung des Doms vorgelegt. Variante eins sah im Wesentlichen die originalgetreue Wiederherstellung der Kirche vor. Die zweite Variante basierte auf der Wiederherstellung der Grundform, bei einer Vereinfachung der oberen Bauformen insbesondere der Kuppel und der Ecktürme. Bei der dritten Version sollten die oberen Bauteile entfernt werden. Eine flach abgedeckte Bauform sollte in Verbindung mit der historischen Fassade erstellt werden.

Aus ökonomischen Gründen wurden in verschiedenen Vorlagen den Varianten eins und zwei der Vorzug gegeben.⁶⁷¹ Noch vor Anschluss der Projektierungsarbeiten, deren Leitung Richard Paulick übernahm, wurde am 22. August 1974 im Ministerrat die „Konzeption für die äußere Gestaltung des Berliner Domes“ verabschiedet.⁶⁷² Darin hieß es: „Das Bauwerk ist unter Berücksichtigung des Alten Museums von Schinkel, des Schlüterbaues Museum für Deutsche Geschichte und des Palastes der Republik der veränderten gesellschaftlichen Bedeutung und der zukünftigen Nutzung entsprechend einzuordnen.“ Auf Wunsch der EKU blieb die Innengestaltung späteren Vertragsregelungen vorbehalten. Der Bauvertrag wurde zwischen dem Rat der EKU und dem Außenhandelsunternehmen LIMEX abgeschlossen. Die Fertigstellung des Baus war für 1980 vorgesehen.

Die DDR konnte in unmittelbarer Nähe zum Palast der Republik keine Symbole und Gestaltungselemente dulden, die nicht in das ideologische Konzept der SED passten. Daher sah die denkmalpflegerische Aufgabenstellung für den Wiederaufbau des Berliner Domes vom 10. Februar eine Umgestaltung einzelner Details vor. Es sollten Veränderungen an der Fassade vorgenommen werden, die zum Streitpunkt zwischen der Regierung und den kirchlichen Vertretern wurden. Dazu gehörten die Entfernung des Engelskranzes auf der Kuppel, die Hauptportalsbekrönung, die Umgestaltung des Außenschmucks, die Veränderung im Bereich der Fenster im

⁶⁷¹ Vgl. Klingenburg, a.a.O., S. 271

⁶⁷² BArch, DC 20 I/4/3136

Tambourbereich, sowie der Abriss der Denkmalkirche. Die Denkmalpflege unter der Leitung von Peter Goralczyk versuchte sich als Vermittler zwischen der EKU und der Regierung. Wie sehr Denkmalpflege und staatliche Organe von einander entfernt waren, wurde auf einer Besprechung am 24. Oktober 1975 deutlich, an der Mitglieder der Bauleitung des Domes im Sonderbauvorhaben „Palast der Republik“, der EKU und des Instituts für Denkmalpflege teilnahmen. Aus einem Protokoll ist zu entnehmen: „Die Staatliche Konzeption wird nicht durch eine denkmalpflegerische ersetzt. [...] Die mit diesem Vorschlag in Zusammenhang gebrachten weitergehenden Vorstellungen einer denkmalpflegerischen Restauration widersprechen prinzipiell den Beschlüssen der staatlichen Organe.“⁶⁷³ Damit zeigte sich deutlich, dass die staatlichen Interessen weitab ab von einem denkmalpflegerischen waren. Beistand bekamen die Denkmalpflege und die EKU von Kunstschaffenden der DDR, die sich kritisch zu der „Denkmalpflege mit Rotstift“ äußerten. Nach einer Aussprache beim Minister für Kultur mit Vertretern des Instituts für Denkmalpflege und der Akademie der Künste wurden die Einwände, die besonders von der Sektion Bildhauer ausgesprochen worden waren, als berechtigt angenommen. Eine Überarbeitung der Baupläne wurde für Mitte 1976 in Aussicht gestellt, aber nicht eingehalten. Die Akademie der Künste sprach von einer Missachtung seitens der staatlichen Organe. Die Kunstschaffenden verlangten eine Wiedervorlage des Aufbauprojektes Berliner Dom beim Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Willi Stoph. Ob das geschehen ist, konnte nicht belegt werden.

Klingenburg schreibt dazu: „Aufgrund weiterer Diskussionen, unter anderem mit Berliner Kunsthistorikern, Künstlern und dem Ministerium für Kultur, sowie neuer Überlegungen des Auftraggebers wurde die Aufbaukonzeption schließlich in folgenden Punkten verändert:

- die historische Gestalt des Westportals sollte restauriert werden (unter Demontage der beiden Kronen und deren Ersetzung durch Schmuckelemente),
- die Fenster im Zwergtambour sollten erhalten bleiben,
- der Engelkranz sollte restauriert werden und wieder aufgestellt werden,

⁶⁷³ EZB, EKU 108/92/555, Btr.: Wiederaufbau Berliner Dom
255

- in den leeren Figurennischen der Ostfassade sollten die Kupferplastiken „Tapferkeit“ und „Gerechtigkeit“ Aufstellung finden.⁶⁷⁴

Laurenz Demps Beschreibung des Veränderungsprozesses hinsichtlich der äußeren Gestaltung des Domes erscheint unter Berücksichtigung der oben beschriebenen unterschiedlichen Positionen interessant: „Mit zunehmender Intensität der Auseinandersetzung mit der Architektur und Geschichte des Doms wurde auch der Wunsch stärker, möglichst viel von seiner ursprünglichen Substanz zu erhalten oder wiederherzustellen; und es wurde die Erkenntnis wach, dass er ebenso eine Frucht des Historismus ist, wie der Marxismus.“⁶⁷⁵

Der Abriss der Denkmalkirche konnte nicht mehr verhindert werden: „... Im blindwütigen Hass auf alles, was an das Kaiserreich erinnerte, begnügte sich die Obrigkeit nicht einmal mit einem simplen Abriß: Gesprengt musste sie werden mitsamt dem darin befindlichen Bismarckdenkmal.“⁶⁷⁶

Parallel zur Rekonstruktion der Außenfassade verlief unter Mitarbeit des Instituts für Denkmalpflege die Innengestaltung der Tauf- und Traukirche in seiner ursprünglichen Form. Die Wiedereinweihung erfolgte 1980. Erst nach dem Mauerfall im Juni 1993 konnte die Predigtkirche eröffnet werden.

Aus den Beständen des Evangelischen Zentralarchivs geht hervor, dass die Finanzierung der EKD-West mit Unterstützung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen geleistet wurde.⁶⁷⁷ Zusätzlich sind Spenden einiger deutscher Firmen, unter anderem Siemens und C&A geflossen. Die Höhe der gezahlten Valuta-Leistungen lässt sich ungefähr auf 40 Millionen D-Mark beziffern. Bei der Überprüfung durch das Innenministerium der Bundesrepublik stellten sich Differenzen zwischen dem Betrag, den die Außenhandelsfirma LIMEX erhalten hatte und dem, den sie an die „Baudirektion Hauptstadt“ und diese wiederum an den ausführenden Betrieb gezahlt hatte.⁶⁷⁸

Der Berliner Dom war eines der umstrittensten Wiederaufbauprojekte in der Stadtmitte. Aus städtebaulichen Gründen konnte sich die Regierung der DDR eine

⁶⁷⁴ Klingenburg, S. 274

⁶⁷⁵ L. Demps (f): Der Berliner Dom. Berlin 1999, S. 66

⁶⁷⁶ Ebd.

⁶⁷⁷ EZB 101/5175, Brief an Bundesminister Dr. Schäuble, 1. Oktober 1990

⁶⁷⁸ EZB, 101/5157, Aktenvermerk Btr. Berliner Dom, 14. Januar 1991

weitere Kahlstelle an diesem repräsentativen Platz nicht leisten. Sie musste sich zu dem Dom, der immer noch Sinnbild des Hohenzollerntums war, verhalten. Ideologisch wurde versucht „das Gipfelwerk des Eklektizismus“ als „außer ordentlich wertvoll für die Bildung und ästhetische Erziehung des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft für das Bewusstmachen von gesellschaftspolitischen Zusammenhängen“ salonfähig zu machen.⁶⁷⁹ Mit der Möglichkeit, „in Übereinstimmung mit dem parteilichen Anliegen einer differenzierteren klassenmäßigen Auseinandersetzung mit der Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts die Stadtgeschichte zu bereichern“⁶⁸⁰, wurde ein Argument für den Wiederaufbau geliefert, das sich in die veränderte Haltung gegenüber der preußischen Geschichte einfügte.

Die Anfang der siebziger Jahre avancierte Denkmaldiskussion hatte gezeigt, dass die Zeit der Rehabilitierung der preußischen Geschichte⁶⁸¹ noch nicht gekommen war. Dennoch ist bemerkenswert, dass diese Debatte nach der radikalen Säuberungsaktion von nationalsozialistischen und militaristischen Denkmälern wieder aufgegriffen wurde und zeigt, dass die DDR auf der Suche nach Vorbildern und identitätsstiftenden Persönlichkeiten war. Bereits beim Wiederaufbau des Berliner Doms war man nicht an einer Auseinandersetzung mit der preußischen Geschichte vorbeigekommen. Wenn auch im Falle des Doms die Argumentation im Sinne einer ideologischen Legalisierung verlief, so ist doch zu bemerken, dass die Bereitschaft einer Akzeptanz preußischer Symbole etc. bei den staatlichen Behörden größer war, als zehn Jahre zuvor.

Warum gewann gerade an diesem Zeitpunkt die preußische Geschichte an Bedeutung? Gerd.-H. Zuchold nennt als Anlass den kulturpolitischen Konkurrenzkampf zwischen der DDR und der BRD: „Den Anlass, Preußen für die sozialistische Vorgeschichte der DDR verstärkt in Anspruch zu nehmen, bekam die DDR aus West-Berlin gleichsam frei ins Haus geliefert – als der damalige Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe am 28. Juni 1977 vor der Presse erstmals davon sprach, im Reichstagsgebäude [...] eine Ausstellung über die Preußen [zu]

⁶⁷⁹ EZB, EKV 108/92/554 Denkmalpflegerische Aufgabenstellung zur Wiederherstellung des Berliner Doms am Lustgarten, 10 Februar 1975

⁶⁸⁰ Ebd.

⁶⁸¹ Vgl. G.-H. Zuchold: Die Statuen Friedrichs des Großen und des Freiherrn vom Stein Unter den Linden, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1985

zeigen.“⁶⁸² Zuchold beschreibt die Reaktion in der DDR als Aufgabe der sozialistischen Aneignung des preußischen Erbes. Er zitiert die Professorin für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin Ingrid Mittenzwei: „da genügt keine bloße Polemik von unserer Seite,...da bedarf es eines eigenen, nämlich materialistischen-dialektischen Bildes von der preußischen Geschichte.“⁶⁸³

Daneben gab es noch weitere Aspekte die aus den west-ostdeutschen Beziehungen resultierten:

1. Auf der Basis des Grundlagenvertrages beider deutscher Staaten vom 21. Dezember 1972 waren die Weichen für eine kulturelle Annäherung gelegt worden. Die Zielsetzung den kulturellen Austausch zu vertiefen und zu intensivieren musste unweigerlich zu einer Verstärkung von Themen führen, die in der DDR tabuisiert worden waren. Dazu gehörte auch die Geschichte Preußens. Durch das Westfernsehen erhielten immer mehr Bürger der DDR Zugang zu Informationen. Die „Preußen-Welle“ der Bundesrepublik schwappte über die deutsch-deutsche Grenze hinweg.
2. Seit Anfang wurden die Vorbereitungen zur 750-Jahrfeier Berlins intensiviert. Die Geschichte Preußens war unweigerlich mit der Hauptstadt verbunden. In der Straße Unter den Linden, in unmittelbarer Nähe zum politischen Zentrum, spiegelte sich die Preußen-Ära wider. Allein mit der Geschichte der Arbeiterbewegung ließ sich die bevorstehende 750-Jahrfeier inhaltlich nicht gestalten.
3. Die DDR suchte nach Vorbildern, die das Traditionsbewusstsein der Bürger stärkten. Eine soziologische Studie an der Humboldt-Universität zeigte 1985, dass die befragten Studenten sich „am wenigsten durch die Gewissheit, dass in der DDR die besten Traditionen des deutschen Volkes gepflegt werden (39,3%)“ mit der DDR verbunden fühlten.⁶⁸⁴ Eine Umfrage von H.E. Wolf hatte Mitte der sechziger Jahre bereits gezeigt, dass die Geschichte Preußens bei Schülern positiv besetzt war.⁶⁸⁵ Durch

⁶⁸² Ebd. S. 159

⁶⁸³ Ebd.

⁶⁸⁴ SAPMO, DY 30/ vorl. SED 42218/2, Stand und Probleme der Ausprägung des patriotischen und internationalistischen Bewusstseins der Studenten der Humboldt-Universität zu Berlin, 11. Februar 1985

⁶⁸⁵ Vgl. J. Hacker/ Rögner-Francke, Horst: Die DDR und die Tradition. Berlin 1981, S. 126

ein breiteres Traditionsverständnis sollten „alle Schichten des Volkes der DDR, auch diejenigen, die von ihrer Herkunft her der revolutionären Arbeiterbewegung nicht nahe standen, an ihr sozialistisches Vaterland“ gebunden werden.⁶⁸⁶

Die Idee das Reiterdenkmal Friedrichs II. aufzustellen ging vom IfD aus: „Das Institut für Denkmalpflege nutzte den Wandel, der sich nach dem Tode Ulbrichts vollzog. Ulbricht, der als erster Sekretär des ZK der SED schwer auf der sowjetischen Linie lag, hatte stark das Anti-Preußenbild geprägt.“⁶⁸⁷ Die Initiative dafür ging also nicht von der Regierung aus, sondern ist ein Beispiel dafür, wie ideologische Freiräume von einzelnen Organisationen genutzt wurden, um eigene Anliegen durchzusetzen. Im Beschlussprotokoll des Politbüros vom 10. Juni 1980 heißt es: „Im Zusammenhang mit der Vollendung des Lindenforums ist das Reiterstandbild Friedrich II. von Christian Daniel Rauch, das sich z. Zt. Im Park von Sanssouci befindet, wieder in der Straße unter den Linden an seinem alten Standort aufzustellen.“⁶⁸⁸ Eine ideologische Legitimation der Aufstellung unterblieb. Die städtebauliche Begründung stand im totalen Gegensatz zu der Konzeption über Geschichtsdenkmäler von 1969, die eine Wiederaufstellung des Denkmals kategorisch ausschloss. Kurt Hager, zuständig für kulturelle Belange im Politbüro hatte nach der Wiederaufstellung des Denkmals im Neuen Deutschland eine symbolische Bedeutung des Aktes abgewiesen.⁶⁸⁹

Bei der Aufstellung des Denkmals Freiherrn vom Stein argumentierte man deutlicher mit einem ideologischen Hintergrund. Das von Schievelstein 1860 und 1869 geschaffene Denkmal stand bis 1969 am Dönhoff-Platz. Im Zuge der Neugestaltung der Leipziger Straße wurde es in ein Denkmaldepot untergebracht. Am 4. Januar 1981 erfolgte der Magistratsbeschluss zur Aufstellung des Denkmals vor das Gebäude des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. In der Begründung hieß es: „Freiherr vom und zum Stein war ein Vertreter jener liberalen Adelsreformer, die der napoleonischen Fremdherrschaft trotzten und mit bürgerlichen Reformen

⁶⁸⁶ SAPMO, DY 30/ vorl. SED/ 42216, Stand, Probleme und Aufgaben der Geschichtsforschung bei der historischen Erbeerschließung und Traditionspflege

⁶⁸⁷ L. Deiters in einem Gespräch am 14. Juli 1975

⁶⁸⁸ SAPMO, Dy 30 J IV 2/ 2 A 2337

⁶⁸⁹ Vgl. Zuchold, a.a.O., S. 150

fortschrittsfördernd wirkten.“⁶⁹⁰ Aus der dialektischen, genau zu differenzierenden Betrachtung der preußischen Geschichte wurde ein öffentliches Bekenntnis zu einigen Persönlichkeiten der Deutschen Geschichte. Die Denkmalpflege versuchte dabei ihre Vorhaben durchzusetzen. Die allgemeine Situation der Denkmalpflege hatte sich zwar verschlechtert, da keine ausreichenden finanziellen Mittel und Baukapazitäten zur Verfügung standen, aber im Zuge von Jubiläen und Ehrungen konnte sie ausgewählte Projekte initiieren.

1981 jährte sich der zweihundertste Geburtstag Karl Friedrich Schinkels. Anlässlich des Jubiläums veranlasste die DDR-Regierung die Rekonstruktion des Alten Museums am Lustgarten. Auch die Diskussion um die Wiederaufstellung der Figuren auf der ehemaligen Schlossbrücke wurde wieder aufgenommen. Die Berliner Denkmalpflege hatte schon seit längerem Interesse an den Skulpturen signalisiert. Erst jetzt war die Zeit gekommen, die Figuren einer Öffentlichkeit zu präsentieren. Zwar wurde Schinkel als Baumeister in der DDR verehrt, aber die Darstellung von Tod und Leben war in der DDR obsolet.⁶⁹¹

In der westlichen Presse war die Rückführung seit 1979 thematisiert worden. Im Tagesspiegel vom 9. Mai 1979 hieß es: Eine Rückkehr auf ursprüngliche Brückensockel scheiterte zu Kalten-Kriegs-Zeiten an der hiesigen Bedingung: „Puppen“ gegen Freizügigkeit im Personenverkehr. Seither hat sich im Ost-West-Verhältnis einiges geändert. Wäre eine Umsiedlung des „Lebensweges eines Helden“ an den historischen Ausgangspunkt nicht etwas mehr als ein Politikum?“ Das Politikum machte sich an verschiedenen Aspekten der Ost-West-Politik fest. Der Senat hatte nicht die Möglichkeit ohne weiteres über eine Rückgabe zu verhandeln, da unklar war, in wessen Ressort die Figuren gehörten. Weder die Stiftung preußischer Kulturbesitz, noch die Staatliche Verwaltung Schlösser und Garten waren für die Figuren zuständig. Der Senat, der grundsätzlich eine Überführung der Skulpturen nicht ausschloss, konnte keine Gespräche mit der Ostberliner Seite führen ohne die derzeitigen Verhandlungen über ein Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu berücksichtigen. Streitpunkt des Abkommens war genau das Thema, das auch die Schinkelschen Brückenfiguren tangierte: die Modalitäten über Handel und Rückführung von Kunstschatzen aus dem ehemaligen

⁶⁹⁰ LAB, C-Rep 121/ 721, Vorschlag zur Wiedererrichtung des Freiherm vom Stein

⁶⁹¹ B. Flierl in einem Interview am 16. Januar 2003

Preußischen Kulturbesitz. Die DDR beharrte auf das Standortprinzip, d.h. „ die Rückführung von Kunstwerken an ihren rechtmäßigen Standort ohne Vorbedingungen“. ⁶⁹² Es ging vor allem um die Kunstschatze, die früher ihren Standort in den Gebäuden der Museumsinsel hatten und von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz im Westen betreut wurden.

Die Brückenfiguren fielen in einen vertraglich nicht geregelten Bereich. Die Bundesrepublik befürchtete, dass durch eine Rückgabe ohne rechtliche Grundlagen ein Präzedenzfall eintreten würde, der auch Konsequenzen für weitere Verhandlungen haben könnte. Der Berliner Senat wollte die Schlossbrückenskulpturen in ein Kulturabkommen BRD - DDR einbeziehen, um gegebenenfalls Gegenleistungen fordern zu können.

Die DDR hatte ihren Anspruch auf ausgelagerte Kunstschatze 1980 in einem Gesetz *zum Schutz des Kulturgutes* verankert und damit die Rechtmäßigkeit der Standortfrage unterstrichen. Die Situation eskalierte, als DDR-Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann am 8. Oktober 1980 in einer Feierstunde zum 150. Jahrestag der Staatlichen Museen zu Berlin die Stiftung Preußischer Kulturbesitz öffentlich attackierte: „Aber kein noch so ausgeklügelter juristischer Trick, schon gar nicht die revanchistische Konstruktion, die sich Stiftung Preußischer Kulturbesitz nennt, vermag unseren rechtmäßigen Anspruch auf diese Werte aus der Welt zu schaffen, um so weniger, als sie dort gegenwärtig hemmungslos zu einer nationalistischen Positionsbestimmung West-Berlins missbraucht werden.“ ⁶⁹³ Die Debatte über die Rückgabe der Schinkelschen Bildhauerwerke blieb von diesem politischen Faux Pas nicht unberührt. Hinzu kam die am 13. Oktober verordnete Anhebung des Mindestumtausches für Reisen in die DDR, der ohne vorherige Konsultationen mit der BRD eingeführt wurde.

Im Januar 1981 äußerte der BRD-Vertreter Günther Gaus gegenüber Vertretern der DDR, dass der Westberliner Senat bereit sei, die Brückenfiguren an die DDR zurückzugeben. Dabei wäre es „angenehm, wenn die DDR eine ähnliche Geste gegenüber dem Senat machen“ würde. ⁶⁹⁴ Welche Tauschobjekte für die Bundesrepublik von Interesse waren, geht aus weiteren Gesprächen nicht hervor.

⁶⁹² SAPMO, DY 30/ vorl. SED/ 33508, Information über das Gespräch mit dem Leiter der Westberliner Senatskanzlei Dr. Schierbaum, 17. Juli 1984

⁶⁹³ LAB, B-Rep 002/ 23210, Telex LBN vom 8. Oktober 1980

⁶⁹⁴ SAPMO, DY 30/vorl. SED/27510, Brief von Fischer an Honecker, Axen, Mittag, 14. Januar 1981

Die DDR sah diesen Schritt der Bundesregierung als eine Einmischung in die kulturellen Beziehungen zwischen Ost- und Westberlin. Sie forcierte die Verhandlungen mit dem Senat und forderte die Übergabe der Skulpturen mit der Bereitschaft, „auch über den Senat interessierende Fragen zu sprechen. Die DDR behielt sich, ohne den Senat davon in Kenntnis zu setzen, die Übergabe des Archivs der Königlich-Preußischen-Porzellanmanufaktur (KPM) vor.

Der Senat unterlag in der Zwischenzeit einer öffentlichen Kritik, die auch mit in den bevorstehenden Wahlkampf hineingezogen wurde. Am 13. März 1981 kam es zu einer Kontroverse im Berliner Abgeordnetenhaus. Die FDP erklärte: „Der Senat von Berlin will Schinkel dadurch ehren, dass er es ermöglicht, die Figuren und das Bauwerk wieder zusammenzufügen.“⁶⁹⁵ Die CDU kritisierte dieses Vorgehen, da von der DDR keine Gegenleistungen gefordert wurden. In Zuschriften des Senats bekundete die Öffentlichkeit ihre negative Haltung zur Übergabe der Bildwerke. Viele sahen darin eine Unterstützung der Ostberliner Politik, die durch den erhöhten Zwangsumtausch den Personenreiseverkehr weiter behindert hatte.⁶⁹⁶ Dem Senat kam der Vorschlag eines Kulturaustausches KPM-Archiv/ Schlossbrückenfiguren entgegen. Magistrat und Senat verpflichteten Unterhändler, die die Modalitäten der Wiedereinfügung der Figuren und der Übergabe des KPM-Archivs regelten. Der Beauftragte der DDR Chefkonservator Deiters sprach von einem reibungslosen Ablauf der Vorgänge, abseits der politischen Bühne. Bereits am 30. April 1981 wurden die Schinkelfiguren nach Ost-Berlin transportiert. Am 20. September 1983 erfolgte die erste, am 26. April 1984 die zweite Etappe der Aufstellung. Abdrücke der Adlermedaillons, die an die Sockel der Brückenskulpturen gehörten, wurden im Austausch mit Abgüssen der Taufschale der Kirche in Dubrave Anfang 1985 von Senat übergeben

Das Abkommen zwischen den Regierungen der BRD und der DDR über kulturelle Zusammenarbeit wurde erst am 6. Mai 1986 unterzeichnet. 1983 hatte die DDR die Absolutheit des Standortprinzips zurückgezogen.⁶⁹⁷ Manfred Jäger schreibt dazu: „Erst als dieser Punkt als nicht einigungsfähig ausgeklammert wurde, waren die

⁶⁹⁵ Tagesspiegel vom 13. März 1981

⁶⁹⁶ Tagesspiegel vom 14. März 1981

⁶⁹⁷ SAPMO, DY 30/ vorl. SED 32072, Vermerk über ein Gespräch zwischen dem Genossen Hager und dem Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR Bräutigam, 28. September 1983

Verhandlungen wieder aussichtsreich.“ Das Abkommen von 1986 nahm den Bereich der Rückgabe von Kulturgütern nicht mehr auf.

Die Wiederaufstellung der Figurengruppe „Tod und Leben eines Kriegers“ vervollständigte den Abschluss der Rekonstruktion der Linden und ihrer angehörigen Plätze. Die Skulpturen waren ebenso Symbol für eine Denkmalpflege, die sich dem wandelnden Edikt der Politik beugen musste, wie das Reiterdenkmal Friedrichs II. und des Freiherrn vom Stein. Noch zwei weitere Male wurden Unter den Linden die Preußenära zum Thema einer kulturpolitischen Auseinandersetzung. Im Rahmen der Rekonstruktionsarbeiten an der Deutschen Staatsoper initiierte Kulturminister Hoffmann die Inschrift *Deutsche Staatsoper*, die den Intendanten Kleiber zur Kündigung seines Vertrages veranlasst hatte, durch die ursprüngliche *FRIDIRICUS REX APOLLINI ET MVSIS* zu ersetzen.⁶⁹⁸

Dagegen wurde ein Vorstoß der Denkmalpflege das Kreuz und den Adler wieder in die Parierstange der Siegesgöttin zu setzen von Kurt Hager abgelehnt: „Sowohl das ‚Eiserne Kreuz‘ wie der ‚Preußische Adler‘ sind allzu sehr mit dem Odium des Militarismus belastet. Eine Änderung der bestehenden Lage würde sich negativ auswirken.“⁶⁹⁹ Diese Starrheit war Spiegelbild dessen, was sich auf gesamtpolitischer Ebene abspielte. In einem STERN-Interview im April 1987 äußerte Hager: „Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Zwei Jahre später stand die Parierstange im unmittelbaren Geschehen der revolutionären Ereignisse 1989. Die Bilder von der Erstürmung des Brandenburger Tores gingen um die Welt, noch ohne Kreuz und ohne Adler. 1991 wurde nach einer Restaurierung die vollständige Quadriga auf das Brandenburger Tor gesetzt.

⁶⁹⁸ BArch, DR 1/ 7349, Brief von Hoffmann an Deiters, 18. April 1986

⁶⁹⁹ Brief von Hager an Hoffmann, vom 8. September 1986

Abschließende Betrachtung

1. Aspekte der Denkmalpflege als Bestandteil einer Repräsentationskultur in der DDR

Die chronologische Darstellung des Wiederaufbaus der Straße Unter den Linden zeigt, dass unterschiedliche Aspekte Einfluss auf den Prozess genommen haben. Sie sollen im Folgenden ausgewertet werden. Dabei sollen die institutionellen Strukturen, die Strategien und die gesellschaftspolitischen Ziele erörtert werden.

Im Wesentlichen bilden sich drei Aspekte heraus, die für den Wiederaufbau der Linden von Bedeutung waren:

1. der Kontext der sozialistischen Erbaneignung und ihres Bedeutungswandels
2. die städtebauliche Gesamtplanung Berlins
3. gesellschaftspolitische Prozesse, die auf den Wiederaufbau Einfluss nahmen

Diese drei Aspekte sind nicht absolut von einander zu trennen, so dass inhaltliche Überschneidungen möglich sind. In manchen Fällen bedingen sie sich gegenseitig.

1.1. Der Wiederaufbau im Kontext sozialistischer Erbaneignung

Eine Erbaneignung im Sinne einer marxistisch-leninistischen Dialektik fand in der SBZ und DDR nicht statt. Zu den wesentlichen Bestandteilen der Erberezeption der frühen Nachkriegsjahre gehörte das bürgerliche Erbe der Klassik, das ohne eine dialektische Reflexion übernommen wurde. Die KPD agierte damit im Sinne der sowjetischen Besatzungsmacht. Die SMAD propagierte einen Bruch mit dem faschistischen Erbe und setzte darauf, die verschütteten Werte der deutschen Kultur ans Tageslicht zu holen. Außerdem versuchte man mit dieser Kulturpolitik die bürgerlichen Kräfte zu gewinnen, ohne sie mit einer ideologischen Offensive im Sinne des Marxismus-Leninismus zu verschrecken.

Die Denkmalsäuberungen der Nachkriegsjahre boten dafür eine gute Plattform, da sie unmittelbar den Willen zu einer veränderten Kulturpolitik bekräftigten. Die KPD, aber vor allem auch die SMAD, konnte sich als Bewahrer und Retter der deutschen Kultur präsentieren und andererseits bildhaft die Ausmerzungen des Militarismus und Faschismus demonstrieren. Die Straße Unter den Linden war durch ihre exponierte

Lage und ihre Bedeutung innerhalb der städtebaulichen Planungen in der DDR immer wieder ins Zentrum der Denkmaldiskussion gerückt.

Für eine Politik, die humanistische Werte propagierte, war es ebenso wichtig kulturelles Erbe zu erhalten, als auch die Vernichtung von Kulturgut zu veranlassen. Interessanter Weise traf das vor allen Dingen Objekte, die besonderen verbalen Charakter besaßen, also Symbole, Embleme oder auch Standbilder, die in Verbindung mit dem Faschismus und Militarismus gebracht wurden. In den ersten Nachkriegsjahren herrschte nicht immer Einigkeit zwischen den Magistratsmitglieder der SED und der SMAD, die hier Großzügigkeit walten ließ. Das Reiterstandbild Friedrich des Großen und die Neue Wache gehörten für die SMAD zu Kunstwerken von internationalem Ruf. Diese Sichtweise führte zu einer veränderten Nutzung des Zeughauses, das als Symbol des Militarismus galt. Die Umwandlung in einen allgemeinen Ausstellungsraum führte zu einer Umdeutung des Bauwerkes. Die Erfahrung mit der eigenen Erbpolitik in der Sowjetunion, die zu einer ähnlichen Bilderstürmerei geführt hatte, war den sowjetischen Besatzern bekannt. Außerdem besaßen einige Offiziere gute Deutschlandkenntnisse und waren Bewunderer der deutschen Kultur vor 1945.

Deutlich grenzte sich der Militarismusbegriff des Magistrats von dem der Alliierten Kommandantur ab. Er konnte in seiner Absolutheit nicht standhalten.

Die Wirren der ersten Nachkriegsjahre zeigen die Orientierungslosigkeit in der Erbpolitik. Die KPD/ SED war gebunden an die kulturpolitischen Direktiven der SMAD und des Alliierten Kontrollrates. Der Begriff eines humanistischen Traditionsbegriffes unterschied sich von dem der Besatzer. Das Repräsentationsbedürfnis der KPD/ SED als eine durchgreifende Partei, die sich als Zerstörer der faschistischen Ideologie begriff, wurde in Fragen der Denkmalpflege durch den Widerstand der Besatzungspolitik gebremst.

Nach der Gründung beider deutscher Staaten wurde die Ideologisierung der Erbediskussion offensiver in der Öffentlichkeit vertreten. Besonders in Hinblick auf die Inanspruchnahme der rechtmäßigen Nachfolge der deutschen Kultur und der Abgrenzung zum „Kosmopolitismus“ der amerikanischen Kultur setzte die DDR auf die Tradierung der fortschrittlichen Traditionen. Dennoch war die Propagierung des kulturellen Erbes nicht die treibende Kraft für die denkmalpflegerischen Maßnahmen unter den Linden. Die städtebaulichen Grundsätze, die sich am stalinistischen Vorbild

der Sowjetunion orientierten, überlagerten die kulturpolitischen Formulierungen. In den *Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus* tauchte das kulturelle Erbe nicht auf. Punkt fünf kennzeichnete lediglich die historische Struktur der Stadt. Punkt vierzehn benannte die zukünftige Funktion des kulturellen Erbes nicht in seiner Gesamtheit, sondern unter Berücksichtigung des fortschrittlichen Anteils in Verbindung mit dem *Sozialistischen Realismus*. Der Aspekt der Fortschrittlichkeit wird durch die Vorreiterrolle der Partei bestimmt. Deutlich heißt es in Punkt 3: „Die Bestimmung und Bestätigung der städtebildenden Faktoren ist ausschließlich Angelegenheit der Regierung.“

Die Denkmalpflege war einer willkürlichen Handhabe unterlegen, wie sie sich am deutlichsten beim Abriss des Schlosses zeigte. Die Tradierung der fortschrittlichen Werte diente zur Unterstützung der neuen Doktrin des *Sozialistischen Realismus* und der Durchsetzung des städtebaulichen Leitbildes. Nach Verabschiedung der *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* und des *Aufbaugesetzes* erhielt die Straße Unter den Linden die Funktion der Aufmarschstraße zur politischen Mitte. Sie wurde zum unverzichtbaren Verbindungsstück zum ersten großen Bauprojekt im Stile des *Sozialistischen Realismus*, der Stalinallee. Im Glauben an eine absolute Plan- und Lenkbarkeit wurde die mangelnde direkte Verbalität der historischen Gebäude durch Spruchbänder, Plakate und Bilder ergänzt. Die Standbilder der Generäle mussten dafür weichen. Wie sehr die Tradierung von kulturellen Werten einer politischen Willkür unterlegen war, zeigt die Buntmetalldisposition von 1951. War es 1946 noch die Ausmerzung des Faschismus und Militarismus, die zu einer Kategorisierung von Denkmälern geführt hatte, so spielte nun der Gehalt an Buntmetall eine tragende Rolle bei der Entscheidung zwischen Denkmalerhalt oder -vernichtung.

Nach dem III. Parteitag wurde die Verbindung zwischen Sozialismus und klassischem Erbe theoretisch untermauert. In Zeitungsartikeln und –debatten wurde der Weg zu einer neuen deutschen Architektur auf der Basis der deutschen Klassik erörtert. Das Standardwerk *Deutsche Bauwerke* präsentierte die Bauwerke, die dem Repräsentationsbedürfnis der DDR entgegenkamen. Das wahrhaftige deutsche Kulturerbe basierte auf einem eingeschränkten Denkmalebegriff, der der politischen Selbstdarstellung der SED entsprach. Der *Sozialistische Realismus* war das Konstrukt einer politischen und kulturellen Utopie, die ihre Anleihen und ihre überprüfbaren Normen aus einem selektiven Erbe nahm. Aus diesem Grunde konnte die SED keine Symbolik mit direkter Verbalität dulden: die Standbilder der Generäle,

die immer wieder Diskussionsgrundlage war, die Inschriften an der Staatsoper und der Staatsbibliothek und Kreuz und Adler an der Parierstange der Quadriga sind Beispiele dafür.

Dazu erhielt das kulturelle Erbe noch eine erzieherische Funktion. Die Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit war Bestandteil der kulturellen Utopie. Dazu gehörte auch die Förderung der Geschichte der Arbeiter- und Bauernbewegung. Alle Versuche, diese in die Straße Unter den Linden zu etablieren, scheiterten. Henselmanns Vorschlag zwei neue Plastiken anstelle der Generäle vor die Wache zu stellen kamen ebenso wenig zum Durchbruch, wie weitere Versuche Aufbauhelfer und andere Persönlichkeiten in Form von Standbildern zu ehren. Die Denkmalkommission, die Anfang der sechziger Jahre versuchte konkrete politische Aussagen mit Hilfe der von Werken der Bildenden Kunst in das historische Zentrum zu setzen, löste sich auf. Selbst das Marx-Engels-Forum fand seinen Platz nicht auf dem ehemaligen Schlossplatz, sondern erst in den siebziger Jahren östlich des Palastes der Republik. Auch die Neue Wache, die vom Mahnmal zum Ehrenmal umgestaltet worden war, beinhaltete kein skulpturales Element.

Auf der langen Suche nach identitätsstiftenden Momenten scheiterte die SED immer wieder an der eigenen Version der Geschichtstradierung. Der SED gelang es nicht die Tabuisierung ganzer Teile des deutschen Erbes durch eine eigene Geschichtsschreibung zu ersetzen. Es wundert daher nicht, dass in den siebziger Jahren die Preußische Geschichte nach und nach wiederbelebt wurde. Binnen zehn Jahren war anstelle der Konzeptionierung sozialistischer Denkmäler die Etablierung der preußischen und hohenzollernschen Kultur geworden: dem Dom mit seiner prunkvollen Gestaltung folgten die Denkmäler Friedrichs des Großen, des Feldherrn vom Stein und schließlich die ehemaligen Schlossbrückenfiguren. Jahrzehnte lang wurde über das Marx-Engels-Denkmal am zentralen Platz gesprochen. Schließlich besetzten die Preußen die repräsentativen Plätze Unter den Linden. Wenn die Ideologen in der DDR immer wieder betonten, dass nur die progressiven Kräfte der Preußenära zum Erbgut gehörten, nach außen hin repräsentierte die DDR einen offenen Erbebegriff.

1.2. Die Straße Unter den Linden als Teil einer städtebaulichen Gesamtplanung

Das städteplanerische Konzept der ersten Nachkriegsjahre war durch eine starke Orientierungslosigkeit geprägt. Zugleich bot sie die Möglichkeit eines experimentellen Freiraums. Die ersten städteplanerischen Konzepte integrierten die Straße Unter den Linden als kulturelles Zentrum. Der repräsentative Charakter sollte im Sinne einer Entideologisierung erhalten bleiben. Genau das Gegenteil trat nach 1950 ein: der Wiederaufbau unterlag den starren Gesetzmäßigkeiten des stalinistischen Leitbildes, das sich nach der Moskaureise als Bindeglied zwischen Politik und Architektur setzte. Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden, die Aufmarschstraße zum politischen Zentrum wurde, unterlag nicht mehr einem denkmalpflegerischen Interesse, sondern einem ideologischen städteplanerischen Entwurf. Die Konzepte gingen nicht mehr von dem Passanten, dem Flanierenden aus, der einen Blick auf das Berliner Schloss warf, sondern von der organisierten Masse, die auf die politische Mitte zuschritt. Die Straße Unter den Linden wurde zu einer Kulisse, die geschmückt mit Parolen und großformatigen Bildern in das Bild einer Idealstadt gesetzt wurde. Die zentrale Funktion des Städtebaus zeigte sich deutlich beim Abriss des Berliner Schlosses. Ungeachtet der vielen Proteste musste das Bauwerk dem stalinistischen Konzept weichen. Die Aufwertung des Städtebaus zu einem politischen Kalkül bedeutete die Abwertung des kulturellen Erbes. Daraus folgte keine Absolutheit im Sinne einer Denkmalzerstörung, sondern die Unterordnung der Denkmalpflege unter das städteplanerische Dogma. Erst nach der Abkehr vom stalinistischen Leitbild begann der planmäßige Aufbau der Linden.

Die hierarchische Funktionsweise zeigte sich deutlich anhand der politischen und organisatorischen Strukturen. Die Straße Unter den Linden wurde aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Aufbauplan und der unmittelbaren Nähe zum politischen Zentrum auf höchster politischer Ebene, dem ZK und dem Politbüro behandelt. Beschlussvorlagen wurden in ZK-Gremien oder auf Anweisung des Politbüros in fachspezifischen Abteilungen ausgearbeitet. Zu einigen Vorhaben wurden Kommissionen eingesetzt. Die Denkmalpfleger hatten eine eher beratende Funktion bei den Wiederaufbauprojekten der Linden, was ihre fachspezifische Kompetenz nicht schmälerte. Im Zuge der Erweiterung des Denkmalbegriffes versuchten sie

offensiver eigene Belange durchzusetzen, wie das Beispiel des Domes zeigt. Nicht immer gelang das.

Mit der neuen Konzeption des zentralen Gebäudes veränderte sich in den siebziger Jahren das Verhältnis zum kulturellen Erbe. Die Absolutheit, die sich in früheren Entwürfen an der Hochhausdominante festgemacht hatte, wich der Volkshausidee, die sich dem historisch gewachsenen Bild annäherte. Die Traufhöhe der Linden wurde in die Gestaltung des Palastes integriert. Die historischen Standbilder kehrten zurück oder wurden neu integriert.

1.3. Die Auswirkungen gesellschaftspolitischer Prozesse auf den Wiederaufbau

Die unmittelbare Nähe der Lindenallee zur deutsch-deutschen Grenze sorgte dafür, dass die Straße zum innen- und außenpolitischen Politikum wurde und nicht unbeeinflusst vom deutsch-deutschen Geschehen blieb. Das Brandenburger Tor wechselte vom „Monument deutscher Freiheit“ zum Symbol der Einheit Deutschlands. Die rote und schwarz-rot-goldene Fahne der DDR auf der Quadriga ersetze die Symbolik des Adlers und des Eisernen Kreuzes. Damit war das Freiheits- und Friedensdenkmal zum Nationalen Denkmal des sozialistischen Staates geworden. Nach dem 13. August 1961 wurde es Synonym für die deutsche Teilung. Als solches hatte es eine enorme Medienpräsenz im Westen erlangt. Die amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy und Ronald Reagan nutzten die Kulisse des Brandenburger Tores zur machtpolitischen Demonstration West-Berlins als einen Teil der „freien Welt“.

Am Beispiel der Straße unter den Linden konnte die DDR ihren rechtmäßigen Besitzanspruch auf alles Wahre und Gute in der deutschen Geschichte demonstrieren. Dabei spielte nicht nur die Standortfrage der Objekte eine Rolle. Die DDR als rechtmäßiger Nachfolger des kulturellen Erbes war auch der legitime deutsche Staat. Ost-Westverhandlungen über die Rückführung von Kulturgütern machten das deutlich: sowohl die Rückgabe der restaurierten Quadriga, als auch die der Brückenfiguren unterlagen dem politischen Kalkül. Es ging nicht um Eigentumsverhältnisse, sondern um die Selbstdarstellung mittels des kulturellen Erbes. Hier wird der Unterschied zwischen dem Nationaldenkmal Brandenburger Tor

und der Schlossbrückenfiguren deutlich: während die Rückführung der Quadriga zu einer öffentlichen Inszenierung Anfang der fünfziger Jahre wurde, nahmen die lange Zeit umstrittenen Brückenfiguren in den achtziger Jahren den leiseren Weg der deutsch-deutschen Diplomatie.

Die Universität Unter den Linden wurde bereits in den ersten Nachkriegsjahren zum Spielball internationaler Politik. Im Streit um die Standortfrage der Universität gelang der SMAD ein Sieg in zweifacher Hinsicht: die Universität blieb Unter den Linden innerhalb der sowjetischen Besatzungszone, die Instandsetzungskosten übernahm der Magistrat, der dem Alliierten-Kontrollrat unterstand. Auch in der DDR standen sich die Freie Universität im Westen und die Humboldt-Universität in Rivalität gegenüber. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die Instandsetzungsmaßnahmen nie ausschließlich von dem Bedürfnis nach Schutz des historischen Erbes geleitet war, im Gegenteil, gesellschaftspolitische Prozesse, der Standort etc. spielten eine bedeutende Rolle.

Durch den Wiederaufbau der Straße Unter den Linden erhielt die DDR internationale Anerkennung. Die Regierung setzte Finanz- und Baukapazitäten in der Straße ein, so dass sie an anderen Stellen fehlten. Instandsetzungsarbeiten oder Verschönerungsaktionen fanden im Umfeld besonderer Ereignisse oder zu erwartender Besucherströme statt. Berlin-Besucher sollten die Aufbauleistungen des Staates sehen und bewundern.

Eine besondere Rolle nahm der Wiederaufbau der Hedwigskathedrale und des Berliner Doms ein. Mit Hilfe von Devisenleistungen aus der Bundesrepublik konnte sich die DDR als Bauherr präsentieren. Etwaige Veröffentlichungen dieser Verfahren blieben unter dem Deckmantel der Verschwiegenheit, da sie ansonsten die Aufbauprojekte gefährdet hätten.

Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden gehörte zu den bedeutendsten Wiederaufbauprojekten in der DDR. Sie repräsentierte nicht den allgemeinen Umgang mit dem kulturellen Erbe. Die chronologische Darstellung des Gesamtprozesses lässt trotzdem ein Phänomen erkennen, das für die Denkmalpflege in der DDR gültig war: die Rezeption des kulturellen Erbes unter dem wandelnden Repräsentationsbedürfnis der SED.

Abkürzungsverzeichnis

AdHU	Archiv der Humboldt Universität
AdK	Akademie der Künste
AKEC	Allied Kommandatura Education Committee
ASNOWA	Assoziation neuer Architekten
BArch	Bundesarchiv
BDA	Bund Deutscher Architekten
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DA	Diözesanarchiv
DBA	Deutsche Bauakademie
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EKD	Evangelische Kirche Deutschland
EKU	Evangelische Kirchen Union
IBA	Internationale Bauausstellung
IfB	Institut für Bauwesen
IfD	Institut für Denkmalpflege
IRS	Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPM	Königlich Preußische-Porzellanmanufaktur
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
OSA	Gesellschaft moderner Architekten
SAPMO	Stiftung Partei und Massenorganisationen
SKK	Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten
SMAD	Sowjetische Militäradministration
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSA	Verband Sowjetischer Architekten
UdSSR	Union der Sowjetunion
VBK	Verband Bildender Künstler
VEB	Volkseigener Betrieb
VVN	Verband Verfolgter des Nationalsozialismus
ZFA	Zentraler Fachausschuss Bau- und Denkmalpflege

ZK	Zentralkomitee
ZS	Zentralsekretariat

Abbildungsnachweis

in Klammern die Angaben der Fotografen, soweit bekannt

Bonatz (c) 1949: S. 95

Deutsche Architektur 4/ 1958: S. 218

Bundesarchiv Berlin: S. 174, 175 u., 176

Landesarchiv Berlin: S. 80, 113 (Rudolf Steinhäuser), 141, 178 (Bert Saß), 189, 200

Neu Bauwelt 10/ 1946: S. 84

Neue Bauwelt 49/ 1947: S. 89, 90

Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, Sammlung Baukunst: S. 175 o., 217

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

1.1. Unveröffentlichte Quellen (nach Beständen)

1.1.1. Bundesarchiv Berlin

Abteilung DDR– Deutsche Demokratische Republik mit sowjetischer
Besatzungszone 1949 – 1990

Ministerrat

Bildung, Kultur, Sport und Medien

Ministerium für Kultur

Ministerium für Volksbildung

Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten

Kirchenfragen

Nachlässe

Otto Grotewohl

Walther Ulbricht

Kurt Hager

Bauwesen

Ministerium für Bauwesen

Bauakademie der DDR

1.1.2. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

Deutsche Demokratische Republik und SBZ

Zusammenschlüsse von Parteien und Organisationen

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Höchste gewählte Gremien

Politbüro des ZK der SED

Abteilung Kultur des ZK

Parteitage

Parteikonferenzen

Tagungen des Zks

Organisationen

Kulturbund der DDR

FDJ

Gewerkschaften
FDGB

1.1.3. Landesarchiv Berlin

Magistrat von Berlin

Abteilung Kultur

Abteilung Volksbildung

Bezirksbauamt

Bereich Sekretär

Oberbürgermeister

Amt für Reparationen

Chefarchitekt

Hauptplanträger

Landesleitung Berlin der SED

Deutsche Staatsoper

Bezirksleitung der SED

Der Regierende Bürgermeister von Berlin/Senatskanzlei

1.1.4. Archiv der Akademie der Künste

Institut für Bauwesen

Hans Scharoun

1.1.5. Diözesanarchiv Berlin

Hedwigskirche

1.1.6. Archiv der Humboldt-Universität

Rektorat

1.1.7. Evangelisches Zentralarchiv

Berliner Dom

1.1.8. Denkmalarchiv Berlin

Institut für Denkmalpflege

1.2. Interviews

Prof. Dr. Ludwig Deiters

Dr. Peter Goralczyk

Dr. Bruno Flierl

Dr. Dorothea Tscheschner

1.3. Zeitungen und Zeitschriften

Architektur in der DDR, 12/ 1976

Architektura SSSR, Nr. 4 Moskau 1936

Bauwelt, Heft 4/ 1931

Berliner Zeitung vom 27. August 1950

Brandschutz 6/ 1947

Demokratischer Aufbau 5/ 1946

Denkmalpflege in der DDR 7/ 1975

Der Bauhelfer. Berlin 7/ 1947

Der Sozialdemokrat vom 26. September 1946

Deutsche Architektur 1/ 1952

Deutsche Architektur, Heft 4/ 1958

Deutsche Kunst- und Denkmalpflege 1/ 1991

Deutschland Archiv 4/ 1999

Die neue Stadt, 3/ 1949

Mitteldeutsche Vorträge 1/ 1972

Neue Bauwelt 10/ 1946

Neue Bauwelt 48/ 1947

Neue Bauwelt 50/ 1947

Neues Deutschland vom 13. Februar 1951

Neues Deutschland vom 14. Juni 1950

Neues Deutschland vom 24. August 1950

Neues Deutschland vom 14. März 1951

Neues Deutschland vom 18. April 1951

Neues Deutschland vom 23. März 1951

Neues Deutschland vom 14. Dezember 1952

Tagesspiegel vom 9. Mai 1979

Tagesspiegel vom 13. März 1981

Tagesspiegel vom 14. März 1981
Tägliche Rundschau vom 24. August 1950
Telegraf vom 30. September 1946
Weimarer Beiträge 10/ 1973
Weimarer Beiträge 6/ 1973
Welt am Sonntag vom 24. April 1966
Zeitschrift für Denkmalpflege 55/ 1999

1.4. Veröffentlichte Quellen, Zeitdokumente etc.

Amtsrat des Kontrollrates in Deutschland: Direktive 30 vom 13. Mai 1946, Berlin 1946
Abusch, Alexander (a): Der Irrweg einer Nation. Berlin: Aufbau 1946
Abusch, Alexander (b) (Hrsg.): Walter Ulbricht. Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Pädagogen zu seinem siebzigsten Geburtstag. Berlin: Aufbau-Verlag 1963
Abusch, Alexander (c): Aktuelle Fragen unserer Kulturpolitik, in: Neues Deutschland vom 14. Juni 1950
Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Die SED und das kulturelle Erbe. Orientierungen, Errungenschaften, Probleme. Berlin: Dietz 1986
Alabjan, Karo: Gegen Formalismus, Schematismus und Eklektizismus, in: Architektura SSSR, Nr. 4, 1936
Baburow, Viktor V.: Ein Programm für Kampf und Arbeit, in: Architektura SSSR, Heft 4, 1936
Benser, Günter/ Müller, Gerhard (Red.) (a): Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. I., Berlin: Dietz 1981
Benser, Günter/ Müller, Gerhard (Red.) (b): Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. II., Berlin: Dietz 1981
Berlin, Chronik der Jahre 1955 – 1956 (= Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte, Bd. 6). Berlin: Heinz Spitzing 1971
Berlin: Quellen und Dokumente 1945 -1951
Bonatz, Karl (a): Der neue Plan von Berlin, in: Neue Bauwelt 48/ 1947
Bonatz, Karl (b): Um die Neuplanung von Berlin, in: Der Bauhelfer. Berlin 7/ 1947
Bonatz, Karl (c): Der Plan Berlin 1948. in: Die neue Stadt, 3/ 1949
Brandt, Willy: Von Bonn nach Berlin. Eine Dokumentation der Hauptstadtfrage. Berlin: Arani 1957

Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Deutsche Baukunst in zehn Jahrhunderten (= Schriften des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst der Deutschen Bauakademie), Dresden: Sachsenverlag 1952

Deutscher Städtetag: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden. Schwäb. Gmünd: Alfons Bürger 1949

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. III. Berlin: Rütten & Loening 1956

Engels, Friedrich: Zur Wohnungsfrage, in: Werke, B. 18

Erler, Peter/ Laude, Horst/ Wilke, Manfred: „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin: Akademie-Verlag 1994

Ermisch, Richard: Die Gestaltung der Innenstadt, in: Neue Bauwelt 50/ 1947

Friedrich, Peter: Das neue Berlin und sein Verkehr, in: Demokratischer Aufbau. Berlin 5/ 1946

Gassdorf, Karl-Otto/ Langhans-Ratzeburg, Manfred: Kriegsfolgen-Karte-Westdeutschland 1939-1950. Frankfurt a. M.: Hochst 1950

Gorbunow, Wladimir: Lenin und die sozialistische Kultur. Berlin: Dietz 1974

Grotewohl, Otto: Deutsche Kulturpolitik. Reden von Otto Grotewohl. Dresden: VEB Verlag der Kunst 1952

Harris, Arthur: Bomber offensive, in: Hohn 1991

Hartke, Werner: Zur Gründung der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR, in: Denkmalpflege in der DDR 7/ 1975

Hauptamt für Statistik (Hrsg.): Berlin in Zahlen 1946-47. Berlin 1949

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung: Reise nach Moskau. Quellenedition zur neueren Planungsgeschichte (= Regio Doc Nr.1). Berlin: IRS 1995

Jahresbericht der deutschen Staatsbibliothek, Berlin 1959

Kästner, Friedrich: Kriegsschäden, in: Deutscher Städtetag 1949

Kaufmann, Hans: Zehn Anmerkungen über das Erben und die Kunst des Erbens, in: Weimarer Beiträge, H.10/ 1973

Koch, Hans (Hrsg.): Kunst und Proletariat. Berlin: Dietz 1979

Kommission für die Herausgabe diplomatischer Dokumente beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR: Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945, in einer deutschen Übersetzung von Helmuth Tautz, Berlin (Ost): Rütten & Loening, 1961

- Kosel, Gerhard (a): Unternehmen Wissenschaft. Die Wiederentdeckung einer Idee. Berlin 1989
- Kosel, Gerhard (b): Aufbau des Zentrums der Hauptstadt des demokratischen Deutschlands, in: Deutsche Architektur, Heft 4/ 1958
- Lenin, Wladimir I.: Werke, Bd. 10
- Lieber, Hans-Joachim/ Ruffmann, Karl-Heinz (Hrsg.): Der Sowjetkommunismus. Dokumente, Band 2: Die Ideologie in Aktion, Köln/ Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1964
- Liebknecht, Kurt (b): „Jetzt schließe ich mit den Architekten Freundschaft!“, in: Abusch 1963
- Liebknecht, Kurt (c): Im Kampf um eine neue deutsche Architektur, in: Neues Deutschland vom 13. Februar 1951
- Marx, Karl (a): Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon, in: Werke, B. VIII. Berlin: Dietz 1972
- Marx, Karl (b): Kritik am Gothaer Programm, in: Werke, B. XIX. Berlin: Dietz 1969
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich (a): Das Manifest der Kommunistischen Partei, in: Werke B. IV. Berlin: Dietz 1977
- May, Ernst: Der Bau neuer Städte in der UdSSR. Frankfurt a. M.: Englert/ Schlosser 1931
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR: Um ein antifaschistisch - demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949. Berlin: Staatsverlag der DDR 1968
- Moest, Walter: Zum Gestaltbild der Berliner City, in: Neue Bauwelt 50/ 1947
- Paulick, Richard: Die künstlerischen Probleme des Wiederaufbaus der Deutschen Staatsoper Unter den Linden, in: Deutsche Architektur 1/ 1952
- Rumpf, Hans: Warum brannte Berlin nicht?, in: Brandschutz H. 6/ 1947
- Scharoun, Hans: Zur Ausstellung "Berlin plant". Eröffnungsansprache in: Neue Bauwelt 10/ 1946
- Schiller, Dieter: Unser Traditionsverständnis und das klassische Erbe, in: Weimarer Beiträge, Heft 6/ 1973
- Schulmeister, Karl-Heinz: Auf dem Weg zu einer neuen Kultur. Der Kulturbund in den Jahren 1945-1949. Berlin: Dietz 1977
- Wetzel, Jürgen: Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46 (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Band 2). Berlin: Berlin Verlag 1999

Zehn-Jahres-Bericht der deutschen Staatbibliothek, Berlin 1956

Zetkin, Clara: Kunst und Proletariat, in: H. Koch 1979

1.5. Spezialhandbücher

Honour, Hugh/ Pevsner, Nikolaus/ Fleming, John: Lexikon der Weltarchitektur. München: Prestel 1992

Langenbucher, Wolfgang/ Rytlewski, Ralf/ Weyergraf, Bernd (Hrsg.): Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit. Bundesrepublik Deutschland/ Deutsche Demokratische Republik im Kulturvergleich. (= Sonderausgabe des „Kulturpolitischen Wörterbuchs. Bundesrepublik Deutschland-Deutsche Demokratische Republik im Kulturvergleich) Stuttgart: Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1988

2. Sekundärliteratur

Antanowa, Irina/ Merkert, Jörn (Hrsg.): Berlin – Moskau. 1900 – 1950. München/ New York: Prestel 1995

Anweiler, Oskar / Ruffmann, Karl-Heinz (Hrsg.): Kulturpolitik in der Sowjetunion, Stuttgart: Körner 1973

Asche, Siegfried: Bemerkungen zur Denkmalschutzgesetzgebung, in: Mitteldeutsche Vorträge 1/ 1972

Berger, Hans (a): Tendenzen der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1/ 1991

Berlinische Galerie (b): Naum Garbo und der Wettbewerb zum Palast der Sowjets Moskau 1931-1933. Berlin: Berlinische Galerie 1994

Berlinische Galerie (Hrsg.) (a): Hauptstadt Berlin. Internationaler städtebaulicher Wettbewerb 1957/58. Berlin: Gebr. Mann 1990

Beseler, Hartwig/ Gutschow, Nils: Kriegsschicksale deutscher Architektur. Verluste – Schäden – Wiederaufbau (=Bandl/ Nord). Neumünster: Wachholtz 1988

Beutelschmidt, Thomas/ Müller-Novak, Julia: Ein Palast und seine Republik. Berlin: Verlag Bauwesen 2001

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen u. Städtebau/ Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte – Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Bonn: Monumente 1996

Chan-Magomedow, Selim: Moskauer Architektur von der Avangarde bis zum stalinistischen Empire, in: Antonowa/ Merkert 1995

Christ, Thomas: Der Sozialistische Realismus. Betrachtungen zum Sozialistischen Realismus in der Sowjetzeit. Basel: Wiese/ Christ 1999

Demps, Laurenz (b): Die Luftangriffe auf Berlin. Ein dokumentarischer Bericht, in: Jahrbuch des märkischen Museums (a) IV/ 1978, (c) VIII/1982, (d) IX/ 1983

Demps, Laurenz (e): Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht. Berlin: Ch. Links 1994

Die Wiedereröffnung des Alten Museums am 5. Oktober 1966 (=Forschungen und Berichte, Beilage zu Band 9)

Drengenberg, Hans-Jürgen: Die Politik gegenüber den bildenden Künsten, in: Anweiler/ Ruffmann 1973

Durth, Werner / Düwel, Jörn / Gutschow, Nils (a): Architektur und Städtebau in der DDR. Aufbau. Frankfurt/ New York: Campus 1998

Durth, Werner / Düwel, Jörn / Gutschow, Nils (b): Architektur und Städtebau in der DDR. Ostkreuz. Frankfurt/ New York: Campus 1998

Einholz, Sybille: Die historischen Restaurierungen, in: Arenhövel/ Bothe (Hrsg.) 1991

Engel, Helmut: „Auferstanden aus Ruinen“. Aneignung einer Geschichtslandschaft in der DDR, in: ders./ W. Ribbe, Berlin 1997

Feist, Günter/ Gillen, Eckhard / Vierneisel, Beatrice: Kunst-Dokumentation SBZ. 1945 – 1990. Aufsätze, Berichte, Materialien. Köln: Du Mont 1996

Flierl, Bruno (a): Der zentrale Ort in Berlin – Zur räumlichen Inszenierung sozialistischer Zentralität, in: Feist/ Gillen/ Vierneisel 1996

Flierl, Bruno (b): Gebaute DDR. Über Städteplaner, Architekten und die Macht. Berlin: Verlag für Bauwesen 1998

Flierl, Bruno (c): Engagement gegen den Abriss der Bauakademie – Bericht, in: Fouquet-Plümacher (Hrsg.) 1998

Flierl, Bruno (d): Planung und Bau des Palastes, in: Beutelschmidt/ Müller-Novak 2001

Geist, Johann Friedrich / Küvers, Klaus : Das Berliner Mietshaus 1945-1989. München: Prestel 1989

Gibas, Monika: „Hammer und Zirkel im Ährenkranz“ Anmerkungen zur Symbol- und Repräsentationskultur der DDR, in: Deutschland Archiv 4/1999, Köln: Leske + Budrich 1999

Glaser, Gerhard: Das Dresdner Schloss, in: Deutsche Kunst- und Denkmalpflege, Heft 1/1991

Goralczyk, Peter (a): Städtebaulicher Denkmalschutz in den 40 Jahren der Existenz der DDR, in: Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau/ Deutsche Stiftung Denkmalschutz 1996

Goralczyk, Peter (b): Rückblick auf Organisation und Recht der Denkmalpflege in der DDR, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Heft 1/ 1991

Gorzka, Gabriele (Hrsg.): Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kultur und Kunst der 30er bis 50er Jahre. Bremen: Edition Temmen 1994

Graffunder, Heinz Erinnerungen und Gedenken des Architekten, in: Heidler 1998

Groys, Boris: Die gebaute Ideologie, in: Noever 1994

Günther, Hans: Der Feind in der totalitären Kultur, in: Gorzka 1994

Hacker, Jens/ Rögner-Francke, Horst: Die DDR und die Tradition. Heidelberg: Meyn 1981

Haspel, Jörg: Städtebaulicher Denkmalschutz in Berlin, in: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen u. Städtebau/ Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Bonn 1996

Heidler, Kirsten (Hrsg.): Von Erichs Lampenladen zur Asbestruine. Berlin: Argon 1998

Hein, Carola: Zur Geschichte der Hauptstadt Berlin, in: Berlinische Galerie (Hrsg.) 1990

Heinitz, Werner/ Schöll, Bernd: Asbest – vom Baustoff zum Gefahrstoff, in: Beutelschmidt/ Müller-Novak 2001

Hohn, Uta: Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg: regionale Unterschiede in der Bilanz der Wohnungstotalschäden und Folgen des Luftkrieges unter Bevölkerungsgeographischem Aspekt. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsarbeiten 1991

Hütter, Elisabeth/ Magirus, Heinrich: Zum Verständnis der Denkmalpflege in der DDR, in: Zeitschrift für Kunstgeschichte 55/ 1990

Ikonnikov, Andrei (a): Architektur und Utopie, in: Noever 1994

Ikonnikov, Andrei (b): Die acht Hochhäuser Moskaus, in: Noever 1994

Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR. 1945-1990 (=Edition Deutschlandarchiv). Wissenschaft und Politik. Köln: 1995

Kazus', Igor': Stalin und der Palast der Sowjets, in: Noever 1994

Klingenburg, Karl-Heinz (Hrsg.): Studien zur Berliner Kunstgeschichte. Leipzig: VEB Seemann 1986

- Kopp, Fritz: Die Wendung zur „nationalen“ Geschichtsbetrachtung in der Sowjetunion. München: G. Olzog 1955
- Kruft, Hanno-Walter: Städte in Utopia. Die Idealstadt vom 15. Bis 18. Jahrhundert zwischen Staatsutopie und Wirklichkeit. München: Beck 1989
- Kuhrt, Eberhard/ Löwis, von, Henning: Griff nach der deutschen Geschichte. Paderborn: Schöningh 1988
- Kunze, Horst: Zur Baugeschichte der Deutschen Staatsbibliothek 1945-1989, in: Berichte zur Geschichte der Deutschen Staatsbibliothek (=Beiträge aus der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz, Band 4), Berlin: Dr. Ludwig Reiche 1996
- Landesarchiv Berlin (Hrsg.): Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1985
- Lemke, Michael: Einheit oder Sozialismus. Die Deutschlandpolitik der SED 1949 – 1961. Köln: Böhlau 2001
- Lipp, Wilfried: Was ist kulturell bedeutsam? Überlegungen aus der Sicht der Denkmalpflege, in: Wo. Lipp 1989
- Lipp, Wolfgang (Hrsg.): Kulturpolitik (= Schriften zur Kulturosoziologie, Bd. 11) Berlin, 1989
- Manina, Antonia: Der Generalplan zur Stadterneuerung Moskaus 1935, in: Noever 1994
- Mendelsohn, Erich: Russland, Europa, Amerika. Ein architektonischer Querschnitt. Basel/ Berlin/ Boston: Birkhäuser 1989 (Reprint der Originalausg. von 1929)
- Meyer, Hannes: Bauen und Gesellschaft. Schriften, Briefe, Projekte. Dresden: Verlag der Kunst 1978
- Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau/ Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.): Alte Städte – Neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Bonn: Monumente 1996
- Noever, Peter (Hrsg.): Tyrannei des Schönen. Architektur in der Stalin-Zeit. München/ New York: Prestel 1994
- Polewoi, Wladim: Realien, Utopien und Chimären in der Kunst des 20. Jahrhunderts, in: Antanowa, Irina/ Merkert, Jörn (Hrsg.): Berlin – Moskau. 1900 – 1950. München/ New York: Prestel 1995
- Protte, Katja: Zum Beispiel... der 1. Mai 1951 in Ost-Berlin/ Agitation, staatliche Selbstdarstellung und Utopie, in: Vorsteher 1996

Schlenker, Wolfgang: Das „Kulturelle Erbe“ in der DDR. Gesellschaftliche Entwicklung und Kulturpolitik 1945-1965. Stuttgart: Metzler 1977

Schlögel, Karl: in: Berlinische Galerie:1994

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990. München/ Wien Carl Hanser 1998

Seiler, Friedemann (b): Zum Aufbau des Alten Museums (= Forschungen und Berichte Band 5). Berlin: Akademie 1962

Senat von Berlin (i.A. Hrsg.) : Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung, Berlin: Spitzweg 1961

Siegel, Michael: Denkmalpflege als öffentliche Aufgabe. Eine ökonomische, institutionelle und historische Untersuchung. Göttingen: Vandenhoeck Rupprecht 1983

Studnitz, Hans-Georg von: Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943-1945. Stuttgart: Kohlhammer 1963

Ter-Akopyan, Karine: Projektierung und Errichtung des Palastes der Sowjets in Moskau. Ein historischer Abriss, in: Berlinische Galerie 1994

Vogt-Schneider, Sabine: „Staatsoper Unter den Linden“ oder „Deutsche Staatsoper“? Auseinandersetzungen um Kulturpolitik und Spielbetrieb in den Jahren zwischen 1965 und 1955. Berlin: Ernst Kuhn 1998

Vorsteher, Dieter (Hrsg.): Parteiauftrag ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR. München/ Berlin: Koehler & Amelang 1996

Voß, Gerhard (a): Berichte aus der ehemaligen Arbeitsstelle des IfD in Halle, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Heft 1/ 1991

Voß, Gerhard (b): Erfahrungen eines Denkmalpflegers in Sachsen Anhalt, in: Ändern gegen Bewahren. Köln: Rudolf Müller 1992

Winkler, Friedrich: Kriegschronik der Berliner Museen, in Kühnel-Kunze 1984

Wuttke, Günther: Berlin, Schloss Charlottenburg und der Luftkrieg, in: Ein Schloss in Trümmern. Charlottenburg im November 1943 (=Aus Berliner Schlössern, Kleine Schriftenreihe XIII), Berlin: Staatl. Schlösser und Gärten 1993

Zuchold: Die Statuen Friedrichs des großen und des Freiherrn von Stein Unter den Linden. Vom Beginn der Rehabilitierung der preußischen Geschichte in der DDR, in: Landesarchiv Berlin 1985

2.1. Monographien zum Thema Unter den Linden

- Arenhövel, Willmuth / Bothe, Rolf (Hrsg.): Das Brandenburger Tor 1791-1991. Eine Monographie. Berlin: Arenhövel 1991
- Arnold, Dietmar/ Arnold, Ingmar: Schlossfreiheit. Vor den Toren des Stadtschlosses. Berlin. Brandenburg: Bebra 1998
- Cullen, Michael S. / Kieling, Uwe: Das Brandenburger Tor. Ein deutsches Symbol. Berlin: Berlin Edition 1999
- Demps, Laurenz (d): Die Neue Wache. Entstehung und Geschichte eines Bauwerkes. Berlin: Militärverlag der DDR, 1988
- Demps, Laurenz (f): Der Berliner Dom. Berlin: Berlin Edition 1999
- Demps, Laurenz (a): Zur Baugeschichte des Tores, in Arenhövel/ Bothe 1991
- Endres, Heinz: Die St. Hedwigskathedrale in Berlin. Baugeschichte und Wiederaufbau. Berlin: Morus 1963
- Engel, Helmut/ Ribbe, Wolfgang: Via triumphalis. Geschichtslandschaft „Unter den Linden“ zwischen Friedrichdenkmal und Schlossbrücke (=Publikationen der historischen Kommission zu Berlin). Berlin: Akademie Verlag 1997
- Fouquet-Plümacher, Doris (Hrsg.): Mythos Bauakademie. Berlin 1998
- Freie Universität Berlin: Kaiserwerther Straße 16 – 18. Zum Einzug der Freien Universität in die frühere Alliierte Kommandantur (= Dokumentationsreihe der Freien Universität Berlin, Heft 22). Berlin: 1994
- Gandert, Klaus Friedrich: Vom Prinzenpalais zur Humboldt-Universität. Die historische Entwicklung des Universitätsgebäudes in Berlin mit seinen Gartenanlagen und Denkmälern. Berlin: Henschel 1985
- Hoth, Rüdiger (a): Der Dom zu Berlin, in: Der Berliner Dom. Geschichte und Gegenwart (=Große Baudenkmäler, Heft 416). München: Dt. Kunstverlag 1994
- Hoth, Rüdiger (b): Zum Wiederaufbau des Berliner Domes – ein Bericht, in: Klingenburg 1986
- Kühnel-Kunze, Irene: Bergung – Evakuierung – Rückführung. Die Berliner Museen in den Jahren 1939-1959 (= Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz, Sonderband 2). Berlin: Gebrüder Mann 1984
- Löschburg, Winfried: Unter den Linden. Geschichte einer berühmten Straße. Berlin: Links 1991
- Müller, Regina: Das Berliner Zeughaus. Die Baugeschichte. Berlin: Brandenburgisches Verlagshaus 1994

Müller, Ulrike: Der Wiederaufbau der Straße Unter den Linden 1945 – 1949 (Diplomarbeit an der Freien Universität Berlin), Berlin 1994

Otto, Werner: Die Lindenoper. Ein Streifzug durch ihre Geschichte. Berlin: Henschel 1977

Petras, Renate: Das Schloss in Berlin. Berlin/ München: Verlag für Bauwesen 1992

Räther, Helmut: Vom Hohenzollern Schloss zum Roten Platz, in Petras 1992

Rodemann, Karl: Das Berliner Schloss und sein Untergang. Ein Bildbericht über die Zerstörung Berliner Kulturdenkmäler. Berlin: Tauber 1952

Rollka, Bodo/ Wille, Klaus Dieter: Das Berliner Stadtschloss. Geschichte und Zerstörung. Berlin: Haude & Spener 1993

Schade, Günter: Die Museumsinsel. Berlin: Henschelverlag 1986

Seiler, Friedemann (a): Zerstörung und Wiederaufbau des Alten Museums, in: Das Alte Museum 1823-1966. Weimar 1966

Schmädecke, Jürgen: Geschichtsmeile im Umbruch der politischen Systeme. Vom Beginn der Weimarer Republik zur Aneignung durch die Nationalsozialisten, in: Engel/ Ribbe 1997

Stölzl, Christoph (Hrsg.): Die Neue Wache Unter den Linden. Ein deutsches Denkmal im Wandel der Geschichte. München/ Berlin: Koehler und Amelang 1993

Tietz, Jürgen: Schinkels Neue Wache Unter den Linden. Baugeschichte 1816-1993, in: Stölzl (Hrsg.) 1993

Volk, Waltraud: Berlin. Historische Straßen und Plätze heute. Berlin: VEB Verlag für Bauwesen 1972

2.2. Biografien

Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln: Kiepenheuer & Witsch (20. Aufl.) 2001

Liebknecht, Kurt (a): Mein bewegtes Leben. Berlin: Verlag für Bauwesen 1986

